

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schwere-rezession-macht-frankreich-zu-europas-schlusslicht-16752346.html>

FOLGEN VON CORONA:

# Frankreich ist Europas neues Schlusslicht

- VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 03.05.2020-16:26



Frankreich leidet unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie: Manche Ökonomen halten einen Wachstumseinbruch von bis zu 25 Prozent für möglich. Die lange Ausgangssperre trifft eine Volkswirtschaft, der es an Puffern fehlt.

Frankreich blickt mit großer Sorge auf den wirtschaftlichen Einbruch in der Coronavirus-Krise. Vor allem das zweite Quartal dieses Jahres wird bitter ausfallen, weil dann die strenge Ausgangssperre voll zuschlägt. Eric Beyer, ein bekannter Ökonom am Pariser Beratungsinstitut OFCE, schließt nicht aus, dass dann die Wirtschaftsleistung in Form des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen März und Juni um 25 Prozent einbrechen könnte. „Das ist das schlechteste Szenario. Im besten Fall dürften wir ein Minus von 13 Prozent haben“, sagte er der F.A.Z. Frankreich ist schon im ersten Quartal, das nur zwei Wochen Ausgangssperre enthielt, zum wirtschaftlichen Schlusslicht unter den großen Volkswirtschaften Europas geworden. Zwischen Anfang Januar und Ende März brach das BIP gegenüber dem Vorquartal um 5,8 Prozent ein.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt im Euroraum mit seinem Minus von 3,8 Prozent und verzeichnet einen stärkeren Einbruch als Länder wie Spanien (minus 5,2 Prozent), Italien (minus 4,7 Prozent) und Deutschland, für das etliche Ökonomen einen Rückgang von 2 bis 3 Prozent erwarten. „Frankreich ist der traurige Rezessions-Weltmeister“, schreibt der Ökonom und Präsident der Pariser Beratungsgesellschaft ACDEFI, Marc Touati, in einem Magazinbeitrag. Er rechnet für das erste Halbjahr mit einem Rückgang des französischen BIP von 13 Prozent. Die Wirtschaftsleistung werde damit auf das Niveau von 2005 zurückfallen. „Wenn man die optimistische These aufstellt, dass Frankreich von 2021 an jährlich um 2 Prozent wächst – doppelt so viel wie durchschnittlich in den vergangenen fünfzehn Jahren – dann haben wir erst 2026 wieder das Niveau von 2019 erreicht“, meint Touati.

## Kosten gehen in Dutzende von Milliarden Euro

Die Ausgangssperre läuft in Frankreich schon seit dem 17. März und soll erst am 11. Mai gelockert werden – und dann auch nur schrittweise. Präsident Emmanuel Macron hält an dem Datum, das er schon am 13. April verkündet hat, eisern fest. Geschäfte, Restaurants und viele Fabriken sind geschlossen. 11,3 Millionen Menschen – mehr als 59 Prozent der Beschäftigten im Privatsektor – arbeiten nicht und erhalten staatliches Kurzarbeitergeld aus einem neu eingeführten System, das die Regierung als „das großzügigste Europas“ angepriesen hat. Der Staat und die Arbeitslosenkasse ersetzt den Franzosen dadurch 84 Prozent des Nettolohnes, auf Ebene des staatlichen Mindestlohnes sogar 100 Prozent.

Die Kosten gehen in die Dutzende von Milliarden Euro. Von Anfang Juni an soll das Kurzarbeitergeld schrittweise zurückgefahren werden. Die Regierung und die Arbeitgeber rufen die Franzosen jetzt dazu auf, vom 11. Mai an rasch wieder zur Arbeit zurückzukehren. Doch es sind noch viele Fragen offen, wie das

konkret ablaufen soll, etwa im öffentlichen Verkehr des Großraums Paris, wo ein Abstandsgebot und Maskenpflicht herrschen soll. Die Regionalpräsidentin Valérie Pécresse sagte, dass in dem Ballungsraum mit seinen 12 Millionen Einwohnern nur rund 1 Million Menschen pro Tag transportiert werden könnten – ein Fünftel des üblichen Aufkommens. Die Unternehmen sollen die Heimarbeit mindestens bis zum Sommer aufrechterhalten.

## Vertrauen schwer angeschlagen

Der Rückgang des französischen BIP von 5,8 Prozent im ersten Quartal ist der stärkste Einbruch seit dem 2. Weltkrieg. 1968 wurde im Zuge der Studentenunruhen ein Quartalsrückgang von 5,3 Prozent registriert. Das Minus vom ersten Quartal 2020 lag deutlich über den Schätzungen vieler Ökonomen von rund 4 Prozent. Die Verbraucherausgaben ließen in diesem Zeitraum um gut 6 Prozent nach, die Unternehmensinvestitionen um fast 12 Prozent. Normalerweise ist der Konsum der Franzosen ein verlässlicher Pfeiler des Wirtschaftswachstums. Doch nun ist das Vertrauen der Haushalte schwer angeschlagen; im März erlebte die Ausgabebereitschaft laut der Umfragen den tiefsten Sturz, seit die Aufzeichnungen 1972 begannen.

Im verarbeitenden Gewerbe ist die französische Wirtschaft stark von der Flugzeugherstellung, vom Autobau und nicht zuletzt von der Luxuswarenindustrie geprägt - alles Bereiche, die kaum Nachfrage haben. Zudem sind die Unternehmen nach Ansicht des Ökonomen Jean-Paul Betbeze steuerlich schon lange so stark belastet, dass sie nur geringe Reserven für Investitionen und Arbeitsplatzschaffung haben. Das durchschnittliche Gewinn-Niveau der französischen Unternehmen liege immer noch unter dem Niveau von 2007 und deutlich hinter den Wettbewerbern in Ländern wie Deutschland, Italien und Spanien, teilte Betbeze am Sonntag mit.

ZUR ZUKUNFT DER ZENTRALBANKEN:

## Mächtige am Limit



Die Zentralbanken stemmen sich gegen den wirtschaftlichen Absturz in der Krise. Doch auf die Dauer werden sie nicht in der Lage sein, das wachsende Missverhältnis von Wirtschaftskraft und Verschuldung zu übertünchen.

VON GERALD BRAUNBERGER -AKTUALISIERT AM 03.05.2020-12:03

Am kommenden Dienstag wird das Bundesverfassungsgericht eine mit großer Spannung erwartete Entscheidung bekanntgeben. Es geht um das im Jahr 2015 von der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgelegte Anleihekaufprogramm. Das Bundesverfassungsgericht will vor allem entscheiden, ob das Programm gegen das Verbot monetärer Staatsfinanzierung durch die EZB verstößt und ob die EZB auf unzulässige Weise Wirtschaftspolitik betreibt. Spannend ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter anderem, weil der Europäische Gerichtshof das Handeln der EZB für unbedenklich hält, die deutschen Verfassungsrichter aber im Rahmen einer Anhörung deutliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Handelns der EZB hatten durchblicken lassen.

Rein formal hat ein deutsches Gericht einer europäischen Institution gar nichts zu sagen. Aber das Bundesverfassungsgericht könnte das Handeln der Deutschen Bundesbank beschränken, die im Rahmen des Anleihekaufprogramms der EZB Bundesanleihen ankauft. Rein organisatorisch wäre die EZB zwar in der Lage, ihr Kaufprogramm auch ohne die Bundesbank durchzusetzen, aber ein für die Bundesbank sehr einschneidendes Urteil, das daneben einen schweren Konflikt zwischen dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht zur Folge hätte, würde in Europa als eine deutsche Distanzierung von der gemeinsamen Geldpolitik verstanden, die in der augenblicklichen Lage unkalkulierbare Folgen für die Stabilität der Eurozone hätte.

Daher erwarten viele Fachleute ein Urteil, das eine Reihe von Warnungen an die Adresse der EZB beinhaltet. Im Lichte früherer Entscheidungen gilt ein generelles Verbot von Anleihekäufen als unwahrscheinlich. Aber Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. Nach einem alten Sprichwort befindet man sich vor Gericht wie auf hoher See in Gottes Hand.

Was immer die Robenträger in Karlsruhe entscheiden: Ihr Urteil fällt in eine Zeit, in der die Zentralbanken angesichts der wirtschaftlichen Verheerungen der Corona-Krise so aktiv geworden sind wie niemals zuvor in ihrer Geschichte. Das gilt nicht nur für die EZB, sondern auch für andere Zentralbanken und in ganz besonderem Maße für die amerikanische Federal Reserve. Die Fed, wie sie zumeist kurz bezeichnet wird, hat seit dem Ausbruch der Corona-Krise nicht nur ihren Leitzins auf null gesenkt. Sie hat für rund drei Billionen Dollar amerikanische Staatsanleihen und andere Wertpapiere gekauft und, wie eine Förderbank, eine Reihe von Kreditprogrammen, unter anderem auch für kleinere und mittlere Unternehmen, in einem

Gesamtvolumen von mehr als vier Billionen Dollar angekündigt. Und die Fed, deren Vorsitzender [Jerome Powell](#) keine rasche wirtschaftliche Erholung erwartet, steht bereit, noch mehr zu tun.

## Manche Zentralbanken betreiben direkte Staatsfinanzierung

In Großbritannien ist die Bank of England zur direkten Staatsfinanzierung übergegangen; sie gestattet der Regierung, Überziehungskredite in einem nicht genannten Umfang in Anspruch zu nehmen. Dieses Instrument hatte die Bank of England auch in der Finanzkrise angewandt. Für ihre Verhältnisse sehr expansiv sind auch weitere Zentralbanken wie die Bank of Canada. Die EZB hat mit Beginn der Corona-Krise ein spezielles, von dem 2015 in Gang gesetztes und noch laufendes Programm getrenntes Anleihekaufprogramm geschaffen. Außerdem können Geschäftsbanken mehr und billigeren Kredit von der EZB erhalten, die zudem nun auch minderwertige Kapitalanlagen als Sicherheit akzeptiert. Nach der Sitzung des Zentralbankrats am vergangenen Donnerstag behielt sich EZB-Präsidentin [Christine Lagarde](#) weitere geldpolitische Lockerungen vor.

Die Zentralbanken kehren in der schlimmsten Wirtschaftskrise, „die es bisher in Friedenszeiten gegeben hat“ (Lagarde) zu einer Rolle zurück, die sie zuletzt in der Finanzkrise vor gut zehn Jahren und die EZB später auch in der Euro-Krise übernommen hatten. Sie übernehmen die Rolle eines Versicherers gegen gesamtwirtschaftliche Risiken: Sie versuchen in schweren Krisen, einen heftigen Absturz der Wirtschaft zumindest zu bremsen, indem sie das Finanzsystem stabilisieren und durch Kreditvergabe die Zahlungsfähigkeit von privaten wie öffentlichen Schuldnern in der Krise sichern. Da kein privates Unternehmen eine derartige Versicherung anbietet und Regierungen oft langsam oder nicht ausreichend reagieren, ist eine aktive Politik von Zentralbanken in schweren Wirtschaftskrisen zunächst einmal gesamtwirtschaftlich hilfreich. Dieser Befund ist in der Fachwelt kaum umstritten, zumal in den vergangenen Jahrzehnten jede Rezession nicht nur kurzfristigen wirtschaftlichen Schaden anrichtete, sondern entgegen der Legende, Krisen schufen die Voraussetzung für neue wirtschaftliche Dynamik, auch das langfristige Wirtschaftswachstum belastete.

Angesichts [explodierender Zahlen für Arbeitslose \(zum Beispiel in den Vereinigten Staaten\)](#) oder für [Kurzarbeiter \(zum Beispiel in Deutschland\)](#) und schreckenerregender Prognosen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist eine geldpolitische Expansion in einer schweren Krise im Grundsatz auch mit den Mandaten der Zentralbanken vereinbar, die neben der Sicherung der in einer schweren Krise möglicherweise durch Deflation gefährdeten Geldwertstabilität auch häufig weitere Ziele enthalten. Die können konkret in der Sicherung einer hohen Beschäftigung bestehen wie in den Vereinigten Staaten oder ganz allgemein in der Unterstützung einer auf Wohlstand ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

## Entwicklung der Bilanzsumme großer Notenbanken seit 2007

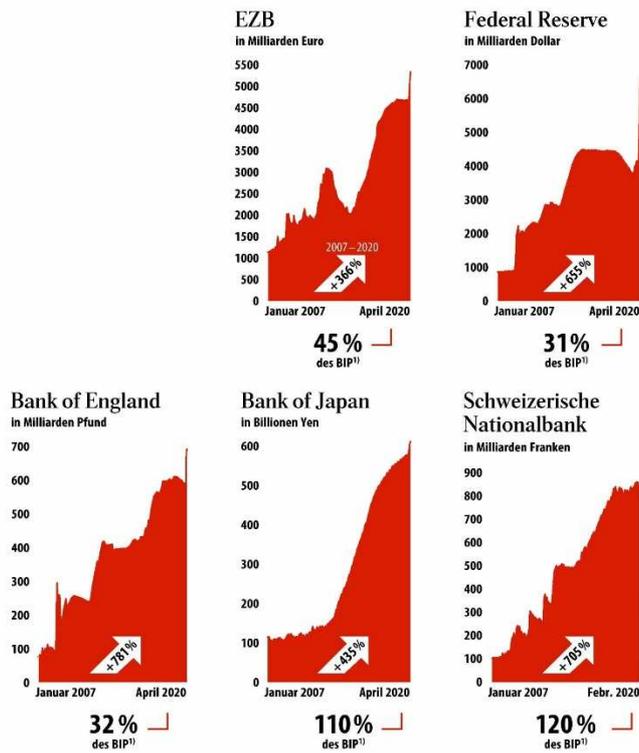


Bild: Brocker

### Mit Risiken und Nebenwirkungen

Aber die Rolle eines Versicherers beinhaltet Risiken und Nebenwirkungen. Sie bedrohen durch eine sich wandelnde Aufgabenverteilung von Zentralbanken und Regierungen auf lange Sicht die Unabhängigkeit der Zentralbank von Regierungen. Zentralbanken geraten auf lange Sicht auch in Gefahr, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Teilnehmern an den in den vergangenen Jahrzehnten kräftig gewachsenen Finanzmärkten zu verlieren. Indem Zentralbanken stark in Märkte eingreifen und sowohl Preise wie auch Finanzströme beeinflussen, wächst die Gefahr, dass Kapital ineffizient eingesetzt wird. Preisblasen, die im Extremfall bedrohlich für die Stabilität des Finanzsystems werden können, und sich daraus ableitend eine Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums sind nicht auszuschließen. Und schließlich sind die langfristigen Folgen der stark gewachsenen Zentralbankbilanzen für die Wirksamkeit der Geldpolitik noch nicht ausreichend erforscht.

Wie so häufig macht auch in der Geldpolitik die Dosis das Gift und das gerade auf die lange Frist. Hier gilt für die Zentralbanken, was für die Staaten gilt: So wie es Regierungen schwerfällt, in Zeiten des Wirtschaftswachstums Staatsschulden zu reduzieren, so ist es der Geldpolitik nach der Finanzkrise schwergefallen, die durch Anleihekäufe und Kreditvergaben an Geschäftsbanken in der Finanzkrise stark gestiegenen Bilanzsummen wieder zurückzufahren.

Wiederum liefert die Fed ein interessantes Beispiel. Vor der im Jahr 2008 ausgebrochenen Finanzkrise belief sich die Bilanzsumme auf 900 Milliarden Dollar. Dann begannen die Anleihekäufe. Doch obgleich die Vereinigten Staaten im Jahre 2010 zum Wirtschaftswachstum zurückkehrten und Amerika kein der Euro-Krise vergleichbares Ereignis durchlebte, setzte die Fed ihre Käufe von Anleihen bis Ende 2014 fort. Damals betrug die Bilanzsumme rund 4500 Milliarden Dollar. Dann ließ die Fed trotz eines sich fortsetzenden Wirtschaftswachstums ihre Anleihebestände bis in den Herbst 2016 unverändert, indem sie für fällig werdende Papiere neue erwarb. Der im Herbst 2016 begonnene vorsichtige Abbau der Anleihebestände ließ die Bilanzsumme bis zum Herbst 2019 auf rund 3750 Milliarden Dollar abschmelzen.

### Wertpapiere mit Zügen von Staatsfonds

Doch dann begann die Fed mit Verweis auf eine fragile Konjunktur eine neue Ausweitung ihrer Bilanzsumme, die sich mit Ausbruch der Corona-Krise erheblich beschleunigte. Ende April 2020 belief sich die Bilanzsumme der Fed auf 6656 Milliarden Dollar, und weder ist absehbar, dass der Anstieg in absehbarer Zeit nachlässt, noch ist erkennbar, wie die Bilanzsumme in den kommenden Jahren deutlich sinken soll. In dieser Entwicklung drückt sich, ähnlich wie für die EZB und weitere Zentralbanken, ein vermutlich dauerhafter Regimewechsel aus. So trägt in der Schweiz die Nationalbank als Ergebnis ihrer umfangreichen Käufe von auf Dollar und Euro lautenden Wertpapieren längst Züge eines Staatsfonds mit stark schwankenden Renditen auf seine Anlagen.

Der Regimewechsel wirft die Frage auf, ob sich die Epoche unabhängiger Zentralbanken ihrem Ende nähert, auch wenn, zumindest außerhalb Deutschlands, die grundsätzliche Zulässigkeit von Anleihekaufprogrammen als einem geldpolitischen Instrument in Zeiten sehr niedriger Zinsen nicht ernsthaft in Frage steht. Aber es macht einen Unterschied, ob eine Zentralbank in einer Krise Anleihen kauft, die sie anschließend wieder abbaut, oder ob sie signifikante Teile der Staatsschuld dauerhaft in ihre Bücher nimmt. So hielt die Bank of Japan vor Ausbruch der Corona-Krise rund 44 Prozent der Staatsschulden des Landes.

Ob man dies als monetäre Staatsfinanzierung bezeichnet, ist eher eine juristische als eine ökonomische Frage. Unbestritten ist, dass der Kauf von Staatsanleihen durch Zentralbanken Regierungen auch helfen kann, neue Anleihen an private Anleger zu verkaufen. Die außerordentlich hohen Gebote privater Anleger für italienische und spanische Staatsanleihen vor wenigen Tagen sind sicherlich auch ein Ergebnis der Bereitschaft der EZB, große Bestände der Anleihen der beiden Länder zu erwerben und so den Markt für diese Staatsanleihen zu stabilisieren.

## Nichts anderes als ein Ersatz

Gerade in Deutschland wird häufig diskutiert, ob eine solche Geldpolitik in die Inflation führen muss. Die Antwort lautet: Das ist unklar. Eindeutig unterkomplex sind alle Versuche, Ankäufe von Anleihen als „Gelddruckerei“ oder „Geldschwemme“ zu bezeichnen, die ins Unglück führen müsse. Ein Ankauf einer Staatsanleihe durch eine staatliche Zentralbank ist zunächst einmal nichts anderes als ein Ersatz einer von privaten Anlegern oder Geschäftsbanken gehaltenen Staatsanleihe durch ein Guthaben einer Geschäftsbank bei einer staatlichen Zentralbank. Weil Staatsanleihen und Guthaben bei einer Zentralbank zwar nicht identische, aber ähnliche Finanzprodukte sind, dürfen Wirkungen von Staatsanleihekäufen nicht überschätzt werden. Wichtig bleibt: Es existiert, anders als früher oft behauptet, schon seit langer Zeit kein enger Zusammenhang zwischen dem auf Konten bei der Zentralbank von Geschäftsbanken gehaltenen Geld und der Güterpreis-inflation mehr. Daher müssen wachsende Zentralbankbilanzen nicht zu Inflation führen. Zunehmende Zentralbankbilanzen wären, zumindest für eine gewisse Zeit, auch mit Deflation vereinbar.

Ökonomische Analysen ohne Berücksichtigung der politischen Dimension sind allerdings unvollständig. Inflation kann drohen, wenn eine Zentralbank sich nicht mehr in der Lage sieht, mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen geldpolitisch notwendige Zinserhöhungen vorzunehmen. Schon vor knapp 100 Jahren hat der Ökonom John Maynard Keynes in seinem Buch „A Tract on Monetary Reform“ die These aufgestellt, Inflation sei häufig das Ergebnis politischer Macht von Schuldnern, die über Inflation ihre Schulden entwerten. Heute wird durch umfangreiche Anleihekäufe der EZB eine Diskussion über eine Umschuldung der italienischen Staatsschuld verhindert, an der die Regierung in Rom aus Prestige Gründen und mit Blick auf Vermögensverluste heimischer Anleger kein Interesse hat. So werden Schuldenprobleme nicht gelöst, sondern nur verschoben. Aus Sicht der Geldwertstabilität mag dies angehen, solange es keiner Zinserhöhungen bedarf. Das ist heute sicherlich so, aber dies kann sich auch einmal ändern. Ebenso kann eine zu große Abhängigkeit der Zentralbanken von den Finanzmärkten ihren Handlungsspielraum hemmen, wenn sie auf geldpolitisch notwendige Zinserhöhungen verzichten, weil sie einen Einbruch von Preisen an den Finanzmärkten fürchten.

Hohe Bestände von Wertpapieren in Bilanzen von Zentralbanken werfen auch die Frage auf, was geschieht, wenn erhebliche Vermögensverluste anfallen, zum Beispiel im Falle einer staatlichen Umschuldung oder eines Bankrotts von Unternehmen, deren Anleihen gekauft wurden. Das ist allein mit Blick auf die Art und Weise, wie Zentralbanken bilanzieren, ein sehr spezielles Thema. Staatliche Zentralbanken haben zudem ein politisches Mandat und ihre Aufgabe besteht nicht darin, Gewinne zu erzielen. Das Beispiel der

Tschechischen Nationalbank, die viele Jahre lang nach Verlusten ein negatives Eigenkapital auswies und nach traditionellen Kriterien überschuldet war, aber trotzdem störungsfrei und ohne Reputationsverlust ihre Geldpolitik betrieb, unterstreicht die besondere Rolle der Währungshüter.

Eine Zentralbank mit negativem Eigenkapital muss daher, anders als in der Euro-Krise suggeriert wurde, nicht zwingend vom Steuerzahler rekapitalisiert werden. Andererseits entsteht dem Steuerzahler durch den Wegfall von Gewinnausschüttungen der Zentralbank an den Staat indirekt ein Schaden. Eine interessante Regelung existiert in den Vereinigten Staaten. Dort darf die Fed nur, wie kürzlich in großem Maße geschehen, ins Kreditgeschäft mit Unternehmen einsteigen, weil das Finanzministerium Geld bereitstellt, mit dem eventuelle Verluste der Fed aus diesen Geschäften kompensiert werden.

## Kolossaler finanzieller Überbau

Der Ökonom und Geldpolitiker Paul Tucker hat vor der Corona-Krise in einem Buch („Unelected Power“) vor den Gefahren gewarnt, die sich aus der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben durch Zentralbanken ergeben. Aus demokratiethoretischer Sicht ist eine von Regierungsweisungen unabhängige Zentralbank unproblematisch, die mit einem klaren Mandat Geldwertstabilität sichert, weil die Erfahrung zeigt, dass Regierungen oft kein Interesse besitzen, dieses für viele Menschen nützliche öffentliche Gut bereitzustellen. Aber das demokratiethoretische Fundament wird brüchig, wenn die Zentralbank durch Aktionismus etwa in der Finanzaufsicht oder in der Staatsfinanzierung Aufgaben übernimmt, die besser von gewählten Politikern wahrgenommen werden sollten.

Natürlich werden Regierungen unangenehme Reformen scheuen und großzügig Wohltaten versprechen, wenn sie davon ausgehen, dass die Geldpolitik Probleme beseitigen wird. Das ist kein spezielles Problem der EZB und Südeuropas. Der Ökonom Raghuram Rajan hat in seinem 2010 erschienenen Buch („Fault Lines“) gezeigt, wie in den Industrienationen über Jahrzehnte durch expansive Finanz- und Geldpolitik fundamentale Bruchlinien in der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung übertüncht wurden, weil die Politiker sich den eigentlichen Herausforderungen nicht stellten. Diese Fehlentwicklungen waren ein Grund, wenn auch nicht der einzige, der zur Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 führte.

Die Menschen werden auch diese Krise überwinden – aber vermutlich mit einer zumindest vorübergehend geschwächten Wirtschaft, der ein kolossaler finanzieller Überbau in Gestalt stark gestiegener öffentlicher und privater Verschuldung entgegensteht. Die größte Gefahr für die Zentralbanken, die zugleich Treiber wie Getriebene sind, besteht in der Fortsetzung des Versuchs, dieses wachsende Missverhältnis von Wirtschaftskraft und Schuldenlast zu stabilisieren – und sich dabei früher oder später zu übernehmen.

## Infectious suspicion

# Do low-trust societies do better in a pandemic?

When you don't trust your neighbours to wash their hands, you stand farther away

[Europe](#) [May 2nd 2020 edition](#)

### AMSTERDAM AND BUCHAREST



Surveys consistently find that residents of north-western Europe trust their governments and fellow citizens quite a lot, while those in southern and eastern Europe do not. When the World Values Survey (wvs) asks Swedes whether most people can be trusted, more than 60% answer yes. In Italy only about 30% do so, and in Romania a mere 7%. Another study, the European Social Survey (ess), asks respondents to rate their trust in politicians on a ten-point scale. In 2018 the Dutch averaged 5.4, the Poles 3.1 and the French and Germans in between. One in eight Bulgarians gave their politicians a zero.

Such results reflect deep sociocultural differences. Higher trust correlates with greater wealth, less crime and other metrics of well-being. It also seems to influence responses to covid-19. Trusting countries have generally implemented less stringent lockdowns. Rather than harshly enforcing social-distancing rules, their governments rely on citizens to observe guidelines voluntarily. Which method is better? The answer is complicated.

Take Romania, where a brutal communist dictatorship followed by decades of corruption has left citizens suspicious of institutions and each other. Unable to rely on public goodwill, the government responded to covid-19 with a harsh lockdown, declaring a state of emergency even before the country's first official death. Written declarations of purpose are required to leave home. From March 24th to April 19th police issued 200,000 fines (worth \$85m) to scofflaws.

Most Romanians are practising social distancing, says Barbu Mateescu, a Romanian sociologist. The fines are not the only reason. Few trust the country's decrepit health system to treat them if they get the virus. Some recall food shortages in the 1980s, and were quick to shift into crisis mode. Mr Mateescu calls them "uniquely equipped in Europe" to deal with hardship.

Like Romania, many low-trust eastern European countries locked down hard and fast. Serbia, Greece and other Balkan states imposed curfews. Croatia requires a government-issued pass to travel between towns. Poland, among the first countries to shut its borders, bars children under 13 from leaving home without an adult. Shoppers must wear disposable gloves, and face-masks are required in public.

Such quick, tough responses have helped spare eastern Europe the worst of the pandemic. Confirmed death rates in Poland and Romania are less than a tenth those in hard-hit countries such as France, Italy and Spain. Lower testing rates account for only a fraction of the difference.

In western Europe, unsurprisingly, lockdowns are toughest where the pandemic is deadliest. In France, Italy and Spain, public gatherings and social visits are barred, non-essential enterprises are shut and parks and beaches are closed. In France outdoor exercise is allowed within 1km of home; in Italy the limit is 200 metres, and Spain has banned it until May 2nd. French police had issued over 400,000 fines for violating confinement rules by April 3rd. In Spain the total has reached nearly 800,000, with almost 7,000 arrests.

Less obviously, these harsh lockdowns reflect widespread distrust. Even fewer French and Spanish than Italians think most people can be trusted: about 20%, similar to Poland. Some 25-30% trust the government, half as many as in Sweden. Some approve of tough rules because they mistrust fellow citizens. As a news kiosk owner in Madrid put it: "It's a necessary evil. People here are all kisses and hugs, they eat paella from the same spoon."

If low-trust countries in the east are doing better than those in the west, it is partly luck. Eastern Europe was generally faster to adopt tough measures, says Thomas Hale, a political scientist at Oxford who helped assemble an index of the stringency of covid-19 responses. But that could be partly because the virus got there later, and Italy served as a warning.

Meanwhile, citizens of Europe's high-trust countries have had it relatively easy. Germany has had little confrontational policing. The Netherlands implemented what it terms an "intelligent lockdown", closing schools and restaurants but allowing socialising with up to three visitors. There are no limits on circulating outdoors other than staying 1.5 metres apart. Mark Rutte, the prime minister, says people are "treated as adults, not as children".

As for Sweden, it has no lockdown at all. Schools and restaurants are open, though citizens are advised to avoid non-essential travel. "We use the phrase 'freedom under responsibility'," says Lars Tragardh, a Swedish historian. On Mr Hale's index Sweden and Germany were the only eu countries that never reached maximum stringency.

The Swedes and Dutch are following government recommendations: mobility is down by about 40%, according to Google data. But in France and Italy it is down about 80%. Worryingly, Dutch and Swedish covid-19 mortality rates outstrip those in neighbouring countries. The Dutch death rate per head is almost four times that in Germany. Sweden's is double that in Denmark, which has a tight lockdown.

This suggests that during epidemics trust is a double-edged sword. High-trust countries will probably do better economically, as they usually do. But in public-health terms, high trust may have lulled Dutch and Swedes into a false sense of security. For now, most are satisfied with their governments' responses. But so are most Romanians. Perhaps that will help to close Europe's trust gap.

## Fighting microbe with mike

# Christian Drosten, Germany's covid-19 explainer-in-chief

A virologist's podcast helps Germans make sense of the pandemic

[Europe Apr 30th 2020 edition](#)



Christian drosten of Berlin's Charité—Germany's most renowned hospital—knows a thing or two about going viral. Despite his busy schedule advising Chancellor Angela Merkel and her government, Charité's head of virology has regularly spoken with two journalists from ndr, a public broadcaster, since February 26th. Their 30-minute-plus podcast went out every weekday for the first six weeks of the crisis, and still goes out twice a week.

When the podcast launched, Germany had just 21 recorded cases of covid-19 and the producers planned just ten to 15 episodes. There have now been 161,539 cases, and 36 episodes to date, which together have received 34m plays. It is the most popular podcast in Apple's iTunes store across Germany and Austria, and number two in Switzerland.

Dr Drosten's credentials are second to none. He was part of the team that discovered sars in 2002 and on January 13th his team released a new diagnostic test for covid-19, since adopted by medical practitioners from Lithuania to Iran. His inimitably Germanic explanations can span five minutes or more, something which the producers say he insisted on prior to launch.

His appeal to Germans is similar to that of Mrs Merkel. Both are measured speakers with scientific backgrounds (she has a phd in physics). But despite that their fans are often younger than one would expect. Memes of Dr Drosten and gifs of Mrs Merkel, who occasionally appear at press conferences together, have lit up social-media channels frequented by the young.

Dr Drosten is also good at anecdotes, talking about his father, who wondered how social distancing would affect his shooting-club celebrations, or the struggles of balancing child care and work. And he admits to having enjoyed a drink at the pub before they closed down—but always from the bottle, as it is more hygienic. Of course.

Charlemagne

# Emmanuel Macron ditches Jupiter for other gods

## First Mars, then Minerva

[Europe Apr 30th 2020 edition](#)



The official presidential plane, with its crisp-white fuselage and *tricolore* livery, is cruising at high altitude towards Paris from Beijing. Inside his airborne meeting room, Emmanuel Macron has just finished a debrief at the end of a China trip, leaving his staff to snatch a few hours' sleep. To the visitor's untrained eye, the most astonishing feature in the presidential aircraft office is not the framed print fixed defiantly to the wall, nor the leather chairs bolted rigidly to the floor. It is that Mr Macron is wearing a hoodie.

Most world leaders have their signature look. Unicolour jackets for Germany's Angela Merkel. Artfully unkempt hair for Britain's Boris Johnson. In Mr Macron's case, his uniform is a suit. Not the pinstriped sort he once favoured as a young investment banker. But a well cut, navy *costume*, with matching sober tie. He wears it to visit hospitals, to talk virtually to European leaders, even last week to drop in on a tomato farm and a supermarket. For his detractors, the sharp suit is an offensive marker of his membership of the highly educated, metropolitan elite. For Mr Macron, a long-standing theatre enthusiast, the suit is literally a costume: a way of projecting in public an aura of formality, authority and power to fit the commanding Fifth Republic presidential office.

As the covid-19 health crisis unfolds in Europe, such aspects of leadership style are being tested. Mrs Merkel's cautious, rational manner answers the moment's yearning for quiet competence, at least for now. Mr Johnson's customary bluster is more jarring. Mr Macron, who slipped into a Jupiterian costume on election night in 2017, stepping out from the shadows of the Louvre palace, has opted for a metaphorical change of attire. Since the pandemic struck, the know-it-all president who used to lecture his people from on high has switched outfits twice: to that of a warrior leading the French into battle, and then to one of a self-questioning leader who uses the word "humility" 11 times in a single interview. To borrow the president's classical allusions, he has gone from wearing the costume of Jupiter (king of the Roman gods), to that of Mars (god of war), and now Minerva (goddess of wisdom).

Mr Macron's earlier Jupiterian costume is worth revisiting. The "Jupiterian" presidency was his response to the excessively "normal" presidency of his Socialist predecessor, François Hollande, whom he served both as an adviser and minister. The French, with their romantic national myths of glorious conquest and civilisation, sought not just competent government, argued Mr Macron before his election, but leadership

that symbolised exceptional, almost mystical, power. Once in office, however, if Mr Macron imagined he was projecting authority, the French increasingly saw aloofness and disdain. He once breezily told an unemployed gardener: “I can cross the road and find you a job.” The *gilets jaunes* (yellow jackets) protests followed. Jupiter tumbled from Olympus with a thud.

When the pandemic first took hold, Mr Macron pulled on his combat fatigues. “We are at war,” he declared no fewer than six times in an address on March 16th, putting France into lockdown. The “enemy” was invisible; the government was in “combat”. A week later, there he was at a military field hospital in eastern France, flanked by soldiers, camouflage and khaki. “It’s Clemenceau in the trenches,” claimed an Elysée aide, referring to the former prime minister who in 1917 made regular trips to the mud and gore of the front line, dressed in a square-tailed cloth coat and gaiters, to fight defeatism and despair.

The shortcomings of Mr Macron’s martial posture, however, soon became clear. France, like everywhere else, cannot “defeat” covid-19. The exit from lockdown, *déconfinement*, which will start in France on May 11th, is not a battle. It is a complex process of balancing trade-offs, managing fears and securing trust—all in the face of shifting evidence and imperfect information.

Hence the president’s more recent adoption of a Minervan cloak of *sagesse*. In his third televised address from the Elysée palace, on April 13th, there was plenty about *solidarité* and *fraternité* to stir the spirit. But Mr Macron was also a model of humility. “We should be honest,” he said, citing “mistakes” and “failures” over shortages of masks, gowns and hand gel. It was time, he concluded mysteriously, for “reinvention, of myself first of all”. Faced with so many unknowns, the philosopher-president seems to have ditched public lectures for self-analysis and a hyper-detailed fact-finding mission: quizzing supermarket cashiers one day; flying, bizarrely, to Marseille to question a microbiologist on the use of hydroxychloroquine the other. “This moment”, he told *Le Point*, a magazine, “has shaken a lot of things in me.” Like the owl of Minerva, a favourite reference of his, Mr Macron seems to be waiting for the pandemic’s dusk before seeking fully to understand.

## **Class action suit**

The president’s new look is more suited to the uncertain times. Covid-19 has offered a form of revenge to the rational-minded technocratic leader after the populist years. Mrs Merkel’s approval rating has soared; Mr Macron’s has jumped, though less high. Yet it would be rash to draw too many conclusions. For one thing, the political aftermath of the pandemic will be brutal, with claim and counterclaim about who took the right or wrong decision when. Many in France feel that they have been deeply misled over the use of masks and tests. Only 39% say that they trust the government to deal with covid-19. Marine Le Pen and her populist friends may be quiet for now. But nobody doubts that she will be back.

The other point is that, as a political quality, humility has its limits. Pragmatism can often be made to look like hesitation; adaptation mere improvisation. Ultimately, even the most fact-guided politician can defer only so much to scientists and experts. Decisions in the end are for them to take. After three years in office, Mr Macron knows this well. Which is why the wisest guise of all may also be the hardest: to sound humble, and act smart.

## Le Figaro, no. 23549

Le Figaro Économie, lundi 4 mai 2020 1013 mots, p. 33

chroniques

# Onze millions de salariés en chômage partiel, désastre économique et humain

Ils sont les demi-solde de « la préférence française pour le chômage » .

Robin, Jean-Pierre

L'enfer est pavé de bonnes intentions, dit-on. L'économie française est tombée dans la récession la plus profonde des dix-neuf pays qui ont l'euro pour monnaie, voilà l'enfer. Son PIB a chuté de 5,8 % au premier trimestre selon l'Insee, ce qui se compare à un repli de 3,8 % dans l'ensemble de la zone euro, dixit Eurostat, l'institut européen. Le recul est de 4,7 % en Italie, 5,2 % en Espagne et de l'ordre de 2 % en Allemagne. De telles baisses de régime constituent en réalité des dépressions. Et celle qui a suivi le confinement décidé à la mi-mars en Europe s'avère plus sévère en France qu'ailleurs.

Est-ce lié au « *mécanisme exceptionnel et massif de chômage partiel (qui a été) mis en place* » , selon les termes d'Emmanuel Macron s'exprimant à la télévision le 12 mars ? L'intention était bonne. Quoi de plus louable que de protéger les emplois, l'État jouant le bon Samaritain, se substituant temporairement aux entreprises pour leur éviter de licencier leur personnel ? Promesse tenue et de façon assurément « massive » . 11,3 millions de salariés en « chômage partiel » chez nous, à comparer à 4,3 millions en Italie, 3,9 millions en Espagne, un peu plus de 3 millions en Allemagne et son *Kurzarbeit* (travail réduit).

### Tic de langage

À cet égard, pourquoi, de l'Élysée à Matignon, en passant par la Rue de Grenelle (ministère du Travail), s'acharne-t-on à parler de « chômage partiel » alors que le terme administratif officiel est « activité partielle » , comme en allemand ? Emmanuel Macron, Édouard Philippe et Muriel Pénicaud voudraient-ils accréditer « *la préférence française pour le chômage* » - formule fameuse d'un conseiller de Pierre Bérégovoy en 1990 - qu'ils ne s'exprimeraient pas autrement.

Soucieux de comprendre ce tic de langage, nous avons consulté le dictionnaire Littré : « *Chômer, du bas latin cauma, chaleur, le moment de la journée où la chaleur oblige au repos.* » On songe à *L'Angélus* de Millet et ses deux paysans dans un champ, interrompant leur récolte de patates pour prier. Voilà l'image chaleureuse que nos dirigeants ont en tête quand ils préfèrent le chômage à l'activité.

Une bonne dizaine de millions de salariés, plus d'un sur deux, sont donc soumis à ce statut provisoire (jusqu'au 1er juin, mais pouvant aller au-delà), précaire (retrouverai-je mon poste ?), bureaucratique (paperasserie, contrôles, délation de certaines entreprises dénonçant leurs concurrents qui y recourent, etc.). « *Le système français est le plus généreux d'Europe* » , ne cesse de marteler le premier ministre, et il a raison. L'indemnisation est de 100 % au niveau du smic, 84 % du salaire net au-delà, plafonné à 4,5 fois le smic, quand le *Kurzarbeit* verse 60 % du salaire (67 % pour les familles avec enfant) et le Cura Italia accorde une indemnité mensuelle de 998 euros pour les salaires inférieurs à 2 159 euros.

Il s'agit certes de préserver coûte que coûte le lien entre l'entreprise et son salarié, l'État s'instaurant « payeur en dernier ressort » des fiches de paie. Y compris les 6 millions de fonctionnaires, la puissance publique assure aujourd'hui les trois quarts des salaires du pays. L'Union soviétique est battue. Comparé à ses homologues européens, le dispositif français ratisse très large.

Aurait-il été mal calibré ? Pendant les premières semaines de la mise en oeuvre du système (loi de juillet 2013 modifiée par décret du 20 mars 2020), Muriel Pénicaud s'est félicitée de son succès statistique. Tant sur le nombre de salariés que des « *entreprises protégées* » , selon son expression (890 000 au 28 avril). C'est la première fois qu'un ministre du Travail se réjouit de la montée du chômage ! Conséquence mécanique, l'enveloppe de 8,5 milliards d'euros initialement prévue par l'État a d'ores et déjà triplé. Elle atteignait 25 milliards fin avril, a reconnu Gérald Darmanin, le ministre des Comptes publics. Mais personne n'oserait

s'en plaindre sauf à tomber sous le coup de la formule célèbre, « *Dieu se rit de ceux qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes* ». Non seulement l'étendue du chômage « partiel » (en fait souvent complet) est à l'origine de la chute d'activité plus prononcée en France, mais il est à craindre que le déconfinement se traduise par une reprise moindre. D'autant que ce n'est pas un barrage à toute épreuve contre le chômage classique. L'envolée de 7,1 % du nombre d'inscrits en mars à Pôle emploi (+ 246 100) a surpris par sa violence. Elle s'explique par un effet ciseaux très simple : beaucoup moins de gens ont trouvé un travail et un peu plus ont perdu le leur.

L'une des critiques habituelles à l'encontre du *Kurzarbeit* en Allemagne, qui en est l'initiateur historique, est d'élargir le fossé entre les *outsiders*, hors de l'entreprise, et les *insiders*. Or même pour ces derniers ce n'est pas la panacée. Les 11,3 millions de salariés aujourd'hui bénéficiaires sont devenus des « demi-solde », à l'instar des 20 000 anciens officiers de Napoléon mis en disponibilité en 1815, au moment de la Restauration, tout en continuant de percevoir la moitié de leur solde. Des citoyens de seconde zone.

Le recours sous tous azimuts au dispositif d'« activité partielle » (expression quand même plus valorisante) s'inscrit dans une longue tradition française, brouillonne et d'esbroufe. En octobre 1974, Valéry Giscard d'Estaing et Jacques Chirac, tétanisés par le premier choc pétrolier, avaient instauré une indemnisation des « licenciements économiques » à 102 % (sic) du salaire net. Irréaliste financièrement et illusoire économiquement, car ce faisant on renonçait à restructurer l'industrie en profondeur, ce que l'Allemagne a su faire et pas nous. De même, en 1999, les 35 heures se voulaient une réponse au chômage de masse alors qu'elles n'ont fait que nous y enfoncer. Fussent-elles bien intentionnées, les solutions de facilité riment avec déni de réalité. -

L'étendue du chômage partiel serait-elle à l'origine de la chute d'activité plus prononcée en France, avec la crainte que le déconfinement se traduise par une reprise moindre ?

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/verfassungsgericht-entscheidet-ist-die-ezb-noch-zu-stoppen-16751326.html?premium>

VERFASSUNGSGERICHT ENTSCHEIDET:

## Ist die EZB noch zu stoppen?

- VON CORINNA BUDRAS
- -AKTUALISIERT AM 04.05.2020-08:23



Mit jeder Krise gewinnt die Europäische Zentralbank an Bedeutung. Das Bundesverfassungsgericht muss nun entscheiden, ob Deutschland da noch mitmachen kann. Die Ersten haben jetzt schon Angst.

Ganz Europa schaut am Dienstag nach Karlsruhe. So hört man es in diesen Tagen in Hintergrundgesprächen, so liest man es auf Twitter und in Investoren-Newslettern. Denn am Dienstag entscheidet das Bundesverfassungsgericht über das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank mit dem etwas sperrigen Kürzel PSPP („Public Sector Purchase Programme“). Gewiss, es hat schon Verfahren gegeben, deren gesellschaftliche Sprengkraft offensichtlicher war, doch die Bedeutung dieses Urteils ist kaum zu überschätzen: Schon in Vor-Corona-Zeiten spaltete das Programm die Fachwelt in Befürworter und Gegner, im vergangenen Herbst führte es zu einem handfesten Eklat im EZB-Rat.

Doch nun, im Angesicht der größten Krise der Nachkriegszeit, bekommt es eine ganz neue Dimension. Jetzt wird sich zeigen: Kann die EZB weitermachen wie bisher, oder bekommt ihre Krisenintervention einen herben Dämpfer? Und riskiert das Bundesverfassungsgericht ausgerechnet jetzt einen handfesten Streit mit dem Europäischen Gerichtshof?

Die Kläger jedenfalls hatten sich die Sache anders vorgestellt: Schon seit Jahren treiben sie ihren Rechtsstreit gegen das Anleihekaufprogramm voran. In normalen Zeiten wäre das eine gute Gelegenheit, der Öffentlichkeit eine übergriffige EZB zu präsentieren. Eine, die in all ihrem Übermut ständig die Regeln der EU verletzt und sich in Dinge einmischt, die sie überhaupt nichts angehen, allen voran in die Wirtschaftspolitik der EU-Staaten. Nun ist die Welt eine andere: Die EU steckt in einer tiefen Krise, finanziell und politisch, und das einzige Feuerwehrauto, das derzeit zu regelmäßigen Einsätzen ausrückt, ist eben jene EZB, die gerade am Pranger steht.

Das gibt dem Verfahren eine Brisanz, die so niemand vorhergesehen hat, auch nicht die Kläger, die Unternehmer Heinrich Weiss, Patrick Adenauer und Jürgen Heraeus. Die Finanz- und Schuldenkrise, so unerfreulich sie war, hatte einen ganz anderen Hintergrund. Die Schuldigen konnten klar benannt werden, die Staaten nämlich, die ihre Haushalte nicht in den Griff bekamen und jahrelang über ihre Verhältnisse lebten. Da ließen sich die Schuldzuweisungen unbefangener formulieren. Jetzt geht es um das höchste Gut, um Leben und Tod. Wer will da kleinlich sein, wenn es um finanzielle Unterstützung geht?

## Grundsatzentscheidung zur Rolle der EZB

Gerichte allerdings müssen zu jeder Zeit kleinlich sein. Schließlich urteilt das höchste deutsche Gericht in der sehr grundsätzlichen Frage der Rolle der EZB, und die Kläger hoffen, dass es einige Pflöcke einschlägt, die sich als krisenfest erweisen.

Dazu muss man erst einmal verstehen, worum es geht: Mit ihrer Verfassungsbeschwerde haben die Kläger das Anleihekaufprogramm PSPP im Blick, mit dem die EZB schon seit 2015 vor allem Staatsanleihen im Wert von mindestens 2,6 Billionen Euro aufgekauft hat – fast ein Drittel aller Staatsanleihen im Euroraum. Damit pumpt die Bank Liquidität in den Markt, um die Wirtschaft anzukurbeln, was immer dann seinen Reiz hat, wenn der Leitzins nicht mehr gesenkt werden kann, weil er schon nahe null liegt. Dabei waren vor allem Zeitpunkt und Umfang ein großes Problem, der Höhepunkt der Krise war damals schon vorbei. Außerdem zieht es Nebenwirkungen nach sich etwa im Hinblick auf die Finanzstabilität, vor denen Ökonomen wie [Volker Wieland](#), Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung, warnen. Er hat dem Verfassungsgericht als Sachverständiger Rede und Antwort gestanden.

Den Klägern wurde das Treiben schnell zu bunt: „Die EZB überschreitet ihr Mandat und betreibt in der Sache Wirtschaftspolitik, zu der sie demokratisch nicht legitimiert ist“, argumentiert Weiß. Das Problem allerdings ist: Das Bundesverfassungsgericht selbst hat der EZB gar nichts zu sagen, schließlich ist die Notenbank keine deutsche Institution. Wenn die Karlsruher Richter Grenzen einziehen möchten, geht das nur über den Umweg der Bundesregierung, des Bundestags und der [Bundesbank](#), die immerhin ein gewichtiges Wort bei der EZB mitzureden hat.

### „Billiges Geld macht dumm“

„Unser Ziel ist es, der Bundesbank zu verbieten, sich an den Rechtsbrüchen zu beteiligen“, sagt Weiss. „Das müsste das Minimum sein.“ Das ist nicht so formalistisch, wie es klingt, die Gegner jedenfalls fürchten durch die Maßnahmen Auswirkungen für jeden Bürger: „Die derzeitige Krisenpolitik führt zu einer Nivellierung des Lebensstandards. Der Lebensstandard im Süden wird aufgepeppt, im Norden werden wir verlieren“, sagt Weiß. Und sein Mitstreiter Heraeus bringt das auf die griffige Formel: „Mein Vater hat immer gesagt: Billiges Geld macht dumm.“

Nun ist es nicht das erste Mal, dass das Bundesverfassungsgericht zur EU-Krisenpolitik entscheidet. Über den europäischen Stabilitätsfonds ESM mussten sie schon urteilen, ebenso über das OMT-Programm mit dem Ziel des unbegrenzten Kaufs von Staatsanleihen kriselnder Staaten, das mit den schicksalhaften Worten des damaligen EZB-Präsidenten [Mario Draghi](#) umrissen war: „Whatever it

takes“. Damit hätte die Notenbank bestimmte Staaten gezielt unterstützt, doch es kam niemals zur Anwendung, was für die rechtliche Beurteilung von Vorteil war. Auch bei ihrer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag beteuerte die neue EZB-Präsidentin Christine Lagarde – womöglich auch mit Blick auf die anstehende Entscheidung – dass sie nicht daran denke, das OMT einzusetzen.

Die Verfassungsrichter wissen um ihre besondere Strahlkraft. Die Mahnungen aus Karlsruhe hören nicht nur die Notenbanker in Frankfurt, auch der [Europäische Gerichtshof](#) und die EU-Kommission sind alarmiert, schließlich zielen sie stets auch auf die Balance zwischen Verfassungsrecht und europäischen Regeln. In dieser Hinsicht hat sich schon ein richtiges Ritual herausgebildet: Das Bundesverfassungsgericht ruft in diesen Fragen zunächst den EuGH an, alles andere wäre in diesen delikaten europäischen Fragen auch vermessen. Lang und breit werden Mahnungen formuliert, die die Luxemburger Richter elegant ignorieren.

So war es auch im Fall des Anleihekaufprogramms: In seinem Vorlagebeschluss 2017 hat das Bundesverfassungsgericht Bedenken geäußert, dass die EZB damit ihr Mandat überschreitet, doch die blieben ungehört. Nun ist es nach der Systematik immerhin das Verfassungsgericht, das in der Frage das letzte Wort hat, aber es müsste dem EuGH schon einen „ausbrechenden Rechtsakt“ vorwerfen, würde es die Sache anders sehen. Das wäre ein Eklat besonderer Güte.

Im vergangenen Juli hat das Verfassungsgericht eine mündliche Verhandlung in der Sache abgehalten. Die Situation damals war eine ganz andere: Die Wirtschaft der Europäischen Union war im vollen Schwung, die letzte Krise schien weitgehend überstanden. Das war der perfekte Zeitpunkt für eine ausgeruhte Analyse des Krisenmanagements, bei der man ganz unbelastet die Verhältnismäßigkeit untersuchen konnte. Wäre damals ein Urteil gesprochen worden, hätte es vor allem die Fachöffentlichkeit interessiert. Jetzt blicken die Finanzmärkte, die Politik und nicht zuletzt die EZB selbst mit bangen Blicken nach Karlsruhe. Dass dies für das Verfahren keine günstigen Umstände sind, wissen auch die Kläger: „Ich erwarte ein politisches Urteil, erst recht in Zeiten von Corona“, sagt Patrick Adenauer. „Ich könnte mir vorstellen, dass die Politik und vielleicht auch die Richter fürchten, dass es zu starken Marktreaktionen kommt.“

## EU streitet, EZB handelt

Man kann dem aber auch Positives abgewinnen. Niemals war ein Urteil in dieser Frage notwendiger als jetzt in einer Situation, in der die EZB plötzlich eine noch größere Machtfülle erhält, weil sich die Eurostaaten nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. In der letzten Krise wurde zwar der Krisenfonds ESM geschaffen, aber den scheuen gebeutelte Länder wie Italien und Spanien, auch in der Corona-Krise war seine Nutzung lange umstritten. Eurobonds, und damit eine gemeinschaftliche Haftung aller Eurostaaten, wären den Krisenstaaten lieber. Darüber ist ein heftiger Streit entbrannt; die EZB ist die einzige, die ungerührt in die Bresche springen kann – derzeit mit einem neuen Corona-Anleihekaufprogramm PEPP. „Die EZB hat zu Beginn der Krise sehr schnell gehandelt, das war sehr gut“, urteilt der Wirtschaftsweiser Wieland. „Aber es ist bedauerlich, dass Staaten wie Spanien oder Italien nicht gleichzeitig auch Kredite aus dem ESM beantragt haben. Dann wäre man auf juristisch sicherem Boden, wenn die EZB mehr und mehr gezielt zur Stützung einzelner Länder eingreifen muss.“

Turbulenzen befürchten sowohl Befürworter als auch Gegner der EZB-Linie, freilich mit unterschiedlichen Zeithorizonten: Setzt das Gericht der Bundesbank Grenzen, stehen die EZB-Programme auf der Kippe, und das wiederum könnte zu einer Panik an den Finanzmärkten führen. Umgekehrt fürchten die Beschwerdeführer ein Desaster, wenn die EU weiterwuschelt wie bisher: „Die politische Integration scheitert daran, dass alle immer über die Finanzen streiten“, warnt Weiß. „Der Euro wird auseinanderfallen, denn die Südländer sind nicht bereit, Haushaltsdisziplin zu lernen.“

Mit diesem Dilemma vor Augen könnte es das Verfassungsgericht bei mahnenden Worten zum Ausstieg aus dem Programm belassen. Aber auch das wäre für manchen schon ein Erfolg. „Wir sind jetzt mitten in der Krise, aber das stellt die EZB nicht frei davon, eine klare Strategie für eine Normalisierung nach der Krise zu formulieren“, sagt Wieland. „Im Gegenteil: Das wird immer wichtiger, weil die Risiken, die die EZB auf ihre Bilanz nimmt, immer größer werden.“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/schwedens-umgang-mit-corona-der-andere-weg-16752332.html?premium>

UMGANG MIT CORONA:

## Schwedens anderer Weg

- EIN KOMMENTAR VON MATTHIAS WYSSUWA, HAMBURG
- -AKTUALISIERT AM 04.05.2020-12:00



Schweden hat im Kampf gegen Covid-19 auf mehr Offenheit und Freiwilligkeit gesetzt. War es die richtige Strategie, um die Seuche wirksam einzudämmen?

Um sicherzugehen, haben sie Hühnermist verteilt. Der Tanz in den Mai, die Walpurgisnacht, ist in Schweden ein großes Fest, aus dem für junge Leute oft ein Exzess wird. So sollte es inmitten der Corona-Krise aber nicht kommen. Also haben sie in der Universitätsstadt Lund den Park abgesperrt, wo sonst Tausende feiern. Und sie haben Hühnermist auf den Wiesen verteilt. Es stinke so fürchterlich, dass da niemand mehr trinken wolle, hieß es. Sicher ist sicher. Merke: Auch Schweden tastet sich jeden Tag weiter voran im Kampf gegen das Coronavirus.

In einer Zeit, in der die Welt im Fieber liegt, blicken viele auf den Weg, den Schweden eingeschlagen hat. Was manche dabei zu erblicken meinen, mutet erstaunlich an. Von einem allzu laxen Umgang wird berichtet, von einem Experiment, sogar von „Wahnsinn“ ist die Rede. So einfach ist es aber nicht.

Scheinbar ist oft gar nicht ganz klar, was die Schweden da machen. Dabei wäre es besser, genau hinzuschauen, schließlich geht das Land den Weg ganz bewusst – und die Zustimmungsraten steigen. Man kann manches kritisieren, aber anderes vielleicht von dem skandinavischen Nachbarn lernen; wobei sich Deutschland und Schweden im Umgang mit dem Virus ohnehin einander immer mehr annähern. Sie kommen nur aus zwei verschiedenen Richtungen.

### Auch der Alltag in Schweden hat sich verändert

Als Schweden den Kampf gegen das Coronavirus aufnahm, hat sich das Ziel nicht von dem vieler anderer Länder unterschieden: Die Kurve der Infektionen sollte so sehr gedrückt werden, dass die medizinischen Kapazitäten nicht überfordert werden. Dass man die Infektionsraten einfach habe laufen lassen, um schnell eine Herdenimmunität zu erreichen, ist ein Mythos. Vielmehr sollte so viel vom wirtschaftlichen und sozialen Leben aufrechterhalten werden wie möglich – und nur so viel eingeschränkt werden wie nötig. So sind viele Einrichtungen, die man in Deutschland gerade wieder zu öffnen versucht, in Schweden nie geschlossen worden: Schulen mit Ausnahme der Oberstufe, Geschäfte, Restaurants unter Auflagen. Trotzdem hat sich auch der Alltag in Schweden sehr verändert. Und das nicht nur wegen des Hühnermists.

Es gibt vieles, was es schwer macht, die Strategien im Kampf gegen das Coronavirus zu vergleichen: die Ungleichzeitigkeit der Infektionsausbrüche, welche zu Maßnahmen zwingen; die unterschiedlichen Voraussetzungen; das Verhältnis von Staat und Bürger. Schweden ist ein dünnbesiedeltes Land mit einer im Vergleich zu Deutschland etwas jüngeren Bevölkerung und mit mehr Single-Haushalten als anderswo.

Die Menschen sind es gewohnt, dem Staat nicht nur zu vertrauen, sondern durch dessen Fürsorge auch aus vielen sozialen Abhängigkeitsstrukturen gelöst zu werden. Ein Land, das nicht nur stark von seiner exportorientierten Wirtschaft abhängt, sondern auch davon, dass Väter und Mütter gleichberechtigt arbeiten. Aus all diesen Variablen ergab sich für die schwedische Führung der Kurs, den sie wählte: Sie steckte ihn mit weniger Verboten und viel mehr Geboten ab. Man setze Vertrauen in die Bürger. Was sagt es über Deutschland, dass man glaubte, nur mit Verboten den Kurs sichern zu können?

Für alle aber gilt: Wir wissen noch zu wenig und lernen immer weiter dazu. So haben die schwedischen Behörden zuletzt die Mahnungen an die Bürger immer dringlicher formuliert, sich an die Vorgaben zu halten; Restaurants, die das nicht taten, wurden geschlossen, und im Zweifelsfall wurde eben Hühnermist verteilt. Auch wenn die Infektionskurve gestiegen, und die Lage der Krankenhäuser in der am meisten betroffenen Region Stockholm angespannt ist, so ist die Infektionskurve aber doch nie außer Kontrolle geraten wie in einigen anderen Ländern.

## Verfehlter Kurs beim Schutz der Alten?

Die Reproduktionsrate liegt in Schweden längst unter eins. Was hingegen auffällt, ist die hohe Todeszahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Sie ist zwar bei weitem nicht so hoch wie in Spanien oder Italien, aber doch deutlich höher als in Deutschland. Ein großer Teil davon betrifft Fälle in Alten- und Pflegeheimen. Bei dem Schutz der Alten hat der Kurs sein Ziel offensichtlich verfehlt.

Wäre man also am Ende der Pandemie angelangt, ließe sich allein wegen der Todeszahl der schwedische Weg leicht ablehnen. Wir sind aber erst am Anfang. Noch kann niemand sagen, wo wir in einigen Monaten stehen werden. Womöglich hat es Druck aus Gesellschaft und Wirtschaft genommen, dass Kitas und Schulen nicht geschlossen wurden, ohne dass das offenbar großen Einfluss auf die Infektionsverläufe gehabt hätte. Wie sehr wird in Deutschland die Disziplin leiden, wenn in den Öffnungsdebatten die Interessen immer weiter auseinanderfallen. Und was ist, wenn die zweite Welle kommt, und in Schweden tatsächlich schon mehr Menschen immun sein könnten?

Für ein abschließendes Urteil ist es zu früh. Deutschland steht nach den ersten Wochen mit dem Virus sehr gut da, besser auch als Schweden. Ob das so bleiben wird, ist noch nicht entschieden.

BRANDBRIEF VON JOURNALISTEN:

## Misstraut Macron der freien Presse?

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 04.05.2020-19:00



Frankreichs Regierungs-Website zertifiziert vertrauenswürdige Berichte über die Corona-Krise – und hat nur fünf französische Medien dafür ausgewählt. Namhafte Redaktionen laufen Sturm.

Die französische Presse, die lange als besonders unterwürfig galt, wagt den Aufstand gegen die Regierung. In einem offenen Brief begehren 32 Redaktionen der wichtigsten Printmedien und Radio- und Fernsehsender gegen das Regierungsprojekt auf, die Berichterstattung über die Corona-Krise auszuwerten und zu zertifizieren. Auf der Regierungs-Website werden bereits ausgewählte Artikel unter der Rubrik „Desintox Corona“ als besonders lesenswert empfohlen.

„Die Presse ist vom Staat und von der politischen Macht unabhängig“, rufen die Journalisten in ihrem Protestaufruf in Erinnerung. Es könne nicht Aufgabe der Regierung sein, bestimmten Beiträgen ein Qualitätslabel zu verleihen und den Eindruck zu erwecken, als seien andere Veröffentlichungen disqualifiziert. „Die Regierung zeigt ein weiteres Mal, wie sehr sie einer freien und pluralistischen Presse misstraut“, beklagen die Journalisten. Sie fordern, dass die Regierung ihr Projekt einstellt.

Die Idee stammt von Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye und wird vom Presse- und Informationsamt der Regierung umgesetzt. „Die Corona-Krise begünstigt die Verbreitung von Fake News. Deshalb ist es wichtiger denn je, nur sicheren und überprüfbaren Quellen zu vertrauen“, äußerte Ndiaye. Deshalb habe die Regierung die Rubrik auf ihrer Website mit verlässlichen Informationen begründet. Die Regierungssprecherin stimmte sich zuvor nicht mit den Presseorganen ab. Nur fünf Redaktionen haben sich aus Sicht der Regierung für die Website qualifiziert, die Zeitungen „Libération“, „Le Monde“, „20 Minutes“, die Nachrichtenagentur AFP sowie der Radiosender France Info.

Über die Auswahlkriterien wurden die Redaktionen auch nicht informiert. „Unsere Beiträge sind einfach von einer Plattform benutzt und instrumentalisiert worden, die der Regierung gehört“, entrüstete sich der Direktor des staatlichen Radiosenders France Info, Vincent Giret. Der stellvertretende Redaktionsleiter der Zeitung „Libération“, Paul Quinio, befürchtet, dass die Leser künftig Zweifel an der Unabhängigkeit ihres Blattes hegen, wenn sich die Texte auf der Regierungs-Website wiederfinden. „Dieses Vorgehen kann nur das Misstrauen verstärken, was für Beziehungen die Presse und die Regierung miteinander unterhalten“, sagte Quinio.

### „Schutzengel“ gegen Fake News

Ndiaye hat bislang nicht auf den Protest reagiert. Aus Regierungskreisen heißt es, das Projekt fuße auf einer guten Absicht, Falschmeldungen zu bekämpfen. Die negativen Reaktionen seien übertrieben. Für den

Kommunikationswissenschaftler Arnaud Benedetti, der an der Sorbonne-Universität lehrt, ist die Regierungsinitiative eindeutig ein Versuch der Informationskontrolle. „Da Zensur nicht mehr möglich ist, strebt die Regierung zumindest an, die Information auswählen und zertifizieren zu können“, sagte Benedetti.

Emmanuel Macron habe sich zum „Schutzengel“ gegen Fake News aufgeschwungen, aber er plane eigentlich nur, die Hoheit über die Informationsweitergabe zurückzuerobern. „Wenn der Staat uns sagt, er wolle nur die Wahrheit verbreiten, dann verbreitet er nur seine Wahrheit oder seine Lügen“, sagte Benedetti in „Le Figaro“. Regierungssprecherin Ndiaye, damals noch verantwortlich für die Präsidentenkommunikation, hatte in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin „L’Express“ im Juli 2017 gesagt: „Ich stehe dazu, für den Präsidenten auch zu lügen.“

## Erhebliche Einschränkungen für Journalisten

Das Verhältnis der Presse zum Präsidenten ist seit langem angespannt. Die Hygieneregeln während der Pandemie hat der Elysée-Palast als Grund dafür angeführt, dass Ortsbesuche des Präsidenten nicht mehr von Journalisten beobachtet werden konnten. Stattdessen dokumentierten Elysée-Fotografen beziehungsweise Kameralleute die Termine Macrons. Erst nach heftigem Protest der Präsidentenpresse „Association de la presse présidentielle“ willigte die Presseabteilung ein, wieder Journalisten zur Begleitung zuzulassen. Allerdings dürfen sich Redaktionen nicht frei bewerben, sondern der Elysée-Palast entscheidet, wer zugelassen wird.

Nachfragen der Presse etwa bei den täglichen Pressekonferenzen mit dem Direktor der Gesundheitsbehörde werden verhindert. Nur ein ausgewählter Journalist darf die Fragen aller interessierten Journalisten vortragen. Das führt dazu, dass es bei unzureichender Beantwortung kein Nachhaken gibt. Dennoch gelang es Journalisten, Vertuschungsversuche und Lügen der Regierung etwa in der Frage der Schutzmasken- oder Testversorgung aufzudecken.

## Will Macron die Medien disziplinieren?

Macron hat schon länger ein widersprüchliches Verhältnis zur Pressefreiheit offenbart. Während der „Gelbwesten“-Proteste hielt er der Presse vor, „nicht mehr die Wahrheit zu suchen“. Er schrieb sich den Kampf gegen Fake News auf die Fahne, weil er nach eigenem Bekunden um die Demokratie fürchtet. Im November 2018 wurde ein Gesetz gegen Fake News in Wahlkampfzeiten beschlossen, das parteiübergreifend bei der Opposition auf Ablehnung stieß.

Kritiker halten das Gesetz für überflüssig und kontraproduktiv, sie befürchten staatliche Eingriffe in die Meinungsfreiheit. Zu Jahresbeginn hatte sich Macron scheinbar vehement für die Pressefreiheit eingesetzt. Doch in seinem Kampf gegen die „Informationsfälscher“ schwang bereits das Vorhaben mit, die Medien zu disziplinieren.

Lundi 4 mai 2020

par [Augustin Trapenard](#)

## « Je ne crois pas aux déclarations du genre « rien ne sera plus jamais comme avant » - Michel Houellebecq

Michel Houellebecq est écrivain. C'est la première fois qu'il s'exprime depuis le début de la pandémie. Dans cette lettre, il récuse l'idée de l'avènement d'un monde nouveau après la crise du coronavirus. Son texte et la lecture proposée par Augustin Trapenard, sont reproduits dans leur version intégrale.

Il faut bien l'avouer : la plupart des mails échangés ces dernières semaines avaient pour premier objectif de vérifier que l'interlocuteur n'était pas mort, ni en passe de l'être. Mais, cette vérification faite, on essayait quand même de dire des choses intéressantes, ce qui n'était pas facile, parce que cette épidémie réussissait la prouesse d'être à la fois angoissante et ennuyeuse. Un virus banal, apparenté de manière peu prestigieuse à d'obscurs virus grippaux, aux conditions de survie mal connues, aux caractéristiques floues, tantôt bénin tantôt mortel, même pas sexuellement transmissible : en somme, un virus sans qualités. Cette épidémie avait beau faire quelques milliers de morts tous les jours dans le monde, elle n'en produisait pas moins la curieuse impression d'être un non-événement. D'ailleurs, mes estimables confrères (certains, quand même, sont estimables) n'en parlaient pas tellement, ils préféraient aborder la question du confinement ; et j'aimerais ici ajouter ma contribution à certaines de leurs observations.

Frédéric Beigbeder (de Guéthary, Pyrénées-Atlantiques). Un écrivain de toute façon ça ne voit pas grand monde, ça vit en ermite avec ses livres, le confinement ne change pas grand-chose. Tout à fait d'accord, Frédéric, question vie sociale ça ne change à peu près rien. Seulement, il y a un point que tu oublies de considérer (sans doute parce que, vivant à la campagne, tu es moins victime de l'interdit) : un écrivain, ça a besoin de marcher.

Ce confinement me paraît l'occasion idéale de trancher une vieille querelle Flaubert-Nietzsche. Quelque part (j'ai oublié où), Flaubert affirme qu'on ne pense et n'écrit bien qu'assis. Protestations et moqueries de Nietzsche (j'ai également oublié où), qui va jusqu'à le traiter de nihiliste (ça se passe donc à l'époque où il avait déjà commencé à employer le mot à tort et à travers) : lui-même a conçu tous ses ouvrages en marchant, tout ce qui n'est pas conçu dans la marche est nul, d'ailleurs il a toujours été un danseur dionysiaque, etc. Peu suspect de sympathie exagérée pour Nietzsche, je dois cependant reconnaître qu'en l'occurrence, c'est plutôt lui qui a raison. Essayer d'écrire si l'on n'a pas la possibilité, dans la journée, de se livrer à plusieurs heures de marche à un rythme soutenu, est fortement à déconseiller : la tension nerveuse accumulée ne parvient pas à se dissoudre, les pensées et les images continuent de tourner douloureusement dans la pauvre tête de l'auteur, qui devient rapidement irritable, voire fou.

La seule chose qui compte vraiment est le rythme mécanique, machinal de la marche, qui n'a pas pour première raison d'être de faire apparaître des idées neuves (encore que cela puisse, dans un second temps, se produire), mais de calmer les conflits induits par le choc des idées nées à la table de travail (et c'est là que Flaubert n'a pas absolument tort) ; quand il nous parle de ses conceptions élaborées sur les pentes rocheuses de l'arrière-pays niçois, dans les prairies de l'Engadine etc., Nietzsche divague un peu : sauf lorsqu'on écrit un guide touristique, les paysages traversés ont moins d'importance que le paysage intérieur.

Catherine Millet (normalement plutôt parisienne, mais se trouvant par chance à Estagel, Pyrénées-Orientales, au moment où l'ordre d'immobilisation est tombé). La situation présente lui fait fâcheusement penser à la partie « anticipation » d'un de mes livres, *La possibilité d'une île*.

Alors là je me suis dit que c'était bien, quand même, d'avoir des lecteurs. Parce que je n'avais pas pensé à faire le rapprochement, alors que c'est tout à fait limpide. D'ailleurs, si j'y repense, c'est exactement ce que

j'avais en tête à l'époque, concernant l'extinction de l'humanité. Rien d'un film à grand spectacle. Quelque chose d'assez morne. Des individus vivant isolés dans leurs cellules, sans contact physique avec leurs semblables, juste quelques échanges par ordinateur, allant décroissant.

Emmanuel Carrère (Paris-Royan ; il semble avoir trouvé un motif valable pour se déplacer). Des livres intéressants naîtront-ils, inspirés par cette période ? Il se le demande.

Je me le demande aussi. Je me suis vraiment posé la question, mais au fond je ne crois pas. Sur la peste on a eu beaucoup de choses, au fil des siècles, la peste a beaucoup intéressé les écrivains. Là, j'ai des doutes. Déjà, je ne crois pas une demi-seconde aux déclarations du genre « rien ne sera plus jamais comme avant ». Au contraire, tout restera exactement pareil. Le déroulement de cette épidémie est même remarquablement normal. L'Occident n'est pas pour l'éternité, de droit divin, la zone la plus riche et la plus développée du monde ; c'est fini, tout ça, depuis quelque temps déjà, ça n'a rien d'un scoop. Si on examine, même, dans le détail, la France s'en sort un peu mieux que l'Espagne et que l'Italie, mais moins bien que l'Allemagne ; là non plus, ça n'a rien d'une grosse surprise.

Le coronavirus, au contraire, devrait avoir pour principal résultat d'accélérer certaines mutations en cours. Depuis pas mal d'années, l'ensemble des évolutions technologiques, qu'elles soient mineures (la vidéo à la demande, le paiement sans contact) ou majeures (le télétravail, les achats par Internet, les réseaux sociaux) ont eu pour principale conséquence (pour principal objectif ?) de diminuer les contacts matériels, et surtout humains. L'épidémie de coronavirus offre une magnifique raison d'être à cette tendance lourde : une certaine obsolescence qui semble frapper les relations humaines. Ce qui me fait penser à une comparaison lumineuse que j'ai relevée dans un texte anti-PMA rédigé par un groupe d'activistes appelés « Les chimpanzés du futur » (j'ai découvert ces gens sur Internet ; je n'ai jamais dit qu'Internet n'avait que des inconvénients). Donc, je les cite : « *D'ici peu, faire des enfants soi-même, gratuitement et au hasard, semblera aussi incongru que de faire de l'auto-stop sans plateforme web.* » Le covoiturage, la colocation, on a les utopies qu'on mérite, enfin passons.

Il serait tout aussi faux d'affirmer que nous avons redécouvert le tragique, la mort, la finitude, etc. La tendance depuis plus d'un demi-siècle maintenant, bien décrite par Philippe Ariès, aura été de dissimuler la mort, autant que possible ; eh bien, jamais la mort n'aura été aussi discrète qu'en ces dernières semaines. Les gens meurent seuls dans leurs chambres d'hôpital ou d'EHPAD, on les enterre aussitôt (ou on les incinère ? l'incinération est davantage dans l'esprit du temps), sans convier personne, en secret. Morts sans qu'on en ait le moindre témoignage, les victimes se résument à une unité dans la statistique des morts quotidiennes, et l'angoisse qui se répand dans la population à mesure que le total augmente a quelque chose d'étrangement abstrait.

Un autre chiffre aura pris beaucoup d'importance en ces semaines, celui de l'âge des malades. Jusqu'à quand convient-il de les réanimer et de les soigner ? 70, 75, 80 ans ? Cela dépend, apparemment, de la région du monde où l'on vit ; mais jamais en tout cas on n'avait exprimé avec une aussi tranquille impudeur le fait que la vie de tous n'a pas la même valeur ; qu'à partir d'un certain âge (70, 75, 80 ans ?), c'est un peu comme si l'on était déjà mort.

Toutes ces tendances, je l'ai dit, existaient déjà avant le coronavirus ; elles n'ont fait que se manifester avec une évidence nouvelle. Nous ne nous réveillerons pas, après le confinement, dans un nouveau monde ; ce sera le même, en un peu pire.

Michel HOUELLEBECQ

## Rendez-nous la liberté de la mer et de la montagne!

FIGAROVOX/TRIBUNE - La fermeture au public des sentiers de forêt, de montagne et de littoral est difficilement compréhensible tant le risque de propagation du virus y est faible, observe l'historien Maxime Tandonnet. Ces lieux où l'âme divague à loisir sont pourtant des espaces de liberté.

Par Maxime Tandonnet Publié il y a 8 heures, mis à jour il y a 8 heures



Argelès-sur-mer, 29 avril 2020 RAYMOND ROIG/AFP

*Fin observateur de la vie politique française et contributeur régulier du FigaroVox, Maxime Tandonnet a notamment publié [André Tardieu. L'incompris](#) (Perrin, 2019).*

Parmi toutes les interdictions qui se sont abattues sur la France depuis mi-mars 2020, l'une est emblématique et est ressentie comme particulièrement choquante par les Français: celle de se rendre dans les espaces sauvages, les forêts, les montagnes ou les plages.

L'interdiction de se rendre dans les forêts, les montagnes et les plages ne paraît pas avoir de fondement rationnel.

Les Français, dans leur ensemble, admettent vaille que vaille, en peuple docile, certaines suspensions de leurs libertés, y compris la plus précieuse de toutes, celle d'aller et venir où bon leur semble, dès lors que cette privation peut se justifier par la nécessité d'enrayer l'épidémie et de sauver des vies. Ils acceptent le principe de leur assignation à résidence, une mesure privative de la liberté ; ils tolèrent de se soumettre à l'obligation de détenir un sauf-conduit et à des contrôles qui dérogent aux principes d'une démocratie libérale, dès lors que cette suspension de la liberté est temporaire, circonscrite dans le temps, et qu'elle est compréhensible quant à son lien avec la lutte contre la contagion.

En revanche, l'interdiction de se rendre dans les forêts, les montagnes et les plages, sans aucun précédent (à l'exception du bannissement du littoral sous l'occupation), ne leur paraît pas avoir de fondement rationnel. Il est permis de se rendre dans des magasins, de prendre les transports en commun bondés, de marcher dans la rue ou dans les espaces publics. Mais pourquoi les lieux sauvages, où justement l'espace est sans limite - la France compte 5041 km de côtes sablonneuses, et des sentiers de forêts ou de montagne immensurables - sont-ils strictement prohibés?

La morale du troupeau se réalise avec une acuité particulière dans le contexte de la crise sanitaire.

De fait, le risque de la contagion dans les espaces sauvages infinis est faible sinon inexistant comparé à l'entassement urbain des bus et métro qui est autorisé. «*Il vaut mieux éviter la tentation*» leur dit-on. Cela signifie-t-il que les Français sont considérés comme assez inconscients ou stupides pour songer à s'entasser comme au mois d'août sur la Côte d'Azur? Ou bien que, dans un étrange élan de superstition, la population serait vouée à une grande cure de repentance ou de pénitence nationale face au mal invisible qui frappe le pays?

L'explication de cette interdiction de fréquenter les forêts, les montagnes ou les plages est d'une autre nature. La France est depuis longtemps et de toute évidence entrée dans une logique totalitaire, non pas au sens des régimes sanguinaires du XX<sup>e</sup> siècle, fascistes ou soviétique, mais au sens de l'obligation de nivellement et de conformisme. La morale du troupeau ne date pas d'aujourd'hui, mais se réalise avec une acuité particulière dans le contexte de la crise sanitaire.

Ces espaces sont considérés comme inadmissibles car ils se prêtent à la solitude voire à la réflexion solitaire.

Elle ne vient pas uniquement du sommet de la pyramide car elle s'exprime aussi dans le comportement des détenteurs locaux d'une autorité, d'un pouvoir bureaucratique, des petits chefs zélés, qui n'hésitent pas à surenchérir sur les ordres venus d'en haut, ou bien dans la tentation de la délation, de dénoncer son voisin dont l'heure réglementaire d'autorisation de sortie est dépassée, ou encore dans ces reportages télévisés accusateurs qui pointent les Français supposés indisciplinés dans les gares ou les parcs.

La forêt, la montagne ou la plage sont des espaces qui se prêtent à la solitude voire à la réflexion solitaire. C'est pourquoi ces lieux sont si étrangers à beaucoup, au regard de la morale du troupeau qui triomphe en ce moment.

L'horizon marin est aux antipodes des barreaux d'une prison.

Le promeneur en forêt songe à tout sauf à la soumission au prince et aux normes sociales supposées régenter son comportement. Le randonneur en montagne côtoie le ciel et les nuages sans l'autorisation du pouvoir. La plage est symbole d'évasion. «*Homme libre, toujours tu chériras la mer!*» écrivait Baudelaire. La liberté a goût du vent salé, des embruns et du cri des mouettes. L'horizon marin est aux antipodes des barreaux d'une prison. Un esprit qui vagabonde au-dessus des eaux en direction de l'infini n'est soumis à aucun lien, aucune servitude.

La solitude du promeneur est un pied de nez à l'abrutissement des écrans de télévision, au conditionnement de la propagande, à l'instinct grégaire et à la chicote de bureaucrates tatillons. C'est pourquoi, l'image d'hommes et de femmes ou d'enfants marchant dans la forêt, sur les sentiers de montagne ou au bord du littoral, leur est insupportable, inacceptable, intolérable. Elle détonne sur la morale du troupeau qui est censée régenter nos pensées et chacun de nos faits et gestes.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/geldpolitik-der-ezb-das-urteil-des-bundesverfassungsgerichts-16753901.html>

URTEIL ZU EZB-POLITIK:

## Karlsruher Knall

An diesem Dienstag könnte die Geduld des höchsten deutschen Gerichts mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ein Ende haben. Das Verfahren birgt Sprengstoff.

- VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2020-07:21

Die europäische Rechtsgemeinschaft steht eigentlich immer am Scheideweg. Denn um die Bindung an das Recht muss nicht nur in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union täglich gerungen werden – gerade auch die Organe der EU selbst, die ihre Legitimation über die Staaten und ihre Parlamente von den Bürgern beziehen, müssen die ihnen verliehenen Kompetenzen achten. Wenn man das als – deutsche – Prinzipienreiterei ansehen will, so muss man immerhin sagen: es geht um das Demokratieprinzip.

Und darum geht letztlich auch der Streit über die Befugnisse der Europäischen Zentralbank (EZB), über die der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts an diesem Dienstag entscheiden wird. Die acht Richter unter Vorsitz des scheidenden Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle werden bei der Verkündung coronabedingt auf Abstand zueinander gehen.

Und die Corona-Krise ist es auch, die noch einmal die große Macht der EZB in Erinnerung gerufen hat. Ende März ist eine Art Notfallprogramm aufgelegt worden, um Staatsanleihen in einem Umfang von 750 Milliarden Euro kaufen zu können. Wer wollte etwas dagegen haben? Steht nicht geradezu die Existenz der EU auf dem Spiel?

Doch auch die EZB hat vertraglich festgelegte Grenzen. Und über die wird in Karlsruhe und auch vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg seit Jahren gestritten. Seit 2015 hat die EZB vor allem Staatsanleihen im Wert von mehr als zwei Billionen Euro aufgekauft – das ist fast ein Drittel aller Staatsanleihen im Euroraum –, um die Wirtschaft in Fahrt zu bringen. Die Kläger meinen, die EZB überschreite ihr Mandat – sie sei für Geldpolitik zuständig.

Und auch die Karlsruher Richter unter Federführung von Voßkuhle und dem für das Europarecht zuständigen Berichterstatter Peter Huber sind dem schon gefolgt. 2015 sah Karlsruhe die Gefahr einer „erheblichen Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten“ und damit eines Finanzausgleichs, den die europäischen Verträge so nicht vorsehen. Schon damals bauten die Karlsruher Richter dem Europäischen Gerichtshof eine Brücke. Und auch die Luxemburger Richter entschieden, die EZB handele durchaus nicht im rechtsfreien Raum.

Aber im Grunde unterliege sie keiner strengen Prüfung der Verhältnismäßigkeit; das heißt zugespitzt, die EZB setzt sich ihre Zwecke selbst. 2017 entschied Karlsruhe, gewichtige Gründe sprächen dafür, dass die dem Anleihenkaufprogramm PSPP zugrundeliegenden Beschlüsse gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung verstoßen sowie über das Mandat der EZB für die Währungspolitik hinausgehen. Der Europäische Gerichtshof sah das Handeln dagegen vom Mandat der EZB gedeckt.

Nun lassen sich Wirtschafts- und Währungspolitik sicher nicht immer strikt trennen. Würde man aber der EZB zubilligen, nach eigenem Gutdünken Wirtschaftspolitik zu betreiben, hätte die vertraglich niedergelegte Kompetenzordnung der EU keinen Sinn. Dann bedeutete die Unabhängigkeit der EZB eine Unabhängigkeit vom Recht. Und einer solchen EZB, einer solchen EU hat Deutschland, hat der Bundestag nicht zugestimmt.

Was aber folgt daraus? Das Bundesverfassungsgericht ist schließlich weder der Hüter der EZB noch des Europäischen Gerichtshofs. Wenn aber offensichtlich die Europäischen Verträge gebrochen werden, so liegt auch ein Verstoß gegen das Grundgesetz vor. Wie das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach angedeutet und angedroht hat: dann entfaltet solches Europarecht in Deutschland keine Wirkung.

## Pflicht der EZB zur Transparenz würde geschärft

Und deutsche Staatsorgane dürfe ihre Hand dazu nicht reichen. Der Zweite Senat kann also feststellen, dass die Bundesbank sich nicht an einem Gebaren der EZB beteiligen darf, dass evident außerhalb ihrer Kompetenzen liegt, beziehungsweise, dass sie nur in bestimmten Grenzen zustimmen darf. Das wäre ein Paukenschlag, ein Knall, allerdings einer mit langem Vorlauf. Die EU sprengt das nicht. Es schärft aber die Pflicht der EZB, ihre Ziele offenzulegen und ihr Handeln unter Berücksichtigung aller bedeutsamen Gesichtspunkte, etwa die Enteignung von Sparern, genau zu begründen.

Das gilt auch in der Not – und muss sowohl in einer Finanzkrise als auch während einer Pandemie beachtet werden. Stellt das Bundesverfassungsgericht eine solche Rechtsverletzung durch die EZB und letztlich auch den Europäischen Gerichtshof fest, so bleibt das nicht ohne Verwerfungen. Die gibt es freilich in dieser grundlegenden Frage schon länger.

Andererseits stehen die Karlsruher Richter mit ihren Luxemburger Kollegen in ständigem Austausch, die Rede von den „lieben Freunden“, die auch in der mündlichen Verhandlung zu hören war, ist nicht nur ironisch gemeint. Das Kooperationsverhältnis wird im Fall eines Urteils, das nicht mehr nur Warnungen und Leitplanken enthält, nicht beendet, sondern sogar intensiviert werden müssen.

Zwar besteht die Gefahr, dass das Bundesverfassungsgericht als eines der letzten wirklich unabhängigen Verfassungsgerichte auch eine zweifelhafte Vorbildfunktion etwa für Polen und Ungarn übernimmt. Aber diese Gefahr wirkt geringer als das womögliche ebenfalls exemplarisch wirkende Ausufern von Kompetenzen der EZB. Denn wo wird das enden? Die EZB hat nicht das Mandat, die EU in eine Schuldenunion zu führen. Es spricht alles dafür, die EU gerade in diesen Tagen zusammenzuhalten – als Rechtsgemeinschaft.

# Das Billionen-Experiment

Foto: akg-Images

4. Mai 2020 · Gastwirte, Künstler, Kurzarbeiter: Millionen Menschen schauen finanziell in den Abgrund. Aber kann eine taumelnde Wirtschaft durch unfassbar viel Geld vor dem Absturz bewahrt werden? Oder beschleunigt das nur den Verfall unseres Wohlstands?

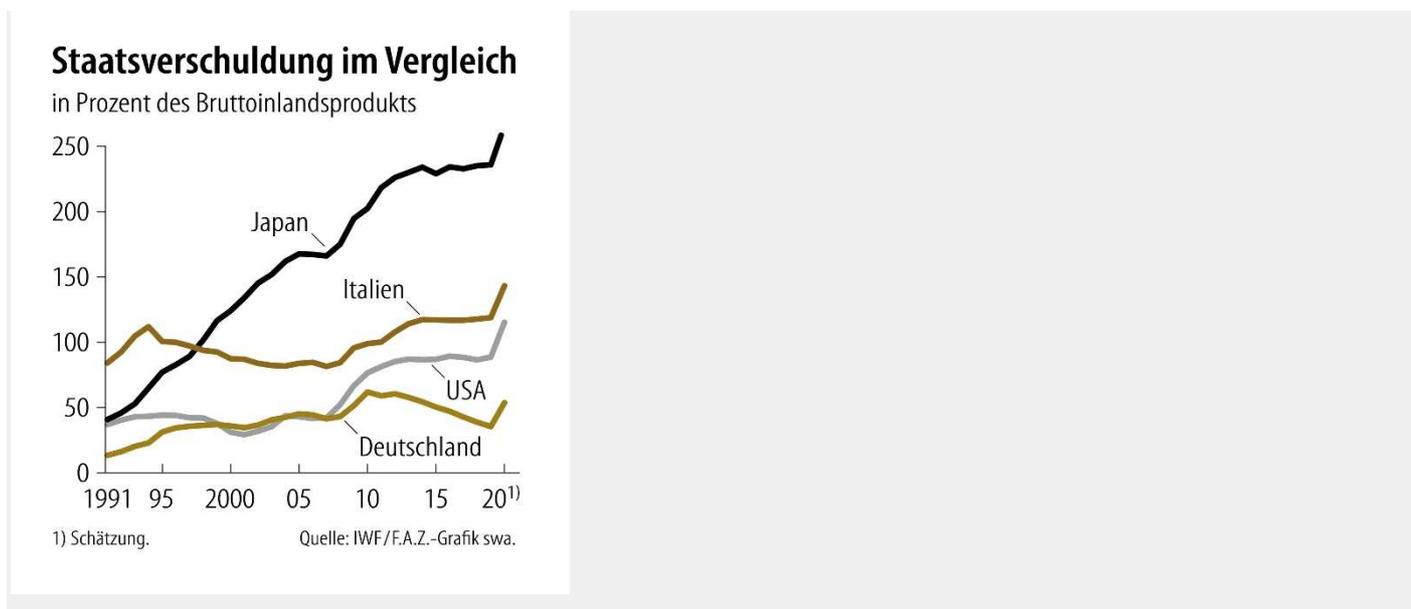
Ein Aufzug für das Dorfgemeinschaftshaus? Zu teurer Luxus. Die Sanierung der öffentlichen Toilette? Kein Budget dafür da. Ein höherer Zuschuss für die Musikschule? Erlaubt die Kommunalaufsicht nicht.

Und nun? Nach Jahren eisernen Sparens fallen plötzlich alle Hemmungen. Der Bundestag beschließt kurzerhand eine Neuverschuldung in Rekordhöhe von 156 Milliarden Euro. Von der schwarzen Null ist keine Rede mehr. Die EU plant Hunderte Milliarden Euro für einen „Wiederaufbaufonds“. Bald jeder wird bedacht: mehr Kurzarbeitergeld, Zuschüsse für Selbstständige, hier eine Milliarde für Zahnärzte, da Steuererleichterungen für Gastwirte und die Rettung von Condor. Eine solche staatliche Ausgabenwucht gab es noch nie. Doch die Fachleute sind sich einig: Das ist auch dringend nötig. Würde der Staat nicht einspringen, wären die Folgen vermutlich katastrophal.

Vorbei sind also die Zeiten der schwäbischen Hausfrau. Stattdessen gilt: Geld ausgeben, was das Zeug hält. An die Rechnung denken wir später. Und zwar aus gutem Grund. Viele Historiker denken gerade an das Jahr 1929 und seine Folgen. Da wurde eine Wirtschaftskrise nicht entschlossen genug bekämpft, und die immer schlimmer werdende wirtschaftliche Depression spülte 1933 die Nationalsozialisten an die Macht. „Wir haben derzeit einen riesigen Nachfrageeinbruch, weil die Leute ihr Geld zusammenhalten oder eben nicht für Urlaub, Reisen oder das neue Auto ausgeben konnten“, sagt Daniel Hartmann, Chefvolkswirt der Fondsgesellschaft Bantleon. „Das entschlossene Vorgehen jetzt soll eine Entwicklung wie 1929 verhindern.“

Doch die Rechnung wird nicht gerade klein ausfallen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnete kürzlich vor, dass allein die zwanzig größten Industrienationen (G 20) zusammengerechnet acht Billionen Dollar zur Krisenbekämpfung mobilisieren. Die Schuldenquoten, also das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt, schnellen in die Höhe. Deutschland steht mit aktuell moderaten 60 Prozent Schuldenquote und einem Anstieg auf vielleicht 75 Prozent noch mit am besten da. In Griechenland wird die Schuldenlast aber mehr als 200 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen und höher sein als während der Staatsschuldenkrise vor einem Jahrzehnt. In Italien rechnet die Regierung mit einem Anstieg von 135 auf 155 Prozent.

Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob und wie lange die Staaten in der Lage sein werden, diese Last zu tragen – und ab wann die Schuldenlast einfach zu viel wird. Ökonomen versuchen diese Frage schon lange zu beantworten. Doch alle Versuche, eine Art „goldene Schuldenregel“ zu bestimmen, sind gescheitert. Vor mehreren Jahren sorgten die amerikanischen Forscher Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart mit einer Studie für Furore, die Schuldenquoten jenseits der 90-Prozent-Marke als kritisch einstufte. Handwerkliche Fehler brachten die Arbeit allerdings in Verruf.



Zudem zeigt die ganz einfache Beobachtung, dass man nicht an einer einzelnen Zahl festmachen kann, wann ein Staat pleitegeht: Japan kommt zum Beispiel seit vielen Jahren mit einer Schuldenquote von mehr als 200 Prozent zurecht, Griechenland schlitterte vor zehn Jahren mit weitaus weniger Schulden in die Zahlungsunfähigkeit. „Es gibt keine magische Grenze“, sagt Rüdiger Bachmann, ein an der amerikanischen Universität Notre Dame lehrender Ökonom der F.A.Z. Woche. Letztlich sei Psychologie entscheidend – also die Frage, ob die Geldgeber darauf vertrauen, dass der Staat die Schulden zurückzahlen kann.

Japan zeigt, dass ein Land offenbar viel mehr Schulden aufhäufen kann, als gemeinhin für gesund gehalten wird. „In den neunziger Jahren dachten alle, das muss schiefgehen in Japan – ein Land mit einer so hohen Verschuldung“, sagt Edgar Walk, Chefvolkswirt des Bankhauses Metzler. 25 Jahre später geht es Japan aber immer noch gut. Trotz seiner immer weiter gestiegenen Staatsverschuldung gehört das Land zu den wohlhabendsten Staaten auf der Welt. Ähnlich habe es in Großbritannien im 19. Jahrhundert ausgesehen, erklärt Volkswirt Walk: Dort habe man während der Industrialisierung mit immenser Staatsverschuldung einen wunderbaren wirtschaftlichen Aufschwung erlebt.

Alles also nicht so schlimm mit den Schulden? Ganz so einfach ist es nicht. Der Blick in die Geschichte zeigt, wie bedrohlich die Situation ist. Abschreckend ist die Erinnerung an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, den Deutschland unter anderem mit der Ausgabe sogenannter Kriegsanleihen finanziert hatte. Die Verschuldung des Staates wuchs rapide, manche Verbrauchsgüter wurden knapp, die Preise begannen zu steigen. Die Reparationszahlungen beschleunigten diesen Prozess – bis die Hyperinflation des Jahres 1923

zum großen Knall führte. Der Staat brachte Geldscheine in Umlauf, die „zehn Milliarden Mark“ wert sein sollten, für die aber nicht einmal ein Stück Butter zu bekommen war.



500 Millionen Mark. Vorderseite einer Reichsbanknote, die 1923 als „Inflationsgeld“ gedruckt wurde. *Foto: Picture Alliance*

Es gibt aber auch positive Beispiele. Die Vereinigten Staaten mussten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Schuldenlast schultern, die weit höher war als die eigene Wirtschaftskraft. Bis zum Jahr 1980 gelang es dem Land, seine Schuldenquote dank starkem Wachstum und eher niedrigen Zinsen auf 26 Prozent zu drücken. Eine vergleichbare Erfolgsgeschichte war im selben Zeitraum in Großbritannien zu sehen.

Dieses Mal kommt den Notenbanken eine besondere Rolle zu. Denn sie sorgen in nie dagewesenen Größenordnungen für die Finanzierung der Staatsausgaben. Sie kaufen die Staatsanleihen und damit die Schulden der Staaten. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird in einzelnen Monaten nun 150 Milliarden Euro und mehr an Staatsschulden übernehmen. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise waren es maximal 80 Milliarden Euro in einem Monat. Die amerikanische Notenbank Fed hat sogar angekündigt, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Aber kann das gutgehen?

Zunächst einmal verschafft es den Staaten jedenfalls Luft. Sie können darauf vertrauen, dass es jemanden gibt, der ihnen quasi unbegrenzt Kredit gewährt, und sie können sich damit vergleichsweise sicher sein, dass Großinvestoren nicht auf eine baldige Staatspleite spekulieren werden, wie es in der Vergangenheit häufiger vorkam. Ein weiterer Vorteil der Geldpolitik: Die Geldschwemme hält die Zinsen auf einem sehr niedrigen Niveau. So lassen sich die hohen Schuldenberge gut tragen.

**„Staatsfinanzierung gehört nicht zu ihrem Mandat. Aber derzeit besteht die Tendenz, sich an keine Regel mehr zu halten.“**

*DANIEL HARTMANN über die EZB*

Aber wie weit können die Notenbanken gehen? „Eigentlich sollte die Zentralbank ja das Geld knapp halten“, sagt Hartmann. „Staatsfinanzierung gehört nicht zu ihrem Mandat. Aber derzeit besteht die Tendenz, sich an keine Regel mehr zu halten.“ Mehr als 20 Prozent der europäischen Staatsschulden liegen schon bei der EZB. Die Fachleute der Landesbank Baden-Württemberg rechnen mit einem Anstieg auf ein Drittel im Jahresverlauf. In Japan trägt die Notenbank schon mehr als 50 Prozent der Schulden.

## Sorgenkind Italien

Europa hätte demnach also Luft nach oben. Doch anders als in Japan oder den Vereinigten Staaten kommt in Europa eine Schwierigkeit hinzu: Es gibt nicht den einen Schuldner, dem die Notenbank zur Seite steht, sondern viele verschiedene Euroländer. „In der Krise wackelt das Eurokonstrukt“, sagt Metzler-Volkswirt Walk.

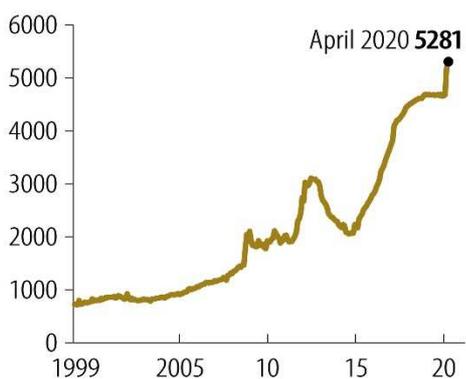
Um die Gemeinschaftswährung zu stabilisieren, versucht die EZB gerade, mit ihren Staatsanleihekäufen vor allem das Sorgenkind Italien aus der Schusslinie zu nehmen. Bisher ist das einigermaßen gut gelungen. Die jüngsten italienischen Staatsanleihen wurden von privaten Investoren zwar gern abgenommen. 16 Milliarden Euro wollte sich Italien Mitte April leihen und bekam von den Investoren mehr als 100 Milliarden Euro geboten. Die aber haben sich das mit Zinsaufschlägen bezahlen lassen.

**Italien zahlt für seine Schulden aktuell gut zwei Prozentpunkte mehr Zinsen als Deutschland. Zum Vergleich: In der Finanzkrise waren es zeitweise fünf Prozentpunkte mehr.**

Viel spricht derzeit dafür, in begrenztem Umfang und mit begrenzter Haftung doch eine Art gemeinsamer EU-Anleihen am Markt zu begeben, von denen Italien besonders profitieren könnte. Die politische Sprengkraft solcher „Corona-Bonds“ ist allerdings enorm. Bisher haftet jedes Land für seine eigenen Schulden. Bei Gemeinschaftsanleihen haften alle gemeinsam, müssten also bei Zahlungsschwierigkeiten eines Landes die anderen für es einstehen. „Die Märkte beobachten sehr genau, wie sehr die anderen europäischen Länder eine Gemeinschaft mit Italien bilden wollen oder nicht“, sagt Michael Leister, Anleihefachmann der Commerzbank. Stünde Italien allein da, würden die Spekulationen auf eine Staatspleite in die Höhe schnellen und damit ein Kernland des Euroraums in Arge Nöte bringen.

### Bilanzsumme der EZB

in Milliarden Euro (Monatswerte)



Quelle: Europäische Zentralbank

F.A.Z.-Grafik swa.

Aber auch wenn Europa seine speziellen Schwierigkeiten gelöst bekommt und ein Auseinanderbrechen des Euros zu verhindern weiß, werden sich im Laufe der Corona-Krise unfassbar hohe Schulden aufgetürmt haben. „Irgendjemand wird am Ende dafür zahlen müssen, das ist sicher“, sagt Ökonom Bachmann. Wer und in welcher Form, das sei allerdings noch vollkommen unklar.

Was wären denkbare Wege aus dem Dilemma? Eine schnelle Lösung wäre sicherlich ein Schuldenschnitt. Der allerdings kommt einer Staatspleite nah. Hierbei müssen die Kreditgeber des Staates einmalig einen hohen Verlust hinnehmen und auf ihre Forderungen verzichten. Das Schuldenproblem ist dann zwar erst einmal zügig gelöst, der Vertrauensverlust dürfte jedoch immens sein. Freiwillig wird das deshalb wohl kaum jemand tun.

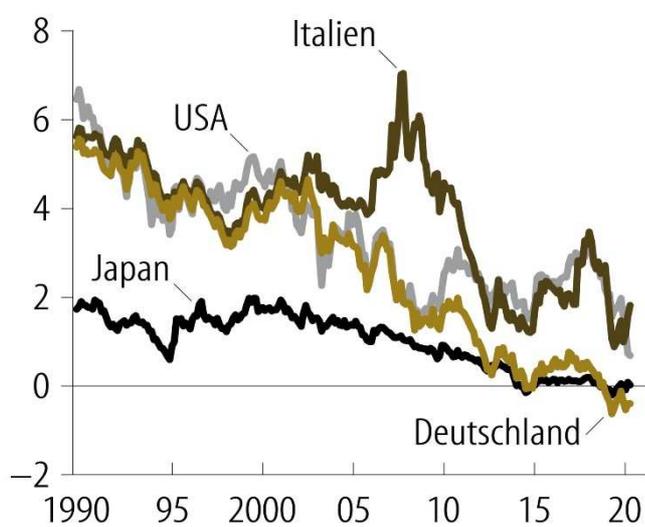
### Schulden werden wahrscheinlich ausgesessen

Als bessere Option gilt, mit hohen Steuern und eiserner Sparsamkeit zu reagieren. In Deutschland und anderen Ländern fordern Politiker zum Beispiel schon eine Vermögensabgabe. Die Menschen könnten sich dadurch allerdings eine Zeitlang weniger leisten. Hinzu kommt, dass Politiker unpopuläre Sparmaßnahmen auch erst einmal in der Bevölkerung durchsetzen müssten. Das könnte sie ihren Job kosten.

Deswegen spricht in einer Demokratie viel für eine andere Option, das Aussitzen. Alte Schuldpapiere würden durch immer neue abgelöst – so wie man es in Japan seit 25 Jahren macht. Politiker könnten dabei auf eine ökonomische Formel setzen. Sie besagt: Solange die Wirtschaftsleistung mit einer höheren Rate wächst als der Zinssatz für die Schulden, schrumpft die Schuldenquote automatisch. In diesem Szenario müssten die Zinsen allerdings niedrig bleiben. Die Sparer hätten also das Nachsehen.

## Die Zinslast der Staaten

Rendite zehnjähriger Staatsanleihen in %



Quelle: Bloomberg

F.A.Z.-Grafik swa.

Sollten sich die Staaten dazu entscheiden, ihre Schulden auszusetzen, dürften die Notenbanken wiederum alles daran setzen, die Zinsen möglichst niedrig zu halten. Denn Zinserhöhungen wären Gift für die hochverschuldeten Staaten. In diesem Szenario müsste „nur“ das Vertrauen in die Wirtschaftskraft der Länder erhalten bleiben, damit Unternehmen weiter dort investierten. Für Länder wie Deutschland sei dieses Szenario „nicht aussichtslos“, meint Ökonom Bachmann.

Eine große Unwägbarkeit in diesem Fall ist allerdings die Inflation. Einerseits ist sie – in Maßen – eine gute Sache für Schuldner, entwertet sie doch nicht nur das Geld im Allgemeinen, sondern eben auch die Schulden. Allerdings kann keine Regierung der Welt die Inflation einfach zum Beispiel auf zwei bis drei Prozent festsetzen. Gerät sie außer Kontrolle, sind der Vertrauensverlust in die Volkswirtschaft, den Kapitalismus und die Regierung enorm.

In der Theorie führt eine rasch wachsende Geldmenge bei einem nicht gleichermaßen mitwachsenden Güterangebot zu Inflation. Doch schon nach der Finanzkrise haben die Milliardenprogramme der Notenbanken nicht zu Inflation geführt. Ein großer Teil des Geldes kam gar nicht in Umlauf. Schließlich kaufen die Notenbanken den Banken die Staatsanleihen ab. Dann liegt das Geld zunächst bei den Banken. Wenn die es nicht als Kredit weiterreichen, passiert erst mal nichts.

Hinzu kommt die hohe Sparneigung in den älter werdenden Industrienationen. Das Geld liegt dann einfach nur auf dem Konto und sorgt nicht für Inflationsdruck. Ein Blick auf den Ölmarkt zeigt zudem, dass derzeit nicht ein zu knappes Güterangebot das Problem ist, sondern die fehlende Nachfrage. Der Ölpreis war zwischenzeitlich sogar negativ und drückt die Inflationsrate derzeit auf ein niedriges Niveau.

Also doch eine wundersame Rettung aus der Krise durch Staatsbillionen – finanziert mit Blankoschecks der Notenbanken? So recht kann in einem seit Jahren auf Sparsamkeit getrimmten Deutschland noch keiner daran glauben. Viel wird davon abhängen, ob der Staat sich rechtzeitig wieder zurücknimmt. Klar ist nur: Es bleibt für alle Beteiligten ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

KARLSRUHER EZB-URTEIL:

# Das Ende einer bürgerfernen, selbstherrlichen EU

- EIN KOMMENTAR VON [REINHARD MÜLLER](#)
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2020-13:48



Das Karlsruher Urteil zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank ist kein Bruch – sondern ein Zeichen für mehr Demokratie und Rechtsstaat.

Das gab es noch nie in der Geschichte der Europäischen Union. Ein Land verweigert die Gefolgschaft. Das höchste Gericht eines Mitgliedstaates nennt ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ – rechtswidrig, weil gleichsam außerhalb der vertraglichen Grundlagen ergangen. Nach zahlreichen „Ja, aber...“-Entscheidungen, in denen an die demokratische Legitimation der [EU](#) erinnert wurde, ist das nun das „Nein“.

Es ist aber kein Bruch mit der bisherigen Linie des Bundesverfassungsgerichts. Karlsruhe hätte sich lächerlich gemacht, hätte es ein weiteres Mal gedroht, aber nicht ernst gemacht. Und es sollte auch kein Bruch mit der EU sein. Wenn die [EZB](#) sich vertragskonform verhält, ändert sich nichts. Deutschland ist einer EU beigetreten, in der die Mitgliedstaaten die Herren der Verträge sind – und jeder Bürger einen Anspruch darauf hat, dass EU-Organe sich im Rahmen der gemeinsam vereinbarten Regeln halten.

Das Beharren auf dieser Form demokratischer Legitimation der EU, die Leitplanken und Segelanweisungen aus Karlsruhe haben schon Bundesregierung und Bundestag mehrfach auf die Palme gebracht. Man kann und muss über die Rolle des [Bundesverfassungsgerichts](#) streiten. Es hat aber – mit im Grundgesetz niedergelegten Kompetenzen – dieses Land und ein Stück auch diese EU geformt. Selbstermächtigungen ohne Kontrolle haben in einem demokratischen Staat, aber auch in einem solchen Staatenverbund nicht verloren.

Deshalb ist das Karlsruher Urteil gerade in dieser Zeit so wichtig, in der die EU von starken Fliehkräften heimgesucht wird. Solange es für eine Schuldenunion kein Mandat gibt, kann die EZB keine schaffen. Das sollte auch der Europäische Gerichtshof einsehen, der Karlsruhe bisweilen wie ein Amtsgericht behandelt.

Europa wird auch von Narrativen zusammengehalten. Aber die EU als Staatenverbund ist an das Demokratieprinzip gebunden, und sie ist eine Rechtsgemeinschaft. Diese Botschaft muss ausstrahlen – gerade auch nach Osteuropa. Das ist nicht das Ende der EU, aber hoffentlich das Ende ihrer bürgerfernen, selbstherrlichen Form.

5. Mai 2020, 13:37 Uhr

**Urteil zu EZB-Anleihekäufen****Schlechte Nachricht für Europa**

Die Richter des zweiten Senats am Bundesverfassungsgericht während ihrer Urteilsverkündung zu milliardenschweren Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB).

(Foto: Sebastian Gollnow/dpa)

**Das Karlsruher Urteil über die Anleihekäufe der EZB kommt einer Revolution gleich. Doch es schwächt die europäische Rechtsgemeinschaft.**

*Kommentar von [Cerstin Gammel](#)*

Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat an diesem Dienstag ein historisches Urteil gefällt, dessen ganze europäische Tragweite erst noch sichtbar werden wird. Erstmals in seiner Geschichte hat das höchste deutsche Gericht sich gegen den Europäischen Gerichtshof gestellt und erklärt, dass das von den europäischen Richtern für rechtens erachtete Aufkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) teilweise gegen das deutsche Grundgesetz verstößt, die Bundesbank darf sich nur unter bestimmten Bedingungen weiter daran beteiligen. Ein solches Votum aus Karlsruhe war zwar für möglich gehalten - aber doch nicht erwartet worden.

Revolutionen passten nicht zu ehrwürdigen Richtern, hieß es noch am Montag. Nun haben die Richter in Karlsruhe das Gegenteil bewiesen. Ihr Urteil über das Anleihenkaufprogramm der [EZB](#) ist ein Aufstand, ein Votum gegen das "Weiter so" in der europäischen Krisenbewältigung.

Es war umsichtig, dass der scheidende Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, gleich am Anfang versucht hat, dem Urteil seine Schärfe zu nehmen. Und klargestellt hat, dass die Entscheidungen in Karlsruhe nicht die aktuellen Aufkaufprogramme der EZB betreffen. Die EZB hat in der Corona-Pandemie ein 750 Milliarden Euro umfassendes Programm aufgelegt, mit dem sie Staatsanleihen aufkauft, um damit die Schuldenkosten der Eurostaaten zu begrenzen. Dieses Programm kann weiterlaufen. Voßkuhle hat mit dieser Anfangsbemerkung gezeigt, dass er sich durchaus bewusst ist, welche Tragweite das Urteil haben kann. Er hat damit einer Panik an den Finanzmärkten vorgebeugt.

Mittelfristig macht das Urteil die europäische Krisenpolitik deutlich komplizierter. Auch wenn es jetzt erstmal weitergeht mit den aktuellen Anleihekäufen, hat Voßkuhle mit seinem Urteil langfristig die Handlungsfähigkeit der EZB eingeschränkt. Das liegt weniger an den Auflagen, unter denen sich die Bundesbank weiter an den Aufkäufen beteiligen kann. Sondern an den grundsätzlichen Voraussetzungen, die die Richter ins Urteil geschrieben haben. Wie diese, dass maximal ein Drittel der gesamten bei der EZB gelagerten Anleihen von einem Staat stammen

dürfen. Diese Auflage zu erfüllen dürfte schwerer werden, wenn eine Krise die andere jagt und immer dieselben Staaten finanzielle Hilfe benötigen.

Die Bundesbank hat jetzt drei Monate Zeit, zusammen mit der EZB überprüfen zu lassen, ob die Aufkäufe der Staatsanleihen verhältnismäßig sind. Aber was ist verhältnismäßig? Im Grunde genommen läuft es darauf hinaus, abzuwägen, ob die Aufkäufe der Anleihen mit dem Ziel, die italienischen Finanzierungskosten zu stützen, noch in einem guten Verhältnis stehen zum Anstieg der Immobilienpreise in Deutschland oder zum Verlust der Guthaben deutscher Sparer. Man mittelt Zinskosten hier mit Hauspreisen anderswo. Kann das politisch gut gehen? Steckt hier nicht ein ganz neues Potenzial für innereuropäische Verwerfungen?

Viel hängt nun davon ab, wie diese Abwägungen angegangen werden. Ja, man kann das auch positiv sehen und argumentieren, dass die Richter in Karlsruhe den Entscheidungen der EZB zu besserer Akzeptanz verhelfen, weil sich anhand eines solchen Berichtes leichter prüfen lässt, welche Auswirkungen die Aufkäufe haben. Andererseits ist es aber auch so, dass die EZB unabhängig ist - und damit auch keiner Kontrolle unterliegt, mal abgesehen von der des Europäischen Gerichtshofes. Würden die Richter in Luxemburg sich freilich die Auflagenpflicht aus Karlsruhe zu eigen machen, könnte das durchaus das Leben der Zentralbank vereinfachen.

Karlsruhe muss sich allerdings auch eine gewisse Ambivalenz vorwerfen lassen. Einerseits betont Voßkuhle, dass es nicht Aufgabe der EZB sei Wirtschaftspolitik zu betreiben. Andererseits erwähnt er selbst ausdrücklich die wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen der EZB-Politik für die deutschen Bürger, die mit null Zinsen leben müssen und steigenden Immobilienpreisen.

Besonders zu kritisieren ist allerdings, dass sich das Bundesverfassungsgericht offenbar nicht mehr seiner Vorbildrolle gegenüber den nationalen Gerichtsbarkeiten in Europa bewusst ist. Erstmals haben die Karlsruher Hüter des Grundgesetzes die Rechtsprechung aus Luxemburg angezweifelt. Das macht sie nun zu einem schlechten Vorbild für andere nationale Gerichte - nach dem Motto: Stellen sich die Deutschen gegen die Richter in Luxemburg, können wir das auch. Es sei hier nur an die Vorgänge in Polen und Ungarn hingewiesen, wo Rechtsbesprechungen aus Luxemburg schlicht ignoriert werden. Das Urteil aus Karlsruhe schwächt die europäische Rechtsgemeinschaft. Das mag den Richtern am Bundesverfassungsgericht gefallen, weil sie daraus eine größere eigene Bedeutung ablesen können. Für Europa aber ist das eine schlechte Nachricht.

# Dieses Urteil rüttelt an der Allmacht der EZB

Stand: 14:29 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Holger Zschäpitz**

Leitender Wirtschaftsredakteur

Der Spruch des Bundesverfassungsgerichts ist ein Paukenschlag. Denn er macht erstmals deutlich, dass es eine Instanz gibt, die über die Geldpolitik der EZB wacht. Die muss ihr „Whatever it takes“-Gehabe jetzt schnell an die neue Realität anpassen.

Es waren die machtvollsten drei Worte der Wirtschaftsgeschichte: Als die Euro-Schuldenkrise die Währungsunion im Jahr 2012 zu sprengen drohte, versprach der damalige Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, alles zu tun, um den Euro zu retten. Seine drei Worte „Whatever it takes“ sorgten für ein Ende der akuten Krise. Seither gehört „Whatever it takes“ zum Standardrepertoire der EZB. Insbesondere die EZB-Anleihekaufprogramme basieren auf dieser Zauberformel. Doch jetzt, inmitten der nächsten Krise, wird „Whatever it takes“ erstmals infrage gestellt. Und das von keinem anderem als dem höchsten deutschen Gericht.

So verstößt der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB teilweise gegen das Grundgesetz. Dieses Urteil hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am Dienstag verkündet. Zwar ist das Ankaufprogramm der EZB keine monetäre Staatsfinanzierung, was aus der Sicht der Frankfurter Währungshüter ein Teilerfolg ist. Allerdings überschreitet die EZB nach Ansicht des BVerfG gleichwohl ihre Kompetenzen, weil Bundesregierung und Bundestag die EZB-Beschlüsse nicht geprüft haben.

Die EZB habe nicht ausreichend unter Beweis gestellt, dass das Anleihekaufprogramm verhältnismäßig sei. Denn obwohl die Käufe risikobehafteter Staatsanleihen massive wirtschaftspolitische Folgen für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger hätten, gebe es keine ausreichende demokratische Kontrolle der Maßnahmen. Das stelle einen sogenannten Ultra-vires-Akt dar, der gegen das deutsche Grundgesetz verstoße.

## Harsche Reaktionen an den Finanzmärkten

Das Urteil ist ein Paukenschlag. Zwar rechnet kein Experte damit, dass die Frankfurter Währungshüter ihre Anleihekäufe umgehend stoppen werden. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht der EZB unmissverständlich klargemacht, dass es eine Instanz gibt, die über die Geldpolitik der Währungshüter wacht. Nicht zuletzt die Corona-Krise mit all ihren Rettungsprogrammen hatte bei vielen Beobachtern das

Gefühl aufkommen lassen, die EZB würde quasi ihre eigenen Regeln schaffen und frei nach dem Motto „Was immer es kostet“ („whatever it takes“) agieren. Der harsche Spruch aus Karlsruhe hat den Spielraum der EZB deutlich eingeengt. Bislang beruht die Macht der EZB auch an den Finanzmärkten darauf, dass sie potenziell unbegrenzt handeln kann.

Entsprechend harsch fielen auch die Reaktionen an den Finanzmärkten aus. Der Euro verlor nach dem Urteilsspruch deutlich an Wert. Die Renditen für italienische Staatsanleihen schossen in die Höhe.

Die Karlsruher Richter geben der EZB drei Monate Zeit, um zu beweisen, dass bei den Anleihekäufen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist, sprich: die Mittel – unbegrenzte Käufe von Staatsanleihen – geeignet sind, um das Ziel, die Preisstabilität, zu erreichen. Dabei müssen die Währungshüter nicht nur belegen, dass weniger drastische Interventionen an den Märkten nicht ebenfalls das Ziel erreichen könnten, sondern auch die Nebenwirkungen der Maßnahmen wägen.

Sofern der EZB-Rat in einem neuen Beschluss nicht nachvollziehbar darlegt, dass das Programm verhältnismäßig ist, wird der Bundesbank nach einer Übergangsfrist von höchstens drei Monaten untersagt, weiter an der Umsetzung des EZB-Aufkaufprogramms mitzuwirken, heißt es in dem Urteil.

Die Deutsche Bundesbank ist der größte Anteilseigner der EZB mit gut 26 Prozent. Entsprechend groß ist ihr Kaufvolumen, und entsprechend wichtig ist es für die Wirkung des Rettungspakets, dass die Bundesbank an Bord bleibt.

Bislang hat die EZB insgesamt Anleihen im Volumen von 2,6 Billionen Euro gekauft – mit minderm Erfolg. Die Inflationsrate liegt mit 0,7 Prozent weit unter dem Ziel von zwei Prozent. Allerdings zeigen sich deutliche Nebenwirkungen der Anleihekäufe, die auch die Verfassungsrichter in ihrem Urteil aufführen. So ergeben sich etwa für Sparvermögen deutliche Verlustrisiken.

Wirtschaftlich an sich nicht mehr lebensfähige Unternehmen bleiben aufgrund des auch durch das PSPP abgesenkten allgemeinen Zinsniveaus weiterhin am Markt. Schließlich begibt sich das Euro-System mit zunehmender Laufzeit des Programms und steigendem Gesamtvolumen in eine erhöhte Abhängigkeit von der Politik der Mitgliedstaaten, weil es das PSPP immer weniger ohne Gefährdung der Stabilität der Währungsunion beenden und rückabwickeln kann.

Die Karlsruher Richter lassen durchblicken, dass es bei den Rettungsprogrammen klare Ankaufobergrenzen geben und auch der Kapitalschlüssel angewendet werden muss. Unlimitierte Käufe nach Gusto scheinen

damit dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entgegenzustehen. Zwar bezieht sich das Urteil lediglich auf das Kaufprogramm mit dem sperrigen Kürzel PSPP, doch es ist naheliegend, dass die Bedingungen auch für das neue Rettungsprogramm mit dem Kürzel PEPP gelten, für das sich die EZB bisher jegliche Flexibilität ausbedungen hat. Solange der Bundestag der EZB keinen Blankoscheck ausstellt, dürfte sich der Handlungsspielraum deutlich einengen. „Whatever it takes“ könnte damit der Vergangenheit angehören.

# La justice allemande demande à la BCE de justifier son programme anticrise

Dans une décision d'une rare virulence, les magistrats allemands jugent « douteuse » la compétence de la Banque centrale européenne pour racheter massivement de la dette publique.

Le Monde avec AFP Publié aujourd'hui à 13h07, mis à jour à 14h04



Mardi 5 mai, la Cour constitutionnelle allemande a exigé que la Banque centrale européenne (BCE) justifie la conformité de ses rachats de dette publique à son mandat. SEBASTIAN GOLLNOW / AFP

La Cour constitutionnelle allemande a exigé, mardi 5 mai, que la Banque centrale européenne (BCE) justifie la conformité de ses rachats de dette publique à son mandat, dans un arrêt retentissant qui met en péril le plan de soutien européen.

La banque centrale allemande ne sera pas autorisée à participer à ce programme anticrise, qui a encore gagné en ampleur en raison de la pandémie de Covid-19, si « *le conseil des gouverneurs de la BCE* » ne démontre pas « *dans les trois mois* » qu'il n'a pas outrepassé les traités européens, a décidé la juridiction suprême allemande.

Certes, la Cour constitutionnelle explique qu'elle n'a « *pas pu établir de violation* » par la BCE de l'interdiction de financer directement les Etats européens. Mais, dans une décision d'une rare virulence, les magistrats de Karlsruhe jugent « *douteuse* » la compétence de la BCE pour racheter massivement de la dette publique. Ils réclament une analyse « *compréhensible et détaillée* » de sa « *proportionnalité* » : autrement dit, c'est à la BCE de démontrer que les bénéfices pour l'économie sont supérieurs aux inconvénients.

## « Des pertes considérables pour l'épargne privée »

En particulier, les juges de Karlsruhe refusent de se plier à l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne, qui avait validé fin 2018 le programme de la BCE mais a, selon eux, « *totalemment ignoré* » ses « *conséquences économiques* ».

Particulièrement controversée en Allemagne, cette injection massive de liquidités affecte « *pratiquement tous les citoyens* », en tant « *qu'actionnaires, propriétaires, épargnants ou détenteurs de polices d'assurance* », entraînant « *des pertes considérables pour l'épargne privée* », détaille la Cour constitutionnelle allemande.

Or, ces achats d'obligations souveraines ont représenté la majeure partie des 2 600 milliards d'euros injectés sur les marchés entre mars 2015 et décembre 2018, dans le cadre de l'« *assouplissement quantitatif* » (ou « QE ») réactivé en novembre dernier.

« *La BCE analyse cette décision et la commentera en temps utile* », a sobrement réagi l'institut monétaire, qui n'avait jamais connu pareille sommation judiciaire en vingt-deux ans d'existence. De son côté, la Commission européenne a rappelé la « *primauté* » du droit européen sur le droit national.

Formellement, l'arrêt rendu mardi « *ne concerne pas* » le programme d'urgence contre la pandémie (PEPP), annoncé mi-mars par la BCE et doté de 750 milliards d'euros d'ici à la fin de l'année, rappellent les magistrats. Mais, au moment même où les gardiens de l'euro déploient des moyens inédits face au cataclysme économique, cette décision pourrait « *limiter la réponse de la BCE à la pire récession européenne en temps de paix* », avertissait récemment Holger Schmieding, économiste chez Berenberg Bank.

## Quantitative easing : la justice allemande demande à la BCE de justifier son programme anti-crise

La Cour constitutionnelle allemande juge «douteuse» la compétence de l'institut de Francfort de racheter massivement de la dette publique. L'arrêt ne concerne cependant pas le programme d'urgence contre la pandémie.

Par Le Figaro avec AFP Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 40 min

Les magistrats de Karlsruhe, en 2016. *Ralph Orlowski / REUTERS*

La Cour constitutionnelle allemande a exigé mardi que la Banque centrale européenne justifie dans les trois mois la conformité de ses vastes rachats de dette à son mandat, dans un arrêt retentissant aux implications incertaines. La puissante Banque centrale allemande se verra interdire de participer à ce programme anti-crise, qui a encore gagné en ampleur en raison de la pandémie de coronavirus, si «*le Conseil des gouverneurs de la BCE*» ne démontre pas «*de façon compréhensible et substantielle*» qu'il n'a pas outrepassé les traités européens, a décidé la juridiction suprême allemande.

Saisie par plusieurs requérants eurosceptiques, la Cour constitutionnelle explique certes n'avoir «*pas pu établir de violation*» par la BCE de l'interdiction qui lui est faite de financer directement les États européens.

Mais, dans une décision d'une rare virulence, les magistrats de Karlsruhe jugent «*douteuse*» la compétence de l'institut de Francfort de racheter massivement de la dette publique, qui a représenté la majeure partie des 2600 milliards d'euros d'achats d'obligations opérés entre mars 2015 et décembre 2018, dans le cadre de «*l'assouplissement quantitatif*» ou «*QE*» réactivé en novembre dernier. En particulier, ils refusent de se plier à l'avis de la Cour de justice européenne, qui avait validé fin 2018 le programme de la BCE, et déplorent l'absence de contrôle du QE par le Parlement allemand.

L'arrêt rendu mardi «*ne concerne pas*» le programme d'urgence contre la pandémie (PEPP) annoncé mi-mars par la BCE et doté de 750 milliards d'euros d'ici la fin de l'année, rappellent néanmoins les magistrats.

### La justice de l'UE «prime» sur la justice allemande, rappelle la Commission

Interrogée mardi sur la décision de la Cour constitutionnelle allemande, la Commission européenne a mis en avant la «*primauté*» du droit européen sur le droit national. «*Les arrêts de la cour de justice européenne sont contraignants pour toutes les juridictions nationales*», a complété le porte-parole de la Commission, Eric Mamer.

«*Nous allons maintenant étudier la décision de la justice allemande en détail. Etant donné la complexité de l'arrêt, c'est notre seule réaction*», a-t-il ajouté.

NACH DER ENTSCHEIDUNG:

# Was das Urteil zum EZB-Kaufprogramm bedeutet

- VON CORINNA BUDRAS UND CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2020-14:43



Die Anleihekäufe der EZB verstoßen teilweise gegen das Grundgesetz, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Hier sind die Antworten auf die wichtigsten Fragen zu diesem brisanten Urteil.

## Was haben die Richter entschieden?

Die Verfassungsrichter mussten sich mit dem „Public Sector Purchase Programme“, kurz PSPP, befassen, mit dem die EZB seit dem Jahr 2015 Staatsanleihen aufkauft. Dabei hat sie inzwischen mehr als zwei Billionen Euro in Staatsanleihen investiert. Die einschlägigen Beschlüsse des EZB-Rates sind nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts „offensichtlich“ nicht mit den Vorgaben des Europarechts vereinbar, urteilten die Richter in ihrer überraschend deutlichen Grundsatzentscheidung.

Allerdings stellten sie dabei nicht die [Anleihekäufe](#) in ihrem Grundsatz in Frage. Sie bemängelten, dass die EZB die Auswirkungen ihrer Maßnahmen nicht auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft habe, schließlich seien sie erheblich und betreffen alle EU-Bürger. Die Bundesregierung und der Bundestag müssen nun darauf hinwirken, dass die EZB dieses Versäumnis nachholt. Außerdem darf sich die Bundesbank nach einer Übergangsfrist von drei Monaten nicht mehr daran beteiligen, sollte dies bis dahin nicht geschehen sein.

## Wer waren die Beschwerdeführer?

Geklagt hat wie schon früher der Hamburger Wirtschaftsprofessor und AfD-Gründer [Bernd Lucke](#). Außerdem haben die drei Unternehmer Heinrich Weiss, Patrick Adenauer und Jürgen Heraeus im Jahr 2015 eine Verfassungsbeschwerde angestrengt, weil sie in dem Programm eine Überschreitung des EZB-Mandats sehen. „Die EZB betreibt mit der unbegrenzten Geldschwemme verbotene Staatsfinanzierung und – gegen ihr Statut – Wirtschafts- statt Währungspolitik“, warnte Unternehmer Weiss. „Wir halten diese Maßnahmen für ökonomisch falsch und für eine eklatante Mandatsüberschreitung ohne jede demokratische Legitimation.“ Das deutsche Parlament sei mit dieser Frage niemals wirklich befasst gewesen.

## Wieso fällt das Urteil diesmal so deutlich aus?

Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat sich mit seiner strengen Einschätzung erstmals nicht nur gegen die EZB, sondern auch gegen den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gestellt. Die Richter aus Luxemburg sahen die Sache vor mehr als einem Jahr nämlich noch wesentlich entspannter: Sie konnten nicht erkennen, dass die EZB ihr Mandat überschreitet. Damit sind sie ziemlich brüsk über die Bedenken des Verfassungsgerichts hinweg gebügelt – übrigens nicht zum ersten Mal. Schon während des Verfahrens über das sogenannte

OMT-Programm der EZB, dem theoretisch unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen zur Stützung kriselnder Staaten, haben sich die Europarichter über Bedenken hinweggesetzt.

Damals haben die Karlsruher Richter das noch hingenommen, nun allerdings nicht mehr. Die Entscheidung zum PSPP sei „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“, weil es die tatsächlichen Auswirkungen des Programms vollständig ausklammere, stellten die Verfassungsrichter fest. Diese seien jedoch erheblich und könnten ähnliche Auswirkungen haben, wie Finanzhilfen aus dem europäischen Stabilitätsfonds ESM. Das ist besonders bemerkenswert, weil der [EuGH](#) in solchen europarechtlichen Fragen eigentlich das letzte Wort hat.

## Was ist ein ausbrechender Rechtsakt?

Um überhaupt von der Linie des EuGH abweichen zu können, mussten die Verfassungsrichter feststellen, dass in dessen Urteil ein „ausbrechender Rechtsakt“ („ultra vires“) zu sehen ist. Das ist immer dann der Fall, wenn eine Institution der [EU](#) den ihr vorgegebenen Kompetenzrahmen verlässt. Dann muss nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das höchste Gericht einschreiten, um die Grundrechte in Deutschland zu wahren, insbesondere das Demokratieprinzip. Das wurde in der Vergangenheit schon so manches Mal diskutiert, wenn der EuGH Urteile gefällt hat, die in Deutschland nicht gut ankamen. Aber nie zuvor hat das Bundesverfassungsgericht dies selbst festgestellt. Dass dies nun ausgerechnet in der Corona-Krisenzeit passiert, ist besonders bemerkenswert.

## Wie geht es jetzt weiter?

Sicher ist, dass nun viele Stellen in Europa das Urteil erst einmal verdauen müssen. Die EU-Kommission reagierte irritiert: Urteile des EuGH seien für alle Mitgliedsstaaten bindend, betonte Kommissionssprecher Eric Mamer. Analysten sind sich sicher, dass es die Anleihekäufe nicht generell stoppen wird. Allerdings könne die EZB nun gezwungen sein, ihre Maßnahmen stärker zu begründen und dies auch klarer zu dokumentieren. Ihr Spielraum könnte künftig eingeschränkt sein. Clemens Fuest, der das Ifo-Institut in München leitet, sieht deshalb nun die EU-Staaten stärker in der Pflicht. „Dadurch erhöht sich der Druck auf die Regierungen des Euroraums, Hilfen für einzelne Mitgliedstaaten über die Fiskalpolitik bereitzustellen, statt sich auf die EZB zu verlassen.“

## Warum ist das Urteil für Bürger und Steuerzahler wichtig?

Eine kluge Geldpolitik kann Katastrophen verhindern und Arbeitsplätze retten, eine schlechte kann zu Inflation, Deflation oder auch zu Belastungen für Steuerzahler führen. Schließlich geht es um große Beträge: Mehr als zwei Billionen Euro wurden mit den Anleiheprogrammen der EZB mittlerweile investiert, mehr als eine weitere Billion könnte durch die neue Krisenhilfe hinzukommen.

Sollten die Notenbanken aus ihren Anleihebeständen Verluste erwirtschaften, trifft das zwar nicht unmittelbar den Steuerzahler. Selbst mit einem negativen Eigenkapital können Notenbanken weiterarbeiten, wie das Beispiel der tschechischen Notenbank zeigt. Allerdings könnten die jährlichen Notenbankgewinne, die an den Finanzminister überwiesen werden, geringer ausfallen. Vor allem aber wurde die monetäre Staatsfinanzierung der EZB mit dem Hintergrund untersagt, dass man befürchtete, falsche Anreize für die Haushaltspolitik der Staaten zu setzen.

KARLSRUHE ZUM EZB-KAUFPROGRAMM:

## Ein weitreichendes Urteil

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2020-17:00



Die Verfassungsrichter bremsen die EZB nicht in der Krise. Aber sie zerstören Illusionen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dem im Jahre 2015 aufgelegten und noch in Kraft befindlichen Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) ist geeignet, vielleicht nicht sofort, aber auf längere Sicht die Funktionsweise der Währungsunion zu verändern. Spätestens seit dem Ausbruch der Euro-Krise stützt sich der Zusammenhalt der Eurozone in einem zu starken Maße auf eine Zentralbank, die bereit ist, „im Rahmen ihres Mandats alles Notwendige zu tun“ (Mario Draghi), um den Euro zu erhalten, sowie auf die Bonität Deutschlands, die über die gemeinsame Geldpolitik auf den gesamten Währungsraum ausstrahlt.

Auch wenn sich die Macht des Bundesverfassungsgerichts nur auf die Deutsche Bundesbank als Bestandteil der Währungsgemeinschaft und nicht auf die Europäische Zentralbank als Ganzes erstreckt, reicht dieses Urteil weit. Zum einen widersetzt sich das Verfassungsgericht wiederum der außerhalb Deutschlands kaum anzutreffenden Vorstellung mancher Kritiker, Anleihekaufprogramme von Zentralbanken seien grundsätzlich verwerflich. In Zeiten sehr niedriger Zinsen sind solche Programme auch außerhalb der Eurozone in Gebrauch. Aber das Bundesverfassungsgericht stößt sich an Nebenwirkungen, die über die Geldpolitik in die allgemeine Wirtschaftspolitik hinausreichen können, zum Beispiel in Gestalt niedriger Sparzinsen. In einer zu geringen Berücksichtigung solcher Nebenwirkungen erkennen die Karlsruher Richter, anders als der von ihnen mit ein paar verbalen Ohrfeigen versehene Europäische Gerichtshof, eine Mandatsverletzung.

Aus rein ökonomischer Sicht bewegen sich die Richter hier auf dünnem Eis: Geldpolitik und allgemeine Wirtschaftspolitik lassen sich nach Ansicht vieler Fachleute nicht klar trennen, und auch die Bedeutung der Nebenwirkungen ist umstritten.

Das Urteil wird die Geldpolitik zunächst nicht spürbar behindern. Die EZB sollte in der Lage sein, in der verlangten Spanne von drei Monaten eine umfassende Einschätzung der Folgen ihrer Anleihekäufe zu erstellen und damit die weitere Teilnahme der Bundesbank am alten Anleihekaufprogramm zu gewährleisten. Und da das in der Corona-Krise aufgelegte spezielle Kaufprogramm vom Karlsruher Urteilspruch nicht betroffen ist, wird die EZB auch im Verlauf der Krise handlungsfähig bleiben, selbst wenn auch gegen dieses Programm noch Klagen eingereicht werden sollten.

## Das Urteil wird die Forderung nach Eurobonds befeuern

Doch jenseits der aktuellen Krise zerstört das Urteil die seit [Draghis](#) berühmter Ankündigung aus dem Jahre 2012 vor allem an den Finanzmärkten, aber auch in vielen Hauptstädten verbreitete Vorstellung, die EZB werde im Falle drohender Staatsschuldenkrisen die Finanzmärkte unter Einsatz unbegrenzter Mittel beruhigen und den Druck von Regierungen nehmen, sich um die Tragfähigkeit ihrer Staatsverschuldung zu bemühen. Zwar könnte die EZB Anleihekaufprogramme ohne die Mitwirkung der Bundesbank organisieren. Aber eine sichtbare Distanzierung Deutschlands von der gemeinsamen Geldpolitik wäre für die EZB und das Ansehen des Euros verheerend.

Jede Schwächung der gemeinsamen Geldpolitik erhöht den Druck auf die Regierungen in der [Eurozone](#), mehr Verantwortung für die eigenen Staatsfinanzen wahrzunehmen. Ein unterschiedliches Maß an Verantwortung wird sich in Gestalt von steigenden Renditeabständen zwischen Staatsanleihen zeigen, die wirtschaftlich kein Desaster sein müssen, aber für nationale Regierungen unbequem sind. Daher lassen sich Forderungen nach einer stärkeren Vergemeinschaftung der Finanzpolitik leicht vorhersehen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird die Forderung nach Eurobonds befeuern. Der Bundesregierung drohen unangenehme Gespräche: Steht Deutschland nun schon als Spielverderber in der gemeinsamen Geldpolitik da, wird es sich als hartnäckiger Verhinderer einer gemeinsamen Finanzpolitik noch weniger Freunde machen.

Die wirtschaftlichen Belastungen der Corona-Krise sollten Anlass geben, das Thema Staatsverschuldung konstruktiver anzugehen als bisher. Die Geldpolitik kann, und dies gilt auch jenseits der Eurozone, nicht auf die Dauer die Finanzierung von Staaten durch umfangreiche Anleihekäufe sichern, ohne früher oder später ihre Unabhängigkeit und damit die Fähigkeit zu verlieren, im Bedarfsfall mit Zinserhöhungen Inflationsgefahren zu bekämpfen. Und nicht nur aus juristischen Gründen ist die Vorstellung abwegig, Deutschland könne auf Dauer seine Bonität auf die Eurozone übertragen. Die Bonität Deutschlands ist groß, aber nicht unbegrenzt.

Die Finanzgeschichte kennt zahlreiche Umschuldungen hochverschuldeter Staaten. Das Thema gilt in der Eurozone seit der griechischen Umschuldung vor ein paar Jahren nicht nur aus politischen Gründen als Tabu. An den Finanzmärkten will man davon erst recht nichts wissen. Dort hat man es lieber, wenn die EZB die Besitzer von Staatsanleihen vor Verlusten schützt. Aber auch das ist keine originäre Aufgabe der Geldpolitik.

DATENANALYSE ZU FETTLLEIBIGEN:

# Der Osten ist dicker als der Westen

- VON PETER-PHILIPP SCHMITT
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2020-16:51



Der Anteil der Fettleibigen ist in Deutschland innerhalb von zehn Jahren um 36 Prozent gestiegen, wie eine Datenanalyse zeigt. Besonders viele Dicke leben in Ostdeutschland.

Trotz aller auch politischen Bemühungen ist der Anteil der Fettleibigen in Deutschland innerhalb von zehn Jahren um 36 Prozent gestiegen. Besonders viele stark Übergewichtige leben im Osten der Republik. Das zeigt eine Datenanalyse der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH), die 1,7 Millionen Versicherte hat. Demnach war Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2018 das Bundesland mit den meisten Fettleibigen: Dort war schon jeder siebte Einwohner (14,2 Prozent) fettsüchtig, gefolgt von Sachsen-Anhalt (13,7 Prozent) und Brandenburg (12,3 Prozent).

Die wenigsten Fettleibigen lebten in Hamburg (8,6 Prozent), Baden-Württemberg (neun Prozent), Bayern sowie im Saarland (jeweils 9,3 Prozent). Adipös ist ein Mensch, wenn der Body-Mass-Index (BMI) die Körpermassenzahl von 30 Kilogramm pro Quadratmeter übersteigt.

Einer der Gründe für das Ost-West-Gefälle ist die Überalterung in einigen Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern etwa hat sich der Anteil der unter Fünfzehnjährigen zwischen 1991 und 2018 nahezu halbiert (von 21,5 auf 12,7 Prozent), der Anteil der über Fünfundsechzigjährigen hingegen mehr als verdoppelt (von 11,1 auf 24,7 Prozent). Die Adipositas wiederum stieg zwischen 2008 und 2018 in einer Altersgruppe besonders stark – bei den über Achtzigjährigen (77,6 Prozent). Besonders von Fettsucht betroffen sind Personen im Alter zwischen 65 bis 79 Jahren (17,8 Prozent). Im Bundesdurchschnitt sind zudem rund 40 Prozent mehr Frauen fettleibig als Männer.

Fettleibigkeit und die sie begleitenden Krankheiten wie unter anderem Diabetes, Bluthochdruck und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind für viele frühe Todesfälle verantwortlich. Adipöse Patienten haben zudem ein erhöhtes Risiko, durch Sars-CoV-2 vorzeitig zu sterben.

# L'ultimatum de la justice allemande fragilise l'action anticrise de la BCE

La cour constitutionnelle de Karlsruhe menace d'exclure la Bundesbank de la politique monétaire.

Par **Florentin Collomp**

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 2 heures

La cour constitutionnelle de Karlsruhe (ci-dessus) a assigné la Banque centrale européenne à justifier dans les trois mois ses rachats de dette publique. *SEBASTIAN GOLLNOW/AFP*

L'Europe n'avait pas besoin de ça. À la crise sanitaire, économique, politique et potentiellement financière, vient s'ajouter, par le hasard du calendrier, une crise constitutionnelle susceptible d'ébranler les fondements de l'euro. La cour constitutionnelle allemande de Karlsruhe a rendu mardi un jugement explosif pour le fonctionnement de la Banque centrale européenne (BCE).

**À lire aussi : Face à une crise «sans précédent», la BCE est prête à augmenter la puissance de son bazooka financier**

Sollicitée par une plainte d'un professeur d'économie allemand sur la légalité de son programme de rachats d'actifs (*quantitative easing*), [elle a donné à la BCE trois mois pour le justifier](#). Sinon, elle ordonnera à la Bundesbank (premier actionnaire de la BCE) de s'en retirer et de revendre les 534 milliards d'euros d'obligations publiques qu'elle détenait en son nom à la fin avril.

Ce jugement allemand est une petite bombe jetée dans une Europe déjà mal en point. Sur le fond, la cour a eu beau débouter les plaignants, jugeant que l'action de la BCE ne revenait pas à financer directement les États et ne contrevenait donc pas aux traités européens, c'est dans ses arguments qu'elle a remis en cause le pilier de la politique monétaire européenne depuis des années. Un nouvel épisode dans un vieux feuilleton entre la justice allemande, au nom de petits porteurs qui s'estiment lésés, et l'institution communautaire pourtant installée sur son sol, à Francfort. Déjà, en 2014, le gouverneur de la Bundesbank, Jens Weidmann, avait été amené à témoigner à Karlsruhe contre la BCE, où il siège au conseil des gouverneurs. Mais la cour avait alors fini par se ranger à un avis de la Cour européenne de justice sur la légalité d'instruments financiers (OMT), créés pendant la crise de l'euro, jamais utilisés.

## Rachat de dette italienne

Cette fois, elle passe outre un jugement de la cour de Luxembourg de 2018, qu'elle qualifie d'«*incompréhensible*». Les juges allemands trouvent ainsi le moyen de remettre à la fois en cause l'indépendance de la BCE et la suprématie du droit communautaire.

Sur le plan économique, cette décision menace l'action de la BCE dans la plus violente crise économique depuis la Seconde Guerre mondiale. Elle attaque la politique de rachats d'actifs publics de la Banque centrale, dont elle met en doute

la «*proportionnalité*» par rapport au poids de chaque État membre à son capital. En pratique, la BCE détient environ un quart des dettes publiques européennes, un chiffre appelé à augmenter fortement pour soutenir à bout de bras les économies de la zone euro. Elle détient environ 31 % de la dette allemande (via la Bundesbank) et 20 % de la dette italienne. Le tout, dans le respect d'un plafond de 33 % de la dette nationale de chaque pays, et proportionnellement à leurs parts respectives à son capital.

Or, depuis le début de la pandémie, [la BCE, sous l'égide de Christine Lagarde, a lancé un énorme programme de 750 milliards d'euros de rachats de dettes \(PEPP\)](#), en s'affranchissant de ces contraintes de proportionnalité par pays. Elle achète en effet beaucoup plus de dette italienne, française ou espagnole, qu'allemande ou néerlandaise. Une façon de compenser l'absence de réponse coordonnée des États membres de la zone euro et leurs dissensions sur l'idée d'émettre des dettes mutualisées ([coronabonds](#)). Cette intervention sur la pandémie n'est pas directement concernée par le jugement de Karlsruhe, mais elle risque fort d'être attaquée à son tour sur le même fondement. Or, sans l'action de la BCE, les pays de la zone euro n'ont plus de prêteur en dernier ressort capable d'assumer leur endettement face à la crise.

En conséquence, l'écart entre les taux italiens et allemands s'est à nouveau creusé mardi tandis que l'euro chutait face au dollar. Un conseil de politique monétaire de la BCE s'est réuni en urgence dans la soirée pour examiner ce jugement.

# Covid-19 : un décrochage français serait une menace pour la zone euro

## ÉDITORIAL

### Le Monde

Editorial. Alors que le choc provoqué par la pandémie porte en lui le risque d'une implosion de l'union monétaire, la France se trouve affaiblie par ses médiocres performances économiques pour porter la voix d'une plus grande solidarité européenne.

Publié aujourd'hui à 11h27 Temps de Lecture 2 min.

**Editorial du « Monde ».** Dans une Europe de nouveau hérissée de frontières, la pandémie de Covid-19 est propice aux comparaisons internationales. Elles ne sont guère à l'avantage de la France. Avec une baisse de 5,8 % de son produit intérieur brut (PIB) au cours du premier trimestre de 2020 en comparaison du dernier trimestre 2019, l'Hexagone enregistre la plus mauvaise performance des grands pays de la zone euro (-3,8 % de PIB en moyenne).

Tandis que le chiffre allemand (attendu le 15 mai) devrait tourner autour de -2 %, l'économie française s'est contractée davantage que celles de l'Espagne (-5,2 %) ou de l'Italie (-4,7 %). Encore le premier trimestre ne comprend-il que le tout début de la période de confinement qui paralyse l'économie. « *Le plus dur est devant nous du point de vue économique* », prévient le ministre de l'économie, Bruno Le Maire.

La plongée particulièrement brutale de l'activité en France, la plus forte constatée depuis 1949, interroge non seulement les difficultés structurelles du pays, mais aussi certains aspects de la gestion de la crise par le président Macron et le gouvernement Philippe.

## Pesanteurs de l'économie française

A la centralisation excessive empêchant l'adaptation des politiques à des régions diversement touchées, au confinement plus massif que chez nos voisins s'ajoute une gestion autoritaire face à un pays déjà cabré par les conflits des « gilets jaunes » et sur la réforme des retraites.

Les ambiguïtés de la communication gouvernementale – « *Nous sommes en guerre* », mais « *Restez chez vous* » et « *Félicitons les travailleurs* » –, la trop longue pénurie de masques et, à présent, un protocole national de reprise du travail d'une complexité toute bureaucratique participent aux pesanteurs de l'économie française.

Certes, les gouvernements des pays voisins se heurtent à des difficultés comparables. Mais ils le font dans un climat autrement moins crispé et suspicieux. Tandis que 62 % des Français se déclarent insatisfaits de l'action gouvernementale, les Allemands ne sont que 26 % dans ce cas, selon une récente [enquête européenne Ipsos-Cevipof](#). Conséquence de leur sévère appréciation de la gestion de la pandémie par l'exécutif, mais aussi d'une situation économique plus dégradée, les Français sont 64 % à s'attendre à des conséquences économiques « *très graves* », contre 39 % des Allemands.

La schizophrénie qui consiste à attendre tout de l'Etat central, à dénoncer son autorité tout en rejetant les responsabilités locales, est une maladie française parfaitement documentée, tout comme l'intériorisation

d'une tendance au déclin qui n'a rien d'inéluctable. Mais cette fois, alors que toutes les économies sont atteintes du même mal, ce décrochage français met la zone euro, voire l'Union européenne, à rude épreuve.

En découplant un peu plus encore Paris de Berlin, en faisant basculer symboliquement la France parmi les « pays du sud de l'Europe », avec tous les clichés négatifs associés, la médiocre performance française risque de renforcer les clivages. D'un côté, les pays du nord du continent, moins touchés par le Covid-19 et qui rebondiront plus vite ; de l'autre, ceux du sud, endettés et handicapés dans leur reprise.

Autrement plus brutal que la crise financière de 2008, le choc provoqué par le Covid-19 porte en lui le risque d'une implosion de l'union monétaire. Il renforce donc la nécessité de solides mécanismes d'entraide. Mais combien de temps Emmanuel Macron, qui se fait à juste titre le champion de cette solidarité européenne, resterait-il crédible dans ce rôle, si la France dérapait durablement ?

INFEKTIONSZAHLEN:

# Darum gibt es so wenige Corona-Fälle im Osten

- VON STEFAN LOCKE UND MARKUS WEHNER
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2020-07:02



Die Menschen in Ostdeutschland stecken sich seltener mit Corona an, auch sterben dort deutlich weniger an dem Virus. Die Gründe dafür sind klar: Vieles, was sonst ein Nachteil ist, erweist sich nun als vorteilhaft.

Sachsens schwarz-rot-grüne Koalition hatte gerade mit der Arbeit begonnen, als die **Corona**-Pandemie begann. Seitdem arbeiten **CDU**, SPD und Grüne ziemlich reibungslos zusammen. Am Anfang beschloss die Landesregierung in Dresden sehr starke Einschränkungen, nun will sie diese schneller wieder aufheben. Unterschiede bestehen nur noch in Nuancen – etwa wenn Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) die Wiedereröffnung von Restaurants und Hotels „Ende Mai“ in Aussicht stellt, während Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) einen Termin Mitte Mai und damit noch vor dem Himmelfahrtswochenende favorisiert. Auch andere ostdeutsche Länder gingen diese Woche mit stärkeren Lockerungs-Plänen voran.

Sachsen-Anhalt lässt wieder Treffen von bis zu fünf Personen zu, Thüringen will Gaststätten von Mitte Mai an öffnen, Brandenburg erwägt Ähnliches. Mecklenburg-Vorpommern fährt schon jetzt touristische Einrichtungen hoch, um noch vor **Pfingsten** wieder Gäste aus anderen Bundesländern zu empfangen. Die Begründung hört sich bei allen ostdeutschen Landesregierungen ähnlich an: Es sind die erheblich geringeren Infektionszahlen in allen Ost-Ländern (mit Ausnahme Berlins), mit denen sich die strikten Einschränkungen wohl nicht mehr viel länger rechtfertigen lassen. Doch was sind die Gründe für die niedrigeren Zahlen?

Am Dienstagmorgen verzeichnete das **Robert-Koch-Institut** (RKI) für die fünf ostdeutschen Länder zusammen 12.365 Infizierte. In Bezug auf 163.860 Fälle bundesweit machte das nur 7,5 Prozent aller Infizierten aus. Natürlich hat Ostdeutschland viel weniger Einwohner als die Länder der alten Bundesrepublik – doch immerhin machen sie in den fünf Ländern 12,5 Millionen aus. Das sind rund 15 Prozent aller Einwohner Deutschlands. Die Infiziertenzahlen im Osten sind also auch in Relation zum Bevölkerungsanteil von West- und Ostdeutschland sehr viel niedriger. Ein beinahe identisches Bild ergibt sich, wenn die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen betrachtet wird. In den fünf ostdeutschen Ländern werden bisher 458 Tote von insgesamt 6831 gezählt, was 6,7 Prozent ausmacht.

## Einwohnerdichte, Durchschnittsalter und ausgeprägte Ländlichkeit

Ein Grund, der für die geringere Verbreitung des Coronavirus in Ostdeutschland eine entscheidende Rolle spielt, ist die geringere Besiedlung. Besonders augenfällig wird das in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern. Sie liegen, wenn es um die Fläche geht, auf den Plätzen vier und fünf aller Bundesländer – hinter Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Doch geht es um die Bevölkerungsdichte, sind sie die Schlusslichter in Deutschland. In Brandenburg leben 85 Einwohner pro Quadratkilometer, in Mecklenburg-Vorpommern gar nur 69. Auch Sachsen-Anhalt und Thüringen sind mit 108 beziehungsweise

132 Einwohnern dünn besiedelt. Und selbst Sachsen mit den großen Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz reicht mit 221 Einwohnern pro Quadratkilometer nicht an viele westliche Bundesländer heran: In Nordrhein-Westfalen sind es 526 Einwohner, im Saarland 385, in Baden-Württemberg 310 Einwohner. Man kann es auch so sehen: „Social Distancing“ ist in weiten Teilen Ostdeutschlands nichts Neues, sondern die fast alltägliche Lebensform.

Hinzu kommt das höhere Durchschnittsalter in den ostdeutschen Bundesländern. Die Älteren im Rentenalter machen dort rund ein Viertel der Bevölkerung aus, in den westlichen Ländern sind es meist 16 bis 18 Prozent. Bei den Menschen, die 80 oder älter sind, liegen die fünf Länder mit Werten zwischen acht und neun Prozent der Gesamtbevölkerung an der Spitze. Bei den Deutschen, die zwischen 67 und 79 Jahre alt sind, führt Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von 15,5 Prozent, dicht gefolgt von den anderen vier. Älter sein heißt in der Regel weniger mobil zu sein – und das mindert die Gefahr, sich zu infizieren.

Neben Einwohnerdichte und -alter nennt der Soziologe Raj Kollmorgen von der Hochschule Zittau/Görlitz die „deutlich ausgeprägtere Ländlichkeit“ als Ursache dafür, dass die Pandemie im Osten bislang eher glimpflich verläuft. In Ballungsräumen, die es in Ostdeutschland nur wenig gibt, sind die Infektionszahlen um ein Vielfaches höher. Zudem hätten die Infektionen im Süden und Westen Deutschlands ihren Anfang genommen und erst auf den Osten „übergegriffen“, als erste Einschränkungen schon erlassen worden waren. Einzelne „Corona-Hotspots“ im ländlichen Raum lassen sich dagegen klar zurückverfolgen: So war im belasteten Landkreis Zwickau eine Physiotherapeutin, die sich im Skiurlaub infiziert hatte, aber symptomlos noch 40 Patienten behandelt hatte, Ursprung vieler Infektionen, während sich im ebenfalls stark betroffenen Landkreis Greiz das Virus auf zwei Familienfeiern ausbreitete.

Darüber hinaus sieht Kollmorgen drei wesentliche Unterschiede, die sich im Osten positiv auf die geringere Zahl der Infektionen auswirkten. Erstens seien die Bevölkerungsmilieus auf dem Land mehr lokal und regional orientiert. Die Westdeutschen seien insgesamt mobiler, die im Osten Verbliebenen eher sesshaft, was neben dem Alter auch mit den Arbeitsmöglichkeiten und dem Lebensumfeld ländlicher Raum zu tun habe. Zweitens unterscheide sich das Reiseverhalten. Zwar reisten Ost- und Westdeutsche gleich viel, auch in den Skiurlaub, doch unterschieden sich – auch aus finanziellen Gründen – die Ziele. So würden Ostdeutsche gehobener Ziele wie Ischgl, wo sich im März viele Skiurlauber infizierten, eher meiden. Drittens trage auch die völlig andere Wirtschaftsstruktur zur geringeren Ausbreitung bei – der oft beklagte Nachteil des Ostens wäre so gesehen in der Pandemie ein Vorteil.

Die Kleinteiligkeit der Wirtschaft und deren überwiegend regionale Ausrichtung nennt auch Joachim Ragnitz von der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung als eine Ursache geringerer Infektionen. „Es gibt weniger Export und Kontakte, allerdings ist das alles nicht quantifizierbar“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Offensichtlich sei dagegen, dass die enge Verflechtung der süddeutschen Länder mit Österreich und Italien die Ausbreitung des Virus negativ beeinflusst habe. Der rege Handel Sachsens mit Polen und der Tschechischen Republik habe hingegen genau wie das Pendeln von Arbeitskräften über beide Ländergrenzen hinweg kaum zur Ausbreitung des Virus beigetragen, weil es einfach kaum Infizierte gab.

Dass die Einschränkungen im Osten nun schneller fallen sollen als etwa in Bayern und Baden-Württemberg, hält Ragnitz angesichts der Zahlen für folgerichtig. Und er gibt zudem zu bedenken, dass Ostdeutsche staatlichen Beschränkungen eher skeptisch gegenüberstünden. „Vom Staat lässt man sich hier nicht so schnell was sagen.“ Das sieht auch Raj Kollmorgen so, der für schnellere Lockerungen plädiert. „Warum sollten etwa Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt weiter so restriktiv sein?“, fragt er. „Ich unterstütze ausdrücklich, dass diese Länder eigene Wege gehen.“ Dazu sei der Föderalismus schließlich da.

**Le Figaro (site web)**

mardi 5 mai 2020 - 19:46 UTC +02:00 1618 mots

Économie

# La France est-elle devenue l'homme malade de l'économie européenne ?

**Le coût du confinement est «colossal», a mis en garde lundi le premier ministre Edouard Philippe, qui a déclaré que «la vie économique devait reprendre impérativement et rapidement».**

LA QUESTION. Edouard Philippe, présentant lundi 4 mai le plan de déconfinement du gouvernement devant le Sénat, n'a pas hésité à mettre les points sur les i : « *Le confinement se justifiait par l'urgence, mais son coût social et économique est colossal... La vie économique doit reprendre impérativement et rapidement, avec des aménagements, avec de la bonne volonté* ». Tout est dit. Le premier ministre ne peut plus ignorer que la conjoncture française est aujourd'hui la plus dégradée de toute l'Europe.

Les chiffres publiés à la veille du 1er mai indiquent que le PIB français a chuté de 5,8% au premier trimestre alors que la zone euro dans son ensemble a enregistré un recul de « *seulement* » 3,8%. Par ailleurs le premier ministre est fondé à faire appel à « *la bonne volonté* » des Français au moment où se multiplient les marques de défiance, au niveau des maires, des syndicats, et que les entreprises et les salariés se sont rués sur le dispositif de chômage partiel comme nulle part ailleurs. La France serait-elle devenue « *l'homme malade* » de l'Europe ?

VÉRIFICATIONS. L'appellation d'« *homme malade* » est une expression que tout le monde comprend intuitivement même s'il n'existe évidemment aucune définition chiffrée. Depuis une vingtaine d'années les économistes et l'opinion publique européenne l'ont appliquée d'abord à l'Allemagne, quand son économie peinait à digérer le choc de la réunification, dans les années 2001-2002. Puis ce fut le tour de la France cinq ans plus tard : en 2007, juste avant la grande crise financière de 2008, le manque de réformes d'envergure du quinquennat Chirac, par rapport au programme « *agenda 2010* » du chancelier Schröder, était stigmatisé dans tout le reste de l'Europe. Et à partir de 2010, lors des crises des dettes souveraines, la Grèce et l'Italie ont été désignées comme les maillons faibles de la zone euro.

Même si elle est sans précédent, la pandémie du Covid-19 frappe tous les pays européens en même temps et de ce fait les comparaisons n'ont jamais été autant mises en valeur. Sur le plan sanitaire, il est hélas facile de compter ses morts, mais également en matière économique les chiffres sont impitoyables. L'annonce le 30 avril par l'Insee que le PIB français avait chuté de 5,8% au premier trimestre 2020 a jeté un froid. Non seulement la contraction est historique, mais elle se compare à un chiffre bien moindre dans la zone euro (-3,8% selon Eurostat). Sur ce premier trimestre où le confinement n'a porté que sur les deux dernières semaines, l'économie française a manifestement réagi beaucoup plus brutalement que ses voisins, y compris ceux dont la crise sanitaire était plus meurtrière. Le PIB a reculé de 5,2% en Espagne, 4,7% en Italie, 3,9% en Belgique, 2,5% en Autriche, et aux alentours de 2% pour l'Allemagne dont les chiffres officiels définitifs sont traditionnellement publiés plus tardivement.

Ces performances d'activité ont certes étonné, mais elles sont cohérentes avec les statistiques de chômage partiel qui se sont littéralement envolées en France et concernent aujourd'hui 11,7 millions de salariés. Plus d'un salarié du secteur privé sur deux est à l'arrêt partiel ou total. De tels dispositifs sont conçus à juste titre pour préserver les emplois et les compétences des employés, permettant les entreprises de ne pas licencier, contrairement à la pratique américaine. Pratiquement tous les pays de la zone euro ont recours à des dispositifs similaires, sauf que le « *succès* » est curieusement deux à trois fois plus grand chez nous que dans la plupart des autres pays. « *L'absence de travail devrait être l'exception et non une sorte de règle, comme cela a été malencontreusement compris le 16 mars au soir, après l'intervention d'Emmanuel Macron* », regrette un banquier d'affaires, ancien inspecteur des Finances, très critique sur la gestion de crise par Bercy.

Depuis le fameux « *Restez chez vous* » du président de la République, la France a été coupée en trois : ceux à qui le travail a été juridiquement interdit (restaurateurs entre autres), ceux qui sont obligés d'assurer les activités essentielles, et un vaste entre-deux, toutes celles et ceux qui se sont inscrits, avec leurs entreprises, au système de travail partiel sans y être toujours réellement obligés.

### **Un recul de 20 ans ?**

Malheureusement, il n'est pas certain que ce filet de sécurité évitera le chômage tout court. D'ores et déjà, Pôle emploi a enregistré 256.100 demandeurs d'emploi supplémentaires sur ses listes en mars. Tout en constituant une protection, les systèmes de chômage partiel ne peuvent empêcher la logique économique de fonctionner. Huit semaines de confinement, c'est 6 points du PIB annuel en moins en 2020, selon les calculs de l'Insee, qui estime que la France ne tourne qu'à 65% de ses capacités. « *La chute de la production nationale est telle qu'en quatre mois, la France aura reculé de 20 ans* », juge Jean-Pierre Gérard, industriel et président de l'Institut Pomone. En termes d'emploi, l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE) considère que le coup d'arrêt consécutif au confinement aura détruit 460.000 emplois, ce qui fera remonter mécaniquement de 1,5 point le taux de chômage.

Le chômage de masse qui prévalait avant le Covid-19 et qui touchait 8,1% de la population active va s'exacerber et risque d'atteindre 10,4% d'ici au printemps 2021 prévoit le FMI. Ce talon d'Achille de la société française demeure plus que jamais, surtout en comparaison de l'Europe du Nord. Outre-Rhin les six instituts de conjoncture du pays considèrent que le taux de chômage ne devrait pas excéder 5,9% l'an prochain.

Deuxième faiblesse endémique, les finances publiques. L'Hexagone est entré dans la crise avec le déficit annuel le plus élevé de la zone euro (2,9% du PIB). Or il s'achemine vers un déséquilibre historique depuis la Seconde Guerre mondiale (9,2%) et surtout à un niveau record parmi les États de la zone euro, excepté l'Espagne (9,5% selon le FMI). Autre élément de vulnérabilité, les finances des entreprises françaises, dont la Banque de France a souvent alerté ces deux dernières années sur leur recours excessif au crédit. « *Les entreprises allemandes ont non seulement une rentabilité économique très supérieure par rapport à leurs fonds propres mais aussi des capitaux propres bien plus élevés* », rappelle le chef d'entreprise Jean-Pierre Gérard, qui fut conseiller de la politique monétaire à la Banque de France. Cet appel systématique à l'endettement, facilité par les taux d'intérêt très bas, constitue une grande faiblesse en période d'effondrement conjoncturel, que ce soit pour se protéger de la faillite ou pour maintenir ses effectifs.

Troisième vulnérabilité, les spécialisations sectorielles. En tant que « *première puissance touristique mondiale* », en tout cas pour les entrées de voyageurs étrangers, la France est très axée sur la mobilité au sens le plus large du terme. Les métiers de l'accueil, hôtellerie et restauration principalement contribuent pour 10% du PIB et 12% de l'emploi du pays, à quoi s'ajoutent les transports, les activités culturelles et la construction de matériel. À elle seule, l'aéronautique, dont Airbus et ses 3200 fournisseurs, emploie 350.000 personnes en France. Ce n'est pas un hasard si parmi les plus gros bénéficiaires des prêts garantis par l'État depuis deux semaines figurent d'ores et déjà Air France, Renault et le loueur Europcar Mobility Group, en attendant la SNCF, éternel abonné aux renflouages publics. Reste que le pôle d'excellence français de la mobilité s'apprête à passer des mois difficiles.

### **Comparaison n'est pas raison, vraiment ?**

Autant de défis socio-économiques à mettre en musique et auxquels s'ajoute « *le poison de la défiance* », selon l'expression du sociologue Olivier Galland, directeur de recherche au CNRS. Là aussi il est assez aisé de faire des comparaisons. Or il apparaît qu'« *en France, la confiance dans le gouvernement s'érode très rapidement et beaucoup plus fortement que dans les autres pays développés* », observe Olivier Galland. Il en prend pour preuve qu'au sein des pays du G7, le groupe des sept pays les plus avancés par la taille, Emmanuel Macron est avec le premier ministre japonais, Shinzo Abe, le seul dont la cote de confiance ait reculé depuis deux mois où la lutte contre le Covid-19 concentre les énergies. C'est plus particulièrement vrai dans le couple franco-allemand. Entre le 20 mars et le 13 avril, la proportion de Français « *approuvant la façon dont le gouvernement réagit à l'épidémie* » est passée de 61% à 43% (sondage Kantar/ *Figaro Magazine*), alors que sur la même période Angela Merkel a vu sa cote progresser de 58% à 67%. Et derrière ces chiffres de confiance dans l'exécutif, c'est tout un climat social qui est en cause : il était plus que médiocre avant et le virus n'a manifestement pas provoqué l'unité espérée par le président de la République.

Il est grand temps que l'exécutif français se ressaisisse, qu'il remette au travail les Français, trouve un terrain d'accord avec les maires et les représentants syndicaux, qu'il explique clairement sa stratégie. Une certitude en tout cas, qu'il s'agisse du PIB, des statistiques de chômage ou des sondages des dirigeants, on dispose de mesures fiables, objectives et rapides sur la façon dont chaque pays réagit à la pandémie. Cessons de dire « *comparaison n'est pas raison* ». C'est le contraire qui est vrai : il faut avoir le courage de se comparer aux autres, et peut-être en tirer des leçons.

## ***Alles über den Lockdown in einem einzigen Witz***

Stand: 05.05.2020 | Lesedauer: 3 Minuten

Von **Henryk M. Broder**

Der jüdische Humor bekommt auch die Corona-Krise in den Griff. Unser Autor erzählt den besten Witz zur miserablen Lage. Was man tun muss, damit das Leben wieder schön ist, zeigt der Fall von Moishe und Sarah.

Moishe und Sarah sind seit 30 Jahren verheiratet, haben sechs Kinder und leben in einer Hütte am Rande eines Dorfes in Moldawien. Moishe arbeitet als Tagelöhner, betet dreimal am Tag und geht jeden Freitagabend und Samstagmorgen in die Synagoge. Sarah kümmert sich um das Haus und die Kinder. Eines Tages hält Moishe es nicht mehr aus. Er geht zum Rabbiner und schüttet ihm sein Herz aus. „Rabbi, das ist doch kein Leben. Diese Enge, dieser Lärm, meine Frau sagt, ich bin ein Versager. Was soll ich tun?“

Der Rabbiner schweigt, putzt seine Brille und denkt nach. Dann sagt er: „Geh zu deiner Schwiegermutter und nimm sie zu dir nach Hause.“ – Moishe glaubt, er habe sich verhört. „Aber Rabbi, wir haben jetzt schon nicht genug Platz, wie sollen wir dann ...“ – „Rede nicht, mach, was ich dir sage.“ Moishe geht zu seiner Schwiegermutter. „Es ist nicht gut, dass du allein lebst, wir möchten, dass du bei uns einziehst.“

Eine Woche später sitzt Moishe wieder beim Rabbiner. „Rabbi, meine Schwiegermutter macht mich verrückt!“ Der Rabbiner schweigt, putzt seine Brille und denkt nach. Dann sagt er: „Wie geht es deinem Bruder?“ – „Dem geht es gut“, ruft Moishe, „seine Frau hat ihn verlassen!“ – „Dann ist er allein, und das ist nicht gut. Gehe zu ihm und nimm ihn mit in dein Haus.“ Moishe kann es nicht fassen, aber er macht, was der Rabbiner ihm aufgetragen hat.

Eine Woche später: Moishe macht sich wieder auf den Weg zum Rabbi. Ein Wrack auf zwei Beinen. Er sagt, er wolle sich lieber umbringen, als weiter so zu leben. Zehn Menschen in zwei Räumen! Der Rabbiner schweigt, putzt seine Brille und denkt nach.

Schließlich sagt er: „Dein ältester Sohn, wollte er nicht Musiker werden? Hier hast du 100 Leu, kauf ihm eine Geige, damit er üben kann.“

Eine Woche später platzt Sarah, Moishes Frau, in das Haus des Rabbiners. „Rabbi, mein Mann ist verrückt geworden! Was soll ich tun?“ Der Rabbiner schweigt, putzt seine Brille und denkt nach. Er sagt: „Sarah, du gehst jetzt nach Hause, nimmst eurem ältesten Sohn die Geige weg und verbrennst sie. Dann sagst du deinem Schwager, er soll ausziehen. Als Nächstes machst du deiner Mutter klar, dass es für sie das Beste wäre, wenn sie wieder in ihr Haus zieht. Du gehst auf den Markt, kaufst ein Huhn und kochst für deine Familie eine Hühnersuppe.“ Sarah folgt der Anweisung Schritt für Schritt. Am nächsten Tag geht Moische wieder zum Rabbiner. „Rabbi, ich danke euch. Jetzt weiß ich wieder, wie schön das Leben sein kann.“

8. MAI 1945

# „Überall in der Welt Siegeshymnen. Und wir?“

Stand: 07:25 Uhr | Lesedauer: 11 Minuten

Von **Tilman Krause**

Leitender Feuilletonredakteur



Berlin, Stadt der Frauen: Aufräumarbeiten im Mai 1945

Quelle: Gamma-Keystone via Getty Images

War die Stunde Null die Stunde der Frauen? Gerade Autorinnen haben das Kriegsende beschrieben. Die berühmte „Anonyma“ notiert, „dass sich das Gefühl aller Frauen den Männern gegenüber ändert“. Dokumente einer Zeitenwende.

Kann man einen historischen Moment von allergrößter Bedeutung nüchterner beschreiben, als es die Journalistin Ursula von Kardorff tat? Sie hatte Berlin im Februar 1945 den Rücken gekehrt, nachdem sie mehrfach ausgebombt worden war.

Das Kriegsende erlebt sie im schwäbischen Jettingen. Die Amerikaner marschieren dort bereits am 25. April ein, dicht gefolgt von den Franzosen, die es eilig haben, sich ebenfalls als Sieger zu präsentieren.

Und was tut die Redakteurin der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die später eine der Säulen der neu gegründeten „Süddeutschen Zeitung“ werden wird? Sie notiert, wie so viele Frauen der schreibenden Zunft,

sachlich, nahezu emotionslos und vor allem ganz aufs Praktische ausgerichtet, was sie macht, was um sie herum vorgeht.

Die Eintragung in ihrem Tagebuch vom frühen Morgen des 8. Mai 1945 lautet schlicht und ergreifend: „Mitternacht. Ab jetzt tritt die bedingungslose Kapitulation in Kraft. Überall in der Welt Siegeshymnen und Glockengeläute, Feiern und Jubel. Und wir? Bärchen hat heute Abend gekocht, ich habe gebügelt, Bürklin hat die Erde um die Obstbäume umgegraben. Wir haben den Krieg verloren. Aber wenn wir ihn gewonnen hätten, wäre alles noch viel grauenvoller.“

## **Kahlschlagliteratur**

Zehn Jahre später sollte man Inventuren (um den Titel eines berühmten Gedichts von Günter Eich abzuwandeln) dieser Art, die Aufzählung von Alltagsverrichtungen, Kahlschlagliteratur nennen. Natürlich waren ihre Protagonisten Männer. Sie prägten, vor allem in der sich 1947 konstituierenden ersten deutschen Literaturvereinigung der Nachkriegszeit, der Gruppe 47, von nun an die geistige Landschaft, sofern sie von den Jungen gestaltet wurde. Aber auch sie hatten natürlich ihre Vorläufer, besser: ihre Vorläuferinnen.

Denn die großen literarischen Zeugnisse aus dem Deutschland der Stunde null, sie stammen tatsächlich von Frauen. Das auf Jahrzehnte hinaus berühmteste Buch dieser Art, Ruth Andreas-Friedrichs Tagebuchnotate unter dem Titel „Der Schattenmann“, erschien bei Suhrkamp bereits 1947. Ein anderes, die „Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945“ von Ursula von Kardorff, kam erst 1962 heraus.

„Eine Frau in Berlin“ der Fotoreporterin Marta Hillers, die sich hinter dem Pseudonym „Anonyma“ verbarg und erst 2003 identifiziert werden konnte, blieb bei der ersten Publikation in der Schweiz 1959 noch relativ unbeachtet und erlangte erst in unserem Jahrhundert die verdiente Aufmerksamkeit. 2008 wurde der Bestseller mit Nina Hoss in der Titelrolle sogar erfolgreich verfilmt.

Jawohl, auch die „junge deutsche Literatur der Moderne“, wie Walter Jens sie in einer ersten Bestandsaufnahme Anfang der 60er-Jahre nannte, war noch sehr, sehr lange ein Männerclub. Auch wenn die ingeniose Ingeborg Bachmann und einige andere darin eine bedeutende Rolle spielen konnten.

Doch die eigentliche literarische Leistung, die einerseits eine stilistische im Sinne einer neuen Lakonie und Pathosvermeidung, andererseits aber auch eine bewusstseinsmäßige im Sinne der Skepsis, Desillusionierung und nicht selten auch der Dekonstruktion von Männergewissheiten ist, sie kam von Autorinnen. Das

ermessen wir vielleicht erst heute ganz, da wir zum Beispiel für Beobachtungen wie die folgende von Marta Hillers hellhöriger geworden sind.



Flüchtlinge in den Straßen Berlins, Mai 1945

Quelle: picture alliance / akg-images

Marta Hillers alias „Anonyma“ notiert also am 26. April 1945: „Immer wieder bemerke ich in diesen Tagen, dass sich mein Gefühl, das Gefühl aller Frauen den Männern gegenüber ändert. Sie tun uns leid, erscheinen uns so kümmerlich und kraftlos.

Das schwächliche Geschlecht. Eine Art von Kollektivtäuschung bereitet sich unter der Oberfläche bei den Frauen vor. Die männerbeherrschte, den starken Mann verherrlichende Naziwelt wankt – und mit ihr der Mythos ‚Mann‘. Am Ende dieses Krieges steht neben vielen anderen Niederlagen auch die Niederlage der Männer als Geschlecht.“

Die „Niederlage der Männer als Geschlecht“: Das war zwar schon nach 1918 ein großes Thema und hatte vor allem in den Künsten und in der Unterhaltungskultur jene flirrenden Gegenbewegungen zur Heteronormativität hervorgebracht, die wir heute so sehr als Kennzeichen der goldenen 20er-Jahre bewundern. In der Stunde null von 1945 wurde diese Niederlage aber womöglich noch stärker empfunden.

### **Drei Typen von Männern**

Das lag ganz einfach daran, dass es zumindest an der „Heimatfront“, die die Frauen vor Augen hatten, grosso modo nur drei Typen von Männern gab: einesteils die fanatischen Werwölfe, SS- und Gestapo-Angehörigen, kurz jener Männertypus, der erbarmungslos auf NS-Linie bleibt („jetzt der schlimmste Feind“,

wie Ursula von Kardorff Ende April 1945 schreibt), andernteils die Alten und Invaliden, sowie, nicht zu vergessen, jene Bonzen, „Goldfasane“, „Silberlinge“, die sich nach der Devise „Rette sich, wer kann“ in die weniger umkämpften Gebiete absetzen. Auch keine großen Helden.

Hingegen die Frauen! Sie halten den Rest von zivilem Leben, das in Deutschland noch existiert, aufrecht. Sie haben nicht die Zeit, wie die (jüngeren) Kriegsgefangenen, ihre Wunden zu lecken, um sich dann, sofern sie Schriftsteller sind oder werden, in der sogenannten Heimkehrerliteratur nach 1945 als ideologisch verführte, im Krieg verheizte „verlorene Generation“ zu inszenieren. Sie müssen vielmehr schauen, wo es noch etwas Essbares gibt.

Sie müssen oft beschwerliche Wege zur nächsten Pumpe gehen, um das zum Waschen, Kochen, Saubermachen so nötige, aber rare Wasser zu holen, das schon lange nicht mehr aus dem Hahn kommt. Und wenn sie nach den Bombenangriffen, die vor allem die deutschen Großstädte überziehen, aus den Luftschutzbunkern oder Kellern klettern, dann gibt es nur noch ein Gebot: schippen bis zum Umfallen.

Diese Tätigkeit wird sie noch Jahre lang in Atem halten und den Typus der „Trümmerfrau“ hervorbringen. Und natürlich sind die Aufzeichnungen dieser Zeit voll von diesen Aufräumarbeiten.

### **Ungeheure Lebenslust**

Doch die Frauen verzagen nicht. Durch alle Aufzeichnungen ziehen sich die Schilderungen von Dankbarkeit und Hochgefühl, wenn man wieder einen neuen Tag begrüßen darf, weil man überlebt hat. Eine „Lebenslust, als ob man die Welt erobern könnte“, stellt Ursula von Kardorff verwundert an sich fest, wenn sie, noch in Berlin, erneut einen Fliegerangriff überstanden hat.

Selbst die Zerstörung ihrer Wohnung kommentiert sie, wenn Leidensgenossen ihr vom eigenen Schicksal erzählen, mit einem „Was? Auch ausgebombt? Na, denn Prost!“.

Hier macht sich wahrscheinlich auch die Selbstverpflichtung auf den sprichwörtlichen „Berliner Witz“ bemerkbar, denn auch vom Galgenhumor handeln diese Aufzeichnungen. Hoch im Kurs stehen seit 1943, als die schweren Heimsuchungen durch die Luft beginnen, zum Beispiel Sprüche wie „Berlin ist die Stadt der Warenhäuser: da war’n Haus, und dort war’n Haus“ oder „Der Krieg wird wegen großen Erfolges verlängert.“

Von der „ungeheuren Erhöhung des Lebensgefühls durch die Nähe des Todes“ schreibt auch Margret Boveri in „Tage des Überlebens. Berlin 1945“. Im Jahr 1900 geboren und damit die Doyenne unter den Protokollantinnen der Stunde null, war sie ebenfalls zu jener Zeit Journalistin und sollte sich wie die ein Jahrzehnt jüngere Kardorff nach 1945 zu einer führenden Publizistin der Bundesrepublik entwickeln.

Sie ist der politische Kopf unter den hier genannten Frauen, immer auf der Suche nach News, sie schiebt in ihren Bericht auch offizielle Verlautbarungen und, soweit damals erhältlich, Mitteilungen aus der internationalen Presse ein.

### **Wie auf einer Piazza**

Aber dann gelingen ihr eben auch Stimmungsbilder aus jenen Tagen, in denen man in ihrem Steglitz nur noch auf das Ende wartet, während im Stadtzentrum die Schlacht um Berlin tobt. Da heißt es am 25. April: „Auf der Straße war es gestern sehr gesellig. Das Auto mit dem Lautsprecher kam vier Mal mit Heeresbericht und den spärlichen Nachrichten.

Vorher versammelte sich das Volk auf dem Platz und bewegte sich auf und ab. Bis zum Beginn der Nachrichten gab es Marschmusik. Das Ganze wirkte fast wie eine italienische Piazza gegen Abend; manche Menschen waren auch gelöst und vergnügt, viele aber verhärtet oder grimmig.“

Solche Inseln im Strom der unaufhaltsam näherrückenden Niederlage gab es eben auch. Aber das beherrschende Thema wird nun für die letzten Kriegstage ein ganz anderes, mit dem keine der schreibenden Frauen gerechnet hätte.

Dieses Thema wird gewissermaßen sämtliche Schrecken des Krieges bündeln, vorübergehend alles andere in den Schatten stellen und ganz sicher auch seinen Teil zur weiblichen Illusionslosigkeit und Unempfänglichkeit für jede Form von Manipulation durch die Politik und ihre Propaganda beitragen. Gemeint sind die Vergewaltigungen durch russische Soldateska, die sich in Berlin austobt, bis die Amerikaner kommen und die Maßstäbe der zivilisierten Welt wieder einführen.

Diese Vergewaltigungen, auch Schändung genannt, die keine der hier vorgestellten Frauen ausspart, mögen erheblich zur oft verspäteten Rezeption ihrer Berichte beigetragen haben. Unter der Adenauer-Restauration mit ihren bürgerlichen Sprechgeboten wurden diese Erfahrungen, über die sich Frauen untereinander bei Kriegsende noch sehr unverblümt unterhalten hatten, wieder schamhaft verschwiegen.

## Ein trauriges Kapitel

Mitunter auch aus politischen Gründen: Man wollte mit der Erzählung von sowjetischen Gewalttaten nicht noch Öl ins Feuer der Kalten-Kriegs-Rhetorik gießen. Doch wahrscheinlich jede Frau, der dieses Schicksal zuteil wurde, konnte zu diesem traurigen Kapitel etwas beitragen. Es gibt schlechterdings keine deutsche Familie, die 1945 den Einmarsch der Russen erlebte, die hierzu nicht eine Geschichte zu erzählen wüsste.

Von den Autorinnen, die wir hier Revue passieren lassen, ist es ausgerechnet Ruth Andreas-Friedrich, die Anfang der 30er-Jahre die Sowjetunion bereist hatte, die zu ihrem Glück Russisch sprach und mit Russen befreundet war, die ihren Abscheu vor den sexuellen Übergriffen in „Der Schattenmann“ am heftigsten bekundet.

„Die erste Stunde, der erste Tag, die ganzen ersten Wochen (nach dem Einmarsch der Sowjets in Berlin Ende April, d. Red.) gehörten den Schrecken der Vergewaltigung. Nicht eines Atemzuges Frist stand zwischen einer Greuelthat und der nächsten. Ehe die Bartholomäusnacht herabsinken konnte, war aus dem Blutsauger von gestern der Leidensgefährte von heute geworden. Genosse in Abwehr gemeinsamen Unglücks. Wie kann man mit vergangenen Sünden abrechnen, wenn jeder Augenblick randvoll ist von neuen?“

Hier sollte sie sich irren, denn Gott sei Dank haben sich die Deutschen von russischen Rächern nicht davon abhalten lassen, mit dem „Blutsauger von gestern“, also dem Nationalsozialismus, „abzurechnen“, obwohl die Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch eigenes Leid sicher verzögert wurde.

## Keine Heilsbringer

Man spürt hier auch Enttäuschung durchschimmern, denn wie viele Linke sah auch Ruth Andreas-Friedrich in den Russen die neuen Heilsbringer. Ähnlich Marta Hillers, vor 1933 sogar KPD-Mitglied und gleichfalls voller Hoffnung und Optimismus den russischen Besatzern entgegenfiebernd, wird eines Besseren belehrt. Doch sie geht die neue Lage offensiver an.

Nachdem sie sich vor Übergriffen nicht mehr retten kann, beschließt sie: „Hier muss ein Wolf her, der mir die Wölfe vom Leib hält. Offizier, so hoch es geht, Kommandant, General, was ich kriegen kann. Wozu habe ich meinen Grips und mein bißchen Kenntnis der Feindsprache?“

Es wird dann tatsächlich „ein Besternter. Groß, schwarzlockig, gut genährt“, und er erfüllt auch tatsächlich seinen Zweck, gewährt ihr als seiner nunmehrigen Maitresse-en-titre Schutz vor anderen „Wölfen“. Aber ihr Resümee dieser Vernunftliaison ist dann doch: „Die Besternten entstammen keiner besonderen sozialen Schicht, stehen herkunftsmäßig und bildungsmäßig in keiner Weise über den Mannschaften. Sie haben keinen besonderen Ehrenkodex und schon gar keine andere Haltung gegenüber den Frauen. Die abendländischen Traditionen von Ritterlichkeit und Galanterie haben Russland gar nicht gestreift.“

## **Weibliche Selbstfindung**

Dem würde wohl auch die 1918 geborene Annemarie Weber und somit Jüngste der Verfasserinnen zustimmen, die mit ihrem autobiografischen Roman „Westend“ 1966 wahrscheinlich das krasseste Buch über die Notsexualität Berliner Frauen in den letzten Tagen des Krieges geschrieben hat. Es ist dem kleinen AvivA-Verlag, der sich ganz auf Bücher weiblicher Klassiker spezialisiert hat, nicht genug zu danken, dass er den einst vielgelesenen Roman 2012 wieder aufgelegt hat. „Westend“ geht nämlich über die unmittelbare Spiegelung der letzten Tage des Dritten Reiches weit hinaus.

Das Buch bündelt gewissermaßen die Erfahrungen einer Frau, die sich in dieser Agonie behaupten muss und als eine andere daraus hervorgeht. Annemarie Weber, noch bis in die 80er-Jahre hinein eine charismatische und mit ihren immer wasserstoffblondierten Haaren auch eine exzentrische, farbige Figur der (West-)Berliner Literaturszene, erzählt nämlich in „Westend“ (das übrigens in ihrem Fall die Soorstraße nahe des Theodor-Heuss-Platzes meint) von einer weiblichen Selbstfindung in schwieriger Zeit.

Auch sie sucht sich einen russischen „Vergewaltiger“ nach ihren geschmacklichen Vorstellungen aus, schildert den Sex mit ihm allerdings sehr viel detaillierter als Marta Hillers. Auch 1966 muss es noch erheblich skandalisiert haben, so kaltblütig wie Annemarie Weber die Gefühle einer Frau zu beschreiben, die das mal linkische, mal brutale Rumgemurkse russischer Männer über sich ergehen lassen muss, das stets nur der eigenen Triebabfuhr dient.

## **Alleine in die neue Zeit**

Provozierend damals wohl auch: Die Protagonistin von „Westend“ macht weiter mit der pragmatischen Erotik. Als schließlich die Briten kommen, geht sie die Beziehung mit einem Oberst Woods ein, dem sie in der Hungerzeit buchstäblich ihr Überleben verdankt. Als ihr Verlobter schließlich aus der Gefangenschaft zurückkommt und wenig taktvoller als Erstes ihre „Kriegsbemalung“ moniert (offenbar noch immer

eingedenk der Devise „Eine deutsche Frau schminkt sich nicht“), lässt sie ihn ungerührt auf dem Bahnsteig stehen.

Alleine geht sie in am Schluss der neuen Zeit entgegen. Man erfährt als Leser nicht, wie sie es fürderhin mit den Männern halten wird. Aber man muss sich nur den weiteren Lebenslauf der Autorin vor Augen halten: ihre Partnerwahl (sie wird 1955 Rudolf Lorenzen heiraten, der 1959 den autobiografischen Bestsellerroman „Alles andere als ein Held“ herausbringt, sich aber 1968 wieder scheiden lassen) oder ihr anfängliches Sympathisieren mit der Studentenbewegung, das bald in Abscheu vor den Ideologisierten umschlägt.

Und man kann sich denken: Wer als Frau durch die Berliner Hölle von 1945 ging, der hat für die nun aufkommenden Heimchen am Herd, aber auch für Politparolen von rechts wie links zeitlebens nur noch ein müdes Lächeln übrig.

<https://www.economist.com/graphic-detail/2020/05/02/would-most-covid-19-victims-have-died-soon-without-the-virus>

## Before their time

# Would most covid-19 victims have died soon, without the virus?

A new study suggests not

[Graphic detail](#) [May 2nd 2020 edition](#)

MAY 2ND 2020

“Sacrifice the weak”, urged a sign at a protest against Tennessee’s lockdown on April 20th—though whether the person holding it was trolling the other protesters is unknown. Some claim social distancing is pointless, since covid-19’s elderly victims would soon have died of other causes. In Britain many pundits have said that two-thirds of the country’s dead were already within a year of passing away. They cite an estimate made in March by Neil Ferguson, an epidemiologist at Imperial College London who advises the government.

Mr Ferguson notes that two-thirds was the upper bound of his estimate, and that the real fraction could be much lower. He says it is “very hard” to measure how ill covid-19’s victims were before catching it, and how long they might have lived otherwise. However, a study by researchers from a group of Scottish universities has attempted to do so. They found that the years of life lost (ylls) for the average Briton or Italian who passed away was probably around 11, meaning that few of covid-19’s victims would have died soon otherwise.

First the authors analysed data for 6,801 Italian victims, grouped by age and sex for confidentiality. About 40% of men were older than 80, as were 60% of women. (The virus has killed fewer women than men, perhaps because they have different immune responses.) The authors excluded the 1% of victims under 50. Then they calculated how much longer these cohorts would normally survive. Life expectancies for old people are surprisingly high, even when they have underlying conditions, because many of the unhealthiest have already passed away. For example, an average Italian 80-year-old will reach 90. The ylls from this method were 11.5 for Italian men and 10.9 for women.

Then the authors accounted for other illnesses the victims had, in case they were unusually frail for their age. For 710 Italians, they could see how many had a specific long-term condition, such as hypertension or cancer. The authors used a smaller Scottish sample to estimate how often each combination of diseases occurs among covid-19 victims. Finally, they analysed data for 850,000 Welsh people, to predict how long somebody with a given age and set of conditions would normally live.

## PUBLICITÉ

Strikingly, the study shows that in this hybrid European model, people killed by covid-19 had only slightly higher rates of underlying illness than everyone else their age. When the authors adjusted for pre-existing conditions and then simulated deaths using normal Italian life expectancies, the ylls dropped just a little, to 11.1 for men and 10.2 for women. (They were slightly lower for Britons.) Fully 20% of the dead were reasonably healthy people in their 50s and 60s, who were expected to live for another 25 years on average.

The researchers warn that their data exclude people who died in care homes, who might have been especially sickly. Nor can they account for the severity of underlying illnesses. For example, covid-19 victims might have had particularly acute lung or heart conditions. More complete data could produce a lower estimate of ylls. Mr Ferguson also points out that tallies of all-cause mortality will contain clues. If the pandemic has merely hastened imminent deaths, there should be fewer than usual once covid-19 is under control.

Still, the available evidence suggests that many covid-19 victims were far from death's door previously, and cut down at least a decade before their time. Allowing the virus to spread freely would sacrifice the strong as well as the weak.

Sources: "Covid-19 – exploring the implications of long-term condition type and extent of multimorbidity on years of life lost: a modelling study", by P Hanlon, F Chadwick, A Shah et al., 2020; Istituto Superiore di Sanità (Italy); SAIL Databank (Wales); Public Health Scotland

PRESS REVIEW OF 06 MAY 2020:



*Andreas Voßkuhle, president of the Federal Constitutional Court of Germany, after handing down the ruling. (© picture-alliance/dpa)*

## ECB bond purchases partially unconstitutional

The European Central Bank's (ECB) bond-buying programme partially contravenes German law, Germany's Constitutional Court ruled on Tuesday. It said the ECB had failed to adequately explain the appropriateness of the purchases and that the decision-making process had not been scrutinised by the Bundestag and Bundesrat. Commentators discuss whether the judgement is justified or presumptuous.



FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (DE)

### The end of an autocratic EU

The Karlsruhe ruling is a sign of stronger democracy and rule of law, the Frankfurter Allgemeine Zeitung comments approvingly:

“Germany has joined an EU in which the member states are the masters of the treaties - and every citizen has a right to expect EU institutions to abide by the jointly agreed rules. ... This is why the Karlsruhe ruling is so important at a time when the EU is being subjected to strong centrifugal forces. As long as there is no mandate for a debt union the ECB cannot create one. ... As a union of states, the EU is bound by the principle of democracy and is a community based on the rule of law. This message must be conveyed - particularly to Eastern Europe. This is not the end of the EU, but hopefully the end of its distant, autocratic form.”



Reinhard Müller

Share on



[\[> Original article\]](#)

---



EL PAÍS (ES)

## A clear affront to EU authority

El País is annoyed by the ruling:

“The most questionable aspect is that [the Federal Constitutional Court] is contradicting its superior authority on matters of European law, the EU Court of Justice, which it had previously consulted on this issue. And it is calling the latter's competence into question with the theory that states are the 'owners' of their treaties and can sidestep their norms if, according to their own criteria, these norms exceed their competences. The European institutions can hardly follow this theory. Because even if it is the governments that sign the treaties, the interpretation of European law is a matter for the Court of Justice in Luxembourg, as the highest instance. This is what the EU Treaty stipulates (Article 19). Not only the ECB must now take a clear stance, but also the ECJ.”

[\[> Original article\]](#)

Share on



DE STANDAARD (BE)

## Don't leave it all up to the ECB

The ruling casts a shadow over the financial stability of the euro which has already been in doubt for some time, warns De Standaard:

“There is little point in cursing Karlsruhe. Germany's restraint in monetary policy is well-known. The sums that the ECB has created out of nowhere for years on end are slowly but surely becoming unreal. It's time to recognise that the ECB can't do everything on its own. The euro countries must assume responsibility for their fate in the joint struggle to overcome successive crises. The euro will not be able to withstand their eternal disunity in the long run.”



[Bart Sturtewagen](#)

Share on



[Original article](#)



[LA REPUBBLICA \(IT\)](#)

## Not written in stone

La Repubblica tries to be optimistic:

“Even if the decision relates to to the bond-buying scheme of 2015 it casts a shadow on the current bond-buying scheme in which the share of Italian bonds is far greater than that of other countries. But the situation is not hopeless: first of all the ruling is only provisional; the German government could persuade the hapless judges in Karlsruhe to show a little common sense: even the ECB will have no problem answering their doubts. After all, the bank's current interventions, which are vital for Italy, seem to be above criticism because in an exceptional and devastating situation like this pandemic, they are 'proportionate'.”



[Carlo Bastasin](#)

Share on



[Original article](#)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ergebnisse-des-grundeinkommen-experiment-in-finnland-16757054.html>

EXPERIMENT IN FINNLAND:

## Was ein Grundeinkommen bringt

- VON PATRICK BERNAU

- -AKTUALISIERT AM 06.05.2020-17:13

Finnland hat ein Grundeinkommen getestet. Das Ergebnis: Wer Geld vom Staat bekommt, hat weniger Stress. Das allerdings war nicht die wichtigste Frage.

So viel steht fest: Wer ein **bedingungsloses Grundeinkommen** bekommt, fühlt sich weniger gestresst. Das ist eine der klarsten Erkenntnisse des finnischen Experiments zum Grundeinkommen, dessen Ergebnisse am Mittwoch endgültig vorgestellt wurden. „Wer das Einkommen bezieht, der fühlt sich mental deutlich besser“, sagt Signe Jauhiainen, Forscherin bei der finnischen Sozialversicherung Kela. Die Betroffenen waren zufriedener mit ihrem Leben, weniger depressiv und hatten mehr Vertrauen in ihre Mitmenschen. Geldgeschenke haben eben vielfältige positive Auswirkungen. Das allerdings war nicht die wichtigste Frage, die Neugierige an das Experiment hatten.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist die vielleicht größte Utopie dieser Zeit. Unterstützter von Startup-Finanzier **Frank Thelen** bis zu Telekom-Chef Tim Höttges befürworten das Konzept schon lange. Die Idee ist oft: Wo die Arbeit wegen des technischen Fortschritts bald ausgeht oder wo heute schon keine mehr ist, soll Arbeit weiter aus dem Zentrum des Lebens rücken.

Doch die Hauptfrage an das bedingungslose Grundeinkommen bleibt: Arbeiten dann noch genügend Leute? Und arbeiten sie das, was die Gesellschaft braucht? Viele Befürworter hatten große Hoffnungen auf das Experiment in Finnland gesetzt. Am Ende des Experiments änderte das Grundeinkommen nichts daran, wie viel die Menschen arbeiten: Die Empfänger des Grundeinkommens arbeiteten durchschnittlich sechs Tage im Jahr mehr – ein sehr kleiner Unterschied. Doch erfahrene Experimentierer bemängeln schon lange, dass die Antworten des finnischen Experiments in der Frage der Arbeitsmoral nicht weiterhelfen.

### Das Grundeinkommen-Experiment hat zwei Mängel

Denn das Experiment hat in dieser Frage zwei Mängel: Erstens die Auswahl der Teilnehmer. 2000 Finnen wurden zufällig ausgewählt, die jeden Monat ihre Sozialversicherungs-Zahlungen von 560 Euro bedingungslos bekamen, egal ob sie sich um eine Stelle bemühten oder einfach gar nichts taten – aber in Frage kamen nicht etwa alle Finnen, sondern nur die Leute, die im Dezember 2016 sowieso schon arbeitslos waren. So kann man nicht testen, ob arbeitende Menschen angesichts des Grundeinkommens ihre Stelle aufgeben.

Ob arbeitslose Menschen eher arbeitslos bleiben, lässt sich auch nicht richtig testen - der zweite Mangel des Experiments. Es war von vornherein auf zwei Jahre befristet. Kaum jemand wird freiwillig arbeitslos bleiben, wenn er genau weiß, dass das Grundeinkommen bald wieder verschwindet. Spätestens dann geht das Bewerbungsschreiben wieder los, und wer mit seiner Grundeinkommenszeit nichts sinnvolles gemacht hat, tut sich mit den Bewerbungen viel schwerer.

Sicher sind die finanziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens. 1000 Euro im Monat werden in einer Petition gefordert, die online schon mehr als 460.000 Menschen unterzeichnet haben. Das kostet im Jahr erst mal rund 1000 Milliarden Euro – so viel wie alle deutschen Sozialleistungen zusammen. Die wenigsten Konzepte wollen all diese Sozialleistungen abschaffen. Falls aber die Krankenversicherung, die gesetzliche Rente, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder andere Errungenschaften beibehalten werden sollen, fallen leicht noch Beträge um die 500 Milliarden Euro an. In vielen Konzepten sind deshalb kräftige Steuererhöhungen vorgesehen, so dass der Spitzensteuersatz auf 60 bis teils 80 Prozent wächst. Wie viele Menschen bei solchen Abzügen noch arbeiten – ein geeignetes Experiment für diese Frage ist noch nicht gefunden.

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/soziologe-wolfgang-streeck-ueber-die-folgen-von-corona-fuer-die-eu-16754549.html?premium>

EUROPÄISCHE UNION:

## Die Zeitbombe ist der Zerfall Italiens

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2020-13:52



Die nächste Euro-Krise steht bevor. Reichen die alten Instrumente? Ein Gespräch mit dem Soziologen Wolfgang Streeck über die Folgen von Corona für die Europäische Union.

Wolfgang Streeck ist ein deutscher Soziologe und Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Die Krisen der letzten zwanzig Jahre waren globale Phänomene mit hoher Ausbreitungsgeschwindigkeit. Dadurch hat sich eine gewisse Exekutivlastigkeit im politischen Handeln etabliert. Sind die Staaten dem Tempo der globalen Entwicklungen nicht gewachsen?

Die Staaten sind gegenüber dem rapiden Globalisierungsprozess nicht wetterfest gemacht worden. Globalisierung hat nicht nur Nutzen, sondern auch Kosten. Staaten in der Globalisierung müssen nicht nur ihre sozialen Sicherungssysteme und ihre Bildungssysteme ausbauen, sondern auch ihre Gesundheitssysteme. Die meisten Regierungen haben das heruntergespielt oder die fälligen Ausgaben in die Zukunft verschoben. So wurden in den letzten dreißig Jahren die Kosten der Globalisierung immer mehr durch Schulden statt durch Steuern finanziert. Es wurden und werden riesige Schuldenberge aufgebaut, die von Krise zu Krise gewachsen sind. Was zusätzlich an „Global Governance“ entstand, war eine reine Exekutivangelegenheit, die in der Tendenz immer mit einer Ausschaltung der nationalen Parlamente einherging; der Fachausdruck dafür war „Mehrebenendiplomatie“ in einer „multilateralen Ordnung“. Auch in der Europäischen Union liefen Liberalisierungsprozesse seit den neunziger Jahren oft so ab, dass die nationalen Regierungen sich in Brüssel oder Luxemburg Mandate abholten, die ihr eigenes politisches System nicht getragen hätte.

Wie ging von der Europäischen Union beispielsweise der Druck aus, am Gesundheitssystem zu sparen? Das ist doch Ländersache?

Ja und nein. Die Währungsunion bestand ja auf Haushaltskonsolidierung, polemisch auch Austerität genannt, und hatte dafür detaillierte Überwachungsinstrumente entwickelt. Die irische Ökonomin Emma Clancy hat nachgezählt und in den letzten Jahren 63 Fälle gefunden, in denen die Europäische Union Mitgliedsstaaten offiziell zu Kürzungen im Gesundheitssystem aufrief. Ähnliche Spar- und Liberalisierungssappelle gab es auch bei der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitnehmerrechten. In Spanien und Italien liegt der Anteil des öffentlichen Gesundheitssystems am Sozialprodukt heute bei 6,5 Prozent, in Deutschland ist er drei Prozentpunkte höher. Drei Prozent des Sozialprodukts entsprechen in Deutschland etwa dem Zweieinhalbfachen des Verteidigungsetats. Aber auch bei uns sollten ja noch kurz vor Corona Krankenhäuser geschlossen werden.

Sehen Sie Anzeichen, dass sich diese Tendenz fortsetzt?

Auf jeden Fall. Es wird oft behauptet, nach der Corona-Krise werde nichts mehr sein wie zuvor. Ich sehe eher die Kontinuitäten, etwa bei der Verschuldung, dem Wachstum der Geldmenge im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, der steigenden Bedeutung der Zentralbanken als Überregierungen und der zunehmenden sozialen Ungleichheit. Dazu kommt der sinkende Anteil der steigenden Staatsausgaben, der noch durch Steuern finanziert wird. Deutschland war lange so etwas wie die große Ausnahme, weil ihm die strukturelle Asymmetrie der europäischen Währungsunion zugutekam, also die eingebaute Begünstigung einer für ihren Wohlstand überwiegend auf Exporte setzenden Volkswirtschaft.

In der aktuellen Krise hat sich zunächst der Nationalstaat als Stabilisierungsfaktor erwiesen. Ist das eine Trendwende oder eine kurzfristige Konjunktur?

Der Nationalstaat ist, wenn es ernst wird, the only game in town, wie die Amerikaner sagen. Das war schon 2008 so. Das rhetorische Herunterspielen des Nationalstaats war im Wesentlichen immer eine Legitimierungstechnik der nationalen Regierungen, erst zur Rechtfertigung ihrer Öffnungspolitik und dann, um ihre Ratlosigkeit gegenüber den von ihr verursachten Regierbarkeitskrisen zu vertuschen.

Gibt es nicht auch Aufgaben, die nur gemeinsam bewältigt werden können? Hatte beispielsweise die Währungsunion nicht auch das Ziel, die Unabhängigkeit der Einzelstaaten gegenüber den Finanzmärkten zu stärken?

Im Gegenteil. Frankreich und Italien wollten in die Währungsunion, weil ihre Regierungen glaubten, dass ihre Länder eine dramatische wirtschaftliche und sozialstrukturelle Modernisierung brauchten, die sie national nicht durchsetzen konnten. Dafür wollten sie eine harte „deutsche“ Währung als externen Zwang. Wenn man will, kann man das als eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe bezeichnen. Als Plan B konnte man mit dem Gedanken spielen, den Euro weicher und die Währungsunion in Richtung auf horizontale Umverteilung umzubauen, falls die inneren Strukturreformen – die „innere“ als Ersatz für eine „äußere“ Abwertung – am Widerstand der Bevölkerung scheitern sollten. Gescheitert sind sie nun schon länger, auch in Frankreich.

Eine zentrale Rolle bei der gegenwärtigen Krisenbewältigung wird wieder die Europäische Zentralbank spielen, die 750 Milliarden Euro Krisenhilfe bereitstellen will und zuvor schon für mehr als zwei Billionen Euro Staatsanleihen gekauft hat, um angeschlagenen Ländern zu helfen (Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Anleihekäufen der EZB lag erst nach Redaktionsschluss des Interviews vor, Anm. der Red.). Was bedeutet das?

Alle wichtigen Aktionen der EZB haben asymmetrische Verteilungsfolgen zwischen den an der Währungsunion beteiligten Ländern, die für den Außenstehenden eher undurchsichtig sind. Es gibt ja auch kein Parlament, dem die EZB Rechenschaft schuldig wäre. Die Einzelstaaten können die Krise nicht durch eigene Geldschöpfung abfedern und müssen sich ihre Mittel auf den privaten Finanzmärkten besorgen. Monetäre Staatsfinanzierung, auch durch die EZB, ist durch den Vertrag von Maastricht ohnehin ausgeschlossen. Allerdings kauft die EZB den privaten Kreditgebern, also den Banken, Schuldverschreibungen ab und gibt ihnen dafür frei geschöpfte Euros, vermutlich mit einem kleinen Aufschlag, so dass die Banken auch etwas davon haben. Wenn es dann Zahlungsausfälle gäbe, machte das der EZB grundsätzlich nichts, weil sie jederzeit neues Geld nachschaffen könnte.

Die EZB übernimmt damit entgegen dem Unionsrecht und ohne demokratische Kontrolle politische Aufgaben. Das schwächt die Legitimität der Union. Warum wird es akzeptiert?

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von unsauberen Instrumenten, um die Währungsunion am Leben zu halten. Die Bundesregierung akzeptiert das, weil der Außenwert des Euro als deutsche Währung durch die Mitgliedschaft der schwächeren Länder gedrückt wird, was den Export begünstigt. Den in die Krise geratenen Ländern nimmt das die Möglichkeit, ihre Währung abzuwerten und so ihre Talfahrt zu stoppen. Damit sie trotzdem in der Währungsunion verbleiben, muss der Schmerz so weit gelindert werden, dass ihre politische Klasse „proeuropäisch“ bleiben kann. Als Apotheke für schmerzstillende Mittel dient vor allem die EZB.

Abgesehen vom Legitimitätsproblem: Warum sollte die EU das allgemein akzeptierte Durchwursteln nicht fortsetzen?

Die Zeitbombe ist der fortschreitende Verfall Italiens, wahrscheinlich mit ein paar Jahren Abstand gefolgt von Frankreich. Was immer man macht unter den Vorzeichen von Maastricht, es wird für eine Sanierung Italiens nicht reichen; um Draghi zu variieren: „Believe me, it won't be enough.“ Deshalb gibt es die reale Möglichkeit, dass die europafreundliche politische Klasse dort weggefegt wird. Fast war es ja schon vor Corona so weit.

Eine dauerhafte Stabilisierung könnte wohl nur von einem Umbau der Währungsunion ausgehen, der den Konvergenzdruck mildert und es den in Not geratenen Staaten erlaubt, eigenständig zu reagieren. Gibt es dafür ein Modell?

Das Problem des Euros ist, dass er den Mitgliedstaaten keine externe Abwertung erlaubt. Man könnte sich den Euro als eine europäische Gesamtwährung vorstellen, bei der die einzelnen Länder parallel über Nationalwährungen verfügen, die sich an den Euro ankoppeln und unter bestimmten Bedingungen auf- oder abgewertet werden können. Die zweite Möglichkeit wäre eine modernisierte Währungsschlange mit einer gewissen Schwankungsbreite im Verhältnis der Währungen untereinander. Das gibt es übrigens immer noch im Verhältnis zwischen der Eurozone und Dänemark. Für die Südeuropäer könnte dies mindestens die Möglichkeit bedeuten, sich im Strukturwandel Atempausen zu verschaffen. Außerdem würde es ihnen ermöglichen, in das System eingebunden zu bleiben und dabei ihre nationale Souveränität nach außen und ihren politischen Frieden nach innen zu bewahren.

Müsste man nicht die politischen Institutionen innerhalb der EU stärken, um das Demokratiedefizit zu beheben?

Eine politische Union will eigentlich niemand. Wenn es drauf ankommt, geht die eigene staatliche Souveränität vor.

Auch bei Emmanuel Macron?

Gerade bei ihm. Kein französischer Präsident wird die Souveränität Frankreichs aufgeben wollen. Damit wäre er politisch tot. Macrons Formel ist: „Ein souveränes Frankreich in einem souveränen Europa“. Darunter kann man sich vieles vorstellen, aber keine politische Union. Der deutsche Vorschlag, den französischen Sitz im Weltsicherheitsrat zu vergemeinschaften, wurde erst kürzlich von Frankreich ebenso entsetzt zurückgewiesen wie der Vorstoß, Deutschland unter den französischen Atomschirm zu bringen.

Welche Perspektive sehen Sie unter diesen Bedingungen für die Europäische Union?

Ich habe große Sympathie für den Vorschlag einer begrenzten, nach gemeinsam ausgewählten Aufgabenfeldern gestalteten Europäischen Union, den Peter Graf von Kielmansegg in der F.A.Z. unterbreitet hat: das organisierte Europa als Plattform für freiwillige horizontale Kooperation zwischen den europäischen Ländern, ohne hierarchisch-direktive Dimension. Das jetzige, schon lange in Verfall befindliche Modell ist ein technokratisches Globalisierungs- und Zentralisierungsprojekt aus den neunziger Jahren. Dessen Zeit ist abgelaufen. Wir leben heute in einer anderen Welt.

Aber auch in einer Welt, in der ein politisch starkes Europa angesichts der forcierten globalen Machtpolitik gebraucht wird. Hätte eine funktional definierte EU noch politische Strahlkraft und internationales Gewicht?

Wir können nicht ernsthaft glauben, dass wir mit den Vereinigten Staaten oder China militärisch konkurrieren könnten. Wir hätten das nicht einmal zusammen mit Großbritannien gekonnt. Europa könnte versuchen, den entstehenden weltpolitischen Dualismus zum Aufbau einer globalen Nische zu nutzen, in der eine ihre Vielfalt bewahrende europäische Zivilisation ohne imperiale Ambitionen nach innen oder außen „blockfrei“ und friedlich leben kann. An dieser Stelle möchte ich mir ausnahmsweise mal den Luxus eines Traums leisten. Quelle: F.A.Z.

## Le Figaro (site web)

mercredi 6 mai 2020 - 18:55 UTC +02:00 1465 mots

# Les croyants n'ont-ils vraiment pas besoin de se rassembler pour prier, comme le dit Castaner ?

## LA VÉRIFICATION - En justifiant ainsi le refus du gouvernement d'autoriser la reprise des cultes, le ministre de l'Intérieur a choqué certains catholiques.

LA QUESTION. Invité de l'émission Le Grand Jury sur RTL- *Le Figaro* -LCI, dimanche 3 mai, le ministre de l'Intérieur Christophe Castaner a donné une définition toute personnelle de la prière. À la question de Guillaume Roquette, directeur de la rédaction du *Figaro Magazine*, sur la non prise en compte du «plan de distanciation» proposé par l'épiscopat français pour reprendre les cultes dans les églises avant le mois de juin, le ministre de l'Intérieur et des cultes a répondu ainsi : *«rouvrir tous les lieux de culte n'est pas la meilleure idée pour lutter contre la promiscuité (...). Je pense que la prière n'a pas forcément besoin de lieu de rassemblement où on ferait courir un risque à l'ensemble de sa communauté religieuse»*.

Des mots qui ont suscité de nombreuses indignations chez les prêtres catholiques, qui ont notamment fustigé une *«laïcité à géométrie variable»*, en s'étonnant qu'un ministre des Cultes *«explique aux croyants comment exercer leur religion»*, selon les propos du père Christian Venard, aumônier catholique, interrogé par *Le Figaro*. Les responsables des communautés musulmanes et juives se sont, eux, montrés plus réservés, le grand rabbin de France Haïm Korsia se montrant même compréhensif vis-à-vis de Christophe Castaner, évoquant un *«enjeu d'unité nationale»* auprès du *Figaro*.

Mais sur le fond, Christophe Castaner a-t-il raison ? Les croyants peuvent-ils vraiment se passer de rassemblement pour prier et vivre leur foi ?

VÉRIFICATIONS. Ce n'est pas un hasard si c'est dans la sphère catholique que les propos de Christophe Castaner ont fait réagir. En effet, la dimension communautaire revêt une importance toute particulière dans la foi catholique. Tout d'abord, *«la foi se reçoit, Dieu se donne par l'intermédiaire des frères, des autres croyants»*, souligne le père Cédric Burgun, vice-Doyen de la Faculté de Droit canonique de la Catho à Paris. *«Je reçois cette foi d'une tradition, d'un peuple de croyants.»*

Cette dimension communautaire remonte en outre aux tout premiers temps du christianisme, souligne le père Burgun : *«lors de la Pentecôte, que l'on s'apprête bientôt à célébrer, les apôtres ont prié avec la Vierge Marie pour que l'Esprit Saint vienne sur eux, ils n'étaient pas dans leur chambre confinés !»*. *«Dans les Actes des apôtres - cinquième livre du Nouveau testament, NDLR - on voit que les apôtres allaient ensemble prier au temple»*, poursuit le père Burgun. *«Les tout premiers chrétiens ont pris des risques inimaginables pendant les quatre premiers siècles de l'Église, temps de persécution, pour vivre cette prière communautaire»*, renchérit le père Christian Venard, aumônier militaire.

### «Faire corps» pour signifier la présence du Christ

*«La vie chrétienne est une vie communautaire par essence»*, reprend le père Burgun. *Cela ne veut pas dire qu'on vit tous sous un même toit comme les religieux, mais qu'on a besoin des uns des autres pour se mettre à l'écoute de la Parole de Dieu. C'est parce que nous faisons 'corps', que nous signifions la présence du Christ.»* Dans l'Évangile, Jésus a en effet institué l'Eucharistie en disant *«ceci est mon corps»*, avant de se sacrifier sur la croix. Mais le *«corps mystique du Christ»*, dans le Nouveau Testament puis dans la théologie chrétienne, désigne également l'Église. D'ailleurs, le mot église vient du grec Ecclesia, qui signifie *«assemblée»*.

En réalité, l'Église catholique a hérité d'une *«double tradition»*, celle de la prière intime, et celle de la prière communautaire, reprend le père Venard, qui invite à ne pas les opposer.

«À la fois, Jésus dit : 'quand tu pries, entre dans ta chambre, ferme ta porte, et prie ton Père qui est là dans le lieu secret ; et ton Père, qui voit dans le secret, te le rendra'. C'est la part profondément intime de la prière, ce que vivent les moines et moniales cloîtrées. Mais en même temps, Jésus nous dit : 'Quand deux ou trois sont réunis en mon nom, je suis là, au milieu d'eux'», poursuit l'aumônier militaire.

### **L'eucharistie, «source et sommet de toute vie chrétienne»**

Cette dimension communautaire est éminemment liée à l'importance donnée par l'Église catholique, à la messe, ou plus précisément à l'eucharistie, c'est-à-dire «la célébration du sacrifice du corps et du sang de Jésus Christ présent sous les espèces du pain et du vin», comme le définit le site de la conférence des évêques de France.

L'un des décrets du Concile Vatican II (1962-1965) - assemblée des évêques du monde entier autour du pape - parle ainsi de l'eucharistie comme de «l'oblation (sacrifice) même du Christ scellant en son Sang la Nouvelle Alliance, et la communion des chrétiens à cette oblation par la prière et la réception du sacrement». De même, la Constitution *Lumen Gentium* du Concile Vatican II, définit le «sacrifice eucharistique» comme «source et sommet de toute la vie chrétienne». Or, «l'eucharistie, la présence réelle du Christ dans l'hostie - comme le croient les catholiques, NDLR - n'a pas qu'une dimension individualiste. Comme le disait le cardinal de Lubac, 'l'Église fait l'eucharistie, mais l'eucharistie fait l'Église'», souligne le père Burgun.

### **Messe dominicale obligatoire**

C'est d'ailleurs pourquoi la messe dominicale est, en théorie, une obligation pour tout catholique, sauf dispense de leur évêque : « le dimanche et les autres jours de fête de précepte, les fidèles sont tenus par l'obligation de participer à la Messe », dit ainsi le Catéchisme de l'Église catholique.

«La dimension sacramentelle est chez nous très importante», poursuit le père Burgun. Outre l'eucharistie, les autres sacrements donnés par l'Église catholique - comme la confession, le baptême, ou le mariage, par exemple - ne peuvent exister sans les prêtres, seuls habilités à les donner, et encore moins à distance: «Les sacrements, nous les recevons des prêtres, et ensemble, ce n'est pas moi seul face à Jésus, face à Dieu. Ils ne sont ni une option ni une annexe, le ministre de l'Intérieur devrait donc se garder de faire de la théologie», insiste le père Burgun.

### **Une prière communautaire moins essentielle chez les juifs et les musulmans**

La prière communautaire revêt-elle une aussi grande importance dans les communautés juives et musulmanes ? «Chez les juifs et les musulmans, on n'a pas d'intermédiaires comme les prêtres, NDLR -, prier seul ne pose donc pas de problème, même si c'est mieux de pouvoir prier ensemble», explique le recteur de la Grande Mosquée de Paris, Chems-Eddine Hafiz, également avocat de profession. Ce dernier a publié un communiqué, mardi 5 mai, pour dénoncer une «discrimination» à l'égard des musulmans, dans le projet gouvernemental de reprendre les cultes pour le grand week-end de la Pentecôte (pour les catholiques) et de Chavouot (pour les juifs), soit le 29 mai. S'il dénonce ainsi une «rupture du principe d'égalité», il dit ne pas envisager pour autant, pour des raisons sanitaires, de rouvrir à cette date la grande mosquée de Paris.

La prière du vendredi doit normalement se vivre en communauté, souligne Chems-Eddine Hafiz : «En arabe, vendredi se dit *joumouaa*, ce qui signifie 'rassemblement'. Ce n'est pas une obligation, mais il est préférable que la collectivité se retrouve pour prier à l'unisson.» «La prière du vendredi n'a de sens que si elle se passe dans une mosquée», abonde Anouar Kbibeck, ancien président du Conseil français du culte musulman (CFCM). «Les cinq prières canoniques peuvent se faire chez soi, mais la prière du vendredi a son propre rite, avec le prêche, les invocations, etc.»

Néanmoins, « dans l'absolu, ce que dit Castaner est vrai pour la religion musulmane : 'où que vous vous tourniez, là est la Face de Dieu', dit un verset du coran », reprend Anouar Kbibeck.

Dans le judaïsme, seule «une partie de la prière» revêt une dimension communautaire, explique Moshe Sebbag, rabbin de la grande Synagogue des Victoires, à Paris. Ainsi, certains passages de la Bible hébraïque «ne sont récités que s'il y a dix personnes minimum dans le lieu de prière», par exemple le Kaddich, prière récitée pour la mémoire d'un défunt, ou la sortie des rouleaux (parchemins) de la Torah. Pour l'instant, «toute la vie communautaire» de ses fidèles, «shabbat, fêtes, cours», s'organisent via les applications de communication vidéo comme Zoom, explique-t-il. Moshe Sebbag se dit lui aussi en accord avec le ministre de l'Intérieur : «la santé est supérieure, il est primordial de protéger la vie des gens».

# Après la décision du tribunal constitutionnel de Karlsruhe, la fin de l'euro?

FIGAROVOX/TRIBUNE - La Cour constitutionnelle allemande a demandé à la BCE de s'expliquer sur son programme d'achat de dettes. Cette procédure prouve que l'Allemagne entend rester maîtresse des politiques monétaires de la zone euro, juge le député Christian Hutin, qui appelle la France à davantage de lucidité.

Par Christian Hutin Publié il y a 8 heures, mis à jour il y a 5 heures

*Christian Hutin est député du Nord (groupe socialiste), membre de la commission des Affaires étrangères et secrétaire national du Mouvement des Citoyens.*

Ce mardi 05 mai, le tribunal constitutionnel de Karlsruhe vient de rendre une décision qui peut avoir des retombées considérables voire historiques. En effet, la «Cour suprême» allemande dans son arrêt, met en doute de façon très claire, une décision de la Cour européenne de justice.

Les Allemands souhaitent savoir si les pratiques de la BCE correspondaient à la lettre et à l'esprit des traités.

De quoi s'agit-il? Pour aller directement à l'essentiel, le tribunal constitutionnel allemand s'était vu saisi en 2015, par des universitaires, des responsables politiques qu'on peut considérer comme «euroseptiques», mais également par 35 000 citoyens allemands, de questions relatives aux pratiques de la Banque centrale européenne, en particulier en matière monétaire. Ils souhaitent savoir si lesdites pratiques étaient bien conformes avec le droit européen et surtout si elles correspondaient à la lettre et à l'esprit des traités qui en régissent le fonctionnement. Cette première saisine concernait un dispositif qui s'appelle OMT (Opérations monétaires sur titres) et une seconde de 2018 qui se nomme joliment PSPP (*Public sector purchase programme*). Ce qu'on appelle le «*Quantitative easing*» (assouplissement quantitatif).

Le tribunal de Karlsruhe émet des doutes sur les moyens mis en œuvre par la BCE en rachetant de la dette souveraine, qui se traduit immédiatement outre-Rhin comme la perspective de la mutualisation des dettes des États membres, ce dont ne veulent à aucun prix les Allemands. En effet, les traités interdisent formellement que les États puissent emprunter directement à la BCE.

Les traités interdisent formellement que les États puissent emprunter directement à la BCE.

Pour mémoire il n'est pas inutile de rappeler également que le programme des opérations monétaires sur titres (OMT) est annoncé le 6 septembre 2012 après le vote du Conseil des gouverneurs de la BCE et que seul Jens Weidmann représentant de la *Bundesbank* a voté «contre». Il convenait de «voler au secours» de l'Espagne et de l'Italie. Nous étions déjà dans la crise de l'Euro qu'il fallait sauver à la suite de la crise de 2008. Trois ans plus tard c'est à l'autre bout de la Méditerranée que l'incendie monétaire éclate avec la crise grecque et l'arrivée d'Alexis Tsipras au pouvoir. Il refuse de céder aux injonctions de la Troïka (BCE, Commission européenne et FMI) et organise un référendum qu'il remporte haut la main avec 61,31% des suffrages exprimés. Dès lors une bataille politico judiciaire s'engage. Plus de 35 000 Allemands saisissent leur tribunal constitutionnel, refusant de payer pour les pays du «club Med». On sait ce qu'il en adviendra avec une véritable mise sous tutelle de la Grèce. Et les Grecs durent revoter...

Mais, en arrière-plan de ce décor, il ne faut surtout pas oublier la décision du 30 juin 2009 de ce même tribunal constitutionnel disant «*qu'il n'y a pas de peuple européen*» et qui illustre la continuité de la jurisprudence allemande sur ces questions, éclairant la situation d'aujourd'hui.

Cette décision confirme la méfiance grandissante de l'Allemagne vis-à-vis des dispositifs financiers de la BCE.

La question est la même avec le PSPP. Et la réponse de ce jour du tribunal constitutionnel de Karlsruhe vient en réalité confirmer une méfiance grandissante de l'Allemagne vis-à-vis des dispositifs financiers mis en place par la BCE qui tente de parer de plus en plus vite au plus pressé dans la mesure où les crises qui frappent l'euro sont de plus en plus fréquentes et violentes. La pandémie de coronavirus étant particulièrement importante, plus de 2 600 milliards d'euros sont injectés pour faire face à une situation déjà difficile. Dispositif relancé avec l'arrivée de l'épidémie qui nous plonge dans une crise économique d'une ampleur inédite et qui peut se traduire par une récession que je crains historique. Depuis mars, il faut prendre également en compte 1 000 milliards d'euros de rachats ainsi qu'un plan de 750 milliards directement liés à la pandémie. Nous mesurons l'ampleur du problème.

Et bien hier matin les Allemands ont dit NEIN!

Ils refusent désormais clairement de s'engager dans un processus dont ils disent qu'il aboutirait à faire payer l'épargnant allemand. Cette décision peut avoir des conséquences gigantesques et porte éventuellement en elle la fin de l'euro. En tout cas tel qu'on le connaît.

Il s'agit très clairement d'un ultimatum adressé à la BCE.

Tout d'abord, il s'agit très clairement d'un ultimatum adressé à la BCE. «*Si vous êtes en dehors des traités qui vous interdisent essentiellement deux choses (et c'est pour cela que nous avons accepté l'euro) l'interdiction de financer directement les États et ensuite de lutter d'abord et avant tout contre l'inflation, nous ordonnerons alors à la Banque centrale d'Allemagne de cesser toute participation à vos activités.*» Cette simple (mais considérable) annonce a immédiatement mis l'Italie et l'Espagne sous tension.

Qu'en est-il donc de la fameuse indépendance de la BCE? En réalité, l'Allemagne nous dit que la patronne c'est elle et que l'euro ne saurait être autre chose qu'un *Deutchmark* bis. Ce que celles et ceux qui regardent les choses en face savent depuis longtemps. Il convient maintenant de le reconnaître, ce qui sera un grand progrès.

Qu'elle refuse que la BCE devienne une gigantesque «centrale d'achat» de crédits pour financer des États qui refusent de se soumettre à l'ordolibéralisme qui a fait en partie la puissance de l'Allemagne. Système qui la protège des cauchemars qui ne cessent de la hanter et qui imprègne son imaginaire et dont elle pense qu'il est partagé par les autres peuples d'Europe et que si ce n'est pas le cas, ça doit le devenir.

L'Allemagne multiplie les lignes de fractures et les tensions sur l'ensemble du continent.

Ce que l'Allemagne doit comprendre, c'est qu'en assurant sa domination grâce notamment à la reconstitution de sa zone d'influence sur l'Europe centrale avec une monnaie à sa main dont la sous-évaluation lui donne un avantage compétitif considérable sur ses voisins et en particulier la France, elle multiplie les lignes de fractures et les tensions sur l'ensemble du continent. Et ce que nous Français devons comprendre et admettre, c'est qu'une telle situation va à l'encontre de nos intérêts fondamentaux. Il suffit de mesurer l'ampleur de notre désindustrialisation et de notre déficit commercial avec l'Allemagne.

Il nous faut donc aujourd'hui, de façon urgente, entamer un véritable dialogue avec l'Allemagne avec laquelle il faut parler franc. Nous avons les moyens de sortir par le haut de cette crise qui porte en elle de très graves dangers. Il faudra prendre des mesures audacieuses et faire preuve d'une grande hauteur de vue. Envisager de profonds changements dans le fonctionnement de l'euro si nous pensons qu'il doit être sauvé. Peut-être abandonner la monnaie unique pour passer à la monnaie commune afin de nous donner de véritables marges de manœuvre afin de faire vivre et de développer des économies profondément différentes.

L'histoire s'accélère, ne la laissons pas nous échapper.

**Le Figaro (site web)**

mercredi 6 mai 2020 - 19:45 UTC +02:00 1022 mots

# En Italie, la mafia tisse sa toile dans une économie fragilisée par le coronavirus

Segond, Valérie

**L'épidémie de Covid-19 ne semble pas entamer les ressources considérables des organisations mafieuses, parfois reçues comme «des sauveurs providentiels».***Rome*

Début avril, une camionnette est interceptée à la frontière entre la Slovénie et l'Italie. Quand les policiers font ouvrir le véhicule, ils découvrent 500.000 euros en petites coupures. Les conducteurs sont des Calabrais connus pour être liés à la Ndrangheta. Cette petite opération n'est probablement qu'une partie émergée de la stratégie de retour en force de la plus riche et la puissante mafia italienne qui, depuis plusieurs semaines, fait entrer du liquide sur le territoire.

Certes, son activité traditionnelle, la vente de drogue à grande échelle, subit le contrecoup de la crise du virus: les bateaux en provenance des pays producteurs n'arrivent plus dans les ports italiens. Et la vente à la sauvette s'étant interrompue avec le confinement, les revendeurs qui sont ses clients ont mis quelques semaines à se réinventer, en procédant à des livraisons à domicile plus risquées, ou en utilisant les réseaux de distribution du «dark web».

Mais cette «pause» dans les affaires ne semble guère entamer des ressources considérables, alors que la Ndrangheta réaliserait 60 milliards d'euros de chiffre d'affaires chaque année dans le commerce de cocaïne, dont l'essentiel est placé dans les paradis offshore. Pour les policiers italiens, c'est clair: les *cosche* de Reggio di Calabria de la Ndrangheta sont en train de rapatrier leurs capitaux offshore pour conquérir des territoires à la faveur de la crise.

Et ce, en intervenant à deux niveaux. D'abord, auprès des familles en détresse facilement repérables parmi les petits commerçants, les colporteurs, les serveurs saisonniers, les travailleurs sans emploi stable, ainsi que les nombreux travailleurs au noir qui n'ont pas accès aux aides sociales. Une cible idéale pour les recruteurs de la mafia. «À Palerme, dans le quartier Zen, comme à Bari, ils frappent à la porte des familles notoirement en difficulté et viennent leur offrir des sacs de vivres», raconte le journaliste spécialiste des mafias Roberto Saviano. À Naples, la Camorra arrive avec des valises de billets et propose des prêts sans contrat et intérêts. Sur l'honneur. »

Des prêts à taux zéro qui auront d'importantes contreparties. « Je vois de plus en plus de gens qui s'endettent auprès de la Camorra pour pouvoir manger, et qui ne parviendront jamais à sortir de leur emprise », témoigne le 4 mai un prêteur de la région de Naples à *Il Fatto Quotidiano*. «J'ai voulu en aider certains, rembourser leurs dettes à condition de rencontrer leur usurier pour lui faire cesser son chantage, mais il n'est jamais venu. La Camorra est partout, dit-il, et contrôle des quartiers entiers.»

Mais la mafia ne se limite plus au sud de l'Italie, affirme Roberto Saviano: « Dans les périphéries de Milan et de Turin, elle offre ses services dans toutes les zones les plus durement frappées, se présente en bienfaitrice, et recrute ainsi de nouveaux affiliés qui ne savent pas comment faire face. » « Les mafias se présentent partout comme des agences de service qui attaquent là où il y a des difficultés économiques et sociales », dit le procureur national antimafia Federico Cafiero De Raho. Elles prolifèrent là où l'État n'est pas et sont reçues comme des sauveurs providentiels.»

Surveiller les prêts

Elles interviennent aussi auprès des entreprises en difficulté, selon un mode bien documenté. Enza Rando, vice-présidente de Libera, une association implantée à travers l'Europe depuis 25 ans, et qui recueille les témoignages contre la corruption et la mafia,

raconte: « *Un transporteur routier de marchandises a été approché très récemment par quelqu'un qui se présentait comme un conseiller commercial, et qui lui a proposé de lui apporter du capital. Il ne comprenait pas comment il avait pu être mis au courant de sa situation . Il y a au sein des banques des employés qui alertent les mafias sur les entreprises au bord d'une crise de trésorerie .* » Et qui les aident ainsi à opérer en tant que système bancaire parallèle, pour finir par prendre le contrôle d'entreprises sans coup de force, mais avec tout un art de l'intimidation.

Alors que les prêts promis il y a près d'un mois par le gouvernement arrivent au compte-gouttes, des dizaines d'hôtels frappés par l'arrêt du tourisme ont reçu une offre formulée en ces termes: « *Si vous vendez aujourd'hui, nous vous donnerons x millions, si vous vendez dans un mois, nous vous donnerons les deux tiers, dans trois mois, nous vous donnerons la moitié.* » « *L'argent du trafic de drogue est devenu l'oxygène de l'économie légale* », résume le magistrat de l'anti-Ndrangheta, Nicola Gratteri.

C'est dans la phase de réouverture de l'économie, qui nécessite de la trésorerie, que les magistrats comme la banque d'Italie craignent le pire. « *Les restaurants, hôtels, artisans qui, faute de liquidités auront du mal à rouvrir trouveront l'aide de la mafia* », dit Francesco Lo Voi, le procureur antimafia de Palerme. *Mais celui qui accepte le coup de main, ne pourra plus jamais dire non.* » Aussi partout les préfets italiens surveillent-ils les prêts comme les changements de propriété, en particulier l'identité et les ressources des acheteurs d'immobilier, comme des hôtels et des commerces.

Dans ce contexte, la sortie de prison de 376 chefs mafieux pour raisons médicales en pleine crise du virus, des détenus malades ou en fin de peine placés en résidence surveillée, a suscité un vif émoi dans la magistrature, en Sicile, en Campanie, et même en Lombardie. D'autant que, parmi eux, trois étaient incarcérés sous le régime d'isolement très strict, le 41 bis, donc sans risque sanitaire pour les tiers.

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2020/05/06/la-cour-constitutionnelle-allemande-critique-le-manque-de-supervision-de-la-banque-centrale-europeenne\\_6038788\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2020/05/06/la-cour-constitutionnelle-allemande-critique-le-manque-de-supervision-de-la-banque-centrale-europeenne_6038788_3234.html)

## La Banque centrale européenne mise sous pression par la Cour constitutionnelle allemande

La BCE est mise en demeure de s'expliquer sur son programme d'achat de dettes. Les retombées juridiques, économiques et politiques vont être profondes.

Par [Eric Albert](#), [Cécile Boutelet](#) et [Virginie Malingre](#) Publié aujourd'hui à 04h18, mis à jour à 09h29



Andreas Vosskuhle, président du tribunal constitutionnel fédéral d'Allemagne, à Karlsruhe, le 5 mai. SEBASTIAN GOLLNOW / AFP

La Cour constitutionnelle allemande a posé une bombe à retardement juridique sous les fondations même de la zone euro, mardi 5 mai. Dans un jugement qui va faire date, elle a exigé de la Banque centrale européenne (BCE) qu'elle justifie son programme d'achat de dettes (« *quantitative easing* ») lancé en 2015. Après un long processus juridique, et un aller-retour avec la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE), les huit juges constitutionnels allemands ont décidé par sept voix contre une que l'institution monétaire n'avait pas expliqué pourquoi son action était « *proportionnelle* » aux dangers économiques auxquels la zone euro faisait face à l'époque.

Ils mettent en demeure la BCE de se justifier dans les trois mois. Sinon, ils ordonnent à la Bundesbank – principale actionnaire de l'institut d'émission de Francfort – de cesser de participer au programme de rachat de titres. Alors que la BCE a lancé en mars un énorme « plan pandémie » de 750 milliards d'euros d'achats de titres, et que le retour d'une crise de la zone euro n'est pas écarté, le jugement tombe au plus mauvais moment.

A court terme, les conséquences sont limitées. D'abord, parce que la BCE a trois mois pour réagir. Son conseil des gouverneurs, réuni dans l'urgence mardi soir, s'est contenté de « *prendre note* » du jugement. Ensuite, l'eurosystème peut contourner la Bundesbank, si nécessaire. « *Nous pouvons faire les achats de titres sans passer par elle* », notait une source de la BCE vendredi, en prévision de la décision.

### « Guerre des juges »

Les marchés ont d'ailleurs réagi avec modération : après avoir légèrement chuté, l'euro est revenu à son niveau de la veille, à 1,08 dollar, tandis que le taux des obligations italiennes, déjà sous tension, est passé de 1,8 % à 1,9 %. Mais les conséquences de long terme risquent d'être très nombreuses, juridiques, politiques et économiques.

L'eurodéputé Guy Verhofstadt – qui fut à la tête du gouvernement belge de 1999 à 2008 – s'est emporté sur Twitter : « *Si toutes les cours constitutionnelles de tous les Etats membres se mettent à donner leur interprétation de ce que l'Europe peut ou ne peut pas faire, c'est le début de la*

*fin.* » Paolo Gentiloni, le commissaire européen au marché intérieur, a abondé : « *La BCE est indépendante. Son indépendance est à la base de la politique monétaire européenne.* » Franz Mayer, professeur de droit à l'université de Bielefeld (Allemagne), invité par le cercle de réflexion européen Bruegel, s'inquiète de la boîte de Pandore ainsi ouverte : « *Que va-t-on dire à un juge polonais qui dira que la loi européenne ne s'impose pas à lui ? (...) La CJUE ne peut pas laisser faire, elle doit réagir, c'est une question de survie. C'est une guerre des juges.* » Et justement, le vice-ministre polonais de la justice, Sebastian Kaleta, s'est fendu d'un tweet rappelant : « *Les Etats membres sont les maîtres des traités de l'Union européenne, c'est ce que la Cour constitutionnelle a déclaré aujourd'hui. Les Allemands défendent leur souveraineté.* »

Le verdict de ce mardi concerne une plainte qui remonte à 2015. En pleine crise de l'euro, la BCE débute alors un programme d'achat de dettes. Concrètement, les dix-neuf banques centrales de la zone euro, ainsi que la BCE elle-même, se sont mises à acheter des obligations des Etats membres sur les marchés financiers.

En Allemagne, un groupe d'eurosceptiques décide de porter plainte, estimant que la BCE ne respectait pas les traités européens. Ceux-ci interdisent en particulier le « *financement monétaire* », c'est-à-dire le financement direct des gouvernements par la banque centrale.

Une fois saisie, la Cour de Karlsruhe avait décidé, en 2017, de consulter la CJUE, pour lui demander son interprétation des faits. Cette dernière a répondu que l'action de la BCE était légale, notamment parce qu'elle achetait les obligations non pas directement auprès des gouvernements, mais seulement sur les marchés secondaires. Sur ce point, la Cour constitutionnelle allemande, malgré quelques réserves, a accepté l'interprétation.

## « Principe de proportionnalité »

En revanche, elle critique, dans des termes très sévères, le manque de contrôle de la CJUE sur l'action de la BCE. Une telle attaque est inédite : « *Le pouvoir de la CJUE s'arrête là où l'interprétation des traités n'est plus fondée et, de là, devient objectivement arbitraire.* » La Cour de Luxembourg, en appréciant les pouvoirs de l'institution de Francfort de façon large et en limitant son contrôle judiciaire sur son action, « *ouvre la voie à une érosion continue des responsabilités des Etats membres* », estiment les juges allemands.

Le « principe de proportionnalité » n'aurait ainsi pas été observé, la BCE n'ayant pas suffisamment pris en compte les effets économiques négatifs de sa politique : la bulle immobilière, la baisse de la rémunération de l'épargne ou encore les entreprises soutenues artificiellement par les taux d'intérêt faibles et les rachats de titres.

Au minimum, la Cour de Karlsruhe rappelle le Bundestag et le gouvernement allemand à leur devoir de supervision. Mais son message va bien au-delà : il s'adresse indirectement à tous les gouvernements des Etats membres de la zone euro. La politique de la BCE a-t-elle été suffisamment discutée ? Sa proportionnalité au risque a-t-elle été vérifiée ? La légitimité démocratique de la banque centrale est-elle assurée ?

Autrement dit, le citoyen allemand – et le citoyen européen en général – est-il certain que ses représentants élus ont exercé leur pouvoir de contrôle ?

En Allemagne, l'action de la BCE est devenue un sujet éminemment politique. Les partis conservateurs (CDU et CSU), qui forment le plus gros groupe parlementaire au Bundestag, ont fait inscrire le principe de frein à la dette dans la Constitution allemande en 2011 – qui impose un budget à l'équilibre. Ils estiment que les Etats européens devraient avoir la même discipline chez eux plutôt que de s'en remettre à l'action de la BCE en cas de crise.

## Un rappel à l'ordre plus qu'une menace réelle

La question est d'autant plus sensible qu'elle a été au cœur de la création d'Alternative pour l'Allemagne (AfD), en 2013. Ce parti, aujourd'hui classé à l'extrême droite, n'était pas, à son origine, une formation anti-immigration, mais un mouvement qui refusait la mise en commun des dettes au niveau européen. C'est d'ailleurs, entre autres, sur une plainte de ses membres fondateurs que la Cour constitutionnelle allemande s'est prononcée.

Mardi, certains commentateurs soulignaient cependant que l'arrêt rendu par les juges de Karlsruhe était davantage un rappel à l'ordre qu'une menace réelle. Il n'interdit pas à la Bundesbank les rachats de titres en cours.

*« Le jugement ne changera rien de fondamental à la politique monétaire de la BCE et à la lutte contre les crises. Il sera facile pour la BCE de prouver la proportionnalité de ses rachats »*, a réagi dans un communiqué Marcel Fratzscher, président de l'Institut économique de Berlin (DIW), traditionnellement favorable à la politique de la BCE.

Le jugement vient cependant souligner que la BCE n'est pas une banque centrale comme les autres. Inventée sur le modèle allemand de la Bundesbank, ayant fait de la rectitude financière et de l'orthodoxie monétaire ses principes fondamentaux, elle a profondément évolué depuis une décennie, mais a été obligée de se lancer dans de difficiles contorsions juridiques et politiques pour pouvoir agir. La Cour de Karlsruhe vient de rappeler que ces métamorphoses n'ont pas éliminé le débat sur l'ampleur du mandat de la BCE.

## Seeing red

# Germany's highest court takes issue with the European Central Bank

Its decision imperils the EU's entire legal order

### Europe

May 6th 2020

BERLIN



THE MAGNIFICENT scarlet robes that adorn the judges of Germany's constitutional court trace their origins to a spot of judicial attention-seeking. Soon after the court was established in 1951, its judges decided they needed to distinguish themselves from their peers on the Federal Court of Justice, and recruited a theatrical costumier to update their look. Yet, as the judges showed on May 5th, their rulings can be even more eye-catching than their attire.

This week's ruling took aim at the Public Sector Purchase Programme (PSPP), a quantitative-easing scheme established by the European Central Bank (ECB) in 2015. Over the years a gaggle of conservative German academics, lawyers and hangers-on have regularly visited Karlsruhe, where the court sits, to challenge the legality of the ECB's unorthodox monetary tools. The court has issued various warnings and red lines in response. But this week it went further, ruling that the bank had not properly applied a "proportionality" test to PSPP that would have accounted for its economic side-effects, and that German politicians should have challenged it. Worse, the judges said that the European Court of Justice (ECJ), the EU's top court, which had opined on the case at Karlsruhe's request, had not checked the ECB's homework properly.

It will take months or more for the ruling's full consequences to unfold. But in the short term little will change. PSPP looks safe. Karlsruhe rejected the plaintiffs' claims that it violates the EU ban on monetary financing of governments. Instead, it gave the ECB three months to justify its bond-buying. The bank's battalion of lawyers can probably pass this test—though the ECB may refuse to bow to the demands of a national court, or simply hand the job to the Bundesbank, which like all euro-zone central banks purchases its own government's debt on behalf of the ECB. The German government may also have to get involved. If all that fails the Bundesbank will have to sell holdings worth around €550bn (\$593bn). But even then the PSPP would probably find a way to muddle on.

More troubling is the cloud the court has cast over all ECB actions. Next in line is its €750bn Pandemic Equity Purchase Programme (PEPP), which aims to tackle yawning bond spreads in countries like Italy walloped by covid-19. To maximise the bank's firepower Christine Lagarde, its president, reserved for PEPP

the right to relax the rules on which bonds it may buy; it need not, for example, limit its holdings to one-third of any country's overall debt. But Karlsruhe relied on such rules in its explanation of why PSPP did not amount to monetary financing. This offers an obvious argument to the plaintiffs, who seem certain to launch a fresh legal action against PEPP. And investors may start to doubt whether the ECB will implement the scheme as decisively as it otherwise might. "At some point the ECB is going to lose credibility with markets," says Sebastian Grund, a Fulbright scholar at Harvard and former ECB economist.

Yet ultimately the ECB is just collateral damage in a long-running tussle between the German and EU courts. Karlsruhe has jabbed at the ECJ for years, in rulings covering EU treaties, extraditions and much besides. The court does recognise the ECJ as the final arbiter of EU law. But the judges also reserved the right to declare that the ECJ acted outside its legal competence by failing properly to assess the proportionality of PSPP (it dismissed the ECJ's verdict as "not comprehensible"). Familiar to veteran Karlsruhe-watchers, this argument rests on the contention that because the EU is not a federal state, national courts may step in if they judge the ECJ to be acting outside the competences governments have granted it. But who should take precedence?

This challenge to the EU's supreme legal authority has not gone unnoticed elsewhere. The deputy justice minister of Poland, which has been locked in rule-of-law wrangles with the EU for years, said (tendentiously) that the Karlsruhe ruling was of "tremendous importance" to his own country's disputes. Others speculated that a southern European court might one day rule against the ECB for failing to give due weight to employment or growth effects in its decision-making. Fearing a leaching of the EU's legal authority, the European Commission, may in time feel obliged to open an infringement case against Germany.

Some optimists spot opportunity in crisis. For years the ECB has in vain urged the euro zone's governments to balance its monetary firepower by doing more on the fiscal front. By highlighting the perils of forcing the ECB to shoulder the entire burden, the ruling may jolt politicians—Germans, above all—into action. The EU's negotiations over a post-covid recovery fund offer a timely chance to conduct that debate. Yet governments have taken every opportunity to duck it in the past.

A related view is that Karlsruhe helps the EU by drawing attention to its creaking legal edifice. The judges have long sought to remove the air of stealth from rows over legal authority in the EU, says Robert Klotz, a Freiburg-based lawyer and research associate. But it is a risky path to tread. "This is about the European legal order," says Olli Rehn, who sits on the ECB's governing council as head of Finland's central bank. "Not national courts, but the European Court of Justice has exclusive jurisdiction over the ECB. This is an existential question for the EU."

Erwerbsbeteiligung:

## Mehr als drei Viertel der Mütter mit Schulkindern gehen arbeiten

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Vollzeit arbeitet nur eine Minderheit. Es gibt große regionale Unterschiede.

7. Mai 2020, 9:25 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, KNA, AFP, and



Der Anteil der Mütter, die in einer Partnerschaft und mit mindestens einem Kind zusammenleben und zugleich erwerbstätig sind, zwischen 2008 und 2018 von 69 Prozent auf 78 Prozent gestiegen. © Alexander Dummer/unsplash.com

Mehr als drei Viertel der Mütter mit Schulkindern gehen arbeiten. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren im Jahr 2018 rund 78 Prozent der Mütter, die in einer Partnerschaft leben, erwerbstätig. Damit stieg dieser Anteil binnen zehn Jahren um fast zehn Prozentpunkte. Im Jahr 2008 lag der Anteil der arbeitenden Mütter demnach bei gut zwei Dritteln (69 Prozent).

Dabei arbeiten erwerbstätige Mütter überwiegend in Teilzeit. Nach Angaben der Wiesbadener Statistiker betraf dies mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Mütter mit Schulkindern. In Baden-Württemberg (62 Prozent), Bayern (61 Prozent) und Rheinland-Pfalz (59 Prozent) waren die Anteile der Mütter mit Teilzeitbeschäftigung am höchsten, in Sachsen-Anhalt (35 Prozent), Berlin (37 Prozent) und Brandenburg (39 Prozent) am niedrigsten.

Knapp ein Viertel (23 Prozent) der Mütter mit Kindern von sechs bis unter 18 Jahren arbeiteten in Vollzeit (2008: 18 Prozent), wobei der Anteil in Ostdeutschland deutlich höher ist. Spitzenreiter ist Sachsen-Anhalt, wo 2018 jede zweite Mutter, die mit einem Partner zusammen lebt, in Vollzeit arbeitete. In Bremen liegt der Anteil dagegen nur bei 15 Prozent.

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland, in dem die Vollzeitbeschäftigung der Mütter zwischen 2008 und 2018 von 41 auf 39 Prozent gesunken ist. Allerdings ist der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Mütter dort noch immer wesentlich höher als in den westdeutschen Bundesländern.

## ATOMDEBATTE IN DER SPD: Rolf Mützenich hat Unrecht

- VON HEINRICH BRAUS
- -AKTUALISIERT AM 07.05.2020-11:17



Der SPD-Fraktionsvorsitzende stellt die Dinge auf den Kopf. Amerikanische Nuklearwaffen in Europa sind ein wesentlicher Teil der Nato-Strategie. Deutschlands Ausstieg wäre ein fatales Signal. Ein Gastbeitrag.

In einem Interview [mit dem „Tagesspiegel“](#) vom 4. Mai forderte der Fraktionsvorsitzende der [SPD](#) im Bundestag, Rolf Mützenich, den Abzug der amerikanischen Atombomben aus Deutschland und den Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe der Nato. Er wird darin durch die Ko-Vorsitzenden der SPD unterstützt. Der Abgeordnete Mützenich begründet seine Forderung im Wesentlichen mit seinem Misstrauen gegenüber der amerikanischen Regierung unter Präsident Trump, die ihre Nuklearstrategie so verändert habe, dass ein „Einsatz dieser Waffen in Europa wieder viel wahrscheinlicher geworden“ sei und Atomwaffen auf deutschem Gebiet daher unsere Sicherheit bedrohten. Für Fachleute ist offenkundig, dass dieser Vorstoß auf einer bedenklichen Fehlinterpretation der Nato-Strategie beruht, die die deutsche Regierung, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Außenminister, maßgeblich mitgestaltet hat.

Die Forderungen Mützenichs stehen im Zusammenhang mit der anhebenden Debatte über die Absicht von Verteidigungsministerin [Kamp-Karrenbauer](#), für die Nachfolge des Tornado-Jagdbombers unter anderem amerikanische F-18-Kampfflugzeuge zu beschaffen, die auch die Aufgabe des Tornados übernehmen können, in einem Krieg gegebenenfalls amerikanische Atombomben ins Ziel zu bringen. Die Ankündigung hat heftige Reaktionen ausgelöst. Einige SPD-Abgeordnete fordern eine ergebnisoffene Debatte, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde.

Eine solche Debatte muss aber mit einer gründlichen, sachgerechten Analyse der Nato-Strategie beginnen. Sie muss ebenso klar die Strategie und das militärische Potential Russlands benennen, vor denen die Nato uns schützt. Und sie muss mit der Bereitschaft verbunden sein, sich auf die komplexe, schwierige und manchmal auch schwer erträgliche Logik von Abschreckung einzulassen und zu durchdenken, was geboten ist, um jederzeit unsere Sicherheit und die unserer Verbündeten zu gewährleisten. Dabei kommt es darauf an, nicht nur auf [Atomwaffen](#) zu fokussieren, schon gar nicht auf eine einzige Kategorie, sondern stets das gesamte Spektrum an militärischen Fähigkeiten und Optionen zu beurteilen, auf russischer wie auf Nato-Seite.

Erstens: Die Nato schützt ihre Mitglieder vor möglichen Bedrohungen von außen. Durch glaubwürdige Abschreckung und gesicherte Verteidigungsfähigkeit will sie militärische Angriffe abwehren können, eine mögliche Angriffsdrohung entkräften, eine Krise de-eskalieren und stabilisieren und damit Krieg in Europa

verhindern. Zudem trägt sie dazu bei, Krisen außerhalb des Bündnisgebiets zu bewältigen und arbeitet mit heute über 40 Partnernationen, der [EU](#) und den Vereinten Nationen zusammen.

Zweitens: Seit der russischen Aggression gegen die Ukraine und der widerrechtlichen Annexion der Krim im Jahr 2014 hat die Nato ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit deutlich verstärkt. Russlands „hybride“ Strategie zielt darauf ab, den Westen von innen heraus destabilisieren und von außen her einschüchtern zu können. Man kann die Grundsätze dieser Strategie beim russischen Generalstabschef Gerasimow nachlesen. Das Spektrum an Instrumenten reicht von gezielter Desinformation, Cyberangriffen, systematischer konventioneller Aufrüstung und Modernisierung des gewaltigen Nuklearpotentials, Angriffsübungen gegen die Nato bis hin zu Drohungen mit Atomwaffen. Neue, nuklearfähige Mittelstreckenraketen können Ziele in fast ganz Europa erreichen – schon heute. Alle diese Mittel, auch die Androhung militärischer Gewalt und der Einsatz militärischer Mittel, dienen [Präsident Putin](#) dem Erreichen seiner geopolitischen Ziele.

Drittens: Wer Nuklearwaffen hat, denkt und agiert in der Logik von Abschreckung, defensiv oder offensiv. Defensiv, um eine Aggression zu verhindern, eine Nötigung zu entkräften, dem Angreifer Handlungsoptionen zu versagen und die eigene Handlungsfreiheit zu erhalten. Offensiv, um den Verteidiger einzuschüchtern und zu nötigen, seine Gegenwehr zu entmutigen und ihm Handlungsoptionen für eine wirkungsvolle Verteidigung zu versagen. Die Strategie der Nato ist defensiv. Ein Krieg in Europa ginge nicht von ihr aus. Aber sie trifft Vorsorge dagegen, dass eine mögliche politische Krise mit wachsenden Spannungen in einen militärischen Angriff auf Verbündete eskaliert. Ihr Abschreckungsdispositiv soll das Risikokalkül des Gegners beeinflussen. Es ist also wichtig, die eigenen Vorkehrungen aus dessen Sicht zu durchdenken, denn *„deterrence happens in the mind of the opponent“*.



Heinrich Brauß ist Senior Associate Fellow der DGAP. Bis Juli 2018 war er Beigeordneter Nato-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung im Nato-Hauptquartier in Brüssel. :Bild: privat

Viertens: Das weite Spektrum an konventionellen und nuklearen Fähigkeiten (den strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten, den „unabhängigen“ strategischen Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens und den in Europa gelagerten amerikanischen Bomben) und inzwischen auch Cyber-Mitteln bietet der Nato eine Vielzahl von Optionen, von denen im Krisen- und Konfliktfall diejenigen zur Anwendung kommen würden, die am ehesten einen Gegner von einer Aggression abhalten oder einen Angriff abwehren und einen Krieg rasch beenden können. Die notwendigen Fähigkeiten und die klar kommunizierte, demonstrative Entschlossenheit der Allianz, diese gemeinsam einzusetzen, wenn es erforderlich wäre, machen eine Aggressionsdrohung in einer Krise wirkungslos und sichern die Entscheidungsfreiheit der Verbündeten. Die russische Führung soll jederzeit zu dem Schluss kommen, dass auch ein begrenzter Angriff sofort die Nato als Ganze auf den Plan rufe, vor allem auch die Vereinigten Staaten, dass der Erfolg eines Angriffs, wo, wie und wann auch immer, zweifelhaft wäre oder sogar die Nachteile für Russland größer wären als der angestrebte Gewinn und dass im Extremfall ein solcher Angriff einen untragbar hohen Schaden für Russland selbst zeitigen könnte, nämlich dann, wenn er zum Einsatz von Nuklearwaffen führte.

Fünftens: Im Vordergrund stehen natürlich die Fähigkeit und der Wille, einen möglichen Angriff durch gemeinsame Verteidigung mit konventionellen Streitkräften abwehren zu können. Würde die Nato aber mit einer nuklearen Drohung konfrontiert, wäre sie bestrebt, ihre Antwort so zu bemessen, dass sie wirkungsvoll aber verhältnismäßig wäre und nach vernünftigem Ermessen die russische Führung zum Einlenken veranlassen würde. Welche Option in welcher Lage gewählt würde, lässt die Nato bewusst im Ungewissen.

Ein Angreifer soll das mit einer Gewaltandrohung verbundene Risiko nicht kalkulieren und womöglich beherrschen können. Das ist der Kern der Nato-Strategie der „Flexible Response“, deren Prinzipien heute wieder gelten. Diplomatische Bemühungen und die Mittel Strategischer Kommunikation gehören dazu. Es ist klar, dass die Nato eine Fülle von Szenarien und Optionen durchdenkt, in Übungen testet, Verfahren plant, prüft und optimiert. Die Fähigkeit, eine amerikanische Atombombe durch europäische Flugzeuge in ein Ziel in Russland zu bringen und diese Fähigkeit in einer Krise zu demonstrieren, ist also eine von vielen Optionen im Abschreckungsgefüge der Nato. Deren Modernisierung erhöht die Flexibilität der Nato, einer Aggressionsdrohung zu begegnen. Dies mit einer Erhöhung des Eskalationsrisikos gleichzusetzen, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende dies tut, stellt die Dinge auf den Kopf.

## Es geht um die einzige gemeinschaftliche nukleare Abschreckungsfähigkeit

Sechstens: Die genannte Fähigkeit hat darüber hinaus aber eine überragende strategische und bündnispolitische Funktion. Sie stellt die einzige nukleare Abschreckungsoption in Europa dar, die auf einer gemeinschaftlichen Fähigkeit der Vereinigten Staaten und europäischer Staaten gründet, die selbst keine Nuklearwaffen besitzen. Sie ist der manifeste Ausdruck der amerikanischen erweiterten nuklearen Abschreckung für Europa. Eine amerikanische Bombe, die Russland treffen könnte, signalisiert Moskau, dass Amerika für die Sicherheit Europas mit seiner eigenen Sicherheit bürgt und das damit verbundene Risiko bewusst in Kauf nimmt. Denn ein russischer Gegenschlag könnte Amerika selbst treffen. Die Bereitstellung von Kampfflugzeugen und Schutzbauten, Lagerstätten und technischer Infrastruktur durch europäische Verbündete auf deren Territorium – in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei – wiederum ist der Ausdruck für deren Bereitschaft, dieses besondere Risiko mitzutragen. Weitere Europäer stellen Kampfflugzeuge für den konventionellen Begleitschutz von möglichen nuklearen Einsätzen. Alle diese Vorkehrungen sind Ausweis bewusster nuklearer Risikoteilung und äußerster Solidarität zwischen Amerikanern und Europäern.

Siebtens: Man mag diese Logik als kalt und paradox empfinden. Aber alle Staats- und Regierungschefs haben in ihren Gipfelerklärungen die zentrale Bedeutung dieser Fähigkeit für die Glaubwürdigkeit und den Zusammenhalt des Bündnisses herausgestellt. Ja, der amerikanische Präsident entscheidet über den Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen. Die Annahme aber, er könnte eine möglicherweise existenzielle Bedrohung der Vereinigten Staaten durch bewusste nukleare Eskalation in Europa herbeiführen wollen, ist absurd. Zudem würde über den Einsatz eines europäischen Kampfflugzeugs die verantwortliche Regierung entscheiden, also auch die deutsche. Die Planungen und Verfahren im Einzelnen sind in der Nato und in den beteiligten Hauptstädten naturgemäß geheim. Sie werden aber regelmäßig erprobt und geübt. Die Nukleare Planungsgruppe, also die Nato-Verteidigungsminister ohne Frankreich, werden regelmäßig darüber unterrichtet. Sie werden auch zu Übungen konsultiert und billigen den Übungskalender. Die sogenannte Nukleare Teilhabe ist also die Kehrseite der nuklearen Risikoteilung in der Nato. Im Lichte der russischen Option, die Nato mit einer auf Europa begrenzten nuklearen Bedrohung zu konfrontieren in der Hoffnung, Amerika aus einem regionalen Konflikt heraushalten und Europa vom Schutz durch die Vereinigten Staaten abkoppeln zu können, ist die Bedeutung der amerikanischen Nuklearwaffen in Europa enorm gestiegen. Daher ist die Entscheidung für den richtigen Nachfolger für den Tornado, der auch dessen nukleare Rolle glaubwürdig fortführen kann, notwendig und dringlich.

Achtens: Die Absicht der SPD-Führung, aus der Nuklearen Teilhabe auszusteigen und amerikanische Atombomben aus Deutschland zu verbannen, würde weder die russische Bedrohung verringern noch die Nato-Strategie verändern. Deutschland würde aber das Risiko auf andere Verbündete abladen, die ebenfalls Kampfflugzeuge stellen, und sich faktisch der Mitverantwortung für die Sicherheit aller entziehen, wenn es um eine besonders risikoreiche Mission ginge. Das wäre ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands, vor allem in den Augen unserer Nachbarn im Osten. Für das Vertrauen unter Verbündeten und den Zusammenhalt der Nato ist die Nukleare Teilhabe und Risikoteilung von zentraler Bedeutung. Sollten die anderen Europäer dann aber Deutschlands Beispiel folgen, hätten die Vereinigten Staaten eigentlich keinen Grund mehr, das Risiko eines nuklearen Schutzschirms für Europas allein zu tragen. Für die Sicherheit Europas und die transatlantische Partnerschaft wäre dies fatal.

## Politische Kontrolle der Nato-Nuklearstrategie durch Deutschland wäre passé

Neuntens: Es bliebe offen, ob die Nukleare Planungsgruppe bestehen bliebe. Aber Berlin würde fortan in besonders sensiblen nuklearen Fragen kaum mehr konsultiert, weder durch die Amerikaner noch durch die anderen Europäer. Politische Kontrolle der Nuklearstrategie der Nato durch Deutschland wäre de facto passé, zumindest aber sehr erschwert. Die Übernahme der in Deutschland gelagerten Atombomben durch Polen, wie dies der Abgeordnete Mützenich als Möglichkeit andeutet, wäre ein eklatanter Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte, auf deren Einhaltung sich die Verbündeten trotz der russischen Aggression und Rechtsbrüche verständigt haben. Darin hat sich das Bündnis 1997 unilateral verpflichtet, keine Atomwaffen auf dem Territorium der damals neuen Mitglieder zu stationieren. Die Abkehr von dieser Selbstverpflichtung hätte große destabilisierende Wirkung für die gesamte Region. Es ist befremdlich, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD dies überhaupt in Erwägung zieht.

Zehntens: Die Strategie des Bündnisses stellt die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse Russlands bewusst in Rechnung. Das Nato-Dispositiv wird gestärkt, bleibt aber defensiv. Die Maßnahmen der Nato sind ausgewogen, nicht exzessiv. Von ihnen geht keine Bedrohung für Russland aus, wohl aber die Botschaft, dass Nötigung unwirksam bliebe und ein Angriff keinen Erfolg hätte. Auf die neuen russischen Mittelstreckenraketen wird die Allianz nicht mit neuen nuklearen Waffen in Europa antworten. Stattdessen verlegt sie sich auf defensive konventionelle Mittel wie Luft- und Raketenabwehr, die einer Drohung mit Raketen neutralisieren sollen. Und schließlich hält die Nato am regelmäßigen Dialog mit Russland im Nato-Russland-Rat fest. Auch die militärischen Oberbefehlshaber tauschen sich aus. Missverständnisse sollen vermieden, Risiken minimiert und ein Minimum an Berechenbarkeit erhalten werden. Ebenso bekennt sich die Allianz zu einem Neuanfang in der Rüstungskontrolle in Europa. Derzeit gibt es aber schwerlich einen Anreiz für den Kreml, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Würden die amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa verschwinden und Deutschland sich als wichtigster europäischer Verbündeter aus der Mitverantwortung für nukleare Abschreckung verabschieden, hätte Putin noch weniger Anlass, sich auf Rüstungskontrolle in Europa einzulassen.

169,92

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/jean-philippe-vincent-les-francais-acceptent-d-etre-traites-par-l-etat-comme-des-majeurs-sous-tutelle-20200507>

**Le Figaro (site web)**

jeudi 7 mai 2020 - 18:05 UTC +02:00 1234 mots

Vox ; Vox Société

## «Les Français acceptent d'être traités par l'État comme des majeurs sous tutelle»

Vincent, Jean-Philippe

**TRIBUNE - L'essayiste Jean-Philippe Vincent\* s'inquiète de l'emprise spectaculaire de la puissance publique sur nos vies en raison du Covid-19. La thèse de Jouvenel sur l'extension du pouvoir à la faveur des crises se vérifie, juge-t-il.**

Dans ses *Mémoires*, Raymond Aron racontait comment à Londres, pendant la guerre et en plein Blitz, il dormait régulièrement dans son lit, «à l'abri du calcul des probabilités». Plutôt que de descendre à chaque alerte dans la cave, il s'estimait suffisamment protégé par la faible probabilité qu'une bombe allemande détruise son immeuble et le tue. Cette attitude témoignait d'un certain courage et aussi d'une forte tolérance au risque. Aujourd'hui, où l'aversion au risque est généralisée et presque totale, ce comportement serait considéré comme le summum de l'inconscience et de l'irresponsabilité. Pourtant, Raymond Aron était un homme rationnel et prudent.

La crise du coronavirus souligne combien, chez nos contemporains, l'acceptation du risque - celui de la maladie et évidemment celui de mourir - s'est effondrée. Pourtant, le risque de mourir du Covid-19 en France et ailleurs est extrêmement faible. Seule une petite minorité de Français sont touchés par le virus et surtout, parmi eux, il semble que 99% des personnes atteintes guérissent et c'est heureux. Mais bien peu de Français acceptent de vivre à l'abri de ces probabilités favorables. Ils ne veulent plus des probabilités mais des certitudes. C'est là un constat, non un blâme.

Dans ces conditions, le déconfinement et notamment le retour des élèves à l'école se heurtent à des objections considérables de la part de beaucoup de parents et de professeurs. Il suscite aussi les inquiétudes de nombreux maires quant à leur responsabilité pénale. Mais si l'on doit attendre que le déconfinement présente des garanties sanitaires parfaites, les enfants ne sont pas près de se rasseoir sur les bancs des écoles. Et pas davantage en septembre qu'en mai.

La crise actuelle est donc caractérisée, en France notamment, par une peur panique qui fait que tout risque pour la santé, même faible, apparaît insupportable. La conviction domine que le hasard malheureux, la malchance, le mauvais sort devraient être complètement prohibées. Il faudrait abolir le hasard. C'est naturellement impossible car certains risques sont inhérents à la vie humaine et ne sont pas assurables. De nombreux Français eux-mêmes le ressentent de plus en plus à mesure que les limitations des libertés par la puissance publique se prolongent et les irritent davantage.

La tendance sociale n'en demeure pas moins de revendiquer une couverture sans limite contre tous les risques de la vie humaine. Et qui peut prétendre assurer la mutualisation sociale du risque sinon l'État, sinon le pouvoir? Celui-ci est le grand gagnant de la crise actuelle. Comme l'a montré Bertrand de Jouvenel dans son livre *Du pouvoir* (1945), chaque crise majeure d'un pays, chaque guerre contribue à alimenter la croissance sans fin du pouvoir. Et plus les guerres ou les crises deviennent totales et plus le pouvoir le devient à son tour.

En 1913 la dépense publique représentait 10 % du PIB en France. Après deux conflits mondiaux et des crises économiques, elle représente désormais 57 % du PIB. Et la crise du coronavirus aidant la dépense publique va allègrement passer la barre des 60 %. On peut certes tenter de se rassurer en prétendant que le niveau d'intervention du pouvoir reviendra «à la normale» une fois la crise terminée. Mais c'est précisément ce qui ne se produira pas. L'économiste américain Robert Barro a bien montré dans son livre *Macroeconomic Policy* (1990) que même les tentatives américaines après 1918 et après 1945 pour ramener la politique budgétaire à un niveau du temps de paix se sont révélées infructueuses. Dans la marche vers un pouvoir toujours plus envahissant, il peut y avoir des pauses, mais il n'y a pas de retour en arrière.

Cette situation présente naturellement des risques majeurs. Les moyens exceptionnels accordés au pouvoir et à l'État pour lutter contre l'épidémie le sont pour assurer un bien, ça n'est pas contestable. Mais qui nous garantit que ces restrictions à la liberté ne seront pas un jour ou l'autre mises au service d'objectifs tout autres que le bien? Rien. Comme l'écrivait Jouvenel en pensant aux années 1930 et 1940: *«Mais voici que le pouvoir avait pris un visage terrifiant et faisait le mal avec toutes les forces à lui remises pour le bien. Comment n'aurais-je pas eu l'esprit remué par un tel spectacle?»* Qui peut nous affirmer que le confinement et, peut-être bientôt, le traçage ne seront pas détournés au profit d'objectifs néfastes ou funestes? L'enfer est pavé de bonnes intentions.

La course au pouvoir dans laquelle nous nous trouvons lancés a un second et grave inconvénient. L'excroissance du pouvoir a pour contrepartie l'infantilisation des Français. Ces derniers sont regardés et se considèrent comme des majeurs irresponsables. Chaque jour de ce confinement qui n'en finit pas ils attendent les ordres du pouvoir, qu'il s'agisse de membres du gouvernement ou de hauts fonctionnaires qualifiés. Certes, il arrive que les individus critiquent tel ou tel aspect de la gestion de la crise du Covid-19 par le pouvoir: on blâme parfois le président, on critique tel ou tel aspect de l'action du premier ministre, on vitupère les contradictions des déclarations de telle ministre. Mais ces critiques sont en définitive superficielles. Ce que beaucoup reprochent au pouvoir, c'est de ne pas pouvoir avec une absolue certitude et une non moins grande efficacité à toutes les vicissitudes de la crise actuelle. On voudrait que le pouvoir fût à la fois magique et infaillible. Pour beaucoup de Français, devenus des « *addicts* », le pouvoir est désormais une drogue à consommer sans modération. Nous sommes arrivés au temps de «l'État-nounou». Inutile de dire que dans une telle configuration le souci des libertés individuelles est allègrement sacrifié.

«Rien ne sera plus comme avant», nous serine-t-on. C'est hélas vrai. Dans l'histoire de la croissance sans limite du pouvoir et de la décadence des libertés, l'année 2020 sera une date à marquer d'une pierre blanche. Comme l'écrivait Tocqueville en 1840 dans la seconde partie de *La Démocratie en Amérique* en parlant des rapports du pouvoir et des individus: *«Il (le pouvoir) travaille volontiers à leur bonheur ; mais il veut en être l'unique agent et le seul arbitre ; il pourvoit à leur sécurité, prévoit et assure leurs besoins, facilite leurs plaisirs, conduit leurs principales affaires, dirige leur industrie, règle leurs successions ; divise leurs héritages ; que ne peut-il leur ôter entièrement le trouble de penser et la peine de vivre?»*

\* Maître de conférences à Sciences Po, Jean-Philippe Vincent est l'auteur de plusieurs ouvrages remarquables, en particulier *«Qu'est-ce que le conservatisme? Histoire intellectuelle d'une idée politique»* (Les Belles Lettres, 2016). Il a aussi publié *«Éthiques de l'immigration»* (Fondapol, 2018).

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/nicolas-goetzmann-l-allemande-cherche-a-germaniser-le-droit-europeen-20200506>

Nicolas Goetzmann:

## «L'Allemagne cherche à germaniser le droit européen»

FIGAROVOX/ENTRETIEN - Dans un ultimatum adressé à la BCE, le Tribunal constitutionnel allemand a menacé d'exclure la Bundesbank de sa politique d'achat de dettes. Il s'agit d'une contestation virulente de la primauté du droit européen et d'un signe supplémentaire de la fragilisation de l'édifice communautaire, estime Nicolas Goetzmann.

Par **Joachim Imad** Publié hier à 17:49, mis à jour hier à 17:56

*Nicolas Goetzmann est responsable de la recherche et de la stratégie macroéconomique à la Financière de la Cité.*

**FIGAROVOX.- La Cour constitutionnelle allemande a demandé à la Banque centrale européenne de justifier les achats de dette de la Bundesbank allemande pour le compte de la BCE. Pourriez-vous détailler ce jugement et les questions qu'il soulève?**

**Nicolas GOETZMANN.-** Le Tribunal constitutionnel fédéral allemand joue un rôle particulier en Europe en se reconnaissant la capacité de contrôler les limites de compétence du droit européen, pour que ce dernier respecte *«l'identité constitutionnelle allemande»*, ce qui constitue une faille dans le principe de primauté du droit européen. Ce rôle a été régulièrement justifié par l'attitude jugée «constructive» de la Cour de Karlsruhe et son influence sur le droit européen, perçu comme une forme d'accompagnement. Ce qui tranche singulièrement avec la violence du jugement portant sur la politique monétaire de la Banque centrale européenne rendu ce 5 mai. En l'espèce, après avoir été saisie sur une question de régularité du programme d'assouplissement quantitatif européen mis en place par la BCE en 2015, la Cour avait alors elle-même saisi la Cour de justice de l'UE (CJUE) pour statuer sur la question. Sur cette base, la CJUE, le 11 décembre 2018, avait validé l'action de la BCE: puisque le programme de relance monétaire avait pour objectif de permettre à la BCE de remplir son mandat de stabilité des prix, celui-ci était justifié et donc «proportionné». C'est cette analyse de la CJUE qui est attaquée directement par le juge constitutionnel allemand, en considérant d'une part que la CJUE a rendu une décision *«incompréhensible»* et qui représente également *«un abus d'autorité»*.

L'idée sous-jacente est que le programme de rachat de dettes de la BCE serait à l'origine des taux bas, ce qui pénaliserait les épargnants.

En l'espèce, la Cour considère que l'action de la BCE n'est pas *«proportionnée»* parce qu'elle estime que l'autorité monétaire ne peut pas *«tout se permettre»* pour remplir son mandat d'une *«inflation proche mais inférieure à 2%»* car elle doit également tenir compte des conséquences de ce programme de relance monétaire, notamment et principalement sur les épargnants. L'idée sous-jacente est que le programme de rachat de dettes de la BCE serait à l'origine des taux bas, ce qui aurait pour résultat de pénaliser les épargnants. Ce qui correspond à une inquiétude profonde de la population en Allemagne dont le Tribunal fédéral se fait le porte-voix.

Pour y remédier, la Cour demande à la BCE de lui démontrer, sous 3 mois, que son action était proportionnée, sinon la *Bundesbank* cessera sa participation au programme d'assouplissement quantitatif.

La première question soulevée est celle de la légitimité du juge constitutionnel allemand qui se considère désormais comme un juge suprême européen, les mots employés à l'égard de la CJUE sont violents, et tendent à fragiliser considérablement le principe de la primauté du droit européen. Par cette décision, la Cour de Karlsruhe n'accompagne plus le droit européen - ce qui était déjà un problème - mais cherche ostensiblement à jouer un rôle de germanisation du droit européen.

La seconde question soulevée est évidemment monétaire, parce que la BCE se trouve fragilisée dans son action au moment même où celle-ci se doit d'être audacieuse. Nous sommes donc en présence d'une situation où le Tribunal constitutionnel fédéral s'attaque au mur porteur de l'Union européenne, la primauté du droit européen, sur la base d'une erreur économique qui découle de son incompréhension des mécanismes monétaires.

### **Ce jugement qui réduit les marges de manœuvre de la BCE met-il en péril l'avenir de la monnaie unique?**

La BCE peut très bien choisir de ne pas répondre directement à la Cour de Karlsruhe parce qu'elle n'est pas soumise à son autorité. Ce qui n'est pas le cas de la *Bundesbank*, la Banque centrale allemande, qui se trouve aujourd'hui coincée entre son obligation de répondre aux demandes de la BCE, mais qui est également soumise au juge constitutionnel allemand. Il va donc appartenir à la *Bundesbank*, et à son président, Jens Weidmann, de répondre aux demandes de la Cour, dans les 3 mois.

La conséquence de ce jugement renforce l'idée d'un pourrissement de l'Union européenne.

Concernant l'avenir de la zone euro, le problème est effectivement majeur. La mise en doute de la participation de la *Bundesbank* à la politique monétaire européenne fait voler en éclat le «*whatever it takes*» de Mario Draghi en 2012, c'est-à-dire l'idée que la BCE fera tout ce qui est en son pouvoir pour «*préserver l'euro*». Au-delà des problèmes posés dans le court terme, cette décision envoie un message à la BCE, celle-ci devra se montrer prudente dans ses actions si elle ne veut pas se priver de la participation de l'Allemagne. C'est un avertissement. Or, le contexte économique actuel de l'Union européenne, et en l'espèce, de la zone euro, est dramatique. Une action forte et sans réserve de la BCE est nécessaire pour y faire face. Sans cela, nous pouvons nous préparer à une nouvelle décennie perdue en Europe. La conséquence de ce jugement - au-delà du risque d'explosion de la zone euro - renforce plutôt l'idée du pourrissement, d'une Europe s'enfonçant dans ses travers de croissance lente, de chômage élevé, et d'inaction des autorités.

### **Ce n'est pas la première fois que la Cour constitutionnelle allemande interroge l'autorité d'une institution européenne. L'Allemagne n'est-elle pas plus attachée que jamais à la défense de sa souveraineté nationale? Quelles leçons devraient en tirer les Français?**

L'Allemagne occupe le vide laissé par la France. Le déroulé de ces dernières années démontre une forte perte d'influence de la France au niveau européen. On a pu le voir avec le Pacte de croissance de François Hollande en 2012, mais également avec le Budget de la zone euro d'Emmanuel Macron, sans même parler des propositions françaises - les Coronabonds - pour lutter contre les effets de la crise. Les propositions françaises sont vidées de leur contenu avant d'être mises en place, ce qui permet simplement aux dirigeants français de ne pas perdre la face au niveau national. [Ce 6 mai, l'Institut Jacques Delors publiait un sondage mettant en relief la défiance des Français à l'égard de l'Union européenne](#), et notamment sur ce qui serait un désaccord des Français à l'égard de la culture du compromis et de la négociation qui régnerait en Europe. Cela me semble biaisé.

La voix de la France pèse de moins en moins dans le fonctionnement de l'Union européenne.

Le fonctionnement de l'UE est plus le fruit de rapports de force que de compromis, ce qui se vérifie clairement au fil des Conseils européens. Or, la voix de la France pèse de moins en moins. Malgré les apparences Emmanuel Macron n'obtient pas plus de résultats que François Hollande, justement parce qu'il y a un refus d'entrer dans une logique de rapports de force avec Berlin. Le compromis et la négociation sont une illusion entretenue par le concept de couple «franco-allemand». C'est cette perte d'influence et cette faiblesse de Paris qui est regrettée par les Français. Et la conséquence logique est que l'Allemagne occupe ce vide en imposant ses choix. On le voit encore avec cette décision. Mais cela n'est pas une fatalité.

# L'Europe au défi des juges allemands

**Editorial.** L'arrêt que la Cour constitutionnelle allemande a rendu mardi 5 mai met en cause tout à la fois l'indépendance de la Banque centrale européenne et la prééminence de la Cour de justice de l'UE.

Publié aujourd'hui à 10h51

**Editorial du « Monde ».** Un ultimatum à l'Europe. Difficile de voir autrement l'arrêt cinglant que la Cour constitutionnelle allemande a rendu mardi 5 mai. Au-delà d'une attaque contre la politique monétaire dans la zone euro, la décision des juges de Karlsruhe met en cause la clé de voûte de l'Union européenne qu'est sa Cour de justice (CJUE) de Luxembourg, suprême garante de l'application uniforme de la loi européenne dans tous les Etats membres. Autrement dit l'Union elle-même.

Formellement, les magistrats allemands ont mis en question la légalité de la politique d'achat de dettes pratiquée par la Banque centrale européenne (BCE), pendant la crise de l'euro de 2015. Ils menacent d'empêcher la Bundesbank de participer à ces opérations si la BCE ne se justifie pas dans les trois mois. Ce n'est déjà pas rien, si l'on se rappelle que la Banque centrale européenne, dont le siège est à Francfort, a été conçue sur le modèle de la Bundesbank, et si l'on considère le rôle vital joué par cette politique dite d'« assouplissement quantitatif » pour l'économie européenne.

Mais les juges de Karlsruhe ne s'en sont pas tenus là : au lieu de mettre en œuvre l'avis de la CJUE, qu'ils avaient sollicitée et qui avait estimé légales les interventions de la BCE, ils ont tancé leurs collègues de Luxembourg, estimant leur décision « *incompréhensible* » et « *dépassant [leurs] compétences* ». Sans précédent récent, pareille attaque constitue une menace pour la cohésion de l'UE. Ainsi, la cour de Karlsruhe met en cause tout à la fois l'indépendance de la Banque centrale européenne et la prééminence de la Cour de justice de l'UE.

## Risque d'alimenter les forces nationalistes

Certes, la brèche ainsi ouverte est avant tout d'ordre juridique. La bataille entre les juges de Luxembourg et ceux de Karlsruhe dure depuis des années et ne va pas empêcher dans l'immédiat les achats de dettes. Mais ses conséquences politiques sont potentiellement délétères et donc inquiétantes. En sermonnant la CJUE, les juges allemands ont compromis son autorité dans le maintien des standards démocratiques mis en danger par les régimes à tendance autoritaire en Pologne et en Hongrie, qui pourraient être encouragés à défier ses arrêts. Déjà, le vice-ministre polonais des affaires étrangères se réjouit de l'ouverture du « *débat* » ouvert à Karlsruhe sur le contrôle des institutions européennes par les juges nationaux.

Certes le contrôle exercé par les juges allemands sur le recours d'épargnants se sentant lésés par les taux bas de la BCE a des fondements historiques et répond à une exigence démocratique. La cour de Karlsruhe a été créée en 1951 comme une institution forte, par opposition à l'impuissance qu'avait manifestée la République de Weimar à faire respecter sa Constitution au moment de l'avènement du nazisme.

Mais la brutalité de l'attaque qui survient alors même que la BCE s'est lancée dans un « plan pandémie » se traduisant précisément par 750 milliards d'euros de rachat de dettes, risque d'alimenter, au pire moment, les forces nationalistes qui travaillent déjà à une tragique division de l'Europe.

La crise causée par le Covid, dont aucun gouvernement européen n'est fautif, aggrave le fossé entre le nord et le sud du continent. Menaçant l'UE de la pire récession de son histoire, elle exige une solide politique de solidarité financière. L'Allemagne, qui bénéficie largement de l'UE et de l'euro, ne saurait s'y soustraire. Faute d'une vraie politique européenne commune, la confiance en l'euro ne peut reposer que sur le respect par les Etats des règles et des institutions qu'ils se sont données ensemble.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/alice-schwarzer-im-interview-ueber-islam-und-antisemitismus-15333514.html>

VOR CORONA:

## „In Cafés sitzen keine Frauen mehr“

- VON MICHAELA WIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 11.12.2017-17:36



Kommt es durch die Einwanderung von Muslimen zum Erstarren des Antisemitismus? Im Dezember 2017 hat unsere Autorin mit der französischen Philosophin Elisabeth Badinter und der deutschen Journalistin Alice Schwarzer darüber gesprochen.

Führt Masseneinwanderung aus dem islamischen Kulturraum zu einem Erstarren der Judenfeindlichkeit in unseren Gesellschaften?

Elisabeth Badinter: Die Antwort ist schwierig. Die erste Generation und auch die zweite Generation der Einwanderer in Frankreich sind überhaupt nicht durch eine antisemitische Haltung aufgefallen. Ein radikaler Antisemitismus hat sich erst in der dritten, in Frankreich geborenen Generation entwickelt, die sich zugleich zum radikalen Islamismus bestimmter Imame hingezogen fühlt. Es gibt heute in Frankreich keine andere Bevölkerungsgruppe, die wie die Juden ausschließlich aufgrund ihrer Religion schikaniert, gefoltert und sogar getötet wird. Diese Straftaten werden immer von Personen mit muslimischem Einwanderungshintergrund begangen, die sich dem Islamismus verschrieben haben.

Die kürzlich veröffentlichte Studie „Jüdische Perspektiven zum Antisemitismus in Deutschland“ kommt zu dem Ergebnis, dass drei Viertel der befragten Juden Antisemitismus als großes Problem wahrnehmen. Drohen Deutschland französische Verhältnisse?

Alice Schwarzer: Das Phänomen ist neu, aber kein muslimisches. Bei den ersten beiden Generationen türkischer Einwanderer gab es weder verschleierte Frauen noch offenen Antisemitismus. Es kommt eher von jüngeren Arabern, die in Deutschland nicht immer, aber häufig neu zugezogen sind. Es scheint mir relativ wenig mit dem Islam an sich zu tun zu haben, sondern mit dem politisierten Islam, der offensiv antisemitisch beziehungsweise antizionistisch ist. Mich wundert also nicht, dass die wenigen Juden in Deutschland, die aus gutem Grund noch sensibler als die französischen sind, sich Sorgen machen.

Der algerische Schriftsteller Boualem Sansal hat kürzlich als Zeuge vor Gericht in Paris gesagt, der Antisemitismus sei Teil der islamischen Kultur, er werde im Koran, in den Moscheen und in den Familien verbreitet. Sollte der Vorwurf der Naivität angesichts des Islams ernst genommen werden?

Schwarzer: Ich schätze Boualem Sansal sehr, seine Romane wie seine kritischen Analysen. Natürlich gibt es im Islam einen traditionellen Antisemitismus, aber – mit Verlaub – auch im Christentum. Es ist an den Muslimen selbst, selbstkritisch zu sehen, was sie bei sich ändern müssen. Doch ich bleibe dabei: Das Phänomen des Antisemitismus bei Muslimen ist in dieser Virulenz bei uns neu und geschürt vom politischen Islam.

Badinter: Boualem Sansal kennt den Koran besser als ich. In jedem Fall erleben wir heute eine islamische Radikalisierung, die den Antisemitismus zu einer Art religiösen Pflicht erhebt. Das Beunruhigende dabei ist, dass in Frankreich zugleich der gesellschaftliche Konsens bröckelt, nach der Schoa nie wieder Antisemitismus – in welcher Form auch immer – zu dulden. Ein Teil der Linken bei uns jedoch lehnt es ab, den neuen Antisemitismus als solchen zu benennen, geschweige denn zu verurteilen. Es sind die gleichen Leute, die sich auf den Antizionismus berufen. Auch ich halte Kritik am Staat [Israel](#) für notwendig, aber Kritik kann nicht bedeuten, das Existenzrecht Israels zu leugnen. Antizionismus läuft aber im Kern genau darauf hinaus.

In Frankreich richtete sich 2016 jede dritte rassistische Straftat gegen Juden, obwohl sie nur knapp ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wie schützt der Staat die jüdische Minderheit?

Badinter: Der Staat schützt nicht. Genau das ist das Problem. Aber hat er überhaupt die Möglichkeit? Es gibt auch politische Gründe für die staatliche Zurückhaltung. Es soll vermieden werden, dass eine Ungleichbehandlung zwischen Juden und Muslimen entsteht. Denn [Muslime](#) sind natürlich auch Opfer von Rassismus. In Frankreich leben etwa 500.000 Juden und sechs Millionen Muslime.

Schwarzer: Es kommt noch etwas hinzu. Die 500.000 verstehen sich ja eigentlich keineswegs alle vorrangig als Juden. Sie sind keine Community. Viele sind einfach Franzosen und wollen ihre Ruhe haben. Sie werden erst von den Antisemiten wieder zu Juden gemacht.

Eine Befragung von Berliner Lehrern durch das American Jewish Comitee hat jüngst ergeben, dass bei vielen Schülern antisemitische Feindbilder stark präsent sind. In Frankreich haben Lehrer in dem Sammelband „Die verlorenen Territorien der Republik“ bereits 2002 vom grassierenden Antisemitismus in ihren Klassen berichtet. Wie kann da gegengesteuert werden?

Schwarzer: „Emma“ hat kürzlich eine Umfrage unter Lehrerinnen gemacht, und die stehen wirklich mit dem Rücken zur Wand. Diese Jugendlichen, die sich mit einer Attitüde der Gewalt inszenieren, schüchtern die anderen ein. Da braucht es nur vier, fünf Schüler in einer Klasse, die geben dann den Ton an, vor allem in Sachen Sexismus. Und da kommt neuerdings noch der Antisemitismus dazu. Auf den Schulhöfen sind „du Jude“, „du Schwuler“ oder „du Opfer“ heute Schimpfwörter. Lehrerinnen werden von Schülern als Nutten beschimpft. Doch die Schulleitungen und auch die Politik wollen jeden Konflikt vermeiden. Wenn die Lehrerinnen sich beschweren, heißt es: Setzen Sie sich mal durch, Sie haben anscheinend Ihre Klasse nicht im Griff.

Badinter: Seit viele sozial benachteiligte Familien unter dem Einfluss der Salafisten oder der [Muslimbruderschaft](#) stehen, wiegt das Wort der Imame schwerer als das der Lehrer. In zahlreichen Klassenzimmern in den Vorstädten kann die Geschichte des Holocausts nicht mehr unterrichtet werden, so stark ist die Ablehnung der Schüler. Das Wort des Lehrers gilt als Ausdruck der dominanten Mehrheitsgesellschaft, von der sich manche Schüler ausgegrenzt fühlen. Manche Eltern bestärken ihre Kinder in dem Glauben, dass der Imam wichtiger als der Lehrer sei. Für die Lehrer ergibt sich daraus eine unglaublich schwierige Situation. Wir haben innerhalb kürzester Zeit 2500 Moscheen in Frankreich gebaut, und langsam entwickelt sich genau das, was radikale Islamisten fordern: ein Separatismus der muslimischen Minderheit gegenüber dem Rest der Nation. Wir haben diese Entwicklung hingenommen und das mit der Pflicht zur Toleranz gerechtfertigt.

Schwarzer: Eigentlich hätte ich gedacht, dass die Situation in Frankreich und Deutschland sehr unterschiedlich ist, wir haben ja eine ganz andere Geschichte, schon allein wegen der kolonialen Vergangenheit Frankreichs. In Wahrheit jedoch gleicht sie sich frappant. Nur gibt es in Deutschland ein zusätzliches Problem, das ich seit über zwanzig Jahren sehe: Das sind die Islamverbände, allen voran der „Zentralrat der Muslime“, der sich in Anspielung auf den „Zentralrat der Juden“ so genannt hat. Die meisten dieser Muslimverbände sind schriftgläubig, orthodox, wenn nicht gar islamistisch. Sie waren bisher die privilegierten Gesprächspartner von Politik und Kirchen. Dabei repräsentieren sie nur ganz wenige Prozent der Muslime in Deutschland. Die Mehrheit der bei uns lebenden Muslime ist aufgeklärt und will keinen Gottesstaat, sondern die Demokratie, und nur eine von vier Musliminnen trägt ein Kopftuch. Nach dem Attentat auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 hat Bundeskanzlerin [Angela](#)

Merkel dankenswerterweise eine Solidaritätskundgebung vor dem Brandenburger Tor organisiert. Aber mit wem stand sie da Arm in Arm? Ich konnte es kaum fassen: mit Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des „Zentralrates der Muslime“.

Hat nicht vor allem die Gleichgültigkeit angesichts des Antisemitismus zugenommen? Frau Badinter, Sie haben Ende September in der Zeitschrift „L'Express“ einen Appell an alle Franzosen gerichtet, die Juden den Kampf gegen den Antisemitismus nicht allein bestreiten zu lassen.

Badinter: Ja, das war ein Alarmschrei, der sich an alle Franzosen, aber besonders auch an die Journalisten richtete, die kaum über die jüngsten antisemitischen Vorfälle berichteten. Das führte dazu, dass die jüdischen Opfer der islamistischen Terroranschläge beinahe vergessen wurden. Der Mord an der Jüdin Sarah Halimi im Mai dieses Jahres in Paris durch einen radikalisierten muslimischen Nachbarn wurde heruntergespielt. Auch auf meinen Appell folgte ein seltsames Stillschweigen. Keine Zeitung, kein Sender berichtete darüber. Nichts! Nur in den sozialen Medien war es Thema. Aber ein paar Wochen später häuften sich in den Medien Berichte über den wachsenden Antisemitismus in Frankreich. Den Schlüssel zu dieser eigenartigen Reaktion habe ich in einem Kommentar gefunden. Da stand: Wir müssen aufpassen, wenn die Lage für die Juden noch schlimmer bei uns wird, werden auch wir Journalisten eines Tages zur Rechenschaft gezogen.

Schwarzer: Die Herausforderung liegt darin, die Probleme nicht zu leugnen. Deutschland hat eine massive Zuwanderung von jungen Männern erlebt, die aus Ländern kommen, in denen Frauen völlig rechtlos sind, die tief patriarchale Traditionen haben und außerdem seit Jahren einer radikalislamischen Propaganda ausgesetzt sind. In ihrem Gepäck bringen sie, wie es der algerische Schriftsteller Kamel Daoud so treffend gesagt hat, all dies mit zu uns. Nimmt man diese jungen Männer ernst, muss man dafür sorgen, dass sich das ändert. Ich halte es auch gegenüber diesen jungen Männern für schlicht rassistisch, die Augen zuzumachen. Da sagt man, bei euch ist das nun mal so, für euch gelten andere Gesetze. Aber das ist menschenverachtend.

In Frankreich soll es inzwischen vereinzelt Viertel geben, in denen Männer arabisch-muslimischer Herkunft das Straßenbild dominieren und Frauen unerwünscht sind. Stimmt das?

Badinter: Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Noch vor fünf Jahren konnte ich mich in Aubervilliers oder La Courneuve als Frau unbesorgt in ein Straßencafé setzen. Das ist vorbei. In den Cafés sitzen einfach keine Frauen mehr. Die Verschleierung der Frauen hat rapide zugenommen. Sie tragen das, was ich die Uniform der Muslimbruderschaft nenne. Das betrifft natürlich nur einige, ganz bestimmte Viertel. Aber ich beobachte, dass inzwischen schon kleine, fünf Jahre alte Mädchen mit einem Schleier verhüllt werden. Das Burka-Verbot ändert leider nichts daran.

Ist die jüdische Minderheit in Frankreich nicht auch dabei, eine Art religiöse Rückbesinnung zu erleben, sich immer stärker abzuschotten?

Badinter: Es ist vor allem auf Sicherheitsbedenken zurückzuführen, wenn immer mehr Eltern ihre Kinder von öffentlichen Schulen an jüdische wechseln lassen. Aber es gibt natürlich auch ein Erstarken orthodoxer Lebensformen. Ich finde es zum Beispiel nicht normal, dass man Kinder mit der Kippa zur Schule schicken will. Nach einer Messerattacke auf einen Juden in Marseille hat der dortige Rabbi darum gebeten, auf die Kippa im öffentlichen Raum zu verzichten. Aber der Großrabbiner Frankreichs hat ihm umgehend widersprochen. Ich bedaure das sehr. Mein Vater, der sehr gläubig war, sagte immer: Die Kippa setzt man auf, wenn man die Synagoge betritt oder wenn man zu Hause betet. Aber niemals auf der Straße!

Schwarzer: Man muss sich das mal vorstellen: Wir, Elisabeth Badinter und ich, werden beide wegen unserer kritischen Position zum politisierten Islam – dessen erste Opfer übrigens Muslime sind – von einem Teil der Linken und manchen jüngeren sogenannten intersektionellen Feministinnen als islamophobe Rassistinnen diffamiert, als weiße, bürgerliche Feministinnen, die nicht das Recht hätten, andere Kulturen zu kritisieren. Ich stand am Pranger, weil ich gewagt hatte, auf den Fakt aufmerksam zu machen, dass es überwiegend Männer aus dem Maghreb waren, die in der Silvesternacht in Köln Frauen sexuell belästigt hatten. Aber wie wollen wir die Realität ändern, wenn wir sie nicht benennen dürfen?

ZEITENWENDE ZWEITER WELTKRIEG:

## Vergessene Lektionen?

- EIN KOMMENTAR VON BERTHOLD KOHLER
- -AKTUALISIERT AM 08.05.2020-08:20

75 Jahre nach Kriegsende braucht niemand mehr Angst vor den Deutschen haben – auch sie selbst nicht. Doch Gefahren für die europäische Einigung gibt es. Die Corona-Krise könnte zum Brandbeschleuniger werden.

Selbst durch die Straßen Moskaus rollen keine Panzer. Auch die Großveranstaltungen, mit denen des Kriegsendes vor 75 Jahren gedacht werden sollte, sind der Pandemie zum Opfer gefallen. Doch aus den Köpfen hat die Corona-Krise den Krieg nicht verdrängt. In vielen Hauptstädten sind die Seuche und ihre Folgen mit einem Krieg verglichen worden, wenn nicht gar mit dem bislang schlimmsten aller Kriege. Die Bundeskanzlerin tat das zwar nicht direkt, nannte den Kampf gegen das Virus jedoch „die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“. Sein Ende im Mai 1945 steht für eine Zeitenwende, wie es seither keine mehr gab. Sie war, bei allen Verwerfungen, die danach auftraten, für viele Völker eine Wende zum Besseren, in besonderem Maße aber für die Deutschen.

Seit der „Stunde null“, wie der Neubeginn nach dem totalen Zusammenbruch genannt wurde, ging es mit Deutschland bergauf. Das konnten auch die politischen und ökonomischen Krisen nicht verhindern, die der Republik nicht erspart blieben, vor allem nicht in ihren ersten Jahrzehnten. Doch schon drei Generationen sind in Frieden und in zunehmendem Wohlstand aufgewachsen. Die Deutschen, die noch keine 30 Jahre alt sind, haben nicht einmal die Mauer erlebt. Die politische und wirtschaftliche Stabilität Deutschlands in einem vereinten Europa hat viele glauben lassen, dieser Zustand sei eine schiere Selbstverständlichkeit.

Doch das ist er nicht. Ein Virus aus Asien führt (auch) den Deutschen vor, wie fragil die angenehmen Lebensumstände sind, die sie sich in den vergangenen siebeneinhalb Jahrzehnten erarbeitet haben. Die Seuche stürzt aber nicht nur die Wirtschaft in eine tiefe Rezession. Sie reißt auch Gräben zwischen den Völkern Europas wieder auf, von denen man glaubte, sie seien auf ewig zugeschüttet worden. Sogar im deutsch-französischen Verhältnis kamen Ressentiments hoch, als habe der Aussöhnungsprozess erst begonnen.

Scharfe Töne mit Verweisen auf die Vergangenheit waren auch in Italien zu hören. Anfang April gaben in einer Umfrage 52 Prozent der befragten Italiener an, China sei ein befreundetes Land. Auf den zweiten Rang kam Russland mit 32 Prozent. Der Spitzenplatz, den Deutschland eroberte, war nicht so schmeichelhaft: 45 Prozent hielten es für ein Land, das Italien feindlich gesinnt sei. Das mag eine Momentaufnahme in einer aufgewühlten Stimmung gewesen sein. Doch zeigt sie, wie schnell Stimmungen umschlagen können – und wie leicht sie sich beeinflussen lassen. Es reichen dafür Gesichtsmasken-Lieferungen und populistisches Talent.

### Meinungen und Wege gehen immer öfter auseinander

Die Pandemie hat die Europäer nicht zusammengeschweißt. Auch bei anderen „Herausforderungen“ gehen Meinungen und Wege immer öfter auseinander. Vielerorts in Europa nimmt die Neigung zu, Probleme auf eigene Faust anzugehen. Mindestens auf den Straßen wird sie manchmal auch schon erhoben. Erfolge werden „nationalisiert“, Misserfolge der EU oder anderen Prügelknaben angelastet, zuletzt immer häufiger den „geizigen“ und „unsolidarischen“ Deutschen. Die halten dann nicht jedes Mal auch noch die andere Wange hin.

Diese Prozesse werfen die Frage auf: Geraten die leider erst im Zweiten Weltkrieg gelernten Lektionen, welche die Europäer für alle Zeiten beherzigen wollten, trotz der abgelegten und an Gedenktagen erneuerten Schwüre in Vergessenheit? Es stehen sich an den Grenzen noch nicht wieder Armeen gegenüber. Die

Nationalisten aber haben vielerorts Zulauf. Die Corona-Rezession, der Fachleute ein Ausmaß zutrauen, wie es die Weltwirtschaftskrise vor einem Jahrhundert hatte, könnte ihnen viele Unzufriedene zutreiben.

In Deutschland ist das bisher nicht zu erkennen. Die Deutschen zeigen sich, beruhigt vom mit beunruhigend großen Summen aufgespannten Netz der staatlichen Hilfen, bislang in einem Maße einverstanden mit dem Generalkurs der Regierenden, dass ihnen schon wieder Obrigkeitshörigkeit attestiert wurde. Aber bitte: Hätten die Bürger sich die Masken vom Gesicht reißen und mit gekaperten Flugzeugen in den Urlaub nach Mallorca fliegen sollen? Vernunft soll man loben, wo sie sich zeigt. Zum Glück gibt es in diesem Land immer noch weit mehr Vernünftige als Verschwörungstheoretiker, obwohl die wieder einmal Hochsaison haben.

75 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus kann man daher auch der ganzen Republik ein Lob aussprechen, bei allen Unzulänglichkeiten, die sie hat. Deutschland ist zu einer stabilen Demokratie geworden. Vor den Deutschen muss niemand mehr Angst haben, auch sie selbst nicht. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – wie in der neuen „Befreiungs“-Debatte – sollte allerdings von einem nicht weniger intensiven Nachdenken darüber begleitet werden, wie die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte, nicht zuletzt die der europäischen Einigung, in die Zukunft gerettet werden können. Die Corona-Pandemie könnte für viele schon aufgeflamnte oder noch schwelende Konflikte zu einem Brandbeschleuniger werden. Diese Krise hat, im Guten wie im Schlechten, das Potential, die Welt zu verändern wie keine vor ihr seit 1945.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/themen/heinrich-himmlers-dienstkalender-aus-dem-alltag-des-unmenschen-16751500.html?premium>

HIMMLERS DIENSTKALENDER:

## Aus dem Alltag des Unmenschen

Blick ins Innere der Vernichtungsmaschinerie: Der Dienstkalender Heinrich Himmlers aus den Jahren 1943 bis 1945 ist in einer von Historikern kommentierten Edition erschienen. Sie legen die papierene Spur des größten Massenmörders aller Zeiten offen.

- VON ANDREAS KILB
- -AKTUALISIERT AM 08.05.2020-06:59



- Getreuer Paladin des „Führers“: Heinrich Himmler (links) mit Adolf Hitler bei einer Fahrt im offenen Volkswagen im Frühjahr 1945 Bild: Ullstein

Man schlägt dieses Buch mit Widerwillen auf, und man schließt es mit einer Mischung aus Beklommenheit und Abscheu. So muss Asche schmecken. Asche von Akten. Die papierene Spur des größten Massenmörders aller Zeiten. Der schwarze Einband, die Ziegelform des Buches stellen klar, dass es sich eigentlich um einen Gedenkstein handelt, ein historiographisches Mahnmal. Am liebsten würde man es gleich ins Regal packen. Aber es hilft nichts, man muss es aufschlagen.

Die Geschichte des Dienstkalenders von Heinrich Himmler gleicht der vieler anderer Dokumente aus dem Innenleben des Nazi-Reichs, die bei Kriegsende in die Hände der Roten Armee gefallen waren. Im März 1946 wurden die Akten der Adjutantur des „Reichsführers SS“ an das sowjetische Innenministerium übergeben, acht Jahre später kamen sie ins Archiv des **KGB**. Dort ruhten sie bis zum Ende des Kalten Krieges. In den neunziger Jahren „entdeckten“ und veröffentlichten deutsche Historiker dann Himmlers Dienstagebücher aus den Jahren 1941 und 1942. Die Unterlagen aus den beiden folgenden Kriegsjahren blieben verschwunden, bis sie 2013 im Rahmen eines Digitalisierungsprojekts mit dem russischen Verteidigungsministerium in dessen Zentralarchiv in Podolsk auftauchten. Für die jetzige Veröffentlichung wurden sie um Teilbestände des von Himmler persönlich geführten Tischkalenders und seiner Telefonbuchnotizen sowie des Dienstkalenders von Januar bis März 1945 aus dem Bundesarchiv ergänzt.

### Seinem Masseur sagt er die Wahrheit

Die Überlieferung ist beinahe lückenlos, von den 804 Tagen vom 1. Januar 1943 bis zum 14. März 1945 sind nur sechs Tage undokumentiert. Auf Seite 55 ist ein Faksimile von Himmlers Telefonbuchnotizen vom 16. September 1943 abgebildet. „Luftmeldungen“ und „Jagd in Elchwald“ liest man da in zackiger, wie gestanzter wirkender Sütterlin-Schrift, darunter „Judenfrage“ und „Führererlaß“. Es ist, wie man später begreift, eine zufällig ausgewählte Seite, keine, nach der das Herausgeberteam um Matthias Uhl vom Deutschen Historischen Institut in Moskau lange hätte suchen müssen. Das Echo des Völkermords ist sofort da, und er

zieht sich durch jeden Tag der letzten knapp zweieinhalb Lebensjahre dieses Mannes, den es besser nie gegeben hätte, so wie das Regime, dem er diente und das er verkörperte.



Historiker haben seinen Dienstkalender analysiert: SS-Führer Heinrich Himmler. :Bild: dpa

Zehn Seiten später beginnt der Hauptteil des Buchs. „Gmund am Tegernsee – Mami und Püppi“, so beginnt, um Viertel vor eins, Himmlers Arbeitstag an Neujahr 1943: mit einem Telefonat mit seiner Frau Margarete und seiner Tochter Gudrun. Einige Zeilen tiefer, jetzt ist es halb acht, steht da: „Kersten“. Felix Kersten war Himmlers Masseur, er taucht immer wieder in den Aufzeichnungen auf, bis ihm Himmler bei einer der letzten Behandlungen im März 1945 erklärt, „unsere Feinde, die jetzt in den Konzentrationslagern sitzen“, sollten „mit uns verrecken“. Das allerdings steht nicht im Kalender. Die Herausgeber haben es in einer Fußnote ergänzt. Die Fußnoten und Erläuterungen, in denen der geschichtliche Hintergrund der Kalendernotizen umrissen wird, sind etwa doppelt so lang wie die Einträge selbst. Sie machen den Kalender lesbar, so wie umgekehrt die Dienstchronik das Geschehen perspektivisch zuspitzt. Es ist, als würde aus einem Schädel ein Gesicht rekonstruiert, das Gesicht des Unmenschen.

## Die Geliebte firmiert unter „Inspektionsreise“

Ein Name, der nie in den Aufzeichnungen auftaucht, ist der von Hedwig Potthast, Himmlers ehemaliger Sekretärin. Seit 1940 hat er mit ihr ein Verhältnis, am 20. Juli 1944, ausgerechnet, wird das zweite gemeinsame Kind geboren, eine Tochter namens Nanette-Dorothea. Alle paar Wochen verbringt Himmler mehrere Tage bei seiner Zweitfamilie, erst in Berlin, dann im mecklenburgischen Brückenthin, wo er sie auf dem Gutshof eines SS-Generals untergebracht hat. Im Dienstkalender aber steht an solchen Tagen jedes Mal „Unterwegs“ oder „Inspektionsreise“. Der Mann, der öffentlich von Ehre, Reinheit, Keuschheit und anderen Sekundärtugenden faselt, ist ein notorischer Bigamist, aber er bekennt sich nicht dazu. Sein Kalender ist ein Feigenblatt auch im Privaten.

Der zweite Name, der nicht in den Notizen erscheint, ist der von Hitler. Stattdessen immer „Führerrede“, „Essen beim Führer“, „Abfahrt zum Führer“. Der Unnennbare ist das Schwarze Loch, um das Himmlers Energien kreisen. Hündisch schnappt er jeden Brocken auf, den der „Führer“ ihm hinwirft. Nach dem Attentat vom 20. Juli wird er Befehlshaber des Ersatzheeres, später übernimmt er eine Heeresgruppe im Westen, Anfang 1945 leitet er den erfolglosen Gegenangriff gegen die Rote Armee in Pommern. Dabei versucht Himmler schon seit der Niederlage von Stalingrad, von seinen Kommandostellen in Ostpreußen und Oberbayern aus Verhandlungen mit den Westalliierten zu knüpfen. Dienstag, 30. Mai 1944, 16 Uhr: „Herr Wulff“. Wilhelm Wulff war ein Astrologe, der für Himmler die Horoskope von Stalin und Churchill stellte. Die gleiche Melange aus Machiavelli und Mumpitz spricht aus den Rassetheorien des „Reichsführers“, den Pseudoforschungen zum „Ahnenerbe“ und den heidnischen Julfesten, die er für seine SS-Schlächter veranstalten ließ. Der Organisator der Schoa war ein Kunde von Sterndeutern, das ist bekannt, aber hier steht es im Terminplan.

Man erkennt sofort die Melodie

Was Himmler wirklich dachte, sagte er in seinen Reden, deren Entwürfe hier mit abgedruckt sind. Etwa jene „Posener Rede“ vom 4. Oktober 1943, in der er sich mit der Massenvernichtung der europäischen **Juden** brüstet. Im Manuskript bleiben davon nur Stichworte: „Judenevakuierung. Bedeutung unserer Haltung“. Und weiter: „Gesetz der Auslese. Unser Blut. Treue. Gehorsam – bedingungslos. Gericht – gnadenlos. Exempel statuieren. Kameradschaft. Einiges Leben unseres Volkes“. Es sind nur wenige Töne, aber man erkennt sofort die Melodie, denn sie wird immer noch von Faschisten auf der ganzen Welt gespielt, sie hat ihre Schöpfer überlebt.

Himmlers Kalender zeige „einen intriganten, kleinlichen, pedantischen, nachtragenden, schulmeisterhaften, verbissenen und mitunter skurrilen Bürokraten“, schreiben die Herausgeber. Das ist als Charakterbeschreibung zugleich zu viel und zu wenig, es zeigt die Hilflosigkeit, die diese Figur auch am Ende einer langen Forschungsgeschichte immer noch auslöst. Hannah Arendt hat Himmler vor siebzig Jahren durch lauter Negationen zu fassen versucht: kein Hysteriker wie Hitler, kein Abenteurer wie Göring, kein verkommener Intellektueller wie Goebbels, kein Scharlatan wie Rosenberg, kein Spießler wie so viele andere.

Womöglich ist das immer noch die treffendste Annäherung an die Person des „Reichsführers SS“, nur mit der Ergänzung, dass er dies eben alles auch war, Hysteriker, Ideologe, Spießler und Scharlatan. Nach einer Besichtigung des Vernichtungslagers Sobibor, wo die SS zur Vorführung ihrer Massenmordmaschinerie eigens zweihundert jüdische Frauen und Mädchen aus der Umgebung zusammengetrieben hatte, entspannte er sich bei seiner Geliebten auf dem Land. Und nachdem er seine Paladine zur Beschaffung von „Juden für Bau“ und zum „Durchgreifen in den Niederlanden und Tschechei“ angetrieben hatte, telefonierte er mit „Püppi“ in Gmund.

*Kein Buch für den Büchertisch. Ein Band zum Grausen. Ein Menetekel auf Papier, zum Denken und Gedenken. Unvermeidlich. Unverzichtbar.*

*Matthias Uhl u. a. (Hg.): „Die Organisation des Terrors. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1943–1945“. Piper, 1148 Seiten, 48 Euro*

**Le Figaro (site web)**

jeudi 7 mai 2020 - 21:00 UTC +02:00 2218 mots

Économie ; Conjoncture

# Sortie de crise du coronavirus: le plan choc de l'IFRAP

Verdier-Molinié, Agnès

**DÉCRYPTAGE - La directrice du think tank dédié à l'analyse des politiques publiques présente en exclusivité au *Figaro Magazine* 10 réformes ciblées pour créer un électrochoc dans le pays.**

## 1- Sauver le plus d'entreprises possible

Sauver nos entreprises et nos emplois, c'est l'urgence d'aujourd'hui et surtout de demain. Nous avons la chance d'avoir en France des entrepreneurs formidables qui continuent d'entreprendre malgré tous les obstacles qu'ils ont sur leur route. Un véritable sacerdoce. Ces dernières années, ils ont tellement souffert, entre la pression fiscale française, les «gilets jaunes», les grèves à répétition... Et maintenant la crise du Covid-19. On entend que c'est quand même formidable d'avoir l'État dans ces moments-là, mais il n'est pas si présent dans cette crise.

Il a certes mis en place un dispositif favorable pour le chômage partiel, mais il pourrait faire beaucoup plus: porter à 100 % la garantie de l'État pour les TPE et PME, permettre le remboursement sur dix ans comme en Allemagne avec deux ans sans acquittement, autoriser les dettes Covid des entreprises à être comptées à part dans les bilans, faire des étalements longs (5 à 6 ans) pour les reports de charges et d'impôts, et des abandons de créances pour les entreprises qui n'auront pas pu payer d'ici à cinq ans. Évidemment, dans le tourisme, l'hôtellerie, la restauration, il faut dès maintenant annoncer l'abandon des créances de l'État et des Urssaf.

## 2- Desserrer l'étau fiscal des entreprises

Le plan actuel ne suffira pas pour sauver nos entreprises et nos emplois. Il faudra rapidement aller plus loin et baisser massivement les impôts des entreprises si nous ne voulons pas rester durablement à 12 % de chômage. Une baisse de 33 milliards permettrait la création de plus de 400.000 emplois et le retour à 8,5 % de chômage en 2025. Il convient donc de prendre des mesures structurelles qui vont améliorer la compétitivité de nos entreprises et renforcer la croissance de l'économie française: baisse de la fiscalité de production, notamment de la fiscalité locale, baisse des cotisations sociales à la charge des employeurs, particulièrement sur les salariés qualifiés pour lesquels peu d'allègements sont actuellement à l'œuvre, allègement du forfait social...

Dépenser le même montant en aides ou subventions sociales ne ferait qu'aggraver la situation française à moyen et long terme. Cela fait trop longtemps que l'on connaît le différentiel de 100 milliards d'impôts qui pèse en plus sur nos entreprises comparées à l'Allemagne. Si on ne desserre pas maintenant cet étau, jamais nous ne pourrions réindustrialiser la France, jamais nous ne récupérerons un taux de chômage décent. Ne pas le faire est un passeport pour l'appauvrissement collectif, long et douloureux.

Il est important de préparer l'avenir et renforcer la croissance de l'économie française d'après-demain. Chacune des dernières crises a durablement affaibli ce potentiel: la capacité de l'économie française à créer de la valeur hors l'effet de la conjoncture est passée de 1,8 % au début des années 2000 à 1,25 % aujourd'hui. Rien que la crise de 2008-2009 l'a fait baisser de l'ordre de 0,5 point. Si un tel affaiblissement devait suivre la crise actuelle, l'économie française serait définitivement déclassée.

## 3- Travailler plus!

On n'a pas le droit de le dire, à cause de nos syndicats qui souhaitent secrètement que tous les Français travaillent pour l'État avec un emploi à vie - sauf que c'est impossible. Nos syndicats veulent le zéro risque dans les usines françaises pour reprendre le travail? Nos entreprises auront toutes fait faillite avant que le virus ne cesse de circuler... Ce serait indigne de dire qu'il faudra travailler plus? Au contraire, ce n'est que la réalité. Travailler plus et plus longtemps. Partir beaucoup moins en vacances ou en RTT dans les mois qui viennent.

Débloquer le temps de travail hebdomadaire, débloquer les heures supplémentaires, repousser l'âge de départ à la retraite. Tout simplement nous retrousser les manches pour reconstruire notre économie. Cela ne fera pas peur aux Français qui sont volontaires pour travailler si leurs syndicats ne leur mettent pas des bâtons dans les roues avec des demandes exorbitantes. En temps normal, la France perd plus de 100 milliards de valeur ajoutée en faisant travailler moins, et moins longtemps ses salariés.

C'est le moment de se réveiller. Les pays qui nous entourent, même l'Italie, ont plus rouvert leurs usines que nous! L'Allemagne tourne déjà à 70 % de la normale dans la construction, par exemple. Les salariés du privé ont intégré le fait qu'ils vont majoritairement perdre en revenus cette année. Permettons-leur de sauver leurs emplois et leurs futurs revenus. Que le réveil ne ressemble pas à un tsunami de licenciements dont les syndicats, qui pour certains freinent la reprise, seraient coresponsables.

#### 4- Verrouiller la dette dans la Constitution

La France fonce droit dans un mur de la dette. D'ici à la fin du quinquennat, nous aurons atteint la barre fatidique des 3 000 milliards d'endettement. En 2023, plus de 599 milliards d'euros de dette arrivent à échéance qu'il va falloir refinancer. Non pas à cause des 100 milliards de dette que nous accumulons durant cette crise du Covid, mais à cause de notre incapacité à gérer correctement nos finances publiques. Non seulement le gouvernement n'a pas réduit la dette, mais il a joué dangereusement au jeu des primes d'émission. Un jeu qui permet de récupérer du cash pour faire baisser la charge de la dette en plaçant des obligations à des taux plus élevés que le marché.

À ce jeu-là, la France a «gagné» 20 milliards en 2019 selon la Cour des comptes. Nous avons surtout gagné plus de dette pour les années à venir! Cette situation mine la France, nous coupe des marges de manœuvre face à la crise et nous emmène vers l'écroulement de nos finances publiques si nous ne faisons rien. Pour empêcher la dette de nous submerger, nous devons la verrouiller avec un système de frein à l'endettement comme en Allemagne, en Suisse ou en Suède. Ce dispositif impliquera que, quand nous aurons retrouvé un PIB et un déficit public au niveau de 2019, la France ne puisse plus enregistrer des déficits quand elle est en croissance. C'est dès 2021 qu'il faut acter ce principe dans la Constitution pour éviter que le quinquennat suivant soit celui de la faillite de nos finances publiques.

#### 5- Rembourser le plus tard possible pour éviter l'effet boule de neige

Nous sommes face à la vague de déficits. Notre dette a une maturité à moyen-long terme actuellement d'environ onze ans. C'est dans notre intérêt à tous d'augmenter largement la maturité de cette dette pour éviter d'avoir des refinancements énormes à faire tous les ans dans les prochaines années. Il est inquiétant de voir que la politique du gouvernement est encore de contracter massivement des dettes à court terme ou indexées sur l'inflation comme si les reports de charges des entreprises allaient être intégralement payés, comme si la crise n'allait pas durer...

La France doit emprunter maintenant à long terme (50, 80 ans, voire 100 ans), afin que les futurs gestionnaires de la France ne soient pas dans une impasse vertigineuse si les taux devaient flamber, entraînant une charge de la dette qui explose et l'impossibilité de payer les retraites ou les agents publics...

#### 6- Baisser les impôts sur la transmission

Beaucoup s'inquiètent en ce moment du fait que les Français (à juste titre, nous ne savons pas de quoi demain sera fait) épargnent à hauteur de 20 % de leurs revenus. Pour débloquer cette épargne et doper notamment l'investissement immobilier, plusieurs actes peuvent être décidés rapidement: moratoire sur la taxation des donations pour permettre de faire circuler le patrimoine entre générations.

Poser un moratoire aussi en 2020 et 2021 sur les droits de mutation (frais de notaire) immobiliers afin de faire repartir le marché plus vite. Dans un second temps, il faudra penser à mettre à zéro les droits de succession comme en Suède, c'est la meilleure idée pour conserver et transmettre nos entreprises familiales en France et réindustrialiser notre pays. Les Suédois l'ont bien compris, nous pas encore.

## 7- Faire revenir les exilés fiscaux

Avec Sarkozy, ils ne sont pas revenus, avec Hollande non plus et seulement très timidement avec Macron. Nous avons pourtant à nos portes (Belgique, Suisse, Luxembourg, Royaume-Uni...) des forces vives expatriées, que nous avons fait partir avec une fiscalité stupide et confiscatoire. Rien que l'ISF a fait partir 173 milliards d'euros de France. Aujourd'hui, nous avons besoin de ces citoyens qui aiment leur pays pour investir dans notre appareil productif.

Nous devons privilégier ces investisseurs français de l'étranger et leur aménager la fiscalité: pas de taxation des plus-values de cession, pas de taxation des dividendes, suppression de l'IFI, amnistie fiscale sans taxation avec abandon immédiat des redressements et des poursuites fiscales en cas de rapatriement de leurs capitaux, c'est maintenant qu'il convient de marquer un grand coup pour donner envie d'investir dans notre tissu entrepreneurial. Ce n'est plus le temps des mots, c'est celui des actes.

## 8- Décentraliser et décloisonner la santé

On disait du système français que c'était le meilleur système de santé au monde? Les hommes et les femmes qui le servent certainement mais pour l'organisation, c'est clairement non. Avec les mêmes dépenses par rapport au PIB que l'Allemagne en santé, la France a montré ses limites pendant la crise. Hypercentralisé, hyperadministratif, manquant d'agilité, ne faisant pas travailler public et privé de concert, notre système est au bout de sa logique. Le sujet n'est pas plus de lits ou plus de moyens mais mieux de lits et mieux de moyens.

Pour cela, il faut décentraliser et décloisonner la santé, cela passe par la prise de pouvoir des régions sur la politique publique de santé en sortant des idées reçues et en suivant le modèle allemand: concurrence entre les assureurs, autonomie des établissements, délégation de service public, y compris pour les hôpitaux, investissements dans les technologies, prévention, revalorisation de la médecine de ville avec système de gardes au niveau local, suppression du statut de la fonction publique hospitalière, contractualisation, téléconsultation déréglée... Si on veut un système de santé agile, c'est cela qu'il faut faire.

## 9- Décentraliser aussi l'éducation

La fin du confinement va marquer la fin de la politique unique d'enseignement pour tout le territoire. Certaines écoles se sont très bien adaptées à l'enseignement à distance, d'autres moins, certaines écoles rouvriront, d'autres pas. On a pu comparer les écarts d'agilité numérique entre les écoles publiques et les écoles privées. C'est l'occasion de se dire que l'enseignement aussi doit être géré plus au niveau local et pas depuis Paris. Les enjeux ne sont pas du tout les mêmes d'une ville à l'autre, d'un village à l'autre, d'une région à l'autre. Du choix, de la flexibilité, des expérimentations locales, l'Éducation nationale gagnera (et nous et nos enfants avec) à devenir régionale et se réinventer.

## 10- Faire maigrir l'administration

Où était passée la e-administration pendant le confinement? Pourquoi dans autant de ministères a-t-on vu les services quasiment à l'arrêt alors que dans la justice ou les finances rien n'empêche le télétravail? Alors que l'on nous dit qu'une grosse partie des agents télétravaillent déjà en temps normal? Cela ne semble pas cohérent. La crise sanitaire l'a montré, notre administration n'est pas prête. Elle l'est beaucoup moins que les entreprises qui ont basculé dans le télétravail plus facilement. Nous n'avons pas besoin d'une administration avec les repères et les réflexes des années 1980, mais d'une administration qui réagit vite avec tous les outils de connexion et de communication à distance.

Pourquoi les contentieux sont-ils bloqués, pourquoi ne peut-on plus déposer de permis de construire? Pourquoi a-t-on le sentiment d'une administration à l'arrêt (sauf pour les déclarations d'impôts)? Après avoir sauvé nos entreprises, le déficit public sera encore abyssal et la dette devra baisser, il faudra moderniser et faire maigrir nos administrations, car nous aurons besoin de faire baisser les dépenses de fonctionnement de notre pays qui asphyxient les investissements publics et privés. Réduction du nombre d'administrations, recentrage de l'État sur ses missions régaliennes, développement du numérique, évaluation de l'efficacité de chaque euro dépensé par un Parlement contrôleur des politiques publiques pas juste en mots. À partir de 2022, pour faire face à la dette, ce chantier sera prioritaire.

# « La politique monétaire de la BCE au cœur de la guerre des juges et du conflit de souveraineté »

## TRIBUNE

**Guillaume Grégoire**

Chercheur en droit économique et théorie du droit à l'Université de Liège

Le juriste Guillaume Grégoire observe dans une tribune au « Monde » que la décision de la Cour constitutionnelle allemande à l'encontre de la BCE souligne à la fois le conflit entre les juridictions européennes et le déficit de démocratie de la gouvernance économique dans l'Union

Publié hier à 12h33 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** Coup de tonnerre dans le ciel, déjà nuageux, de l'économie européenne. La Cour constitutionnelle allemande a, dans une décision rendue mardi 5 mai et d'une portée considérable pour l'avenir de l'intégration européenne, vertement critiqué la politique de rachat de dette publique de la Banque centrale européenne (BCE).

Ce faisant, elle a frontalement contesté l'autorité de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE), qui avait préalablement validé ce programme à l'occasion d'une question préjudicielle posée par ces mêmes juges allemands. Derrière la « guerre des juges » qui se profile, et les conséquences institutionnelles et économiques qu'elle implique, cet affrontement n'est pourtant que le résultat prévisible, sinon inéluctable, de la sanctuarisation, dans les traités européens, de principes particulièrement précis de gouvernance publique de l'économie.

Depuis les fameux arrêts *Costa/Enel* (15 juillet 1964) et *Internationale Handelsgesellschaft* (17 décembre 1970), par lesquels la CJUE a affirmé la primauté absolue du droit européen sur le droit des Etats membres, fût-il constitutionnel, se pose la question du « *pouvoir du dernier mot* » entre juridictions suprêmes nationales et européennes.

## **Une confrontation inévitable**

En l'état actuel, cette question ne peut en vérité trouver de réponse absolue, puisque, du point de vue interne des Etats membres et de leurs juridictions constitutionnelles respectives, les traités européens ne sont valides qu'en raison de leur intégration en droit national par une loi, voire par une disposition constitutionnelle. À ce titre, ces traités restent soumis en tout état de cause (fût-ce en dernier recours) à l'autorité de la juridiction nationale suprême.

On se retrouve dès lors dans une situation où, à l'intérieur de la logique juridique respective de l'Union européenne et des Etats membres, chacun se considère légitime à imposer son autorité et ses décisions ! N'en déplaise à certains, cette situation n'est en réalité que la traduction judiciaire du débat récurrent sur la souveraineté – qui, par définition, ne peut être partagée.

Dans cette configuration, le spectre d'une confrontation ouverte entre juridictions suprêmes européennes et national ne pouvait être écarté. Nous y sommes aujourd'hui. Au cœur de cette « *guerre des juges* » et de ce conflit de souveraineté : la politique monétaire de la BCE et ses conséquences économiques. Plus

spécifiquement, c'est le programme d'acquisition de titres du secteur public (*Public sector purchase program* - PSPP), par lequel le système européen de banques centrales rachetait une partie des dettes publiques des Etats membres, qui se trouve dans le viseur de la Cour constitutionnelle allemande.

## Un impact majeur sur l'économie européenne

Si cette dernière n'a pas censuré définitivement ce programme – laissant trois mois à la BCE pour justifier de sa proportionnalité au regard des effets économiques de telles mesures « *non conventionnelles* » –, elle a toutefois mis un sérieux coup d'arrêt à la politique expansionniste de la BCE.

Or, quand bien même les juges allemands de Karlsruhe ont précisé que leur décision ne s'appliquait pas aux mesures prises par l'Union européenne pour lutter contre les effets économiques dévastateurs du Covid-19, le plan d'urgence anti-pandémie de la BCE (*Pandemic emergency purchase programme* - PEPP) consiste, précisément, à réactiver et à étendre ces rachats d'actifs publics.

Outre, les tensions institutionnelles qu'elle induira presque inmanquablement, la décision allemande risque donc bel et bien d'avoir un impact majeur sur les marchés financiers et, par contrecoup, sur l'économie européenne.

## Une question de principe et de procédure

Derrière ces considérations juridico-économiques d'une complexité extrême, on ne peut cependant s'empêcher d'éprouver un certain malaise : pourquoi une question aussi essentielle pour les Etats (*a fortiori* en temps de crise) que la politique économique et monétaire finit-elle, en dernière instance, par être tranchée par des juridictions comme un vulgaire litige technico-juridique, et non par des institutions chargées d'assumer, devant les citoyens, le caractère proprement politique de leurs décisions ?

Il est à cet égard frappant de constater que le contrôle exercé par la Cour constitutionnelle allemande est opéré au nom du « *principe démocratique* », considéré comme un élément essentiel de l'« *identité constitutionnelle* » de la République fédérale d'Allemagne.

Aux yeux des juges allemands, l'indépendance de la BCE, quoique réputée justifiée eu égard à la technicité de la matière, porte cependant atteinte au principe démocratique et nécessite, de ce fait, un contrôle juridique étendu du respect strict de son mandat.

## Une situation paradoxale

On se retrouve par conséquent dans une situation kafkaïenne où une institution indépendante et technocratique (le juge constitutionnel allemand) sermonne, au nom du principe démocratique, une autre institution indépendante et technocratique (le juge européen) pour ne pas avoir suffisamment contrôlé un troisième organe indépendant et technocratique (le banquier central).

Cette position pour le moins paradoxale, et difficilement tenable d'un point de vue logique, n'est pourtant que la conséquence inéluctable du processus de consécration progressive, dans les traités européens, de nombreuses règles économiques particulièrement précises. Cette sanctuarisation confisque la liberté des citoyens européens d'orienter, par leur vote, les choix de politique économique, au risque d'exposer la construction européenne au reproche du « *déficit démocratique* ».

Si la Cour constitutionnelle allemande agit, certes, au nom d'une certaine orthodoxie monétaire, elle interroge cependant, en creux et peut-être à ses dépens, le principe même d'une constitutionnalisation de l'économie, qui conduit à sortir du débat démocratique certains des sujets les plus importants pour l'avenir de nos sociétés.

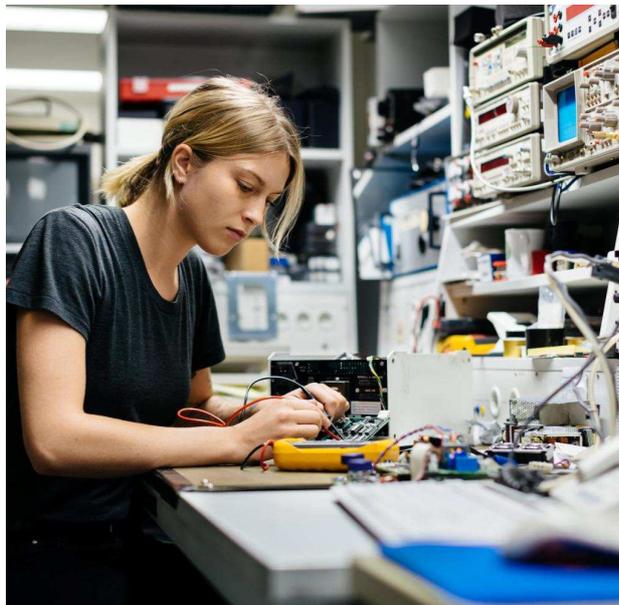
**Guillaume Grégoire** est également chercheur invité à l'Institut de droit comparé du Centre de droit européen de l'Université Paris 2 Panthéon-Assas et au Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb de München.

<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/article207833553/Gleichberechtigung-in-MINT-Berufen-Frauen-koennen-sich-nicht-richtig-verhalten.html>

**KARRIERE**MINT-BERUFE

## „Es ist schon ziemlich hart, was Frauen sich anhören müssen“

Stand: 11:27 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



In Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik liegt der Frauenanteil noch immer bei nur 15 Prozent

Quelle: Getty Images

In naturwissenschaftlichen und technischen Berufen sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Wer es versucht, fühlt sich mitunter fehl am Platz, kündigt – und ist als wichtige Fachkraft verloren. Denn im Büro stecken Frauen in einem Dilemma.

Das Gefühl, am falschen Ort zu sein, nagte schon lange an ihr. Immer wieder schob sie es von sich weg, doch Ende 2019 sah Mara Schmidt\* nur noch einen Ausweg: die Kündigung – und das nach fast 18 Jahren als Fertigungsplanerin bei einem Industriekonzern.

Das größte Problem, so erzählt sie, sei die Atmosphäre gewesen. „Es ging viel zu oft nur darum, oberflächliche Ziele zu erreichen.“ Getrieben wurde der interne Wettbewerbsdruck aus ihrer Sicht vor allem von den Männern, die in ihrer Abteilung die große Mehrheit bilden.

„Die Kollegen brauchten nur eine Kennzahl, an der sie gemessen werden, dann taten sie alles, um die zu erreichen“, sagt Schmidt.

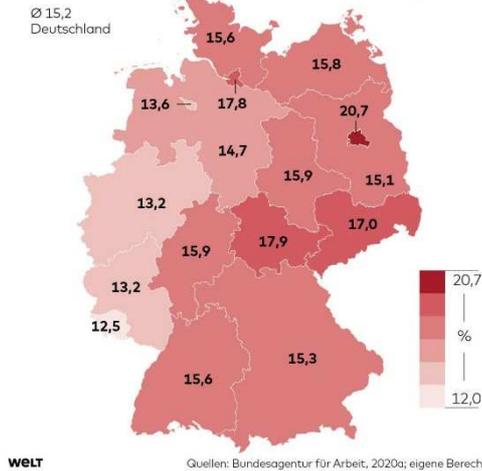
Gestört habe sie zum einen, dass nicht hinterfragt wurde, wie sinnvoll dieses Ziel überhaupt ist. Und zum anderen, dass am Ende der als am erfolgreichsten galt, der seine Lösung am lautesten

anpries. „Damit konnte ich schon immer schwer umgehen“, sagt Schmidt. „Irgendwann fehlte mir die Kraft, um immer wieder meine inneren Widerstände zu überwinden.“ Sie plant nun, als Quereinsteigerin in den Lehrerberuf zu gehen. Ihren richtigen Namen möchte sie nicht nennen, um Gerede bei den früheren Kollegen zu vermeiden.

### Frauenanteil in MINT-Berufen

Frauenanteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in MINT-Berufen, in Prozent

Stichtag: 30. September 2019



welt

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, 2020a; eigene Berechnungen

Quelle: Infografik WELT

Berichte wie dieser sind seltener geworden, seit sich Unternehmen Gleichstellung und Familienfreundlichkeit auf die Fahnen geschrieben haben. Dennoch ist der Frauenanteil in klassischen Männerdomänen noch immer gering. In MINT-Berufen – also Jobs in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – etwa ist er laut dem Institut der deutschen Wirtschaft zuletzt leicht gestiegen: von knapp 14 Prozent im Jahr 2012 auf allerdings noch immer geringe gut 15 Prozent 2019. Die Ursachen für die niedrige Anzahl an Frauen sind vielfältig. Meist beginnen sie schon in der Kindheit. Doch auch die wenigen Frauen, die sich für die Bereiche entscheiden und die man angesichts des Fachkräftemangels dringend braucht, fühlen sich in diesem Umfeld oft schlecht aufgehoben.

### Auftreten, Netzwerk und Marketing als Erfolgsfaktoren

Zugrunde liegt eine Mischung von Ursachen. Dazu zählen laut Wiebke Ankersen die Nachwirkungen unterschiedlicher Erziehung und verschiedene Erwartungshaltungen an Männer und Frauen. Ankersen ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen AllBright-Stiftung, die sich für mehr Diversität und Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft einsetzt. „Jungen werden eher ermuntert in den Wettbewerb zu gehen als Mädchen“, sagt sie. „Das ist so verinnerlicht, dass es bis ins Arbeitsleben wirkt. Sind Männer weitgehend unter sich, ist der Umgang oftmals rauer.“

Hinzu kommen kann für Frauen das Gefühl, geringgeschätzt zu werden. So ist es bei Svenja Kerner-Müller\*, die als Ingenieur-Psychologin in der Innovationsforschung arbeitet. „Es ist schon ziemlich hart, was Frauen sich anhören müssen“, sagt sie. Typisch sei eine Situation, die sie beim Mittagessen erlebte. Gesprächsthema war, dass Frauen in Physik im Ausland öfter promovierten als hierzulande. „Ein Kollege argumentierte, dass dort die Ansprüche viel niedriger sind“, sagt Kerner-Müller. „Er denkt also, Frauen schaffen es nur, weil es einfacher ist.“ Ein Einzelfall sei das nicht, an solche Sprüche müsse man sich gewöhnen.

„Stereotype sind in der Gesellschaft und damit auch in Unternehmen noch immer sehr verbreitet“, sagt Martina Schraudner. Die Professorin leitet das Fachgebiet „Gender und Diversity in der Technik und Produktentwicklung“ an der Technischen Universität Berlin. Sie hat mehrere Befragungen unter Führungskräften großer Unternehmen durchgeführt. Weibliche Führungskräfte werden demnach als empathisch und sachorientiert wahrgenommen, männliche als durchsetzungsstark.

Als entscheidend für den beruflichen Erfolg wurden aber fast ausschließlich solche Faktoren genannt, die zuvor den Männern zugeschrieben wurden, etwa auch selbstbewusstes Auftreten, gutes Netzwerk, Selbstmarketing. „Das führt dazu, dass Frauen beruflich weniger zugetraut wird. Männer gelten als kompetenter“, sagt Schraudner. In vielen Fällen passiere das nicht absichtlich, sondern unbewusst.

### **Unternehmen müssen klare Ziele verankern**

Für Frauen, die in männlich dominierten Bereichen erfolgreich sein wollen, könnten diese Denkmuster unangenehme Folgen haben. Sie seien ein Grund dafür, dass Frauen das Gefühl hätten, sich besonders stark anpassen zu müssen. „Frauen können sich nicht richtig verhalten. Den einen zeigen sie zu weibliche Verhaltensweisen, den anderen zu männliche“, sagt Schraudner. Das Gefühl, sich anpassen zu müssen, führe zu Unzufriedenheit – und im Extremfall dazu, dass sie das Unternehmen verlassen.

Ähnliche Situationen kennt Sophia Hatzelmann, die sich im Verband deutscher Unternehmerinnen für Frauen in MINT-Berufen engagiert. Der Ingenieurin ist allerdings wichtig, Frauen grundsätzlich nicht in der Opferrolle zu sehen. Zum einen gebe es Unternehmen, in denen

entsprechende Probleme keine Rolle spielten. Zum anderen sieht sie Frauen auch selbst in der Verantwortung.

„Wer im Beruf erfolgreich sein will, muss bereit sein, Opfer zu bringen. Dazu gehört, enormen Druck und viele angespannte Situationen auszuhalten. Das ist auch für Männer anstrengend“, sagt Hatzelmann. „Aber es lohnt sich, das tun. Viele Frauen machen das auch und sind damit glücklich.“ Wichtig ist auch ihr, bestehende Stereotype aufzubrechen. Hilfreich sei, aktiv vor Augen zu führen, wenn man sich in die Ecke gedrängt fühle. „Und man kann in solchen Situationen versuchen gegenzuspielen.“ Sie bezeichnet es als Spiegeleffekt: Wenn man das Verhalten des Gegenübers imitiere, würde das entweder auf Sympathie oder Irritation stoßen. In beiden Fällen habe man Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit erzielt.

Aus Sicht von AllBright-Expertin Ankersen müssen Unternehmen ein klares Ziel verankern: „Wenn ganz oben Frauen mitreden, hat das Strahlkraft“, sagt sie. Es signalisiere anderen Frauen im Unternehmen, dass der Weg nach oben frei ist, dass sie erwünscht sind – und es verändere den Ton in der Organisation, wenn eine signifikante Zahl an Frauen mitgestaltet. Gutes Beispiel sei Schweden. „In schwedischen Unternehmen sind wesentlich mehr Frauen in Führungspositionen“, sagt sie. „Die Kultur ist dadurch eine ganz andere. Diese gewisse Breitbeinigkeit, mit der Männer in Deutschland oft noch auftreten, ist dort inzwischen verpönt, das gilt als unzivilisiert.“

In den USA und Skandinavien sei man weiter, Deutschland hinke hinterher. Immerhin einige Konzerne hätten mehr als eine Frau im Vorstand, etwa Daimler, Allianz und die Telekom. Als gutes Beispiel sieht sie auch SAP – obgleich der Softwarekonzern sich von Jennifer Morgan als Chefin getrennt hat. „Dort wird intensiv an der Unternehmenskultur gearbeitet und viel Neues ausprobiert. Diese Offenheit ist die Voraussetzung für eine Änderung der Kultur.“ Der Konzern fördere mobiles Arbeiten, Führung in Teilzeit, und er binde Väter verstärkt in Vereinbarkeitsmaßnahmen ein, um eine bessere Balance von Männer- und Frauenkarrieren zu erreichen. „SAP muss jetzt aber auch zeigen, wie ernst es ihnen mit weiblicher Kompetenz in der Führung ist und so schnell wie möglich eine weitere Frau in den Vorstand berufen – und dort halten“, sagt Ankersen. „Das gilt natürlich auch für alle anderen deutschen Konzerne.“

*\*Name geändert*

[https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2020/05/08/l-institut-montaigne-veut-il-supprimer-des-conges-payes-le-vrai-du-faux\\_6039106\\_4355770.html](https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2020/05/08/l-institut-montaigne-veut-il-supprimer-des-conges-payes-le-vrai-du-faux_6039106_4355770.html)

# L'Institut Montaigne veut-il « supprimer des congés payés » ? Le vrai du faux

Le think tank libéral milite effectivement pour un relèvement du temps de travail pour faire face à la crise économique. Il s'agit toutefois de mesures temporaires.

Par [William Audureau](#) Publié aujourd'hui à 17h13, mis à jour à 18h20



La France passera-t-elle de cinq semaines de congés à quatre ? C'est ce que semble indiquer une publication très commentée sur Facebook. Celle-ci, mise en ligne par une page adepte des informations approximatives, « La vraie d

émocratie », dénonce les propositions libérales de l'Institut Montaigne. Sans se prononcer sur le bien-fondé de ces dernières, une remarque s'impose : elles sont ici présentées de manière exagérée.

## Ce que dit la publication

Sous le titre : « Un institut souhaite supprimer des congés payés », la page « La vraie démocratie » explique, en citant un extrait de BFM-TV :

*« Pour relancer l'économie, l'Institut Montaigne souhaite supprimer une semaine de vacances, un jour férié et les RTT des salariés sans pour autant faire participer les actionnaires à l'effort national. »*

## UN RÉSUMÉ FIDÈLE DANS LES GRANDES LIGNES...

L'esprit général de la proposition du *think tank* libéral est bel et bien traduit. Celui-ci milite en effet pour, [selon ses termes](#), « une nécessaire augmentation de la durée moyenne du travail », et « un soutien aux entreprises qui souhaitent accroître le temps de travail ».

Parmi les mesures précises figure en effet la proposition de « supprimer le jeudi de l'Ascension comme jour férié ». Chaque jour travaillé est un jour permettant de créer de la richesse et de relancer l'économie, estime Bertrand Martinot, l'économiste auteur de cette note. « D'après l'Insee, travailler un jour ouvré supplémentaire accroît l'activité en moyenne de 0,07 point de PIB en semaine », argumente-t-il [dans sa version détaillée](#).

Parmi les autres mesures on trouve l'idée de « *supprimer une dizaine de jours de RTT* » pour les fonctionnaires, afin d'arriver à un équivalent de trente-sept heures par semaine et ainsi contribuer à la hausse de l'activité. Concernant les salariés du privé, le *think tank* recommande de faciliter le rachat de RTT, un dispositif permettant à un employeur d'échanger un jour chômé contre son équivalent en salaire. Une mesure « *d'incitation* » à l'accroissement du temps de travail.

## ... MAIS DES PRÉCISIONS IMPORTANTES MISES DE CÔTÉ

### 1. Les congés payés ne sont pas vraiment menacés

La proposition de l'Institut Montaigne porte uniquement sur la durée des vacances scolaires :

*« Si notre pays doit s'engager dans un accroissement global du temps de travail pour redresser notre économie, c'est en fait l'ensemble de la population active qui doit être concerné. Les écoles et les crèches publiques doivent être ouvertes plus longtemps, la durée des congés scolaires légèrement diminuer. »*

Pourquoi s'en prendre aux congés scolaires ? Parce que ceux-ci correspondent à une chute mécanique de la production, explique plus loin l'économiste Bertrand Martinot :

*« On sait que la décision de fermer les écoles lors du lundi de Pentecôte a à peu près vidé de son efficacité la mesure initiée en 2004 de supprimer ce jour férié, les entreprises n'ayant d'autre choix que de laisser leurs salariés prendre un jour de congé. Il en est simplement resté une taxe supplémentaire, la contribution de solidarité, sans que cette taxation ne corresponde véritablement à un surcroît de richesses créées. »*

Autrement dit, il s'agit de limiter la prise massive et simultanée de congés payés pour permettre aux entreprises de maintenir leur niveau de production. Mais, à part pour les enseignants, cette mesure ne s'accompagne pas d'une perte de droits aux congés payés. Ceux-ci sont seulement amenés à être posés à un autre moment, en ordre plus dispersé.

### 2. Des mesures définitives, d'autres temporaires

Autre aspect à prendre en compte : toutes les propositions évoquées ne s'inscrivent pas dans la même temporalité.

Concernant le jour férié de l'Ascension, l'Institut Montaigne milite pour sa suppression pure et simple, à titre définitif.

D'autres propositions sont limitées dans le temps. La suppression sans compensation des RTT de fonctionnaires se ferait, elle, « *à titre provisoire* ». Néanmoins, la question de l'allongement du temps de travail dans la fonction publique aurait vocation, « *à moyen terme* », à être réexaminée. Le rachat de RTT serait autorisé « *par exemple jusqu'en 2022* ».

Enfin, certaines relèvent d'une mesure exceptionnelle, comme le raccourcissement d'une semaine des vacances scolaires, qui concernerait uniquement les vacances de la Toussaint 2020. Sur BFM-TV, le directeur de l'Institut Montaigne précise sa pensée : « *Si, arrivé au mois de septembre, on est parvenu à relancer l'économie, à sauver des emplois, est-ce qu'il est normal de s'arrêter deux semaines à la Toussaint ?* » Les vacances scolaires reviendraient à la normale en 2021.

En conclusion, le *think tank* pousse bel et bien un agenda extrêmement libéral, au nom du soutien à l'activité économique. Néanmoins, ses recommandations les plus spectaculaires sont bornées dans le temps et le court terme et ne remettent pas en question pour les Français, hors professions scolaires, le nombre de semaines de congés payés. Elles inscrivent toutefois clairement la question de l'allongement de la durée du travail dans le temps.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/kritik-an-ezb-urteil-was-gesagt-werden-muss-muss-gesagt-werden-16760755.html>

KRITIK AN EZB-URTEIL:

# Was gesagt werden muss, muss gesagt werden

- EIN KOMMENTAR VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 08.05.2020-21:49



Den absoluten Gehorsam, den der Europäische Gerichtshof für sich reklamiert, den könnte es nur in einem europäischen Bundesstaat geben – das aber ist die EU nicht.

Was gesagt werden muss, muss mitunter gesagt werden – auch wenn es gefährlich sein kann. Das Bundesverfassungsgericht hat gerade ernst gemacht mit seiner jahrelang erhobenen Mahnung, EU-Organe, insbesondere die EZB, müssten sich im Rahmen ihres Mandats halten. Es kann sich natürlich nicht anmaßen, als nationales Gericht europäischen Institutionen den Stecker zu ziehen.

Aber es muss darauf achten, dass sie nicht aus dem Ruder laufen, denn der europäische Staatenverbund zieht seine Legitimation aus den Mitgliedstaaten. Es muss die ganz große Ausnahme bleiben, dass ein Staat der EU in den Arm fällt, dass ein nationales Verfassungsgericht die Gefolgschaft verweigert.

Aber den absoluten Gehorsam, den der Europäische Gerichtshof für sich reklamiert, den könnte es nur in einem europäischen Bundesstaat geben – das aber ist die EU nicht, weil es die Staaten und deren Bürger offenbar bisher nicht wollen. Der Mehrzahl der Verfassungsgerichte der EU-Mitgliedstaaten kennt nicht ohne Grund die Möglichkeit einer Letztkontrolle.

Das ist keine Karlsruher Spezialität, auch wenn es hier als Vorbild gedient hat. Ein schlechtes Vorbild? Nein. Die Gefahr geht von eingefleischten EU-Gegnern aus. Von denen darf man sich aber nicht abhängig machen. Die grundsätzlich fruchtbare Zusammenarbeit auch mit EZB und Gerichtshof sollte keinen Schaden nehmen. Was gesagt werden muss, muss gesagt werden.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/euro-krise-corona-die-iberische-halbinsel-ruft-nach-hilfe-16759102.html?premium>

SPANIEN UND PORTUGAL IN NOT:

## Hilferufe von der iberischen Halbinsel

- EIN KOMMENTAR VON HANS-CHRISTIAN RÖSSLE
- -AKTUALISIERT AM 09.05.2020-08:47

Von der Euro-Krise hatten sich Spanien und Portugal erholt. Nun stehen beide Länder infolge der Coronavirus-Pandemie wieder am Abgrund. Was nun?

Die erste Corona-Welle flaut langsam ab, doch nun blickt die Iberische Halbinsel in den wirtschaftlichen Abgrund. Spanien und Portugal hatten sich gerade von der Euro-Krise erholt, jetzt weckt die Gesundheitskrise die Dämonen der Vergangenheit. Fast so groß wie die Angst vor dem Virus ist unter Spaniern und Portugiesen die Sorge vor seinen zerstörerischen Folgen für die Wirtschaft. In der großen Finanzkrise vor gut einem Jahrzehnt brachen Existenzen zusammen. Müssen viele bald noch einmal von vorne anfangen?

In Spanien droht eine Arbeitslosenquote von 19 Prozent, mehr als vier Millionen Arbeitnehmer arbeiten kurz. In Portugal mit seinen gut zehn Millionen Einwohnern ist für mehr als eine Million Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. Die Arbeitslosenquote könnte sich auf 14 Prozent verdoppeln.

### Virus macht Erfolge zunichte

Das Coronavirus macht in wenigen Monaten die Erfolge zunichte, die beide Staaten in den harten Jahren der wirtschaftlichen Konsolidierung erzielten. Weder auf Spanien noch auf Portugal trifft der pauschale Vorwurf aus Nordeuropa zu, sie hätten zu früh auf Reformen verzichtet, die sie krisenfest machen. Spanien hat seine Defizite gesenkt, das Rentenalter erhöht und den Arbeitsmarkt liberalisiert. Die Portugiesen zahlen heute so viel Steuern wie nie zuvor. Jahrelang tilgte die Regierung in Lissabon die Schulden, statt wieder zu investieren.

In diesem Jahr hatte das Land, das vor dem Bankrott stand, den ersten Haushalt mit einem Überschuss geplant. Jetzt rächen sich die nach der Euro-Krise von Brüssel und Berlin geforderten Kürzungen, denn die Einsparungen im Gesundheitswesen trugen dazu bei, dass Spaniens Kliniken völlig überlastet waren.

Die Iberische Halbinsel ist robuster geworden in der letzten Dekade, aber sie ist nicht stark genug für die Wucht des Virus, mit der selbst Deutschland nur schwer fertig wird. Aber der finanzielle Spielraum für Spanien und Portugal ist viel geringer, denn sie sind immer noch hoch verschuldet. In Portugal wird die Staatsschuldenquote voraussichtlich von 117 Prozent auf mehr als 130 Prozent steigen, in Spanien auf 115 Prozent. Gleichzeitig könnte die Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt um bis zu 13 Prozent (Spanien) und 8 Prozent (Portugal) schrumpfen. Spanien steht vor einer der schlimmsten Rezessionen in der Eurozone, in Portugal spricht man vom „härtesten Quartal in unserer Wirtschaftsgeschichte“.

### Touristen bleiben fern

Das liegt vor allem daran, dass die Touristen ausbleiben, der Wachstumsmotor. Mehr als hundert Millionen Ausländer reisten im vergangenen Jahr an portugiesische und spanische Strände und sorgten für Einnahmen von mehr als hundert Milliarden Euro und Hunderttausende Arbeitsplätze. Nun sind die Hotels geschlossen, die Strände verwaist. Spanier dürfen momentan nicht einmal ihre Heimatprovinz verlassen. Viele Hoteliers geben den Sommer schon verloren. Eine zweite Infektionswelle könnte auch eine Erholung im Herbst gefährden, wenn die Hochsaison auf den Kanaren beginnt. Und der Schutz vor Corona wird das Reisen teurer machen, das stellt Geschäftsmodelle in Frage.

Die Tourismusbranche muss sich schnell neu erfinden, denn die Industrie ist in Spanien und Portugal nicht sonderlich stark und sehr vom Automobilbau abhängig. VW fährt seine Produktion gerade wieder hoch, bei Peugeot (PSA) verzögert sie sich in Spanien möglicherweise bis Juli; Nissan erwägt angeblich, das Werk in Barcelona zu schließen. Große Unternehmen haben mehr Ressourcen, um eine längere Krise zu überstehen. Die vielen kleinen und Kleinstfirmen auf der Iberischen Halbinsel mit weniger als zehn Mitarbeitern treibt der Stillstand schneller in die Insolvenz. In Spanien machen sie knapp 95 Prozent aller Unternehmen aus. Ein solider Mittelstand wie in Deutschland fehlt.

Allein werden es Spanien und Portugal nicht schaffen. Von der Forderung nach baldiger Einführung von Corona-Bonds, also gemeinsamer Haftungsübernahme für Schulden im Euroraum, sind sie zwar vorerst abgerückt, aber sie wollen auf keinen Fall zurück in eine von Brüssel diktierte Austerität. Um die EU-Partner zu schneller Hilfe zu bewegen, müssten Madrid und Lissabon aber einen überzeugenden Plan für die Wiederbelebung der Wirtschaft vorlegen.

Das setzt politischen Konsens voraus, von dem besonders Spanien weit entfernt ist. Beide sozialistischen Regierungschefs haben keine eigene Mehrheit im Parlament. Die linken Parteien, die sie stützen, träumen von einem Grundeinkommen und Verstaatlichungen. In Portugal zog man bisher politisch an einem Strang, in Spanien streiten sich die Parteien. Eines haben Spanier und Portugiesen jedoch gemeinsam: Sie zählen zu den überzeugtesten Europäern; Europa-Skeptiker hatten dort bisher keine Chance. Auf der Iberischen Halbinsel werden die Menschen die EU daran messen, ob sie ihnen auch jetzt, in der größten Krise seit der Rückkehr zur Demokratie, zur Seite steht.

Steinmeier: "Es gibt kein Ende des Erinnerns"

## Die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Bundespräsident Steinmeier mahnt zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, es gebe "keine Erlösung von unserer Geschichte". Sehen Sie hier die ganze Rede.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zusammen mit den anderen Spitzen des Staates der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus durch die Alliierten vor 75 Jahren gedacht. Er rief dazu auf, die Demokratie in Deutschland und den Zusammenhalt Europas zu verteidigen. ZDFheute dokumentiert hier die Rede im Wortlaut:

"Heute vor 75 Jahren ist in Europa der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen.

Der 8. Mai 1945 war das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das Ende von Bombennächten und Todesmärschen, das Ende beispielloser deutscher Verbrechen und des Zivilisationsbruchs der Shoah. Hier in Berlin, wo der Vernichtungskrieg erdacht und entfesselt worden war und wohin er mit aller Wucht der Zerstörung zurückkehrte – hier in Berlin wollten wir heute gemeinsam erinnern.

Wir wollten erinnern – gemeinsam mit Vertretern der Alliierten aus dem Westen und aus dem Osten, die diesen Kontinent – unter größten Opfern – befreit haben. Gemeinsam mit unseren Partnern aus allen Teilen Europas, die unter deutscher Besatzung gelitten haben, und dennoch zur Versöhnung bereit waren. Gemeinsam mit den Überlebenden deutscher Verbrechen und den Nachfahren der Opfer, von denen so viele uns die Hand ausgestreckt haben. Gemeinsam mit all denen auf der Welt, die diesem Land die Chance gegeben haben, neu anzufangen.

Wir wollten erinnern – auch mit den Älteren in unserem Land, die jene Zeit selbst erlebt haben. Hunger, Flucht, Gewalt, Vertreibung – alles das haben sie als Kinder durchlitten. Nach dem Krieg haben sie dieses Land aufgebaut, im Osten wie im Westen.

Und wir wollten mit den Jüngeren gedenken, die heute, drei Generationen später, fragen, was die Vergangenheit ihnen eigentlich noch zu sagen hat – und denen ich zurufe: "Auf euch kommt es an! Ihr seid es, die die Lehren aus diesem furchtbaren Krieg in die Zukunft tragen müssen!" Genau deshalb hatten wir heute tausende Jugendliche aus aller Welt nach Berlin eingeladen, junge Menschen, deren Vorfahren Feinde waren und die heute zu Freunden geworden sind.

So wollten wir an diesem 8. Mai gemeinsam erinnern. Doch nun zwingt uns die Corona-Pandemie, allein zu gedenken – getrennt von denen, die uns wichtig sind und denen wir dankbar sind.

Vielleicht versetzt uns dieses Alleinsein für einen kurzen Moment noch einmal zurück an jenen 8. Mai 1945. Denn damals waren die Deutschen tatsächlich allein. Deutschland war militärisch besiegt, politisch und wirtschaftlich am Boden, moralisch zerrüttet. Wir hatten uns die ganze Welt zum Feind gemacht.

Heute, 75 Jahre später, müssen wir allein gedenken – aber: Wir sind nicht allein! Das ist die glückliche Botschaft des heutigen Tages! Wir leben in einer starken, gefestigten Demokratie, im dreißigsten Jahr des wiedervereinten Deutschlands, im Herzen eines friedlichen und vereinten Europa. Wir genießen Vertrauen und wir ernten die Früchte von Zusammenarbeit und Partnerschaft rund um die Welt. Ja, wir Deutsche dürfen heute sagen: Der Tag der Befreiung ist ein Tag der Dankbarkeit!

Drei Generationen hat es gedauert, bis wir uns dazu aus vollem Herzen bekennen konnten.

Ja, der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Aber er war es noch lange nicht in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Die Befreiung war 1945 von außen gekommen. Sie musste von außen kommen – so tief war dieses Land verstrickt in sein eigenes Unheil, in seine Schuld. Und auch wirtschaftlicher Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn im Westteil Deutschlands wurden nur möglich durch die Großzügigkeit, Weitsicht und Versöhnungsbereitschaft unserer ehemaligen Kriegsgegner.

Doch auch wir selbst haben Anteil an der Befreiung. Es war die innere Befreiung. Sie geschah nicht am 8. Mai 1945, und nicht an einem einzigen Tag. Sondern sie war ein langer, schmerzhafter Weg. Aufarbeitung und Aufklärung über Mitwisserschaft und Mittäterschaft, quälende Fragen in den Familien und zwischen den Generationen, der Kampf gegen das Verschweigen und Verdrängen.

Es waren Jahrzehnte, in denen viele Deutsche meiner Generation erst nach und nach ihren Frieden mit diesem Land gemacht haben. Es waren auch Jahrzehnte, die bei unseren Nachbarn neues Vertrauen wachsen ließen, die vorsichtige Annäherung möglich machten, vom europäischen Einigungsprozess bis zu den Ostverträgen. Es waren Jahrzehnte, in denen Mut und Freiheitsliebe im Osten unseres Kontinents sich nicht mehr einmauern ließen – bis hin zu jenem glücklichsten Moment der Befreiung: der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung. Diese Jahrzehnte des Ringens mit unserer Geschichte waren Jahrzehnte, in denen die Demokratie in Deutschland reifen konnte.

Und dieses Ringen, dieses Ringen bleibt bis heute. Es gibt kein Ende des Erinnerns. Es gibt keine Erlösung von unserer Geschichte. Denn ohne Erinnerung verlieren wir unsere Zukunft.

Nur weil wir Deutsche unserer Geschichte ins Auge sehen, weil wir die historische Verantwortung annehmen, nur deshalb haben die Völker der Welt unserem Land neues Vertrauen geschenkt. Und deshalb dürfen auch wir selbst uns diesem Deutschland anvertrauen. Darin liegt ein aufgeklärter, demokratischer Patriotismus. Es gibt keinen deutschen Patriotismus ohne Brüche. Ohne den Blick auf Licht und Schatten, ohne Freude und Trauer, ohne Dankbarkeit und Scham.

Rabbi Nachman hat gesagt: "Kein Herz ist so ganz wie ein gebrochenes Herz." Die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte – mit der Verantwortung für millionenfachen Mord und millionenfaches Leid. Das bricht uns das Herz bis heute. Deshalb: Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.

Wer das nicht erträgt, wer einen Schlussstrich fordert, der verdrängt nicht nur die Katastrophe von Krieg und NS-Diktatur. Der entwertet auch all das Gute, das wir seither errungen haben – der verleugnet sogar den Wesenskern unserer Demokratie.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." In diesen ersten Satz unserer Verfassung ist und bleibt für alle sichtbar eingeschrieben, was in Auschwitz, was in Krieg und Diktatur geschehen ist. Nein, nicht das Erinnern ist eine Last – das Nichterinnern wird zur Last. Nicht das Bekenntnis zur Verantwortung ist eine Schande – das Leugnen ist eine Schande!

Doch was bedeutet unsere historische Verantwortung heute, ein Dreivierteljahrhundert später? Die Dankbarkeit, die wir heute spüren, die darf uns nicht bequem machen. Im Gegenteil: Die Erinnerung fordert und verpflichtet uns!

"Nie wieder!" – das haben wir uns nach dem Krieg geschworen. Doch dieses "Nie wieder!", es bedeutet für uns Deutsche vor allem: "Nie wieder allein!" Und dieser Satz gilt nirgendwo so sehr wie in Europa. Wir müssen Europa zusammenhalten. Wir müssen als Europäer denken, fühlen und handeln. Wenn wir Europa, auch in und nach dieser Pandemie, nicht zusammenhalten, dann erweisen wir uns des 8. Mai nicht als würdig. Wenn Europa scheitert, scheitert auch das "Nie wieder!"!

Die Weltgemeinschaft hat aus dem "Nie wieder!" gelernt. Sie hat nach 1945 die Lehren aus der Katastrophe in ein gemeinsames Fundament gegossen, in Menschenrechte und Völkerrecht, in Regeln für Frieden und Zusammenarbeit.

Unser Land, von dem so viel Unheil ausgegangen war, ist über die Jahre vom Gefährder dieser internationalen Ordnung zu ihrem Förderer geworden. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Friedensordnung heute vor unseren Augen zerrinnt. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Entfremdung von denen, die sie errichtet haben. Wir wollen mehr und nicht weniger Zusammenarbeit auf der Welt – auch im Kampf gegen die Pandemie.

"Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung." Ich glaube: Wir müssen Richard von Weizsäckers berühmten Satz heute neu und anders lesen. Damals war dieser Satz ein Meilenstein im Ringen mit unserer Vergangenheit. Heute aber muss er sich auch an unsere Zukunft richten. "Befreiung" ist nämlich niemals abgeschlossen, und sie ist nichts, was wir nur passiv erfahren, sondern sie fordert uns aktiv, jeden Tag aufs Neue.

Damals wurden wir befreit. Heute müssen wir uns selbst befreien!

Befreien von der Versuchung eines neuen Nationalismus. Von der Faszination des Autoritären. Von Misstrauen, Abschottung und Feindseligkeit zwischen den Nationen. Von Hass und Hetze, von Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung – denn sie sind doch nichts anderes als die alten bösen Geister in neuem Gewand. Wir denken an diesem 8. Mai auch an die Opfer von Hanau, von Halle und von Kassel. Sie sind durch Corona nicht vergessen!

"Wenn es hier geschehen kann, kann es überall geschehen." Das hat uns der israelische Präsident Reuven Rivlin dieses Jahr am Holocaust-Gedenktag im Deutschen Bundestag zugerufen. Wenn es hier geschehen kann, kann es überall geschehen. Doch heute gibt es niemanden, der uns von diesen Gefahren befreit. Wir müssen es selbst tun. Wir wurden befreit zu eigener Verantwortung!

Ich weiß wohl: Dieser 8. Mai fällt in Zeiten großer Umbrüche und großer Ungewissheit. Nicht erst, aber erst recht durch die Corona-Pandemie. Wir wissen heute noch nicht, wie und wann wir aus dieser Krise herauskommen. Aber wir wissen, mit welcher Haltung wir in sie hineingegangen sind: mit großem Vertrauen in dieses Land, in unsere Demokratie, und in das, was wir gemeinsam schultern können. Das zeigt doch, wie unendlich weit wir in 75 Jahren gekommen sind. Und das gibt mir Hoffnung für alles das, was noch vor uns liegen mag.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir können wegen Corona nicht gemeinsam erinnern, und keine Gedenkveranstaltungen abhalten. Aber nutzen wir doch die Stille. Halten wir inne.

Ich bitte alle Deutschen: Gedenken Sie heute in Stille der Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus! Befragen Sie – ganz gleich, wo Ihre Wurzeln liegen mögen – Ihre Erinnerungen, die Erinnerungen Ihrer Familien, die Geschichte unseres gemeinsamen Landes! Bedenken Sie, was die Befreiung, was der 8. Mai für Ihr Leben und Ihr Handeln bedeutet!

75 Jahre nach Kriegsende dürfen wir Deutsche für vieles dankbar sein. Aber nichts von all dem Guten, das seither gewachsen ist, ist auf ewig gesichert. Deshalb auch in diesem Sinn: Der 8. Mai war nicht das Ende der Befreiung – Freiheit und Demokratie sind vielmehr sein bleibender Auftrag, unser Auftrag!"

Quelle: ZDF, dpa, [Bundespraesident.de](https://www.bundespraesident.de)

**Le Figaro, no. 23554**

Le Figaro, samedi 9 mai 2020 328 mots, p. 1

## ÉDITORIAL

# Le pyromane

Écroulement ? Catastrophe ? Après deux mois de huis clos, les grands mots ne sont pas superflus pour décrire le péril qui guette l'économie française. Que dire d'autre lorsque l'activité tourne à si faible régime que des milliers d'entreprises menacent de mettre la clé sous la porte du jour au lendemain ? Lorsque le pays ne tient debout que par l'intervention massive d'un État impécunieux, qui prend désormais à sa charge un salarié du secteur privé sur deux ? La fragilité et le coût de ces dispositifs d'exception indiquent d'eux-mêmes le chemin à suivre : une reprise du travail d'urgence, si l'on veut éviter que tout s'effondre, avant qu'une crise sociale de première ampleur anéantisse ce que la crise sanitaire a épargné.

Inquiets de ce qui nous attend, patronat et syndicats réformistes ont - une fois n'est pas coutume - publié un manifeste commun appelant à un redémarrage immédiat, dès lors que la santé des salariés se trouve préservée. La CGT, qui a depuis longtemps déserté le champ du syndicalisme responsable, est à des années-lumière de ces considérations prosaïques. Les grèves sans fin à la SNCF relevaient, pensaient quelques indulgents, d'un corporatisme forcené. La maison Martinez, aux antipodes de l'intérêt général qu'elle prétend défendre, dévoile aujourd'hui son vrai visage au grand jour : celui d'une organisation gangrenée par l'extrême gauche, toute à son obsession de semer le chaos. Les Français se retroussent les manches face à l'épidémie ? Elle appelle à paralyser les commerces et tous les services publics. Le secteur automobile agonise ? Elle obtient - temporairement, pour des questions de forme - la fermeture d'une usine Renault. Rêvant d'une France éternellement à l'arrêt, le syndicat pyromane invoquera demain le droit de retrait pour bloquer les transports publics.

La Confédération générale du travail porte bien mal son nom. Pétrie de lutte des classes, elle le déteste tant qu'elle oeuvre méthodiquement à sa destruction. Au mépris des salariés, qui paieront l'addition.

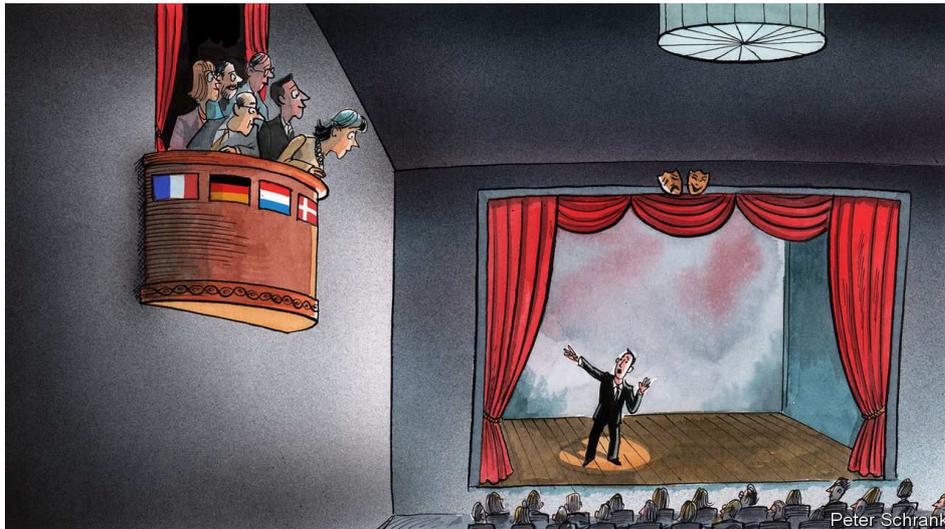
<https://www.economist.com/europe/2020/05/07/european-leaders-are-appealing-directly-to-voters-in-other-countries>

## Charlemagne

# European leaders are appealing directly to voters in other countries

A bold attempt to create a pan-European conversation

[Europe](#) May 7th 2020 edition



In the nasty, brutish and short life of an Italian prime minister, an interview with a mid-market Dutch newspaper is not usually a high priority. Yet when faced with the worst health crisis in a century and the prospect of economic meltdown, Giuseppe Conte took time to speak to *De Telegraaf* about the crisis. In it, Mr Conte addressed the Dutch prime minister, Mark Rutte, in front of his voters: “Mark, help us now.”

European leaders are attempting to burst out of the corset of national politics. Increasingly, politicians across the eu are going over the heads of their peers and speaking to each other’s voters directly instead. A group of Italian mayors recently bought an advert in the *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, calling for debt relief, with a punchy reference to Germany benefiting from similar leniency in the wake of the second world war. Pedro Sánchez, Spain’s socialist prime minister, writes op-eds in major European newspapers. Mr Conte also took time to address readers of the *Süddeutsche Zeitung*, a national newspaper based in Munich. Emmanuel Macron, the French president, deploys rhetorical hand grenades when speaking to the English-language press, in the hope the explosion will be heard beyond Francophone borders.

It is a potential solution to a long-running problem for the eu. The bloc suffers from the conundrum identified by Massimo d’Azeglio, one of the architects of Italian unification: “We have made Italy; now we must make Italians.” Increasingly, the eu is in a similar position. It is a de facto state without a nation. It is a top-down project, taking a bigger role when it comes to protecting borders, defence and foreign policy to go with its common currency and myriad regulations. What it lacks, like 19th-century Italy, is a coherent sense of citizenship. Instead, 27 sets of national politics collide with a half-built European political system.

If European leaders want to alter European public opinion, they must first create some kind of pan-European conversation. This is easier said than done. With 24 official languages, Europe does not speak with one voice. Public opinion, meanwhile, is siloed on a national basis. The decisions that matter most to European voters, whether tax or health or their children’s schooling, are still taken in national capitals. It is

understandable that the bulk of attention of voters and journalists alike goes to matters at home. Even European elections to determine the make-up of the European Parliament are domestic politics by other means.

Some of the barriers to a truly European public opinion are falling. Google Translate is the closest mankind has come to a “Babel fish”, a leech-like creature invented by Douglas Adams in “The Hitchhikers’ Guide to the Galaxy” which translates all the universe’s languages if shoved in one’s ear. Even Estonian, the peculiar cousin of Finnish, is relatively well covered. With language barriers crumbling, the hurdle becomes persuading someone to read about European politics in the first place.

A Babel fish comes with downsides in Mr Adams’s telling: “By effectively removing all barriers to communication between different races and cultures, [it] has caused more and bloodier wars than anything else in the history of creation.” If anything, though, European politics could do with more metaphorical bloodshed. Although the critique of Vivien Schmidt, an academic at Boston University, that the eu offers “policies without politics” is unfair, the machinations of national leaders when in Brussels are often a little bloodless. The eu should arouse political passions. Decisions over the make-up of a €1trn (\$1.1trn) recovery fund for those hit hardest by the covid crash will determine the fate of southern Europe’s economies. In such circumstances, an honest knife-fight in the press is surely better than a quiet stitch-up in Brussels.

Appealing to an embryonic European point of view is far from foolproof. During the Greek crisis such tactics were at the heart of Syriza’s attempt in 2015 to renegotiate a bail-out with its euro-zone partners. Rather than wooing the grey-suited men who dominated the club of euro-zone finance ministers, the left-wing leadership opted to fight a public-opinion war. Some journalists lapped up the narrative of a rebellion against an unfeeling empire, particularly when one of the main characters, Yanis Varoufakis, was a motorbike-riding skinhead who talked about economics in refreshingly plain English. There was no fairytale ending. Appeals to a sense of European rather than national democracy failed to move public opinion in, for instance, Germany. Syriza capitulated to the empire’s demands. Mr Varoufakis appearing in *Paris Match*, a celebrity gossip-sheet, was in retrospect not much help.

## Europe is listening (for now)

This time, the strategy has a better chance. Politicians in southern Europe have found a more sympathetic audience in foreign media than previously. A pandemic comes without the moral baggage of the euro crisis. The German press, which once revelled in caricatures of inflation-addicted Italians and siesta-taking Spaniards, has been more open to the ideas for getting out of the economic crisis put forward by their southern cousins. Both *Der Spiegel*, a centre-left news weekly, and *Süddeutsche Zeitung* have written in favour of some form of mutualised debt, which is a no-no for much of the German establishment and the holy grail for southern Europe. A genuinely European political debate is emerging.

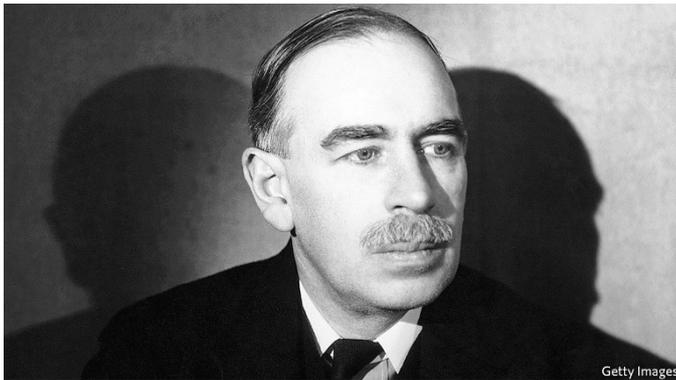
Whether it will last is another matter. Interest in the life of the eu has peaks and troughs. When the eu appears on the edge, it dominates headlines. (An irony of Brexit was that the actions of the eu dominated British journalism in a way they seldom had before Britain decided to leave.) But when the eu sails through serene waters, journalists look for drama elsewhere. After this crisis passes, the audience may narrow again. Public opinion will keep its national boundaries while true power resides far from Brussels. The discourse may be increasingly European, but the voters who count are still as national as ever.

## Alive in the long run

# The enduring legacy of John Maynard Keynes

It is easy to forget how often his advice was ignored during his lifetime

[Books & arts](#) [May 7th 2020 edition](#)



**The Price of Peace.** By Zachary Carter. *Random House*; 656 pages; \$35 and £25.

Any biographer of John Maynard Keynes must labour in the shadow of Robert Skidelsky's magisterial three volumes about the great economist. Zachary Carter, a journalist at the *Huffington Post*, has tackled the problem in an ingenious way, by focusing on the development of Keynes's ideas and how they fared after his death in 1946. The result is an entertaining summary of 20th-century economic history that will appeal to the general reader.

The key to Keynes, Mr Carter shows, is to place him in his time and class—a well-heeled British intellectual who moved effortlessly between the worlds of academia, government and the arts. Born in 1883, he grew up at a time when the British Empire was at its peak, which, for people like Keynes, was an age of peace and prosperity.

The idyll was destroyed by the first world war and, in part, Keynes's life was a bid to restore the better parts of that lost world. He first made his name by raging against the terms of the Versailles peace treaty; his economic views were shaped by the experience of Britain in the 1920s, which was marked by deflation and high unemployment. Then came the Great Depression, which seemed to show the folly of the classical view of an economy as a machine which, if left to its own devices, would return to equilibrium.

For Keynes, this was a call to action. He perceived "the real struggle" to be between liberalism, in which the primary objectives of government were peace, freedom of trade and economic wealth, and a militarist school "which thinks in terms of power, prestige, national or personal glory, the imposition of a culture and hereditary or racial prejudice". In a sense, he wanted to save capitalism from itself. Mr Carter sees Keynes's career as an attempt "to make the practical risk-averse anti-revolutionary conservatism of Burke fit the radical democratic ideals advanced by Rousseau".

Given Keynes's standing today, it is easy to forget how often his advice was ignored during his lifetime. In spite of his opposition, Britain's Conservatives restored the gold standard in 1925. He backed Lloyd George's Liberals in the election of 1929, just as the party was descending into irrelevance. While some elements of Franklin Roosevelt's new deal were Keynesian, the president regarded the economist as an indecipherable mystic. And at the Bretton Woods conference of 1944 many of Keynes's plans for the post-war economic order were overruled by the Americans.

His greatest influence was exerted after his death, as the economics profession overwhelmingly adopted his ideas in the three decades after the war. As Mr Carter says: “Keynesianism took on a life of its own Keynes himself could scarcely have predicted.” His legacy was affected by the style of his intellect and writing, which had been honed in Cambridge common rooms and Bloomsbury salons; he expressed his ideas more in arresting *bons mots* than in mathematical equations. Partly as a consequence, his magnum opus, “The General Theory of Employment, Interest and Money”, is a confusing read. Keynes recommended that governments should manage aggregate demand or purchasing power, but did not say precisely how they should do so. He enshrined full employment as the main measure of success but did not define the term.

Instead, Keynesianism was defined by his colleagues, such as Joan Robinson and John Hicks, and intellectuals like J.K. Galbraith. That philosophy was in turn attacked in the 1960s and 1970s by Milton Friedman, Friedrich Hayek and others, who argued that Keynesianism had resulted in government playing too big a role in the economy and a chronic tendency towards inflation. Ronald Reagan and Margaret Thatcher presided over a big shift away from the use of fiscal policy to manage the economic cycle, with monetary policy taking the strain.

Mr Carter is dismissive of these anti-Keynesian reactions. Still, you have to wonder whether Keynes, who relied on his investment income to fund his lifestyle, would have been enthusiastic about the economic policies of the mid-1970s, which in Britain yielded a top rate of income tax of 83% and inflation of over 25%.

For a while, as the profession moved away from his ideas, it looked as if Keynes might become one of the “defunct economists” he once quipped about. But the 21st century has restored his reputation. In 2009, in response to the financial crisis, G20 governments agreed on the kind of co-ordinated fiscal stimulus that Keynes would surely have recommended. The pandemic has led to yet another round of government action to stave off depression. Meanwhile, increasing use of automation has revived interest in Keynes’s thoughts about a shortened working week, which he expounded in “Economic Possibilities For Our Grandchildren”. The world will be debating, and learning from, the work of Keynes for many decades to come.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article207849415/Gedenkrede-zum-Kriegsende-Wo-Steinmeier-es-uns-zu-einfach-macht.html>

**DEUTSCHLAND** GEDENKREDE ZUM KRIEGSENDE

# Wo Steinmeier es uns zu einfach macht

Stand: 08.05.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von **Thomas Schmid**

Der Bundespräsident nennt die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einen „langen, schmerzhaften Weg“ – in seiner Gedenkrede zur Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vor 75 Jahren formuliert Frank-Walter Steinmeier schöne Sätze. Doch den Punkt trifft er nicht.

Es war eine seltsame, fast surreale Szene vor der Neuen Wache in Berlin. Nacheinander fuhren die Limousinen der fünf Verfassungsorgane Unter den Linden vor. Berlins einstige Prachtstraße war weiträumig wie verwaist. Die fünf höchsten Repräsentanten des Staates begaben sich ins Innere und stellten sich in gebührendem Abstand voneinander auf – vor der vergrößerten Nachbildung von Käthe Kollwitz' Plastik „Mutter mit totem Sohn“. Dann traten die fünf wieder ins sonnige Freie und nahmen im Halbkreis Platz, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier trat an das Rednerpult.



Die Spitzen des Staates im Halbkreis

Quelle: dpa/Hannibal Hanschke

Die Veranstaltung zum Gedenken an die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vor 75 Jahren sollte ursprünglich vor dem Reichstag stattfinden, das volle Programm: 1000 Zuschauer, 500 Jugendliche aus verschiedenen Ländern, mehrere Reden, ein Orchester, mehrere Musikstücke. Das Coronavirus hat diesen Plan zunichtegemacht, und das war gut so. Nun geriet alles klein, karg, arm: würdige Arte povera.

Am 8. Mai 1945 um 23.01 Uhr endete in Berlin-Karlshorst mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch General Wilhelm Keitel der Zweite Weltkrieg für fast ganz Europa. In Asien ging er erst am 2. September zu Ende. Außerdem hat der 8. Mai als Gedenktag etwas Willkürliches. Frankreich war seit August 1944 befreit, Italien seit dem 25. April 1945. Und als die Wehrmacht endgültig kapitulierte, war der allergrößte Teil Deutschlands längst von alliierten Truppen besetzt. Der 8. Mai symbolisiert im Grunde nur den endgültigen Zusammenbruch der NS-Herrschaft.

Reden zum 8. Mai haben inzwischen eine eigene Tradition. Fast kann man den Eindruck gewinnen, die Bundespräsidenten der vergangenen Jahrzehnte hätten unausgesprochen im Wettbewerb um die beste, deutlichste, schönste, ergreifendste und am meisten wegweisende Rede gestanden. Bundespräsident Steinmeier hat schon vor geraumer Zeit das Gedenken zu einem seiner großen Themen gemacht. Und ihm ist es so ergangen wie vielen vor ihm. Reden zum 8. Mai ähneln einander so sehr, dass man oft mit Mühe nach Nuancen, gar nach neuen Gedanken suchen muss. Diese Reden sind wie abgeschliffene Kieselsteine, die im Flussbett der Gedenkkultur kaum voneinander unterscheidbar vor sich herrollen.

Der Bundespräsident hat nichts Falsches gesagt. Und auch einen schönen Satz ausgesprochen: „Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“ Den Punkt aber hat er nicht getroffen. Er hat, wie andere zuvor, den 8. Mai 1945 einen Tag der Befreiung genannt, was die Deutschen erst nach drei Generationen anerkennen wollten. Er hat gesagt, es dürfe kein Ende des Erinnerens geben und es könne „keinen deutschen Patriotismus ohne Brüche geben“. Deswegen gelte: Nie wieder. Und nie wieder allein. „Wenn Europa scheitert, scheitert auch das ‚Nie wieder!‘“ Die Deutschen müssten das Vertrauen, das andere in sie gesetzt haben, rechtfertigen, indem sie der Versuchung eines neuen Nationalismus widerstehen.

Steinmeier hat die Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Vergangenheit einen „langen, schmerzhaften Weg“ genannt. Lang war er sicher, aber schmerzhaft? Zum deutschen Elend gehört auch, dass sich dieses Gedenken an den Nationalsozialismus und seine Opfer erst dann wirklich Bahn brach, als es fast niemanden mehr gab, der hätte zur Rechenschaft gezogen werden können. Als es eben nicht mehr schmerzhaft war. Kein Wort des Bundespräsidenten dazu, dass in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik in allen gesellschaftlichen Bereichen NS-Täter und -Mitläufer ihre Karrieren unbehelligt fortsetzen konnten. So erfolgreich die bundesdeutsche Demokratie auch wurde, sie wird immer den Makel tragen, dass sie nicht zuletzt von ehemaligen Tätern geschaffen wurde. Auch das ist eine Schuld.

**Die Schoah erwähnt er mit einem einzigen Wort**

Ganz zu Anfang seiner Rede erwähnte Steinmeier einmal den Zivilisationsbruch der Schoah, mit einem einzigen Wort. Im Rest der Rede fehlte dann aber jede Auseinandersetzung mit den Taten der Nationalsozialisten. Und damit, dass ein beträchtlicher Teil der Deutschen nichts oder wenig gegen diesen Angriffskrieg sowie gegen die Gewalt gegen Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Schwule, Roma einzuwenden hatte. Stattdessen immer wieder Worte, die nicht weit von der schwurbeligen Gedenksprache der 50er-Jahre entfernt waren: „tief verstrickt“, „zerrissen“, „Ringeln mit unserer Vergangenheit“, Freiheit und Demokratie seien ein „bleibender Auftrag“.

Gewiss, der Bundespräsident hatte recht, als er sagte, Befreiung „ist niemals abgeschlossen, und sie ist nichts, was wir nur passiv erfahren, sondern sie fordert uns aktiv, jeden Tag aufs Neue“. Er hat damit recht, wie er überhaupt viel zu oft recht hat. Am 8. Mai geht es aber nicht darum, nach vorne zu blicken und nach den „alten bösen Geistern im neuen Gewand“ Ausschau zu halten. Abgesehen davon, dass es vielleicht doch neue böse Geister sind – am 8. Mai haben wir allen Grund, zurück auf ein verfluchtes Kapitel deutscher Geschichte, auf den von Deutschland verursachten Weltbrand zu schauen und der Opfer wie der Schuld zu gedenken.

40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war es Bundespräsident Richard von Weizsäcker gewesen, der mit seiner Rede im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 (der übrigens die Abgeordneten der Grünen fernblieben) erinnerungspolitische Maßstäbe gesetzt hat. Von Weizsäcker, so heißt es, habe ein großes Tabu gebrochen: Seitdem dürfe der 8. Mai mit höchstem staatlichem Segen ein Tag der Befreiung genannt werden. Das ist freilich eine geschönte Legende.

Zehn Jahre zuvor hatte der damalige Bundespräsident Walter Scheel am 8. Mai gesprochen – nicht im Bundestag, der ihm verwehrt worden war, sondern in der Bonner Universitätskapelle. Er sagte unter anderem und unterschied dabei scharf zwischen Opfern und Tätern, Siegern und Besiegten: „Unsere ehemaligen Gegner feiern diesen Tag. Die Opfer, die sie für den Sieg über das Unrecht gebracht haben, geben ihnen das Recht dazu. Wir gedenken dieser Opfer und aller Toten des Krieges in Achtung und Ehrfurcht. Vergessen wir nicht, dass die Befreiung von außen kam, dass wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln, dass erst die halbe Welt zerstört werden musste, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde.“

Das Wort „Befreiung“, das seit von Weizsäckers Rede unübersehbar im deutschen Gedenkschaufenster hängt, ist hier fast versteckt. Aus gutem Grund. Denn eine Befreiung, die erst Jahrzehnte später als solche anerkannt und erfahren wird, ist in dem Moment, in dem sie geschieht, eben keine Befreiung. Die Rede von der Befreiung ist ex post verständlich, aber vergleichsweise billig zu haben. Auch wenn wir uns heute über

den raunenden Ton und die Aussage von Theodor Heuss erhaben fühlen mögen – der spätere erste Bundespräsident traf einen Punkt, als er auf der abschließenden Beratung des Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 sagte: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“



Bei der Kranzniederlegung

Quelle: AFP

Am 8. Mai 1945 wird unter den Deutschen die Freude wie die Erbitterung darüber überwogen haben, dass es nun endlich vorbei war. Sicher war die Zahl derer größer, die sich besiegt, getreten, gedemütigt fühlten, als die Zahl derer, die den Tag als Erlösung, als Befreiung erlebten. Einer von ihnen war der damals 26 Jahre alte Wehrmachtssoldat Horst Krüger. Ende April 1945, kurz vor Ostern, läuft er am Dortmund-Ems-Kanal zu den Amerikanern über, ist vom ersten Moment an von der Art der amerikanischen Soldaten fasziniert. In seinem Buch „Das zerbrochene Haus“ erinnert er sich später: „Es ist alles so verwirrend und fremd für mich, ich weiß nur plötzlich, aus was für einer abgestandenen, grässlichen, ranzigen Welt ich komme.“ Und: „Es begann die herrliche, unbegreifliche Freiheit der Gefangenen. Es begann eine Leidenszeit, die voller Hoffnungen war. Ich hatte das Empfinden: Jetzt kommt deine Zeit. Jetzt erwachst du, jetzt kommst du zu dir. Jetzt sind wir ganz unten, aber dieses Unten hier hat Hoffnung, hat Zukunft, hat Chancen in sich. Zukunft – das hätte es nie unter Hitler gegeben. Hitler war tot, und ich lebte. Es war mir, wie wenn ich in dieser Nacht erst geboren würde.“

So empfanden im Mai 1945 ganz wenige Deutsche. Ein Vorschlag zur Güte: Lasst uns die auf der Stelle tretenden Reden zum 8. Mai 1945 ein paar Jahre lang aussetzen.

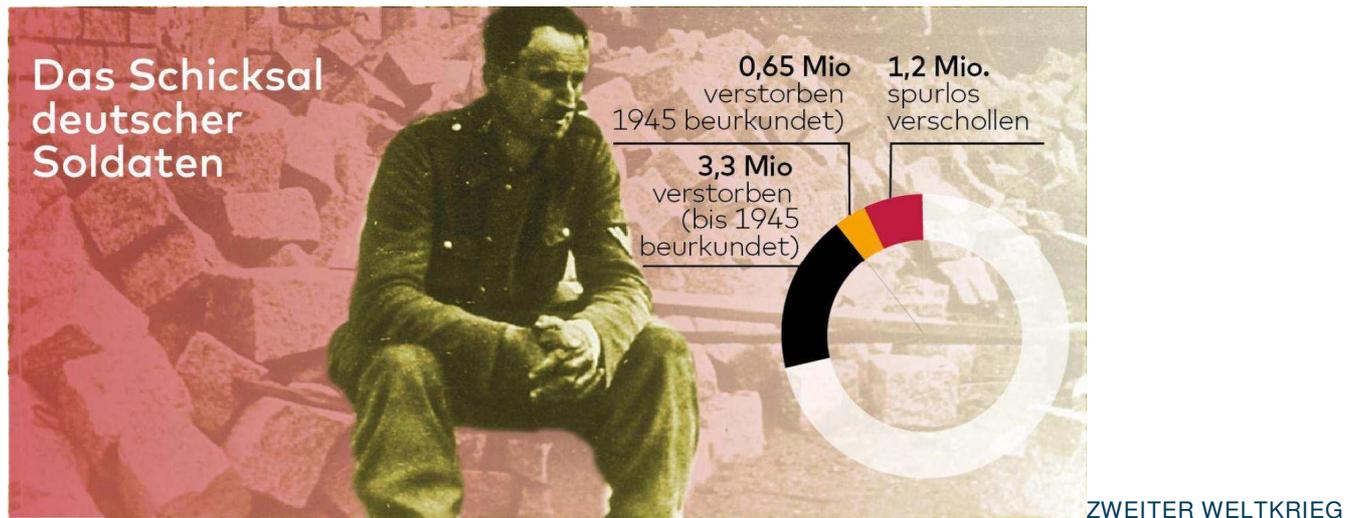
<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/plus207819017/Zweiter-Weltkrieg-Rein-rechnerisch-19-Tote-pro-Minute.html>

OPFERZAHLEN

## Im Zweiten Weltkrieg starben pro Minute 19 Menschen

55 Millionen Menschen kamen im Zweiten Weltkrieg ums Leben. Es war der verlustreichste Konflikt der Geschichte. Ganze Jahrgänge wurden zum Großteil ausgelöscht. Hinter den nüchternen Statistiken verbirgt sich unfassbares Grauen.

Stand: 09.05.2020 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Sven Felix Kellerhoff**

Leitender Redakteur Geschichte

Rein rechnerisch starben 1,75 deutsche Soldaten pro Minute, 105 pro Stunde, fast 2500 pro Tag – und das 2077 Tage lang: So zynisch sieht die Bilanz des Zweiten Weltkrieges aus, wenn man sie rein mathematisch zieht. Eindreiviertel Leben pro Minute – ausgelöscht. Doch weil die toten Angehörigen von Wehrmacht und Waffen-SS „nur“ ein knappes Zehntel der Kriegstoten insgesamt ausmachten, ist die Bilanz auf alle Opfer bezogen noch furchtbarer: 19 Tote weltweit pro Minute.

Natürlich sind derlei nur Zahlenspiele. Grauen bleibt unverstündlich, wenn es um Hunderttausende, gar um Millionen Tote geht. Konkret, ja greifbar sind ausschließlich Einzelschicksale, zumal alle Summen stets nur Annäherungswerte sind.

Das beginnt schon bei der Feststellung, wie viele Soldaten die Wehrmacht denn hatte. 18,2 Millionen sind in den offiziellen Personalunterlagen verzeichnet, aber darin sind sogenannte fremdländische Verbände, die auf deutscher Seite vor allem gegen die Sowjetunion kämpften, nur zum Teil eingerechnet. Außerdem waren diese 18,2 Millionen nicht alle schon am 1. September 1939 deutsche Staatsangehörige. Denn ab 1940

wurden insgesamt etwa 141.000 Elsässer, Lothringer und Luxemburger zwangsrekrutiert, ab 1941 vor allem Balten als „Volksdeutsche“. Sie wurden in verschiedenen Statistiken verschieden eingeordnet, was den Überblick zudem erschwert.

So sind alle Bilanzen der Opferzahl nur mit großer Vorsicht zu lesen: Die Datengrundlage ist von schwankender Qualität, teilweise schlecht. Dennoch lassen sich einige interessante Feststellungen machen.

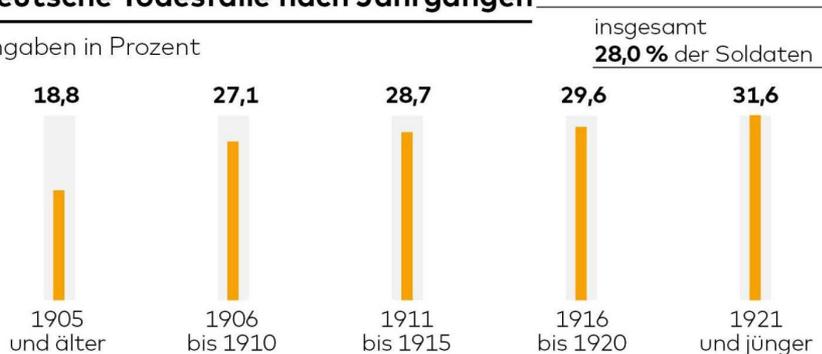
### **Pro Stunde starben 100 deutsche Soldaten**

Der wichtigste Experte ist der Historiker Rüdiger Overmans, der sowohl zur Zahl der deutschen Opfer wie zur Gesamtsumme der Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg wesentliche Forschungen publiziert hat. Hinter seinen nüchternen Tabellen versteckt sich unermessliches Grauen.

Etwa was die Altersverteilung der gefallenen deutschen Soldaten angeht. Fast jeder dritte deutsche Mann, der zwischen 1901 und 1930 geboren worden war, starb im Zweiten Weltkrieg, nämlich 28 Prozent. Die höchsten Todesraten hatten die jungen Männer der geburtenstarken Jahrgänge 1920 und 1919, von denen 41,1 beziehungsweise 39,9 Prozent den 8. Mai 1945 nicht erlebten. Von den 712.000 im Jahr 1920 geborenen männlichen Deutschen fielen Overmans Berechnungen zufolge 293.000.

### **Deutsche Todesfälle nach Jahrgängen**

Angaben in Prozent



Quelle: Rüdiger Overmans: Die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg. München 2000; Statistisches Bundesamt, Olaf Groehler: Geschichte des Luftkrieges. Berlin 1992; Deutsche Dienststelle / Wehrmachtsauskunftsstelle Berlin.

WELT

Quelle: Infografik WELT

Diese beiden Jahrgänge trafen das härteste Schicksal, weil sie oft direkt aus dem Wehrdienst im Herbst 1939 in den Krieg zu ziehen hatten und, abgesehen von Urlauben und Genesungszeiten nach Verwundungen, bis zum Mai 1945 dauerhaft bei der Wehrmacht blieben, danach oft noch in die Kriegsgefangenschaft gingen. Und sie wurden die meiste Zeit direkt an der Front eingesetzt, im Gegensatz zu älteren Jahrgängen, die vielfach auch Verwendungen in der Etappe hatten.

Fast genauso schlimm traf es die Jahrgänge 1923 und 1924 mit 36,6 und 38 Prozent Todesfällen. Dies waren die Rekruten, die 1941 bis 1943 für die Offensiven gegen die Sowjetunion an die Front geworfen wurden und extrem hohe Verluste erlitten.

## Deutsche Kriegsverluste pro Jahr

Angaben in 1000

1) gefallen oder an direkten Kriegsfolgen gestorben

2) durch Bomben, direkte Kriegsfolgen und Flucht / Vertreibung; Anzahl geschätzt



Quelle: Rüdiger Overmans: Die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg. München 2000; Statistisches Bundesamt, Olaf Groehler: Geschichte des Luftkrieges. Berlin 1992; Deutsche Dienststelle / Wehrmachtsauskunftsstelle Berlin.

WELT

Quelle: Infografik WELT

Zu den knapp 5,2 Millionen gefallenen (oder verschollenen und nicht wieder lebend aufgetaucht) deutschen Soldaten kommen noch etwa 1,2 Millionen tote Zivilisten. Dazu gehören die Opfer der alliierten Bombenangriffe und der Vertreibungen 1945. Insgesamt starben fast 6,4 Millionen Deutsche in Hitlers Krieg, der von Deutschland ausgegangen war – 9,2 Prozent der Bevölkerung.

Für diese Zahlen gibt es eine vergleichsweise solide Datengrundlage, denn in einem hoch bürokratisierten Land wie Deutschland verschwindet niemand spurlos, nicht einmal im Zweiten Weltkrieg. Für die Verluste der Wehrmacht gibt es die Beurkundung als gefallen oder verschollen; um Zivilisten kümmerten sich nach 1945 verschiedene Suchdienste. Irgendwann mussten Verwandte, schon um Erbscheine zu bekommen oder Rentenansprüche zu begründen, bei Gericht eine Todeserklärung beantragen – und erzeugten damit einen Nachweis des Verbleibs der jeweiligen Person, auch wenn seine sterblichen Überreste nicht gefunden wurden.

Ganz anders ist die Lage in anderen Staaten. Vor allem die beiden Länder mit den höchsten Opferzahlen sind betroffen, die Sowjetunion und China. Die Angaben für die Sowjetunion schwanken zwischen 17,5 und 40 Millionen Opfer; durchgesetzt hat sich heute eine Spanne von 23 bis 27 Millionen, davon knapp die Hälfte Soldaten.

Die Schwierigkeit zeigt sich einerseits am Beispiel der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand. Etabliert hat sich in der Öffentlichkeit, bis hin zu Wikipedia, die Angabe von 5,7 Millionen Rotarmisten in Gewahrsam der Wehrmacht, von denen 3,3 Millionen den Krieg nicht überlebt haben.

Doch der Staatsanwalt Alfred Streim kam 1982 bei seinen Untersuchungen auf 5,34 Millionen Gefangene, von denen 2,54 Millionen gestorben seien. Individuell registriert wurden einigen Forschern zufolge nur 2,8 Millionen gefangene sowjetische Soldaten, nach der Meinung anderer Historiker aber 9,6 Millionen. Bei solchen Unterschieden kann von einer zuverlässigen Datengrundlage nicht gesprochen werden.

Dasselbe gilt in noch stärkerem Ausmaße auch für die Opfer der sowjetischen Zivilbevölkerung. Ihre Zahl war in jedem Fall enorm, aber betrug sie nun sieben Millionen oder mehr als 20? Zu den Gründen für diese extreme Diskrepanz dürften unterschiedliche Berechnungsmethoden und Zeiträume gehören. So führt z. B. ein bloßer Vergleich von Bevölkerungsstatistiken der 1930er- und der 1950er-Jahre dazu, dass auch die Opfer des Stalinismus dem Zweiten Weltkrieg zugeordnet werden.

Noch schwieriger ist die Bewertung von Opferzahlen in China. Denn teilweise parallel mit dem von Japan gegen Nationalchina seit 1937 geführten rücksichtslosen Eroberungskrieg fand ein Bürgerkrieg zwischen Mao Tse-tungs Kommunisten und den antikommunistischen Truppen des Generalissimus Tschiang Kaischek statt, der ebenfalls Millionen Opfer forderte, vor allem unter der Zivilbevölkerung. Welchem Konflikt soll man nun welche Opfer zuordnen? Bei Verbrechen wie dem Massaker von Nanking mit 200.000 bis 300.000 Opfern. Ohnehin gab es in dem riesigen Land keine bürokratisch geführten Personenstandsregister und damit keinen Überblick, wie viele Menschen überhaupt dort lebten.

Einigermaßen sicher ist hingegen, welches Land den anteilig größten Verlust an eigenen Staatsangehörigen zu beklagen hatte: Polen. Jahrzehntlang galt hier die Zahl von 6,028 Millionen Opfern als unantastbar. Neuere Untersuchungen haben diesen Wert hinterfragt und kommen auf etwa 5,65 Millionen, also etwa 6,7 Prozent weniger. Gesichert ist hingegen, dass unter diesen Opfern ungefähr drei Millionen Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit waren, etwa die Hälfte aller Menschen, die der Holocaust der Nazis das Leben kostete. 95 Prozent sämtlicher polnischen Opfer waren Zivilisten.

Insgesamt starb also, daran hat sich nichts geändert, ungefähr jeder sechste Pole des Jahres 1939 infolge von Hitlers Krieg. Das ist wieder, anders als die Schätzung von 55 Millionen Opfern weltweit und insgesamt, eine nachvollziehbare Angabe. Aber natürlich keine verständliche.

## Le Figaro (site web)

dimanche 10 mai 2020 - 19:35 UTC +02:00 987 mots

Vox ; Vox Économie

# Nicolas Baverez: «L'euro en sursis»

Baverez, Nicolas

## **CHRONIQUE - La crise du coronavirus a donné un formidable coup d'accélérateur à la divergence entre les États du Sud, en dérive économique et financière, et les pays du Nord, très critiques vis-à-vis de la politique d'assouplissement de la BCE.**

L'Europe est la région du monde la plus touchée par la crise du coronavirus au plan économique comme au plan sanitaire. Si la gestion de l'épidémie a été chaotique, la riposte au choc économique a été bien plus rapide et adaptée qu'en 2008. Le choix de la rigueur monétaire avait alors provoqué une crise propre à la zone euro qui s'est ajoutée à la récession mondiale, différant la relance jusqu'à l'arrivée de Mario Draghi à la tête de la Banque centrale européenne (BCE). En 2020, à l'inverse, l'Union a réassuré les plans nationaux en activant la clause dérogatoire du pacte de stabilité et en mobilisant 540 milliards d'euros.

Pour autant, la survie de la monnaie unique n'a jamais été aussi menacée. Elle se trouve en effet prise en étau entre, d'une part, la dérive économique et financière des États du Sud et, d'autre part, les critiques croissantes contre la politique d'assouplissement quantitatif poursuivie par la BCE depuis 2015 émanant des pays du Nord, notamment l'Allemagne. La crise du coronavirus, comme tout choc majeur, renforce les forts et affaiblit les plus vulnérables. Elle a donné un formidable coup d'accélérateur à la divergence entre le nord et le sud de la zone euro. La remarquable réaction de l'Allemagne à l'épidémie et la mise en œuvre d'un plan de soutien massif de 1200 milliards d'euros, grâce aux marges de manœuvre que lui procurent ses excédents passés, lui permettront de limiter la chute de l'activité autour de 5 à 6 % du PIB en 2020, alors qu'elle sera comprise entre 9,5 et 10 % en France, en Italie et en Espagne.

L'écart s'accroîtra encore durant la reprise, qui sera très inégale et d'autant plus vigoureuse que les plans nationaux sont puissants. L'Allemagne devrait effacer l'essentiel de ses pertes dès 2021 et rester en plein emploi avec un taux de chômage limité à 3,5 % de sa population active. À l'inverse, les pays du Sud - dont la France - mettront plusieurs années à recouvrer leur niveau de richesse de 2019 et verront le chômage toucher plus de 10 % de leurs actifs - jusqu'à 17 % en Espagne.

La zone euro est donc entrée dans une dynamique de divergence: l'activité, l'emploi, les excédents et l'épargne se concentrent au nord ; la stagnation, le chômage, les déficits et les dettes s'accumulent au sud. Ce grand écart, s'il devait s'installer, est insoutenable: il entraînerait inéluctablement l'explosion de la monnaie unique, soit à la suite du défaut d'un pays du Sud, soit à la suite de la sécession d'un ou plusieurs pays du Nord. La disparition de l'euro, indissociable de violents mouvements des changes, provoquerait à son tour l'éclatement du grand marché.

La pérennité de l'euro passe dès lors par trois conditions: la mutualisation durable des dettes par la BCE et le maintien de taux d'intérêt nuls ou très bas ; la mise en place d'aides européennes spécifiques et de prêts aux pays du Sud, particulièrement à l'Italie, qui présente un risque systémique ; l'engagement des pays du Sud à réaliser des réformes structurelles et à reprendre le contrôle de leurs finances publiques en se désendettant pour écarter tout risque de défaut. Or ces conditions sont de plus en plus difficiles à réunir.

La monétisation des déficits effectuée par la BCE est fortement fragilisée par la décision de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe rendue le 5 mai 2020. Elle se livre à une critique en règle tant de la BCE, dont la compétence est jugée douteuse pour acheter massivement des titres de dettes publiques, que de la Cour de justice de l'Union, remettant en question la supériorité du droit européen sur les droits nationaux. Elle n'admet la conformité des achats de dette publique à l'article 123(1) des traités européens que dans la mesure où ils respectent des limites strictes (plafond de 33 % du montant de la dette émise). Or ces conditions qui étaient remplies par les programmes de 2015 soumis à la Cour ont été allégées dans le plan concernant la pandémie, notamment pour soutenir en priorité les pays du Sud et éviter une divergence explosive des taux d'intérêt. Enfin, la Cour

constitutionnelle de Karlsruhe enjoint à la Bundesbank de ne plus participer aux programmes européens et de revendre les titres de dette publique qu'elle a acquis si la BCE ne démontre pas dans les trois mois la nécessité et la proportionnalité de ses mesures, notamment au regard des dommages faits à l'épargne.

Au total, les capacités d'intervention et la flexibilité de la BCE pour stabiliser l'euro se trouvent significativement réduites au pire moment.

L'implosion de l'euro et du grand marché constituerait une catastrophe pour les pays européens. Il est grand temps pour les États membres de la zone euro de cesser de jouer avec le feu. Aux pays du Sud de cesser d'entretenir la démagogie sur le caractère illimité et gratuit de l'argent public et de prendre les mesures nécessaires pour restaurer leur compétitivité et maîtriser leurs comptes publics. Aux pays du Nord de cesser de flatter leurs extrémistes en légitimant les discours sur le caractère ruineux de l'intégration européenne et de l'euro alors qu'ils contribuent de manière décisive à leur prospérité et à leur résilience.

# « En banlieue, “restez chez vous” est un slogan qui n’a pas de sens

## TRIBUNE

**Brigitte Giraud**

Ecrivaine

Pour l'écrivaine Brigitte Giraud, qui a grandi dans une « ZUP » près de Lyon, être confiné « à la maison » ne vaut que si l'on peut parler d'un « chez-soi ». Car, explique-t-elle dans une tribune au « Monde », dans ce que l'on nomme les « cités », l'extérieur est devenu l'extension naturelle de l'habitat.

Publié hier à 06h00, mis à jour hier à 06h57 Temps de Lecture 9 min.

**Tribune.** Si la banlieue est le lieu de l'enfance, c'est aussi là que vit encore une partie de ma famille. Je n'ai jamais cessé d'aller et venir entre [ce qu'on nommait jadis la zone à urbaniser en priorité \(ZUP\)](#) et le presque centre-ville de Lyon, où je me suis installée à l'âge de 20 ans. Depuis ce temps, la ZUP a changé de nom, on lui préfère « cité » ou « quartiers ». Les quartiers, c'est un peu le pire de la banlieue dans l'esprit du Français moyen. Vaulx-en-Velin (Rhône), Echirolles (Isère) ou Montfermeil (Seine-Saint-Denis) : pas des endroits où on se balade le dimanche. On en entend parler comme des territoires perdus de la République. Perdus pour qui ? Comme des zones de non-droit. Comme si elles étaient habitées par des « non-gens ». Des expressions dénigrantes, il en existe à la pelle, qui me font mal.

## Trop d'énergie, trop de bruit, trop de paroles

La banlieue est présente dans la plupart de mes romans, je ne me lasse pas de la mettre en scène. Autant de vitalité, d'inventivité et de désespoir au mètre carré ne vous lâche jamais. Je l'aime autant que je m'en méfie. C'est trop, tout le temps. Trop d'énergie, trop de bruit, trop de paroles, trop d'embrouilles, et puis aussi trop de résignation, trop de somnolence. Une chose et son contraire. La banlieue vous essore, avec ses excès, le vertige de ses accélérations, ses chutes de tension. Son tempo maniaco-dépressif façonne une représentation particulière de l'intime et du collectif. Elle conditionne une relation ambiguë à la promiscuité et à la rudesse des éléments.

Parce que son habitat ne protège de rien.

Qui a déjà dormi au douzième étage d'une tour une nuit de grand vent s'en souvient toute sa vie. De ce vaisseau qui tangue dans les courants d'air, de ces volets qui claquent, des pleurs des enfants d'à-côté, des cavalcades dans la montée d'escalier à deux heures du matin parce que l'ascenseur est en panne, des meubles que le voisin du dessus semble déplacer sur votre tête, de ces portes qui claquent, et ces matelas qui grincent. Et de l'accélération des scooters qui jamais ne s'arrêtent. La banlieue est inquiétude, la faible épaisseur des cloisons laisse filtrer toutes les rumeurs, tous les bruits louches.

## Le royaume de la suspicion

Alors le cerveau s'emballe, à cause de ce qu'il entend et ne voit pas. C'est le royaume de la suspicion. Autant de gens qui, si près les uns des autres, cherchent le sommeil, tirent la chasse d'eau, regardent la télévision, s'engueulent, font l'amour, s'interpellent. Ça donne quelque chose d'électrique, un flux tendu, tantôt comme une joie, tantôt comme une menace. C'est un endroit où tout peut basculer à chaque instant. J'ai tellement aimé cet espoir que tout devienne calme ! Le calme comme fantôme, comme un idéal qu'on finit par aller chercher ailleurs. Après m'être sentie au cœur du monde, intensément vivante jusqu'à 20 ans, j'ai eu le sentiment que j'étais à côté, que j'étais d'autant plus seule que trop entourée.

Quand le confinement a été décrété, j'ai pensé que non, ce ne serait pas possible, pas dans un de ces appartements dupliqués par centaines. Pas dans ces conditions de surpopulation et de vulnérabilité. J'ai eu peur des conséquences.

Ce qui sauve les gens dans les cités, c'est d'être dehors. Nul besoin d'y avoir vécu pour savoir cela. Dehors est aussi important pour un habitant des quartiers que la terre pour un paysan. C'est l'extension naturelle de l'habitat. C'est là que ça se passe, c'est là qu'on existe pour quelque chose, où l'on met en scène ses talents. Vertueux ou pas, mais là n'est pas la question. Rien à faire à l'intérieur, le lieu de la gêne, de la dépossession, rien à vivre dans un endroit où il est si difficile de trouver sa place.

**« J'ai repensé à mon enfance à la ZUP, que j'avais aimée parce qu'on vivait dehors. Le mot d'ordre était toujours le même, hurlé depuis le bas des tours : "Tu descends ?" »**

Peu de temps avant l'ordre de confinement, j'ai rencontré des lycéens dans une ville de la couronne parisienne, invitée à propos de l'un de mes romans. Les jeunes du lycée professionnel avaient du mal à rester assis. Parmi les questions qu'ils m'ont posées, l'une m'a marquée, à laquelle je ne m'attendais pas : que veut dire le mot « nappe », trouvé dans l'une des phrases de mon livre ? Une nappe, c'est-à-dire le morceau de tissu avec lequel on recouvre la table du repas. L'adolescente qui s'était risquée à prendre la parole semblait surprise de ma réponse. Certains affichaient un air dubitatif. D'autres connaissaient ce mot, mais « vite fait », comme ils disaient. Ce n'était pas tant la nappe qui leur posait problème que son symbole. Non pas qu'une nappe soit nécessairement réservée à la classe bourgeoise, puisque dans les familles de la France entière, des nappes à carreaux, et même brodées, on en a dressé chez plus d'un prolétaire. Ce n'est pas la nappe qui coinçait, mais l'idée qu'on partage un repas autour d'une table.

Au lieu de prendre d'autres questions, j'ai voulu creuser avec eux cette histoire de nappe, qui me racontait la vie qu'ils menaient dans leur cité au début du XXI<sup>e</sup> siècle. Tous ou presque étaient d'accord pour admettre que l'heure du repas n'existait pas. Non, ils ne mangeaient pas ensemble, d'ailleurs ils n'étaient jamais en même temps à la maison, les frères, les sœurs, les parents, les grands-parents. Cela ne se pouvait pas. De toute façon, ils n'avaient pas assez de place. Dans leurs appartements, ils se croisaient, les grands s'occupaient des petits, et ils ouvraient le réfrigérateur à tour de rôle, quand ils avaient faim. Ce n'était pas compliqué. Un paquet de chips par-ci, une part de pizza par-là, qu'ils emmenaient dans la chambre partagée à plusieurs, devant une série au salon ou sur le balcon, cet endroit béni, ni dedans ni dehors, cet observatoire d'où les familles contrôlent beaucoup de choses. A midi, ils mangeaient au lycée, ça leur plaisait.

## **Rythmes de travail disloqués, familles disloquées**

Au moment où le confinement a été décrété, j'ai pensé à ces adolescents, et à ce qu'ils m'avaient confié. Les mères vivaient souvent seules avec les enfants, elles avaient des horaires spéciaux parce qu'elles faisaient des ménages pour certaines, ou travaillaient à l'hôpital, les grands frères étaient le plus souvent absents, coursiers à toute heure, il arrivait que les pères soient embauchés à la journée sur des chantiers, ils occupaient alors une couchette la moitié du jour, qui revenait à un enfant la moitié de la nuit. Les places bougeaient, des matelas étaient parfois installés par terre, au pied d'un lit gigogne. Ces rythmes de travail disloqués créaient des familles disloquées. C'était compliqué pour les devoirs. Les enfants les faisaient le plus souvent à l'étude, à la bibliothèque municipale ou au centre social.

J'ai repensé à mon enfance à la ZUP, que j'avais aimée parce qu'on vivait dehors, on était une bande, on jouait sur les chantiers, on traînait dans les caves, on dévalait des pelouses râpées sur des couvercles de poubelles. Le mot d'ordre était toujours le même, qu'on hurlait depuis le bas des tours : « *Tu*

*descends ?* » Descendre nous délivrait de tout. C'était joyeux, je ne me rendais pas compte que je faisais tout pour fuir l'appartement, j'allais au sport quatre soirs par semaine, je cherchais à respirer ailleurs.

Quand j'ai rencontré mon amoureux, qui habitait dans le même quartier, dans une barre nommée du charmant nom de « Matisse », dans la très enviée « Cité des peintres », parce que dotée d'interphones, il ne disposait pas d'une chambre personnelle. La famille logeait la grand-mère, récemment arrivée d'Algérie. Lui dormait dans le canapé du salon, et ne pouvait se coucher qu'après la fin des programmes télévisés. Ses sœurs occupaient une chambre, ses parents une autre. Il n'avait pas d'endroit pour étudier, ni pour me recevoir, ni pour écouter de la musique. Nous trouvions notre salut dehors, sur des bancs, dans des terrains vagues, comme tous les jeunes de la cité. Dedans était impensable, c'était l'asphyxie, les stratégies d'évitement, les conflits plus ou moins larvés.

**« Après le confinement, je n'ai pas imaginé que toutes les familles allaient « retrouver le sens de l'essentiel », comme le suggérait le discours du chef de l'Etat »**

Quand les mesures de confinement ont acté la fermeture des parcs dans les centres-villes et dans les banlieues, des terrains de basket, des aires de jeu, je n'ai pas imaginé que toutes les familles allaient « retrouver le sens de l'essentiel », « la culture, l'éducation », je n'ai pas imaginé que chacun allait se mettre à lire, comme le suggérait le discours du chef de l'Etat, le 16 mars. J'ai pensé à ces corps entravés par le manque de surface habitable, exposés aux regards des autres, au spectacle de soi qu'on ne peut pas cacher, aux ados qui suffoquent, aux couples qui peinent, aux frustrations qui deviendront violence. J'ai repensé à cette phrase d'Orwell dans *1984* (Folio) : « Aux moments de crise, ce n'est pas contre un ennemi extérieur qu'on lutte, mais toujours contre son propre corps. »

## La double peine

Alors je pose une question simple. Que la période de confinement nous invite à reconsidérer. Qu'est-ce qu'un foyer ? Qu'est-ce que ce savant équilibre entre l'intimité et la relation à l'autre ? Qu'est-ce que ce « *home, sweet home* » que l'être humain recherche d'un bout à l'autre de l'existence ? Pour être à l'abri, du froid, du bruit, de la foule. Pour être en sécurité. De quoi est-il fait ? De qui est-il composé ? « Restez chez vous » est un slogan qui a du sens quand le « chez-soi » existe. Et qui fait mal quand il désigne l'endroit du mal-être, et même du danger. Avec l'impossibilité d'une « chambre à soi ». Ou juste d'un espace à soi.

Il n'échappe à personne que l'épidémie souligne de façon de plus en plus dérangeante les inégalités sociales, dont l'un des symboles forts est le logement. Il y a, hélas, plus de probabilités d'être contaminé quand on vit à six ou huit dans un appartement, et qu'on travaille dans un secteur à risque, comme c'est souvent le cas pour les habitants des banlieues (voir *Le Monde* daté 6 avril : [« L'Inquiétante surmortalité en Seine-Saint-Denis »](#)), que lorsqu'on est confiné en télétravail dans une maison avec jardin. Cette double peine rend certains d'autant plus nerveux que la contrainte par corps crée un inévitable « effet Cocotte-Minute » doublé de l'angoisse de la précarité qui va grandissant au fur et à mesure que le temps passe.

Si l'on peut dire aujourd'hui qui est victime du coronavirus, on ne connaît pas encore l'étendue des dommages, notamment intimes et psychologiques, auxquels les plus mal lotis vont devoir faire face, et qui risquent de les affaiblir davantage.

Brigitte Giraud **est écrivaine**. Elle a grandi dans la banlieue lyonnaise, décor de nombre de ses livres dont *La Chambre des parents*, son premier roman (Fayard, 1997), ou *J'apprends* (Stock, 2005). La cellule familiale, l'enfance et l'adolescence sont les terrains d'exploration sur lesquels elle a bâti une œuvre. Son dernier roman, *Jour de courage*, a paru chez Flammarion (2019).

**Brigitte Giraud**(Ecrivaine)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommt-nach-der-corona-seuche-die-inflation-16762161.html?premium>

ANGST VOR GELDENTWERTUNG:

## Kommt nach der Seuche die Inflation?

Explodierende Staatsschulden und eine hyperaktive Geldpolitik wecken Sorgen vor Geldentwertung. Dazu muss es nicht kommen. Die Politik kann das verhindern – und sei es um den Preis von Staatsbankrotten.

- VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 10.05.2020-16:18



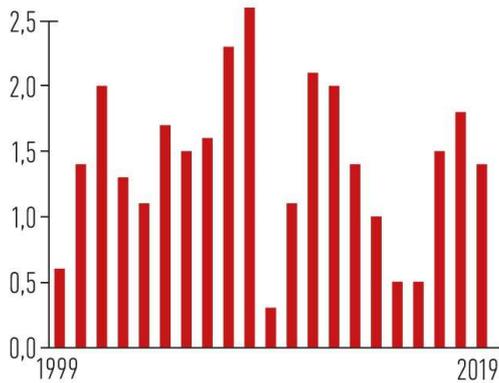
Mehr als 7 Billionen Euro haben Regierungen nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds bisher in der Corona-Krise mobilisiert. Damit nicht genug: Die Zentralbanken haben Programme, meist Anleihekäufe und Kreditvergaben, über mehrere Billionen Euro angekündigt. Die Zahlen sind schwindelerregend, und sie werfen die Frage auf: Lässt sich eine solche Politik betreiben, ohne am Ende Inflation zu erben?

Güterpreisinflation kennt viele Ursachen, und es lohnt sich, die wichtigsten kurz anzuschauen. Eine bekannte Ursache sind Kostenschübe zum Beispiel für Rohstoffe, Löhne oder Kapital, die von Unternehmen über steigende Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen weitergegeben werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier die Zukunft der Globalisierung, die nach Ansicht vieler Fachleute in den vergangenen zwanzig Jahren die Inflationsraten in den Industrienationen niedrig gehalten hat, weil die zu niedrigen Löhnen in Schwellenländern wie China produzierten Güter die Preise in den Industrienationen niedrig gehalten und starke Lohnsteigerungen verhindert haben. Nach Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich könnte dieser Einfluss die Inflationsrate in den Industrienationen um einen Prozentpunkt gedrückt haben.

Schon vor Ausbruch der Corona-Krise haben das Aufkommen des politischen Populismus und der Ausbruch von Handelskriegen Zweifel an der Dauerhaftigkeit der weitgehend schrankenlosen Globalisierung aufkommen lassen. Sollte der Wiederaufbau der internationalen Handelsketten nach Corona nur langsam in Gang kommen, die strategischen Konflikte zwischen den Großmächten sich hochschaukeln und die Versuche von Industrienationen zunehmen, die Fertigung von bislang in Billiglohnländern hergestellten Produkten in die eigenen Grenzen zu verlagern, könnte Inflationsdruck entstehen. Aber diese Prozesse benötigen Zeit und würden sich vermutlich an der Bereitschaft von Konsumenten stoßen, bisher billig eingekaufte Güter durch teurere zu ersetzen. Und anders als nach schweren Kriegen dürfte das Coronavirus keine zerstörten Produktionskapazitäten hinterlassen und deshalb auch nicht zu der damit verbundenen Güterknappheit führen.

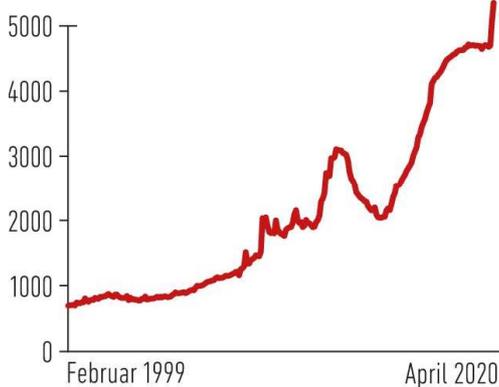
## Inflationsrate

in Deutschland in Prozent



## Bilanzsumme der EZB

in Milliarden Euro



## Geldmenge M3

im Euroraum, Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; EZB / F.A.Z.-Grafik Brocker

Bild: F.A.Z.

Knapp ist auch nicht das Angebot an Geld – jedenfalls nicht an Geld, das von Zentralbanken durch Anleihekäufe und Kreditvergaben an Geschäftsbanken entsteht und sich überwiegend auf den von Geschäftsbanken bei den Zentralbanken unterhaltenen Konten befindet. Die starke Zunahme dieses sogenannten Zentralbankgeldes spiegelt sich im kräftigen Wachstum der Bilanzsumme nicht nur der Europäischen Zentralbank (EZB), sondern auch anderer Zentralbanken wie der amerikanischen Fed.

Entgegen alten Theorien besteht aber, wie die Grafiken zeigen, offensichtlich kein enger Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Bilanzsumme der Zentralbank, dem Wachstum der in der Wirtschaft kursierenden Geldmenge (abgebildet durch die Geldmenge M3) und dem Güterpreisniveau. Die Geldmenge M3 in der Abgrenzung der EZB umfasst das von sogenannten Nichtbanken (das sind im Wesentlichen Unternehmen und Privathaushalte) gehaltene Bargeld zuzüglich der bei Banken und Sparkassen gehaltenen

Sichteinlagen, Termineinlagen bis zwei Jahre Laufzeit, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis drei Monaten sowie ausgewählte kurz laufende Wertpapiere wie Geldmarktfonds und Geldmarktpapiere.

## Die „Geldschwemme“ kommt in der Realwirtschaft nicht an

Die immer wieder zu hörende These, als Folge einer „Geldschwemme“ oder des „Gelddrucks“ (tatsächlich werden digitale Guthaben bei der EZB erzeugt) müsse es unausweichlich zu hoher Inflation kommen, hängt seit vielen Jahren in der Luft. Das ist in der Fachwelt auch wohlbekannt. Vieles von der sogenannten „Geldschwemme“ kommt gar nicht in der Realwirtschaft an.

Es ist reizvoll, das Thema „Geldschwemme“ nicht nur von der Angebots-, sondern auch von der Nachfrageseite zu betrachten. In den Lehrbüchern werden seit Jahrzehnten Gründe für die Haltung von Geld eingehend beschrieben, die der britische Ökonom [John Maynard Keynes](#) (1883 bis 1946) popularisiert hat, die tatsächlich aber schon viel früher bekannt waren. Menschen halten zum einen Geld, weil sie damit Güter und Dienstleistungen kaufen wollen. Das ist das sogenannte Transaktionsmotiv, und der Einfachheit halber lässt sich vermuten, dass diese Nachfrage nach Geld wesentlich vom Einkommen bestimmt wird. Im Zuge der Corona-Krise ist es schwer vorstellbar, dass auf absehbare Zeit die Privathaushalte und die Unternehmen sehr viel mehr Geld für Güter und Dienstleistungen ausgeben werden als in der Vergangenheit. Die Wirtschaft schrumpft; in Deutschland steigen die Kurzarbeiter- und anderswo die Arbeitslosenzahlen. Deutliche Lohnerhöhungen sind nicht zu sehen, und viele Unternehmen haben zum Überleben Kredite aufgenommen, die sie zurückzahlen müssen.

Das zweite Motiv, Geld zu halten, ist nach der traditionellen Lehrbuchliteratur das Vorsichtsmotiv. Weil die Menschen nicht wissen, was in der Zukunft geschieht, halten sie finanzielle Reserven; früher gab es dafür den Ausdruck „Notgroschen“. Das Vorsichtsmotiv, lange in der Fachwelt etwas vernachlässigt, dürfte in der Corona-Krise eine bedeutende Rolle spielen. Weil die Krise so unerwartet kam und so ungewöhnlich wirkt, sind alle wirtschaftlichen Prognosen mit sehr hoher Unsicherheit behaftet. In einer solchen Situation das Geld zusammenzuhalten ist durchaus rational auch mit Erkenntnissen aus der Verhaltensforschung begründbar.

Das dritte Motiv der Geldhaltung nannte Keynes das Spekulationsmotiv: Hier wird Geld als Vermögensanlage gehalten, weil die Anleger Verluste fürchten, wenn sie stattdessen Wertpapiere kaufen. Eine solche Vorliebe für liquide, aber auch niedrigverzinsliche Anlagen auf Bankkonten ist gerade in Deutschland sehr verbreitet. Die Niedrigzinsphase der vergangenen Jahre hat daran wenig geändert. Und gerade in einer Krise wird die Neigung, riskantere Kapitalanlagen zu erwerben, nicht zunehmen. [Warren Buffett](#), der vielleicht erfolgreichste Anleger der vergangenen Jahrzehnte, hat einmal, vor Corona und eher mit Blick auf die finanzielle als auf die physische Gesundheit, gesagt: „Um Erfolg zu haben, muss man erst einmal überleben.“

## Traditionelle Analyse ist nicht falsch, aber unvollständig

Mit Blick auf diese traditionelle Analyse der Geldnachfrage ist nicht zu sehen, woher während der Corona-Krise eine deutliche Güterpreis-inflation kommen sollte. Und auch in einer anschließenden Konjunkturbelebung sollte eine wieder zunehmende Nachfrage nach Gütern durch ein entsprechendes Angebot gedeckt werden können.

Die traditionelle Analyse ist nicht falsch, aber unvollständig. Denn sie unterstellt in ihrer einfachen Form, dass die Menschen weder eine Beschleunigung der Inflation noch umgekehrt eine Deflation erwarten. Mit Blick auf die vergangenen Jahrzehnte war diese Annahme gar nicht so falsch, denn die Inflationsrate war in der Eurozone im historischen Vergleich niedrig, und sie schwankte nur geringfügig. Wer als Konjunkturforscher für seine Inflationsprognose einfach die Inflationsrate des Vorjahres fortschrieb, lag meist nicht ganz daneben. Die moderne Forschung erklärt diese niedrige Inflationsrate mit der Erwartung der Menschen, dass die Inflation niedrig bleiben werde. Diese Erwartung drückt Vertrauen in die Währung und in die Zentralbank aus.

Interessanterweise gilt das auch für Deutschland. Hier versucht zwar seit Jahren eine Truppe aus die Öffentlichkeit suchenden Katastrophenökonomern und Crash-Propheten, aus verzweifelt Leser suchenden Medien und Newslettern sowie aus Kunden suchenden Gold- und Silberverkäufern unermüdlich, den vermeintlich unausweichlichen Zusammenbruch des „Teuros“ an die Wand zu malen. Doch auch wenn Untergangsbücher und -videos auf zuweilen stattliches Interesse stoßen, bleibt der Gesamteffekt auf das deutsche Gemüt bescheiden. Wie eine vor ein paar Monaten erschienene Untersuchung der [Bundesbank](#) belegt, fürchtet die große Mehrzahl der Deutschen weder den finanziellen Zusammenbruch, noch hält sie die offiziellen Inflationszahlen für grob manipuliert. Es liegen keine Hinweise vor, dass seitdem eine verbreitete Inflationsfurcht ausgebrochen ist.

## Notenbanken müssen Inflationserwartung niedrig halten

Als Folge der in der Corona-Krise stark zunehmenden Staatsverschuldungen und der ebenso stark zunehmenden Zentralbankbilanzen stellen sich heute aber auch seriöse Ökonomen die Frage, ob hieraus zumindest längerfristig Gefahren für den Geldwert entstehen können. Weil schon lange kein enger Zusammenhang zwischen dem Zentralbankgeld und der Güterpreis-inflation mehr existiert, muss aus den Anleihekäufen zwar keine Inflation entstehen. Sie kann aber entstehen, wenn die sehr expansive Geld- und Finanzpolitik das Vertrauen der Menschen in die Stabilität des Geldes beschädigt. Denn seit Jahrhunderten ist bekannt, dass Menschen sich vom Geld trennen, um vermeintlich werthaltigere Güter und Anlagen zu erwerben, wenn sie um den Wert des Geldes fürchten. Dieser Prozess kann sich, wenn die Zentralbank nicht gegensteuert, fortsetzen und immer höhere Inflationsraten generieren. Im Extremfall führt das wie nach dem Ersten Weltkrieg zur völligen Entwertung des Geldes.

Damals sprach man von einer Katastrophenhause. „Die Katastrophenhause lässt alle Preise über alles Maß steigen, weil man die künftigen Preissteigerungen vorwegnehmen will, weil man in jeder Kassenhaltung eine Verlustgefahr sieht und jede andere Ware – auch als Tauschmittel – dem alten Gelde vorzieht“, schrieb der österreichische Ökonom Ludwig von Mises (1881 bis 1973). Aber selbst ein gegenüber Staatshandeln so kritischer Denker wie von Mises hielt, anders, als es manche Anhänger behaupten, einen in den Untergang führenden Inflationsprozess nicht für zwingend: „In der Regel halten die Banken jedoch ein, ehe es zur Katastrophenhause kommt.“

Im modernen Gewand sieht das Szenario so aus: In ihm entsteht Inflation, wenn die Schuldenlast für einen Staat zu hoch wird, ein Staatsbankrott aber vermieden werden soll. In diesem Fall könnte die Zentralbank bereit sein, auch dann auf Zinserhöhungen zu verzichten, wenn diese zur Sicherung des Geldwerts nötig sein sollten. Gehen die Menschen aber davon aus, dass die Zentralbanken ihr Mandat nicht mehr ernst nehmen, um die Staatsfinanzierung zu sichern, könnten sie erst eine höhere Inflation erwarten und diese dann herbeiführen, indem sie aus Angst vor der Inflation in großem Stil preistreibende Güterkäufe vornehmen. Während der Euro-Krise hatten manche Ökonomen in der Bundesbank Angst vor einer solchen Entwicklung, aber sie blieb aus. Für die weitere Entwicklung wird wichtig sein, ob es den Zentralbanken gelingt, die seit langer Zeit sehr niedrigen Inflationserwartungen unter Kontrolle zu behalten. Da die Inflationsraten seit Jahrzehnten im historischen Vergleich sehr niedrig sind, dürften die Zentralbanken über einen gewissen Vertrauensvorschuss verfügen.

## Nicht zwingend dramatisch

Mit der Frage, was eine stark steigende Staatsverschuldung für die Geldpolitik und die Inflation bedeutet, beschäftigt sich seit Jahren der portugiesische, in London lehrende Ökonom Ricardo Reis. Seine Antwort auf die Frage, ob die Kombination aus hohen Staatsschulden und Anleihekäufen der Zentralbanken zur Inflation führen wird, lautet: Es kann sein, es kann auch nicht sein. Die Antwort ist nicht vorbestimmt, sondern hängt von der künftigen Geld- und Finanzpolitik ab. Hier lassen sich nun viele Szenarien vorstellen. Am einfachsten wäre es, wenn nach der Corona-Krise ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum einsetzte, das ohne Inflation den Staaten die allmähliche Rückführung ihrer Staatsschulden erlaubte. Das mag einigen Ländern gelingen, mutmaßlich auch Deutschland, aber vermutlich nicht allen.

Ein anderes Szenario ließ sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg beobachten, als in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien der Zins unter der Rate des Wirtschaftswachstums gehalten

wurde. Das erleichterte dem Staat die Zinszahlungen und sorgte über eine maßvolle Inflation für eine allmähliche Reduzierung der realen Schuldenlast. Diese auch „finanzielle Repression“ genannte Strategie ist gut für Schuldner, aber schlecht für den traditionellen Sparbuchsparer. Sie kann aber, wenn sie von Wirtschaftswachstum begleitet wird, für Aktienbesitzer attraktiv sein.

Diese Strategie der schleichenden Entwertung von Anleihen könnte allerdings Großanleger wie Versicherungen, Pensionskassen und Investmentfonds vom Kauf von Anleihen mit langen Laufzeiten abhalten, die sie angesichts häufig langfristiger Auszahlungsverpflichtungen eigentlich gut gebrauchen können. Dies mag Regierungen dazu veranlassen, Finanzhäuser dazu zu zwingen, einen Teil ihrer Kapitalanlagen in Staatsanleihen zu halten, wie vor rund einem halben Jahrhundert in den Vereinigten Staaten geschehen.

Ricardo Reis beschäftigt auch die Frage, was die Umschuldung eines Staates für eine Zentralbank bedeutet, die umfangreiche Bestände an Staatsanleihen hält. Hier wäre die Frage zu klären, ob ein mit einer Umschuldung verbundener Wertverlust alle Besitzer von Anleihen erfassen oder ob er nur private Anleger betreffen soll. Trifft er nur private Anleger, hätte die Zentralbank kein unmittelbares Problem. Vermutlich würde dies im Falle eines Falles auch versucht.

Müsste aber auch die Zentralbank Wertberichtigungen auf ihre Anleihebestände vornehmen, entstünde auf den ersten Blick ein Problem, weil Zentralbanken gewöhnlich kein großes Eigenkapital ausweisen und in einem streng bilanziellen Sinn überschuldet sein könnten. Tatsächlich wäre ein solcher Zustand, der von Untergangspropheten und Verschwörungstheoretikern fraglos als sicheres Zeichen für den baldigen Zusammenbruch der Währung gedeutet würde, aus Gründen der Reputation zweifellos nicht erfreulich, aus geldpolitischer Sicht aber auch nicht zwingend dramatisch. Staatliche Zentralbanken maximieren keine Gewinne, und sie können in ihrer eigenen Währung nicht zahlungsunfähig werden. Allerdings würde eine Zentralbank in einer solchen Phase Gewinne nicht an den Staat ausschütten, sondern für den Aufbau neuen Eigenkapitals verwenden. Die Nationalbank Tschechiens war rein bilanziell zwischen 2002 und 2014 überschuldet und betrieb ihre Geldpolitik trotzdem ohne öffentliches Aufsehen und ohne jede Störung. Die große Inflation ist jedenfalls ausgeblieben.